Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Juni 1980
Jg. 8 Nr.25

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Kampf um Einflußbereiche auf dem Wirtschaftsgipfel

Rückzieher der EG bei Nah-Ost-Initiative / Krise in den USA wird spürbar

z.ges. Am Wochenende werden die Regierungschefs der USA, Japans, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der BRD zu einem Wirtschaftsgipfel zusammentreten. In diesen sieben Ländern sind mehr als 55% der Weltstromproduktion, fast 50% der Weltstahlproduktion konzentriert. Knapp die Hälfte der Weltausfuhr wird durch diese Länder abgewickelt. Mit kaum 14% der Weltbevölkerung verbrauchen sie mehr als 55% der Welterdölförderung, an der sie einen Anteil von rund 17% haben. Der erste Teil des Wirtschaftsgipfels soll der Behandlung der sowjetischen Aggression gegen Afghanistan, dem Iran und dem Nahen Osten gewidmet sein. Der zweite Teil Energieproblemen. Die beiden Teile der Verhandlungen werden zwanglos ineinanderübergehen.

In der letzten Woche hat Carter wiederholt, daß die Golfregion für die
USA ein lebenswichtiges Interessenge-
derholt, daß die Golfregion für die
USA ein lebenswichtiges Interessengebiet darstelle und ein weiteres sowjetisches Vordringen in dieser Region mit dem Einsatz militärischer Mittel beantwortet würde. Durch die Kontrolle über die Golfregion kontrollieren die USA auch den größten Teil der Erdölversorgung ihrer imperialistischen Bündnispartner. Im Rahmen der Arbeitsteilung mit ihnen haben sich die USA diese Aufgabe vorbehalten. Basionen in Israel und in Ägypten sollen die Stellung sichern. Camp David dient diesem Zweck. Israel und Ägypten sind die stärksten Militärmächte im Nahen Osten. Nächsten Monat fliegen Einheiten der US-Luftwaffe nach Ägypten. „Es ist in unserem Interesse zu lernen, in diesem Gebiet zu operieren." Die US-Militäraktion gegen den Iran war im Ansatz gescheitert, weil Sandstürme drei Hubschrauber beschädigt hatten. Der Stabschef der US-Luftwaffe erklärte weiter, die USA hätten Interesse, auch mit der saudischen Luftwaffe und im Oman zu üben, „weil dieses Land für die Zugänge zum Persischen Golf strategische Bedeutung" hätte. Die sowjetische Supermacht ließ neuerlich erklären, daß Afghanistan zu ihrem „unmittelbaren Sicherheitsbereich" gehöre, „weil es direkt an unseren Grenzen liegt". Direkt an den Grenzen der SU liegen auch der Iran und die Türkei.

Neben den USA sind Japan, Großbritannien, Frankreich, die BRD und Italien die größten Handelsmächte im Mittleren und Nahen Osten. Die Bundesrepublik hat in den arabischen Ländern immerhin schon 1,129 Mrd. DM angelegt. In Syrien und Jordanien liegt sie an der Spitze der Einfuhrländer, in Ägypten, Algerien, im Irak, in Libyen und in Tunesien an der zweiten Stelle. Frankreich hat die führende Position im Handel mit Algerien, Marokko, Mauretanien und Tunesien und ist stark an der Einfuhr Ägyptens, des Irak, des Libanon, Libyens und Syriens beteiligt. Bezogen wird Erdöl und das gibt's sonst nirgends so nah und ausreichend zu haben.

Die westeuropäischen imperialistischen Mächte sind am „europäisch-arabischen Dialog" handfest interessiert. Die arabischen Länder stellen für diesen Dialog Bedingungen: Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser soll unterstützt und die PLO soll als einzig legitime
recht der Palästinenser soll unterstützt
und die PLO soll als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt werden. Ab Herbst wird Yassir Arafat Präsident der Arabischen Liga sein, mit der die EG den Dialog führen muß. Die arabische Liga und erst recht die PLO bekämpfen die Camp-David-Initiative entschieden. Vor allem Frankreich und England wollten unter diesen Bedingungen eine eigene Initiative der EG für den Nahen Osten lancieren. Carter drohte mit einem Veto im Sicherheitsrat, falls die EG dort an den bisherigen Sicherheitsratsresolutionen, die dem palästinensischen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigern, rütteln wolle. „Wann immer Carter sich räuspert", beobachtet der Kommentator der „Süddeutschen Zeitung", „geraten sich die Europäer aus ihrer unterschiedlichen Interessenlage aber auch untereinander in die Haare". Schnell winkte die Bundesregierung ab, und unter Führung Wehners, Lebers und von Annemarie Renger haben einige SPD-Abgeordnete sogar eine „Resolution an den Kongreß der Vereinigten Staaten" geschickt, worin sie der US-Initiative von Camp David ihre volle Unterstützung zusichern. Auf dem vorbereitenden Gipfeltreffen der EG-Ministerpräsidenten letzter Woche kam es nur zu einer „Positionsbeschreibung", in der allerdings festgehalten wird, daß auch mit der PLO Sondierungen geführt werden sollen. Die Bundesregierung hat in der Erklärung die Forderung nach Gewaltverzicht untergebracht. Arafat meinte dazu, gegenüber solchen Erklärungen halte sich das palästinensische Volk lieber an den bewaffneten Befreiungskampf für seine Rechte.

Carter hat in den letzten Tagen mit Druck gegenüber der Nah-Ost-Politik der EG nicht gespart, er hat aber auch versichern lassen, daß der Gipfel in Venedig sicher ein großer Erfolg werde. In einigen Punkten sind sich die sieben zumindest in Worten einig: sie werden die sowjetische Aggression gegen Afghanistan und die Teheraner Botschaftsbesetzung verurteilen. Sicherlich wird Carter ein Lob auf die Camp-David-Initiative zustande bringen. Die sieben werden sich zur Energieeinsparung, zu einem Antiinflationskurs und zur Handelsliberalisierung bekennen. Für wirtschaftliche Schwierigkeiten wird die OPEC verantwortlich gemacht. In den USA hat inzwischen die Krise mit Rückgang der Produktion und Einbrüchen der Investitionsabsichten voll begonnen. Schadenfroh weisen amerikanische Zeitungen darauf hin, daß im April auch in der BRD Produktions- und Auftragsrückgänge zu verzeichnen waren und daß das Zahlungsbilanzdefizit wächst. Es wird hinterrücks zugehen in Venedig. Für den BRD-Imperialismus ist in der aufkommenden Krise der Osthandel eine unersetzliche Krücke, mag Carter noch so Handelsbeschränkungen fordern. Kurz nach Venedig fährt Schmidt in die SU. Von dort wird ihm versichert, die Rolle der BRD in Europa und in der Welt sei „schwer zu überschätzen". Sie kann den Ausschlag geben im Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft.

Schottische Lehrer im Lohnkampf

Schottische Lehrer im Lohnkampf
1500 demonstrieren in Edinburgh



Der Gewerkschaftstag der größten schottischen Lehrergewerkschaft EIS hat mit großer Mehrheit die Fortsetzung der Streikaktionen für 18,6% mehr Lohn beschlossen. 50000 von 65000 schottischen Lehrern sind in dieser Gewerkschaft organisiert. Die Regierung Thatcher hat erklärt, keinesfalls werde sie mehr als die bisher gebotenen 13% zahlen. Die Lehrer werden von den Gemeinden angestellt, aber etwa zwei Drittel der Gehaltssumme zahlt die britische Regierung über Steuerzuweisungen an die Gemeinden. Sie hat damit den Unterricht von mehr als 600000 Schülern (60%) beeinträchtigen können. Liegt nach den Sommerferien kein besseres Angebot vor, ist Vollstreik geplant.

Ägypten dementiert Bereitstellung von Stützpunkten für die USA

z.gkr. Der stellvertretende ägyptische Ministerpräsident Kamal Hassan Ali dementierte am 27.5. laut Radio Kairo, daß Ägypten den USA oder irgendeinem Land militärische Stützpunkte zur Verfügung gestellt habe. Ägypten gewähre den USA höchstens Erleichterungen, die es ihnen ermöglichten, einem anderen arabischen Staat zu Hilfe zu kommen, wenn dieser durch Invasion oder eine andere Gefahr bedroht sei. Das auch nur, wenn Ägypten diese Erleichterung will und wenn zwischen dem bedrohten Staat und den USA eine Vereinbarung bestehe. – In Oman haben sich die US-Imperialisten gegen Waffenlieferungen Zugang zu Einrichtungen für Luft- und Seestreitkräfte (laut US-Außenministerium) verschafft. Nach Gesprächen mit dem Irak hatte der Sultan von Oman allerdings die Zusage an die US-Imperialisten, Truppen stationieren zu können, rückgängig gemacht.

rückgängig gemacht.

Jugoslawien: Dinarabwertung – Stabilisierung der Wirtschaft

z.anb. Am 2.7. behandelt die jugoslawische Bundesversammlung das vom Staatspräsidium mit der 30%igen Dinarabwertung vom 6.6. eingeleitete Stabilisierungsprogramm. Trotz deutlicher Steigerung der Exporte (siehe KVZ 24/80) halte der überproportionale Anstieg der Importe an, so Staatspräsident Djuranovic am 12.6. vor dem ZK des BdKJ. Wenn auch die Abwertung den Export begünstige, den Import verteuere, liege darin nicht der Hauptzweck der Maßnahme. Vielmehr gehe es um die Reorganisierung der inneren Wirtschaftsbeziehungen, die Überwindung der Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Nachfrage und Produktion, was sicherlich auch eine Verlangsamung des Einkommenszuwachses für die Werktätigen bedeuten werde. „In gewissem Sinne sind wir gezwungen, einen Schritt rückwärts zu unternehmen, damit wir morgen zwei Schritte vorwärts machen können."

„Vereinigte Bewegung" in Guatemala gebildet

z.pel. Während die Organisationen der Volkseinheit in El Salvador für den 15.6. zum Generalstreik gegen die Diktatur der Kompradoren und des US-Imperialismus aufgerufen haben, entwickelt sich der Kampf des Volkes gegen die imperialistische Unterdrückung im benachbarten Guatemala ebenfalls. Dort haben sich jetzt vier Befreiungsorganisationen zu einer „Vereinigten Bewegung" zusammengeschlossen und eine gemeinsame politische und militärische Organisation gebildet. Das Gründungsdokument benennt als Ziel die „Schaffung einer breiten demokratischen Volksfront zum Sturz des verbrecherischen Regimes Lucas Garcias." Treibende Kraft dieses Bündnisses sind die von ihrem Land vertriebenen Indianer, die 45% der Bevölkerung ausmachen. Etwa 4000 von ihnen haben die Kompradoren seit Januar umgebracht.

Indische Regierung gegen Russen in Afghanistan

z.mif. Während der Außenminister Narasimha Rao hat bei seinem Besuch in Moskau Anfang Juni erklärt, Indien wünsche eine Regierung in Afghanistan, die „in der Lage ist, wirksam ihre traditionelle blockfreie Außenpolitik zu betreiben und ihre Souveränität und Unabhängigkeit zu bewahren." Unmittelbar vor der Reise hatte der Pressesprecher des Außenministeriums betont, die Politik Indiens in wichtigen internationalen Fragen habe nichts mit zweiseitigen Abkommen über die Lieferung von militärischen Gütern zu tun. Am 27. Mai hatten die Sozialimperialisten zugesagt, Indien für drei Milliarden DM Waffen zu liefern, darunter T-72 Panzer und Raketen. Indien wird daran 17 Jahre lang abzuzahlen haben. Seine Gesamtverschuldung betrug Ende 1977 29 Mrd. DM, Hauptgläubiger sind die US-Imperialisten.

Afghanistan: Aggressoren in wachsender Bedrängnis

Fortgesetzte Massendemonstrationen in Kabul / Zersetzungserscheinungen in der sowjetischen Armee

z.lup. „Mutige junge Kämpfer, ihr werdet nun lernen, einen Kampf auf Leben und Tod gegen die Feinde unseres Heimatlandes zu führen", erklärte Achgar Chawiani, Mitglied des von den sowjetischen Aggressionstruppen in Kabul eingesetzten Marionettenregimes, auf einer Rekrutenversammlung in Kabul am 25. Mai. 300 sollen Radio Kabul zufolge an dieser Versammlung „Freiwilliger" beteiligt gewesen sein. 30000 haben in derselben Woche in Kabul Massendemonstrationen gegen die sowjetischen Besatzer durchgeführt. Oftmals befanden sich junge Mädchen an der Spitze dieser Demonstrationen. „Jedes afghanische Mädchen ist eine Malalai" heißt es dabei oft. Malalai ist eine Afghanin, die vor ungefähr 50 Jahren im Kampf gegen die britischen Imperialisten gefallen ist. Über 60 Jugendliche sind in jener Woche von den sowjetischen Aggressoren bei Demonstrationen in Kabul ermordet worden.

Ebenfalls Ende Mai haben afghanische Guerillas bei Khai-i-Khana, 8 km nördlich von Kabul, einen Ölvorratstank der Aggressionstruppen in die Luft gesprengt. Am 6. Juni berichtete die „Islamische Front" über die Zerstörung einer Erdgaspipeline, über die die Sozialimperialisten seit Jahren Erdgas aus Afghanistan weit unter den Weltmarktpreisen beziehen. Bamiam, die Hauptstadt einer im Zentrum Afghanistans gelegenen Provinz, wurde von den Befreiungskämpfern gestützt auf eine Rebellion in der afghanischen Marionettenarmee befreit.

In der letzten Woche wurde wiederholt darüber berichtet, daß die sowjetischen Aggressoren ihre Truppenpräsenz in der afghanischen Hauptstadt verdoppelt haben. 4, wenn nicht 5 Divisionen seien inzwischen allein in Kabul stationiert. Reisende berichten, daß auf dem Flughafen von Kabul unaufhörlich sowjetische Transportflugzeuge landen. Der innerafghanische Zivilluftverkehr ist inzwischen völlig eingestellt worden. Um Kabul haben die Aggressoren den Panzergürtel weiter verstärkt. Aus der Umgebung Kabuls wird von schweren Gefechten zwischen den Aggressoren und den Befreiungskämpfern berichtet. Die afghanischen Volksmassen werden einen langandauernden Befreiungskampf führen müssen, um die sozialimperialistische Supermacht zum bedingungslosen Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu zwingen. Es scheint aber sicher zu sein, daß sie bereits jetzt in den meisten Teilen des Landes den Aggressoren empfindliche Schläge versetzen und vor allem die Verbindungswege ständig stören. Die sowjetischen Aggressoren bombardieren gegenwärtig unaufhörlich die Dörfer in dem Paghman-Gebirge in der Nähe von Kabul, was schwere Verluste vor allem unter der Zivilbevölkerung anrichtet.

Leidtragende des Aggressionskrieges gegen das afghanische Volk sind nicht zuletzt auch die Völker der Sowjetunion, und es gibt inzwischen einige Anzeichen, daß sich sowjetische Soldaten gegen den Aggressionskrieg der neuen Zaren zur Wehr setzen. Eine afghanische Befreiungsfront hat am vergangenen Mittwoch bekanntgegeben, daß 48 sowjetische Soldaten aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken zu den Befreiungskämpfern übergelaufen seien. Laut einer japanischen Nachrichtenagentur haben kürzlich einige sowjetische Berater den Fronteinsatz verweigert. Die Einsatzdauer ihrer Truppen hätten die Aggressoren bereits reduzieren müssen.

15.6.: UNO-Frist für Wahleinleitung in Namibia läuft ab – Siedlerregime „lockert" Apartheid



Das südafrikanische Regime ließ jetzt Schwarzen den Zugang zu Hotels, Bars usw. gestatten. Den bewaffneten Befreiungskampf unter Führung der SWAPO kann es nicht aufhalten. Befreite Gebiete werden geschaffen und verteidigt.

z.frb. **Die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat hat die von SPD und FDP im Bundestag verabschiedete Änderung des Einkommensteuergesetzes letzten Freitag gestoppt.** Der Gesetzentwurf, der der Zustimmung des Bundesrates bedarf, geht nun in den Vermittlungsausschuß. Auch die SPD-regierten Länder Hamburg und Bremen haben gegen den Entwurf gestimmt. Sie wollen ein Drittel der Steuersenkung gestrichen sehen. Nach der neuesten Steuerschätzung wird die Lohnsteuer dieses Jahr um 12,4 Mrd. DM steigen. Ohne Gesetzesänderung soll sie 1981 um 15 Mrd. DM steigen. Die Regierungsvorlage würde 1980 eine Steuersenkung um eine Mrd., 1981 um 10,6 Mrd. DM bringen; dies verteilt auf Lohn- und veranlagte Einkommensteuer. Bleibt also auch mit Reform ein dickes Plus. Damit es noch dicker werde, wurde ein Bund-Länder-Finanzstreit eingeleitet. In ihrem Beschluß über die zusätzlichen Zahlungen an die EG schreibt die Bundesregierung, diese seien ,,ebenso notwendig und unvermeidbar wie die 1980 beschlossenen Erhöhungen der gesamten Verteidigungsausgaben, der Verteidigungshilfe (Türkei und Griechenland) und der Entwicklungshilfe." Ein ,,derartig überproportionaler Anstieg der internationalen und supranationalen Aufgaben und Verpflichtungen" träfe allein den Bundeshaushalt. Die Länder müßten daher etwas für die ,,Verpflichtungen" beisteuern. Jene verlangen zuerst Ausgabenkürzung im Bundeshaushalt. Bleiben wird ein ,,sehr deutlich bemerkbares Opfer", wie Helmut Schmidt in einem Panorama-Interview schon angekündigt hat.

z.gkr. **Am 29. Mai hat die Luftwaffe in Beja, im Süden Portugals, den militärischen Übungsbetrieb aufgenommen.** Auf Alpha-Jet, die die Fiat G 91 ablösen, sollen jährlich 3600 Flugstunden, vor allem im Tiefflug und mit Übungs-
Auf Alpha-Jet, die die Fiat G 91 ablösen, sollen jährlich 3600 Flugstunden, vor allem im Tiefflug und mit Übungs-
schießen, absolviert werden. 280 Soldaten werden jetzt regelmäßig dort stationiert. Die Bundeswehr hat fast die gesamte Flugausbildung in andere NATO-Staaten verlagert, insgesamt 63000 Flugstunden pro Jahr. Sie werden vor allem in den USA (48000 Flugstunden) absolviert. Die weiteren Übungen der westdeutschen Luftwaffe nach der Ausbildung konzentrieren sich zusammen mit den Flügen der anderen NATO-Staaten in Europa besonders auf das Gebiet der BRD, wo sie sich in erster Linie auf einen Krieg vorbereiten. So ergeben die 380000 Flugstunden der Bundeswehr mit den 200000 Stunden der anderen NATO-Staaten im Luftgebiet der BRD zusammen mit der zivilen Luftfahrt die höchste Flugdichte der Welt. Damit, besonders auch durch die 110000 Stunden Tiefflüge, ist eine hohe Lärmbelastung gegeben, gegen die der Widerstand der Volksmassen rasch zunimmt. Dem wird mit der Verlagerung der Ausbildung auch begegnet. In Portugal besetzen die BRD-Imperialisten mit Beja einen weit nach Süden vorgeschobenen Stützpunkt mit dem zusätzlichen Vorteil, im Krieg außerhalb eines voraussichtlichen Kampfgebietes zu liegen. Schon 1961 sicherten sich die BRD-Imperialisten den Flugplatz Beja, der Ausbau zu einer der größten Nachschubbasen der NATO wurde erwogen.

z.frb. **Der westdeutsche Außenhandelsüberschuß ist im April auf 1,1 Mrd. DM gesunken.** In den ersten vier Monaten zusammen übertraf die Ausfuhr die Einfuhr noch um 3,9 Mrd. DM gegenüber 10,7 Mrd. 1979. Die Einfuhrpreise sind 20% höher, die Ausfuhrpreise 7%. Im Februar kostete das Rohöl 423 DM/t, 1976 waren es 244 DM/t gewesen. Nach der Erhöhung des OPEC-Preises von 22 auf 37 $ je Faß war von 6 Mrd. DM Handelsdefizit die Rede. Die Verhältnisse, auf denen die Exportüberschüsse der westdeutschen imperialistischen Handelsmacht beruhen, sind am bersten.

z.ine. **Am 1.1.1981 treten Gesetze über Prozeßkostenhilfe und Beratungshilfe in Kraft.** Damit reagiert die Bourgeoisie darauf, daß große Teile der Volksmassen notwendige Rechtshilfe nicht bezahlen können, und sichert sich gleichzeitig in Abänderung des bisherigen Armenrechts erweiterte Zugriffsmöglichkeit auf den Lohn. – Kern des Prozeßkostenhilfegesetzes sind: völlige Kostenbefreiung bei Einkommen von netto 850 DM/mtl. (zur Zeit ca. 1200 DM), nach Bewilligung sofortige Rückzahlungspflicht in höchstens 48 Monatsraten nach Tabelle (Einkommen von 900 bis 3950 DM, Raten von 20 bis 520 DM), Kontrolle von Einkommen und Anliegen durch das Amtsgericht. – Nach dem Beratungshilfegesetz können Arme bei Eigenbeteiligung von 20 DM nach Überprüfung durch das Amtsgericht, das nach Erfahrungen ähnlicher Modelle bis zu 75% aussiebt, sich anwaltlich beraten lassen, jedoch nicht im Arbeits- und Sozialrecht. – Notwendig ist ein einheitliches Armenrecht für Beratung und Prozeß auf Kosten des Staates ohne seine inhaltliche Kontrolle bei freier Anwaltswahl.

z.acd. **Die ,,vorzeitige Pensionierung" (59er Regelung) ist als Sozialplan bei Opel insgesamt schlechter ausgefallen als bei VW.** Nur wer lange Werksangehöriger ist und viel verdient, erhält bei Opel wegen besserer Werksrente mehr. Eine Akkordarbeiterin mit dem Endlohn 12,68 DM bekommt bei VW im Alter von 59 Jahren alles in allem 27903 DM, im Alter von 60,5 Jahren noch 19425 DM. Bei Opel in jedem Fall weniger: mit 59 Jahren und 25 Jahren Werksangehörigkeit 24215 DM, mit gut 10 Jahren (ab da gibt es Werksrente) 17151 DM. Unter 10 Jahren bloß 15109 DM, also 12000 DM weniger als bei VW. Ein Facharbeiter aus der Lohngruppe 8 mit 20 Jahren Werksangehörigkeit kommt bei Opel mit Abfindung und Rente zusammen auf 28349 DM. Die Rente vom Werk macht hier knapp 3000 DM aus. Bei VW hätte er 28845 DM bekommen, also wenig mehr. Wer niedrig bezahlt wird und wenig Werksrente erhält, schneidet bei der 59er Regelung von Opel also immer schlechter ab. Die Kapitalisten konnten solche spalterischen Bedingungen im Sozialplan durchsetzen, weil sie mit den Massenentlassungen Druck ausüben. Bei VW wurde die 59er Regelung dagegen schon 1979 durchgesetzt, als noch Konjunktur herrschte. So wird bei Opel auch von der schlechteren Abfindungsaktion für Jüngere reger Gebracuh gemacht, auch aus Angst vor Entlassungen ohne Abfindungen.
Jüngere reger Gebrauch gemacht, auch aus Angst vor Entlassungen ohne Abfindungen.

z.rua. **Daimler-Benz hat Anfang Juni als erster ausländischer Automobilkonzern ein LKW-Werk in den USA eingeweiht.** In dem Werk in Hampton sollen jährlich 6000 schwere LKW produziert werden. Bei der Weltproduktion von LKWs über 15 Tonnen steht Daimler-Benz an erster Stelle, gefolgt von den US-Konzernen International Harvester, Mack, General Motors und Ford. 1979 wurden bei Daimler-Benz insgesamt 62500 ,,Brummis" produziert, davon 49600 in der BRD und 12800 in den Tochtergesellschaften in Brasilien und Argentinien. 1979 belief sich der Umsatz auf 30 Mrd. DM, davon entfielen 51,1% auf den Nutzfahrzeugbau. In der EG hält Daimler-Benz inzwischen einen Marktanteil bei LKWs von 34,1%. Mit dem Werk in den USA soll das Vordringen auf den US-Markt beschleunigt werden.

z.ere. **Ende Mai vertrieben Tieflandindianer der peruanischen Selva aus der Provinz Madre de Dios eine westdeutsche ,,Expeditionsgruppe".** Angeblich im Auftrag des Stern-Herausgebers Nannen sollte die Gruppe ,,Tieraufnahmen für das Magazin GEO" machen. Die Selva, so heißt der peruanische Teil des Einzugsgebiets des Amazonas, umfaßt eine Fläche von über 700000 km², 59% des Landes. Seit Jahren kämpfen die Tieflandindianer unterstützt von zehn peruanischen Gewerkschaften gegen die von der Regierung forcierte Kolonisierung der Amazonia, in der sich die BRD-Imperialisten mit Holzabbauprogrammen als Wegbereiter anbieten. Rund 300 Mio. Dollar haben sie vor allem im Bergbau angelegt. Über Holzimporte hinaus planen die westdeutschen Kapitalisten den Bau einer großen Papierfabrik.

z.dok. **Nach 10 Verhandlungstagen ist das Seeamt in Bremerhaven zu einem Urteilspruch über den Untergang der ,,München" gekommen.** Alle Ursachen, die im Profitinteresse der Reederei liegen könnten, hat das Seeamt ausgeschlossen. Stattdessen: ,,... ein offensichtlich durch extrem schlechtes Wetter bedingtes außergewöhnliches Ereignis muß eingetreten sein, das den Untergang der ,München' verursachte." Mit einem ,,nein" auf die Frage, ob der Hapag-Lloyd-Reederei Fahrplaneinhaltung vor Sicherheit gehe, gab sich das Gericht zufrieden, obwohl allen auslaufenden Schiffen von der Routenberatung zu dem Zeitpunkt empfohlen wurde, wegen Sturm eine andere Route zu fahren. Der Spruch des Seeamtes endet lediglich mit Verbesserungsempfehlungen für die Rettungsmittel. Der Sachverständige der See-Berufsgenossenschaft: ,,Die Rettungsmittel der ,München' haben den Menschen an Bord keine Chance gegeben." Rettungsinseln, die aufblasbar, geschlossen und kentersicher sind, gibt es schon lange und werden von der ÖTV gefordert. Der Sachverständige der See-Berufsgenossenschaft forderte das Seeamt auf, durch ihren Spruch diese Forderungen zu unterstützen.

DGB beschließt Wahlprüfsteine zu den Bundestagswahlen – Prüfstein 2: ,,Sichere Arbeitsplätze"

z.chc. Zu den Bundestagswahlen hat der DGB 13 Wahlprüfsteine verabschiedet. Hätte er sich darauf beschränkt, Forderungen der Arbeiterbewegung aufzunehmen, die auf die Durchsetzung von politischen Rechten des Volkes gegen den bürgerlichen Staat und von Schutzrechten gegen die Kapitalisten gerichtet sind, wäre das ein Fortschritt gewesen. So aber haben es die Vertreter der SPD und wohl auch des christlichen Gedankenguts im DGB für nötig gehalten, einige Verbeugungen nicht nur vor der ,,Sicherheitspolitik" des Kanzlers, sondern auch vor den kapitalistischen Verhältnissen zu machen.

Um zu zeigen, wie weit die Illusionsmacherei geht: Unter dem ,,Prüfstein 2, Recht auf Arbeit – gesicherte Arbeitsplätze" werden einige Grundsätze aufgestellt, gegen die man nicht sein kann, und solche, die man unterstützen muß; Orientierung regionaler Förderungsprogramme der Regierung an den möglicherweise zu erzielenden Arbeitsplätzen, oder aber auch bessere Rechte gegen Kündigung durch die Kapitalisten. Aber es heißt auch: ,,Rationalisierung und Automation müssen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen. Es ist sicherzustellen, daß nachteilige Folgen für die Arbeitnehmer vermieden werden." – ,,Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabriksystem treibhausmäßig gereift, wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche und gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses ..." hatte Karl Marx 1867 geschrieben. (Kapital Bd I, S.449f.) Bereits davor hat der bürgerliche Ökonom Ricardo vertreten, daß die Entwicklung der Maschinerie nur zum Nachteil der Arbeiter sein wird, nachdem er zunächst das Gegenteil behauptet hatte. Muß der DGB dahinter zurückfallen?

Freisetzung von Arbeitern durch Maschinerie zur vermehrten Schweißauspressung derer, die in Arbeit sind, und Bildung einer industriellen Reservearmee sind die zwangsläufigen Folgen der kapitalistischen Entwicklung der Maschinerie und Automation. Die nebenstehende Tabelle belegt, wie dabei ein Heer von Lohnarbeitern in besonders unsicheren Lebensumständen entsteht. Die Unsicherheit der Existenz durch Arbeitslosigkeit ist dort am höchsten, wo der Lohn am niedrigsten ist, und dort am geringsten, wo das Gehalt in Beteiligungsprämien an der Antreiberei umzuschlagen beginnt. – Durch Illusionsmacherei wie sie in dem Prüfstein 2 des DGB enthalten ist, wird Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung getragen. Aber, so klar der illusionäre Charakter solcher Forderungen ist, so sicher ist auf der anderen Seite, daß die Auseinandersetzung mit dieser Illusionsmacherei in der Gewerkschaftsbewegung geführt werden muß, indem die tatsächliche Rationalisierung und Automation einer Kritik unterzogen wird.

Arbeitslose: Die meisten unter dem Existenzminimum

Haushalte mit arbeitslosen Angehörigen	Monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von ... bis ... unter 600	600–1000	1000–1400	1400–1800	1800–2500	2500 u. mehr
Insgesamt*						
Anzahl	90454	147103	156239	163549	209233	147103
Prozent	9,9	16,1	17,1	17,9	22,9	16,1
dav. 1-Pers.-haush.						
Anzahl	64921	54506	13321	2175	1359	408
Prozent	47,1	40,1	9,8	1,6	1,0	0,3

Arbeitslose	Monatliche Nettoeinkünfte von ... bis ... ohne Eink.	unter 300	300–600	600–800	800–1000	1000–1200	1200–1400	1400 u. m.
Insgesamt**								
Anzahl	243972	84138	239727	148911	90816	49415	29382	25375
Prozent	26,8	9,2	26,3	16,3	10,0	5,4	3,2	2,8
davon Frauen								
Anzahl	149292	48691	140242	57730	26532	9330	–	–
Prozent	33,9	11,1	31,8	13,1	6,0	2,1	–	–

* Ohne Berücksichtigung von 6% der Arbeitslosen, die keine Angaben gemacht haben ** Ohne 6,2% der Arbeitslosen, die keine Angaben gemacht haben – Quelle: Mikrozensus, April 1977, Wirtschaft und Statistik 1/1979

BAG: Wenn die Kapitalisten schwach sind,

BAG: Wenn die Kapitalisten schwach sind, ist Aussperrung zulässig

z.ebk. ,,Abwehraussperrungen sind jedenfalls insoweit gerechtfertigt, wie die angreifende Gewerkschaft durch besondere Kampftaktiken ein Verhandlungsübergewicht erzielen kann." Das ist der Kern des Aussperrungsurteils des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom vergangenen Dienstag. Es ist die dritte große Entscheidung des BAG zu Streik und Aussperrung.

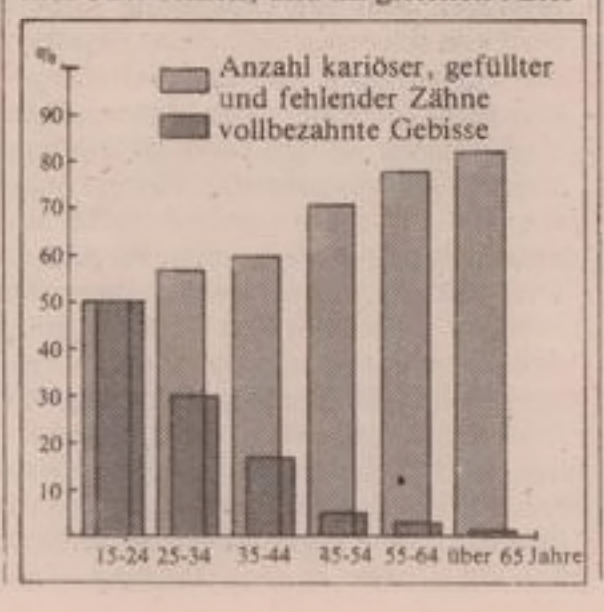
Ausgangspunkt dieser Rechtsprechung ist, daß es der westdeutschen Arbeiterklasse nach dem Krieg nicht gelungen ist, das unbeschränkte Streikrecht durchzusetzen. Art. 9 des Grundgesetzes gewährleistet nur das Koalitionsrecht, nicht aber das Streikrecht. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 setzten die Kapitalisten durch, daß Betriebsräte nicht das Recht haben sollen, den Streik vorzubereiten und zu führen. Der politische Streik ist durch die Rechtsprechung immer für illegal erklärt worden. 1955 hat das BAG den Streik für unzulässig erklärt, sobald er über den Rahmen der ,,Sozialadäquanz" hinausgeht, d.h. sich nicht innerhalb der ,,geschichtlich gewordenen sozialethischen Ordnungen des Gemeinschaftslebens bewegt." (BAG 1955) Mit seinem Beschluß von 1971 entschied es, daß sowohl für Streik wie Aussperrung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gelte, daß ,,wirtschaftliche Gegebenheiten zu berücksichtigen (sind), und das Gemeinwohl darf nicht verletzt werden."

Mit der zunehmenden Konzentration des Kapitals wächst die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Zweige der Produktion. Ein Streik in einer Abteilung kann ein ganzes Werk, ein Streik in einem Werk eine ganze Branche und ein Streik in einer Branche die ganze Wirtschaft eines Landes lahmlegen. Diesen Umstand können die Gewerkschaften nutzen. 1978 haben die IG Druck und die IG Metall Schwerpunktstreiks organisiert. Die Metallkapitalisten haben mit Aussperrung im ganzen Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden reagiert, die Druckkapitalisten mit einer vollständigen Aussperrung in der BRD. Um die Lohnforderungen von ausgesperrten Arbeitern, die nicht unter den Streikbeschluß ihrer Gewerkschaft fielen, ging es jetzt vor dem BAG.

Das BAG hält an der grundsätzlichen Zulässigkeit der Abwehraussperrung fest (über Angriffs- oder Sympathieaussperrung hatte es nicht zu entscheiden), weil sie gegen die Kampftaktik von Schwerpunktstreiks geeignet sei, die ,,materielle Parität" zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden wiederherzustellen. Das BAG führt aus: ,,Während die Interessen der Mitglieder einer Gewerkschaft weitgehend übereinstimmen und zu einem hohen Maß an Solidarität führen, sind die Mitglieder eines Arbeitgeberverbandes normalerweise potentielle oder tatsächliche Konkurrenten. Zwar verbindet sie das Interesse an günstigen Tarifabschlüssen und diese Gemeinsamkeit läßt sie im Arbeitskampf zusammenrücken, aber die marktbedingten Interessengegensätze werden dadurch nicht aufgehoben. Daraus ergibt sich ein Interessenkonflikt, wenn sie die Lasten des Arbeitskampfes, der um einen Verbandstarifvertrag geführt wird, nur einzelne Mitglieder des Verbandes trifft."

Die Streikstatistik zeigt, daß die Arbeiterbewegung einen schrittweisen Aufschwung genommen hat. Daher betont das BAG: ,,Das Arbeitskampfrecht muß sich aber gerade in Krisenzeiten bewähren, wenn beide soziale Gegenspieler ihre Kräfte nach Möglichkeit voll einsetzen." Die Rechtsprechung des BAG unterdrückt das Streikrecht der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse muß die Forderung nach Abschaffung aller Gesetze, die das Streikrecht einschränken und unterdrücken, mit der Forderung nach Verbot der Aussperrung verbinden.

z.doj. **Ein gesundes Gebiß haben nur 0,15% der westdeutschen Bevölkerung.** Das hat der Arbeitkreis ,,Epidemiologie" der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in einer breit angelegten Untersuchung herausgefunden. Bereits bei den 15–24jährigen sind 50% der Zähne faul oder fehlen, und im gleichen Alter hat die Hälfte nicht mehr alle Zähne. 81% dieser Lücken sind nicht mit Zahnersatz versorgt. Andere Untersuchungen über Zahnbetterkrankungen zeigen, daß 97,7% der 30 bis 50jährigen Industriearbeiter Zahnfleischentzündungen haben und daß Zahnbetterkrankungen schon im jugendlichen Alter weit verbreitet sind: 83% aller 13–16jährigen leiden daran. Durchschnittlich haben etwa 84% aller Menschen in der BRD entzündetes Zahnfleisch. Solche Entzündungen lockern die Zähne und führen im späteren Stadium zum Zahnausfall.



z.sth. **Das Bundessozialgericht in Kassel hat jetzt entschieden, daß die Mutterschaftszeit vor und nach der Geburt eines Kindes nicht als Anwartschaftszeit für einen späteren Anspruch auf Arbeitslosengeld gilt.** Die Mutterschaftszeit besteht 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt und kann bis auf ein halbes Jahr ausgedehnt werden, was nach Auskunft der AOK Frankfurt von fast allen lohnabhängigen Müttern wahrgenommen wird. Das Urteil bedeutet, daß eine arbeitslose Frau, die vor der Mutterschaftszeit nicht mindestens ein halbes Jahr gearbeitet hat, nach der Mutterschaftszeit kein Arbeitslosengeld erhält. Die Mutterschaftszeit muß als freigestellte Arbeitszeit gelten und für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld berücksichtig werden. Auch die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld kann sich dann beträchtlich erhöhen.

z.jüd. **In einer ausführlichen Stellungnahme wendet sich der Hauptvorstand der GEW gegen jeden Darlehns-Anteil an der Förderung durch das BAFöG.** Die Chancengleichheit sei noch lange nicht erreicht, und ein Darlehen, das ja kurz nach Abschluß der Ausbildung zurückgezahlt werden müsse, ,,belaste gerade die Auszubildenden aus sozial schwachen Schichten". ,,Knapp 4% der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen erhielten 1978 Förderungen unter 120 DM, knapp 8% unter 180 DM. Sie bezogen damit fast ausschließlich BAFöG als Darlehensbasis." Zur Finanzierung aus dem Staatshaushalt heißt es: ,,Die Behauptung, eine Darlehensfinanzierung entlaste die Masse der Steuerzahler, ist unstimmig ... Will man für die jetzige Generation der Steuerzahler Steuergerechtigkeit, so ist der geeignete Weg eine entsprechende Ausgestaltung des Besteuerungssystems." Bis 1974 hätte die Regelung gegolten, nach der alle BAFöG-Zahlungen Stipendien waren, die nicht zurückgezahlt werden

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik – Die Forderung bleibt aktuell

z.jük. 17. Juni 1953, Demonstrationen gegen die Erhöhungen der Normen in der DDR. Alle bürgerlichen Parteien und die BRD haben am 17. Juni versucht, sich kräftig in die Auseinandersetzungen in der DDR einzumischen. Zum Teil sind sie direkt von ihnen vorbereitet worden. Bis heute haben sie diese Politik der Einmischung mit dem Ziel der Einverleibung der DDR in den Herrschaftsbereich des westdeutschen Monopolkapitals nicht aufgegeben, sondern verfolgen sie unter veränderten Bedingungen weiter. ,,Wir bekennen uns in unserer nationalen Verantwortung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit'', überschreibt die CDU/CSU den entsprechenden Programmpunkt zu den anstehenden Bundestagswahlen. ,,Die SPD stärkt den Zusammenhalt der deutschen Nation. Aktive Friedenspolitik heißt Politik für den Menschen in Deutschland'', heißt es bei der SPD. Die FDP schreibt: ,,Das wichtigste ist der Frieden: die Herausforderung der Zukunft. Unser Land wünscht den vollständigen Zusammenschluß Europas so schnell und so eng wie möglich. In einem freien und friedlichen Europa kann das deutsche Volk seine Einheit wiedererlangen.'' Und die Grünen etwas anders: ,,Der Ausbau einer am Leitwert Frieden gerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke vor allem der NATO und des Warschauer Paktes einhergehen. Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit die deutsche Spaltung zu überwinden.''

Zumindest den Parlamentsparteien gemeinsam ist, daß die DDR und die Oder-Neiße-Grenze nicht völkerrechtlich anerkannt und damit die ,,deutsche Frage'' offengehalten und der Schluckmuskel angespannt gehalten wird. Dabei unterscheidet sich die Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik der CDU/CSU von der der SPD. Der Grund ist u.a. eine unterschiedliche Einschätzung der Infiltrationsmöglichkeiten in den Machtbereich des SU-Imperialismus durch die BRD und die Imperialisten des NATO-Bündnisses.

Die CDU/CSU kritisiert in ihrem Programm die SPD folgendermaßen: ,,Ganz Deutschland bleibt unser Vaterland. Wir bekennen uns im Gegensatz zur SPD/FDP zur geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Verantwortung für ganz Deutschland und erklären als überragendes Ziel unserer Politik die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Wir werfen der SPD/FDP-Koalition nicht vor, daß sie das Ziel der Wiedervereinigung nicht erreicht hat. Um so schwerer aber wiegt der durch Tatsachen bewiesene Vorwurf, daß SPD und FDP mit ihrer Art von Deutschlandpolitik die Spaltung durch ihre Anerkennungspolitik gefestigt, ein Gewaltregime auf deutschem Boden anerkannt und weltweit hoffähig gemacht hat. Gleichzeitig wurde der Gedanke an die Einheit des Vaterlandes Stück für Stück dem öffentlichen Bewußtsein entzogen.''

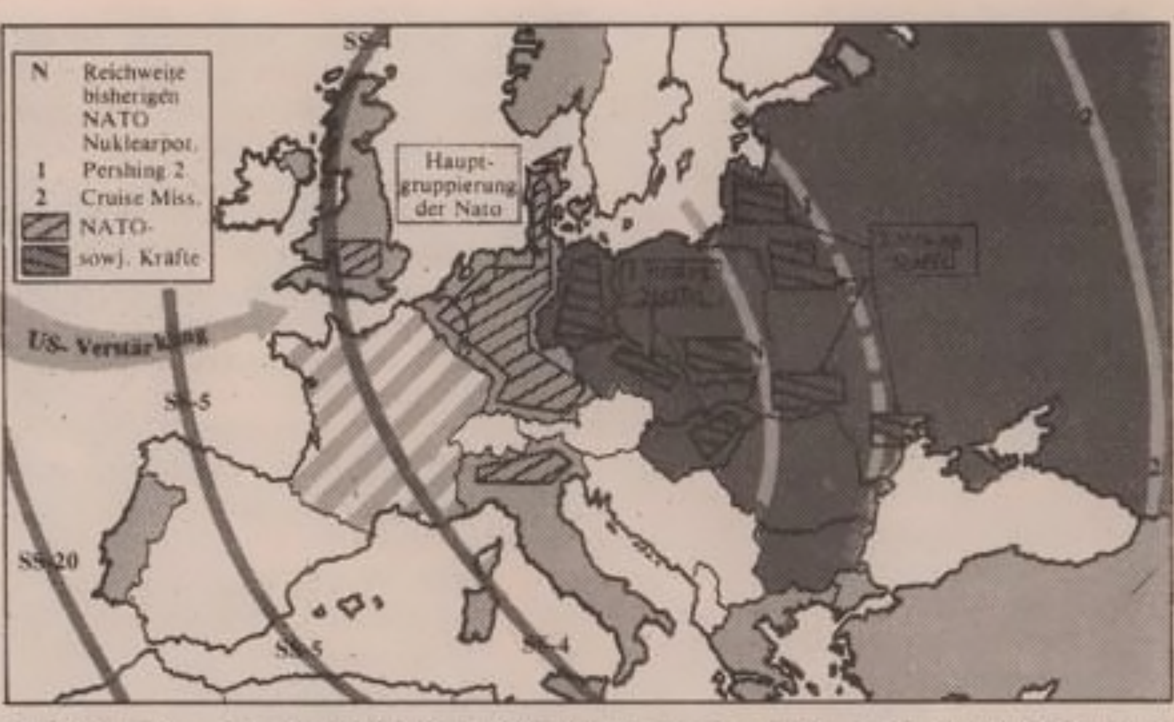
Die CDU/CSU geht davon aus, daß die SU einen direkten Zugriff auf Westeuropa vorbereitet, und betont demgegenüber eine Politik der Abgrenzung gegenüber der DDR, die im Einflußbereich der SU liegt. Wirtschaftliche Verflechtung und politische Beziehungen könnten den SU-Machtbereich stärken und die Vorbereitung des Gegenschlages schwächen. Denn, obwohl beide deutsche Staaten unter Kontrolle der jeweiligen Supermacht bleiben, verstärken sie die gegenseitige Tuchfühlung. Hier liegt auch der Unterschied zu der SPD/FDP-Politik, die gegenwärtig dem westdeutschen Monopolkapital den meisten Spielraum bietet bei ihrem Expansionismus gegenüber der DDR und insofern auch von den Kapitalisten unterstützt wird. Die SPD schreibt: ,,Unsere Friedenspolitik dient, indem sie die Begegnungen zwischen den Deutschen hüben und drüben fördert, der Einheit der Nation. Wir wissen, daß wir den Auftrag des Grundgesetzes zur Einheit nur erfüllen können in einer langen Friedensperiode und mit Zustimmung aller unserer Nachbarn. Wir wirken auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangen kann. Die Wirklichkeit heute ist die Teilung in zwei Staaten. Ihre Folgen zu lindern ist und bleibt das Ziel unserer Vertragspolitik mit der DDR. Wir verhandeln über weitere Verkehrsverbesserungen, Reiseerleichterungen in beiden Richtungen, besseren Gewässerschutz, mehr Zusammenarbeit im Umweltschutz- und Energiebereich sowie den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation.''

Die Politik von Brandt und Schmidt in den letzten 10 Jahren hat die Einflußmöglichkeiten der westdeutschen Monopolbourgeoisie in der DDR verbessert. Bei den Verträgen mit der DDR, insbesondere dem Grundlagenvertrag von 1972, handelt es sich de facto um Beziehungen von zwei Staaten, wobei aber durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD ausgeschlossen wurde. Praktisch hat die Politik der SPD/FDP den Interessen des westdeutschen Monopolkapitals, ein größeres Deutschland wiederherzustellen, mehr Spiel geschaffen und damit auch seine Bedingungen beim Kampf um die Hegemonie in Europa verbessert. Das Handelsvolumen mit der DDR stieg, westdeutsche Kapitalisten konnten auch den Anlagenbau in der DDR beträchtlich ausdehnen.

Die Supermächte betrachten diese Entwicklung der gegenseitigen Tuchfühlung beider deutschen Staaten mit Interesse *und* Mißtrauen. Die USA Supermacht setzt einerseits darauf, daß die Politik der BRD-Imperialisten die Infiltration in den Einflußbereich der SU befördert und die Auflösung und Sprengung dieses Blocks vorantreibt, andererseits lugt sie mißtrauisch darauf, daß die BRD nicht etwa dort landet. Eine ,,Moskaufraktion'' wird in den Reihen der SPD vermutet, und tatsächlich gibt es Liebäugeleien mit schleichendem Allianzwechsel. Angesichts der Politik der Einmischung und Einverleibung bleibt die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch die BRD aktuell und ist so dringend wie eh und je. Ebenso wie die Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD schränkt sie den Expansionismus des BRD-Kapitals ein. Gestellt im Rahmen der Forderung nach einem demokratischen Friedensvertrag erleichtern diese Forderungen gleichzeitig den gemeinsamen Kampf der Völker gegen die beiden Supermächte und ihr Streben nach Weltherrschaft und verbessern die Bedingungen für die soziale Revolution des Proletariats in Westdeutschland und der DDR weil die Durchsetzung dieser Forderungen die Hauptfrage, die Ausbeutung offenlegt.



Grenze DDR/BRD. Der ,,antifaschistische Schutzwall'' sichert der neuen DDR-Bourgeoisie den Arbeitsmarkt und verstärkt die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das kostet: Im Staatsbudget von '78 werden von den Gesamtausgaben von 132 Mrd. Mark allein 3,3 Mrd. für Grenztruppen, öffentliche Sicherheit und Justiz ausgewiesen, dazu kommen noch etliche Mrd. Mark für die Grenzbefestigungen. – Der Bundesgrenzschutz betreibt an der Grenze zur DDR Spionage und Wühltätigkeit mit mondernsten technischen Mitteln.



Reichweiten des sowjetischen Mittelstreckenpotentials, der NATO-Raketen Pershing 1, sowie der geplanten Pershing 2 und Cruise missiles.

SPD-Parteitag einigt sich über weiteren Umgang mit dem Nachrüstungsbeschluß

z.brr. Selbstverständlich war aufgrund der jüngsten Wahlerfolge der SPD in den Landtagswahlen mit einer starken Position des Parteivorstandes auf dem SPD-Wahlparteitag in Essen zu rechnen. Wer auf eine ,,ökologische'' oder gar ,,linke'' Konkurrenz durch Eppler oder Henning Scherf aus Bremen hoffte, lag doppelt falsch. Erstens hatte Eppler seinen Landtagswahlkampf verloren und Henning Scherf war es in Bremen bei der Rekrutenvereidigung übel ergangen, so daß beide keine Position hatten auf diesem Parteitag und zweitens sind die Auffassungen der SPD-Parteilinken sowieso nicht so weit von denen des Kanzlers entfernt, als daß sie nicht zusammenpassen würden. Es kam also zum Kompromiß auf dem Parteitag in Sachen Mittelstreckenraketen. Herbert Wehner hatte ihn als Vorsitzender der Antragskommission arrangiert. Der ehemalige Jusovorsitzende Voigt bekundete dem Parteitag als Sprecher der ,,Linken'', ,,daß wirklich unser Ziel ist, die Stationierung von Mittelstreckenwaffen überflüssig zu machen''. Dabei bezieht er sich auf eine Passage im Wahlprogramm, die auf Wunsch der ,,Linken'' und auf Empfehlung von Wehner neu aufgenommen wurde und in der es heißt: ,,Ziel der Verhandlungen (gemeint sind Verhandlungen mit der UdSSR auf Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses, d. Verf.) bleibt es, durch eine Verringerung der sowjetischen und eine für Ost und West in Europa insgesamt vereinbarte Begrenzung der Mittelstreckenwaffen die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.'' Mit dieser Formulierung kann der Kanzler leben, mehr noch, er kann sich darauf stützen.

Ende des Monats wird Helmut Schmidt in Moskau mit der sowjetischen Führung verhandeln. Er kündigte auf dem Parteitag an, sowohl über Afghanistan als auch über die Mittelstreckenraketen reden zu wollen. Es ist kennzeichnend für die augenblickliche Lage, daß nicht etwa die NATO oder die USA mit der UdSSR über Afghanistan oder die Raketenrüstung verhandeln, sondern der westdeutsche Kanzler. Die Hauptsache sei der Frieden, und günstig ist es, wenn miteinander gesprochen wird, sagen die Sozialdemokraten. Und ,,wir Deutsche'' hätten eine besondere Verantwortung für den Frieden bzw. dessen Erhaltung. Dieser besonderen ,,deutschen Verantwortung'' entspricht ein besonderes deutsches Handeln. Es war bekanntermaßen der westdeutsche Kanzler, der sich besonders für die amerikanische Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen in Westeuropa einsetzte, mit dem vermeintlichen Kalkül, damit gegenüber der UdSSR eine stärkere Position zu gewinnen. Das Resultat aber einer Stationierung von Pershing II Raketen sowie von Cruise Missiles Marschflugkörpern wäre die Möglichkeit des Kriegs zwischen USA und UdSSR unter Einsatz von Nuklearwaffen, ohne daß das Staatsgebiet der USA besonders gefährdet wäre. Die UdSSR hält Afghanistan besetzt und sucht Positionen an den Flanken Europas zu erobern oder zu sichern. Der NATO-Beschluß hat sie daran nicht gehindert – im Gegenteil. Die UdSSR will die Rücknahme des NATO-Beschlusses, weil ihre erste und zweite Strategische Staffel in Reichweite der Raketen stationiert sind, und ohne diese ist ein Angriff in Richtung Mitteleuropa nur schwer denkbar.

Nun geht der Kanzler mit folgendem Vorschlag in die Verhandlungen mit der UdSSR: Bis die neuen US-Raketen in 3 Jahren stationiert werden können, solle die UdSSR für diese Zeit auf Stationierung von sowjetischen SS 20 Mittelstreckenraketen verzichten, um in dieser Zeit über beiderseitige Begrenzung der Waffensysteme verhandeln zu können. Bislang lehnt die UdSSR dies ab und verlangt die Rücknahme des NATO-Beschlusses. Bevor der Kanzler sich dafür einsetzen wird, wird er Zugeständnisse an ,,deutsche Interessen'' verlangen, etwa Einwirken der UdSSR auf innerdeutsche Verhandlungen im Sinne der BRD oder auch verbesserte Möglichkeiten des Warenexports für die westdeutschen Kapitalisten. Jedenfalls muß es den westdeutschen Imperialisten nützen, ohne daß die USA gleich an der Bündnistreue Westdeutschlands Grund hätte zu zweifeln. Ihren Aufgaben in bezug auf die Rüstung und Ausrüstung der Bundeswehr kommen die westdeutschen Imperialisten jedenfalls in einem solchen Maße nach, daß die ,,Herald Tribune'' die BRD als ein Land mit den ,,gefürchtetsten konventionellen Streikräften in Westeuropa'' bezeichnete.

brauchten. Auch der Bundesrechnungshof könne ,,bei finanzwirtschaftlicher Betrachtungsweise'' die Darlehensförderung nicht empfehlen, weil die Rückforderungen verwaltungstechnisch viel zu teuer wären.

z.ust. **Auf der Vertreterkonferenz der IGM-Bochum am 27.5. hatte die Vertrauensleutekörper-Leitung der Friedr. Krupp Hüttenwerke Bochum einen Antrag gegen die Schichtarbeit vorgeschlagen, der in leicht geänderter Form einstimmig angenommen wurde und als Antrag an den Gewerkschaftstag der IGM im September weitergeleitet wird.** Der Antrag lautet sinngemäß: ,,Schichtarbeit, die auf reinen betriebswirtschaftlichen Grundlagen angeordnet wird, ist unzulässig. Aus arbeitstechnischen und zivilisatorisch-humanitären Gründen kann Schichtarbeit nur angeordnet werden in äußerst dringenden Fällen. Beim Gesetzgeber ist Einfluß zu nehmen, entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen.'' Auf den Belegschaftsversammlungen bei Krupp letzte Woche stützten sich 2 Arbeiter auf diesen Beschluß und griffen die Geschäftsleitung wegen weiterem Ausbau der Nachtschicht an. Er wäre auch für die Reduzierung der Nachtarbeit, aber die Konkurrenz sowie technische Gründe hinderten sie daran, wußte der Sprecher der Geschäftsleitung nur noch zu antworten.

z.gab. **Im Bereich der Betriebsvertretungen bei den alliierten Streitkräften gelten nach wie vor die Personalvertretungsregeln von 1955, entschied das Bundesarbeitsgericht.** Erst eine förmliche Änderung des NATO-Truppenstatuts könne dem Bundespersonalvertretungsgesetz von 1974 Geltung verschaffen. Im Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut sind die Rechte des Personalrats eingeschränkt auf ,,Mitwirkungsrechte'', z.B. um Beschwerden vorzutragen, Vorschläge zu machen, mitzubestimmen bei Wohlfahrtseinrichtungen, Pausen u.ä. Seit 25 Jahren fordert die ÖTV die Verwirklichung des uneingeschränkten Arbeits- und Personalvertretungsrechts. Völlig ausgeschaltet ist der Personalrat bei Kündigung und Stellenbesetzung. ,,Aus militärischen Gründen'' werden diese meist direkt in Washington angeordnet. So auch die Praxis der US-Besatzer, jede frei werdende Zivilstelle, die zuvor mit westdeutschem Personal besetzt war, mit Familienangehörigen der US-Streitkräfte (bis heute 20000) aufzufüllen. Die Zivilbeschäftigten werden jetzt auch im Schußwaffengebrauch ausgebildet.

z. dif. **In der Nacht auf Sonntag läßt der Freiburger Gemeinderat mit 1200 Polizisten das besetzte ,,Dreisameck'' räumen.** Mit dem riesigen Polizeiaufgebot, das aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogen war, sollte eine Lage geschaffen werden, in der jeder Gedanke an Gegenwehr aussichtslos erscheint. Die polizeitaktische Überlegung sei es gewesen, ,,durch Übermacht Handlungsspielraum zu gewinnen.'' Noch am Sonntagabend kommt es zu einer Demonstration, an der sich 4000 Schüler, Studenten und Arbeiter beteiligen, am Montag sind es 10000, am Dienstag 7000 und am Freitag 6000. Angesichts des massenhaften Protestes aus Hochschulen und Betrieben, bis hin zu Ballett und dem Schauspielensemble der städtischen Bühnen, die sich an den Demonstrationen beteiligen, befürchten Teile der Freiburger SPD größere Stimmverluste bei den kommenden Kommunalwahlen an die Grünen. Stadträte der SPD, die selbst dem Abriß zugestimmt haben, sehen sich gezwungen, den Freiburger OB Keidel, SPD, öffentlich anzugreifen. Der politische Handlungsspielraum des Staatsapparats ist durch die Massenaktionen eingeschränkt worden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL / a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.ibu. **Über 50 Redakteure von Weser-Kurier und Bremer Nachrichten bekräftigten am Donnerstag mit einem siebenstündigen Warnstreik ihre Forderungen für einen neuen bundeseinheitlichen Manteltarifvertrag, über den an diesem Tage in Heidelberg zum fünften Male verhandelt wurde.** Die Journalistenorganisationen dju (IG Druck) und DJV fordern gemeinsam eine Arbeitszeitregelung (40 Stunden an fünf Tagen), Bezahlung von Überstunden und von Nacht- und Sonntagsarbeit sowie verbesserte Urlaubsregelungen. Bisher haben die Zeitungsredakteure beispielsweise keine Arbeitszeitregelung, es gilt zwar die gesetzliche 48-Stundenwoche, tatsächlich werden aber nach Angaben der IG Druck durchschnittlich 60 Stunden pro Woche gearbeitet. An dem Warnstreik waren fast alle Redakteure der beiden Zentralausgaben und ein Teil der Regionalredakteure beteiligt. Unterstützt wurde der Warnstreik von der gesamten Belegschaft, die von den Redakteuren durch Flugblätter und in Versammlungen informiert wurde. Auf gemeinsamen Druck der Redakteure und der gesamten Setzerei mußte die Geschäftsleitung die Freitagsausgaben beider Zeitungen im Textteil reduzieren. Nach Gewerkschaftsangaben hat es in 16 Zeitungsverlagen im Bundesgebiet Protestaktionen gegeben, außer in Bremen wurden in Bielefeld (Neue Westfälische) und in Heilbronn die Freitagsausgaben auf Druck der Belegschaft reduziert.

b.mat. **Der Hamburger Senat muß Transportpfleger weiterbeschäftigen.** Per Gerichtsentscheid wird ein Zeitvertrag in einen unbefristeten Arbeitsvertrag umgewandelt. Nach fast zwei Jahren und zwei Zeitverträgen wollte das AK Ochsenzoll den Kollegen R.Galli loswerden. Begründung: Alle Planstellen seien besetzt, bzw. müßten für examiniertes Pflegepersonal freigehalten werden. Der Kollege gewann den Prozeß gegen die Gesundheitsbehörde. Das Urteil stellt fest, daß es keinen sachlichen Grund für einen Zeitvertrag gab. ,,Wenn er (Gesundheitsbehörde) sich hierbei minderqualifizierter Kräfte bedient und diese ihm also die reibungslose Abwicklung seiner betrieblichen Aufgaben ermöglicht, so kann er nicht bei späterem Vorhandensein ausgebildeter Kräfte die Nichtausgebildeten einfach fallenlassen.''

b.bek. **Auf Protest der Waltershofer Zöllner gegen die Erzstaubverschmutzung durch den Massengutumschlag**

trag umgewandelt. Nach fast zwei Jahren und zwei Zeitverträgen wollte das AK Ochsenzoll den Kollegen R.Galli loswerden. Begründung: Alle Planstellen seien besetzt, bzw. müßten für examiniertes Pflegepersonal freigehalten werden. Der Kollege gewann den Prozeß gegen die Gesundheitsbehörde. Das Urteil stellt fest, daß es keinen sachlichen Grund für einen Zeitvertrag gab. ,,Wenn er (Gesundheitsbehörde) sich hierbei minderqualifizierter Kräfte bedient und diese ihm also die reibungslose Abwicklung seiner betrieblichen Aufgaben ermöglicht, so kann er nicht bei späterem Vorhandensein ausgebildeter Kräfte die Nichtausgebildeten einfach fallenlassen.''

b.bek. **Auf Protest der Waltershofer Zöllner gegen die Erzstaubverschmutzung durch den Massengutumschlag** **bei Hansaport sind Anfang des Jahres Staubaufkommen vom 20fachen des für den Tag zulässigen im Bereich des Zollgeländes gemessen worden.** Schon bei Einweihung des Hansaports haben die jetzt vertriebenen Altenwerder auf Plakaten gegen die hohe Staubverschmutzung protestiert. Die einzigen Maßnahmen zur Verhinderung der Staubentwicklung sind Berieselungsanlagen. Seitens der Hansaportgeschäftsleitung sind jetzt Verkleidungs-, Absaug- und Filteranlagen vorgeschlagen worden. Offenbar wird ihnen der Verlust durch Abtransport des Erzes durch den Wind zu groß. Ein jetzt gestellter Antrag der CDU in der Bürgerschaft auf Kontrolle der Staubwerte scheint eine Subventionierung dieser Anlage durch Steuergelder vorbereiten zu wollen.

b.stb. **Schleswig-Holsteinischer Sozialminister Braun beruft Mitglieder der ,,Kommission für Frauenfragen''.** Neben einer Vertreterin des DGB, einer Bäuerin und einer Angestellten ist dort vor allem eine ehrenwerte Gesellschaft zusammengerufen worden aus einer Berufsschuldirektorin, einer Vertreterin der DAG, einer höheren Charge des Landesarbeitsamtes, einer Bürgermeisterin, einer KN-Redakteurin, Juristin, Ärztin, Freischaffenden Künstlerin und von Vertreterinnen von Verbänden wie ,,Verband alleinstehender Väter und Mütter'', Familienbildungsstätten etc. Darin hofft Braun offenbar, seine Vorschläge durchsetzen zu können, die darauf zielen, mehr Frauen in die Teilzeitarbeit zu pressen, ,,Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen...unter den heute veränderten Arbeitsbedingungen'' zu untersuchen (s. Kieler Nachrichten, 6.6.), was auf Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit der Frauen in der Industrie oder bestimmter Beschränkungen bei schwerer Arbeit zielt. Zuerst soll der Ausschuß erörtern, daß die Altersgrenze bei der Einstellung von Frauen in den Vorbereitungsdienst als Lehrerin 33 Jahre ist – als wenn man die nicht schlicht aufheben könnte. Sind dann die wesentlichen Vorschläge zur vermehrten Ausbeutung der Arbeiterklasse von den versammelten ,,Frauen'' abgesegnet, sollen sie von dort aus in alle möglichen Kanäle der ,,Öffentlichen Meinung'' geblasen werden.

b.hos. **Minimalwerte des Sauerstoffgehalts in der Elbe weit unterschritten.** Statt die Industrieeinleitungen sofort zu stoppen, luden Hamburger Senatoren Kapitalisten am 4.6. zum Meinungsaustausch über das Abwasserabgabengesetz ein. Laut Pressestelle soll die Erhebung einer Abgabe ,,...einer technischen Entwicklung *Anreiz* bieten, *möglichst wenig* Abwasser mit *möglichst geringer* Schädlichkeit für die Gewässer zu erzeugen''.

r.fiw. **Demonstration von 3000 bis 4000 gegen die geplanten Atomanlagen in Lingen am 14.6.** U.a. folgende Forderungen und Parolen wurden auf der Demonstration mitgetragen: Weg mit dem Atomprogramm; Keine Urananreicherungsanlage in Gorleben; Keine radioaktiv verseuchte Landwirtschaft; Freiheit für alle verurteilten Atomkraftgegner; BIs und Gewerkschaften – gegen Atomstrom und Arbeitslosigkeit; Nochmals 25 Jahre NATO? Jetzt reicht's uns! Kein Volk will den Atomtod; Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm. Die Stadt Lingen hatte von vornherein schikanöse Auflagen gemacht, z.B. Sicherheitsabstand zwischen je 1000 Demonstranten. Den Einwohnern von Lingen wurde verboten, in den Vormittagsstunden mit dem Auto in der Innenstadt zu parken. In den Reden der Abschlußkundgebung wurden auch die polizeiliche Räumung des besetzten Bauplatzes in Gorleben verurteilt. Konkretes über die Planungen im Emsland war nicht zu erfahren. Ein Vertreter niederländischer Kernkraftgegner verwies auf eine zum selben Zeitpunkt stattfindende Demonstration gegen den NATO-Nachrüstungsbeschuß in Almelo.



Ein Vertreter niederländischer Kernkraftgegner verwies auf eine zum selben Zeitpunkt stattfindende Demonstration gegen den NATO-Nachrüstungsbeschuß in Almelo.



b.uwz. **Gewerkschaftseinheit gegen BGJ-Einführung wird gestärkt.** SPD-Bildungspolitiker Wulf Damkowski plauderte aus dem Nähkästchen der Schulbehörde, wie die Interessen der Kapitalisten zur Verkürzung der Ausbildung am besten gegen die Gewerkschaften durchgesetzt werden. Gegenüber Vertretern der Gewerkschaftsjugend erklärte er: ,,Wir wollen das BGJ sektoral einführen, d.h. in den Branchen, wo es durchsetzbar ist.'' Dieser Salamitaktik entspricht es, daß die Behörde jetzt mit den Tarifvertragsparteien Einzelgespräche führen will. Das hat seine Ursache darin, daß die Gewerkschaftseinheit gegen das BGJ gewachsen ist. In den Unterausschüssen der Schulbehörde und im Bildungspolitischen Ausschuß des DGB-Bunddesvorstands hat sich die ÖTV gemeinsam mit der IG METALL gegen die Einführung des BGJ ausgesprochen und Mindestforderungen gestellt. Damit ist für die Behörde die Einführung des BGJ ,,gemeinsam mit den Gewerkschaften'' (Grolle) in den größten Ausbildungsbereichen erschwert, wenn nicht gar gestorben. Die Spaltungsabsichten von Klose und Grolle gegen die Gewerkschaftseinheit werden bekämpft. IG Druck lehnt das BGJ ab, GHK will nichts ohne ihre Jugendgruppe machen, die das BGJ bereits bekämpft. Auch die Maßnahme der SPD-Fraktion, die Gewerkschaftsjugend mittels ,,Gesprächen'' zu spalten, wird zum Bumerang gemacht.

b.ham. **Der engere Vorstand des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes hat vergangene Woche ein ,,Kontaktgespräch'' mit der Arbeitsgemeinschaft des Grundbesitzes geführt.** Diese hat ,,die Dringlichkeit einer baldigen Entscheidung über die anstehende Agrarpreiserhöhung betont'' (Bauernblatt). Über die *Höhe* hat dieser Verband sich nicht geäußert, d.h. er hat nicht die 7,9%-Forderung des Bauernverbandes unterstützt. In ihm sind die Gutsbesitzer zusammengeschlossen, deren Mehrzahl zugleich Mitglieder des Bauernverbandes und der Arbeitgeberausschüsse ist. Der Bauernverband selbst hat jetzt eine Rechnung erstellt über die Wirkung des 5%-Beschlusses: 60% der Produkte auf Großhandelsstufe werden von dem Beschluß erfaßt. Zwingen die Bauern den Handel, die Erhöhung zu zahlen, verbleiben real 2,4%, erstens wegen des 1%igen Währungsausgleichs und zweitens weil von einem Produkt wie Butter z.B. nur 50% des Preises landwirtschaftlicher Preis ist.

Funktionärskonferenz der Westberliner IG-Metall über CAD-System

Auseinandersetzung über Betriebsvereinbarungen zu Bildschirmsystemen

r.hae. Am Donnerstag, den 19.6. findet eine Funktionärskonferenz der IG Metall-Westberlin statt. Es geht um die Auswirkungen und die gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen gegen die Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen, speziell der CAD-Systeme (CAD: Computer Aided Design – Computerunterstütztes Konstruieren).

Die Kosten eines einzigen CAD-Arbeitsplatzes belaufen sich auf gegenwärtig 250000 DM. Mit Hilfe des CAD-Systems ist es möglich, jeden beliebigen Teil dreidimensional auf dem Bildschirm darzustellen, wobei Änderungen der Konstruktion (Verkleinern, Vergrößern, Änderungen der Bohrungen, der Winkelmaße etc.) möglich sind, wie auch der Zusammenbau verschiedener Teile. Über einen Schnelldrucker und -zeichner kann jede Bildschirmzeichnung als fertige Werkstattzeichnung ausgegeben werden. In einer Siemens-Broschüre wird das CAD-System folgendermaßen propagiert: ,,Wenn sie einen Mann haben, der den ganzen Tag produziert, nie müde und krank wird, niemals streikt, mit der halben Bezahlung zufrieden ist, ein fotografisches Gedächnis besitzt – nur dann brauchen sie keine CAD-Anlage.''

Dieser zweifellos ungeheure technische Fortschritt führt keineswegs zur Erleichterung der Arbeit. Bei den hohen Kosten für den CAD-Arbeitsplatz muß Schicht gearbeitet werden, damit es ,,wirtschaftlich'' ist, so das CAD-Institut in Großbritannien, wo die Anwendung von CAD schon weit fortgeschritten ist. Außerdem ist ein CAD-System 3 Jahre nach Einführung veraltet, was als zusätzlicher Stachel für die Schichtarbeit wirkt. Und nicht nur für Schichtarbeit: durch die Zerlegbarkeit des Arbeitsprozesses ist auch Akkord- oder Prämienentlohnung anwendbar. Die Kapitalisten hoffen, mit CAD eine Leistungssteigerung auf das zwanzigfache in den Konstruktionsbüros herbeizuführen. Bei VW, wo solche CAD-Arbeitsplätze erprobt wurden, fielen 50% der in diesem Bereich Beschäftigten weg. Die IGM schätzt, daß dies System den Kapitalisten die Möglichkeit bietet, zwei Drittel aller Arbeitsplätze in den Konstruktionsbüros zu beseitigen.

Bezüglich des Abschlusses von Betriebsvereinbarungen über Bildschirmarbeit gibt es in der Westberliner Metallindustrie ein uneinheitliches Bild: in wenigen Betrieben (z.B. bei der Berthold AG) gibt es eine Betriebsvereinbarung, in den meisten noch keine, und in einigen hat der Betriebsrat Vereinbarungen vorgelegt, die in Verhandlung sind, so bei der AEG. In diesen Verhandlungen hat sich die Betriebsführung auf den Standpunkt gestellt, daß die Errichtung von Bildschirmarbeitsplätzen den Betriebsrat ebensowenig angeht wie die Aufstellung einer neuen Maschine. Diesen Standpunkt unterstützt der Kapitalistenverband. Der Betriebsrat hat dagegen Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben. Auf dem Gelände der AEG-Brunnenstraße wären Ende 1979 nach einer Aufstellung der Betriebsführungen 35 Bildschirmgeräte in Betrieb. Durch Zusammenlegung zweier Werke und den verstärkten Einsatz der EDV sollen in diesem Bereich 300 Angestellte ,,eingespart'' werden.

Gegen die ziemlich umfangreichen Rationalisierungsvorhaben müssen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sein, weil offensichtlich die Betriebsräte damit nicht allein zurechtkommen. Wo der Abschluß von Betriebsvereinbarungen gelungen ist, entsprechen sie keineswegs den gewerkschaftlichen Forderungen nach Beschränkung auf 4 Stunden an den Bildschirmen und Mischarbeitsplätzen. Die Vertreterversammlung der Westberliner IGM hat in Anerkenntnis dieser Tatsache einen Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag beschlossen, in dem vom Vorstand gefordert wird, ,,Rahmenbedingungen zu schaffen, für regionale Tarifverträge, die den Einsatz von EDV in den Betrieben regeln''. Gleichzeitig hat die IGM-Ortsverwaltung eine Umfrage eingeleitet über den Einsatz von EDV in den Westberliner Metallbetrieben.

Kautschukindustrie: Große Einbußen beim Effektivlohn in den letzten Jahren

r.gef. Die ersten Tarifverhandlungen in der Kautschukindustrie Niedersachsen finden am 24. Juni statt. Die IG Chemie fordert 9,8% und die Anhebung der Erhöhung der Lohngruppen 1 und 2 auf die Erhöhung der Lohngruppe 3, was bei 9,8% einem Mindestbetrag von 140 DM entsprechen würde. Für die Gehaltsgruppen 1 und 2 sollen ebenfalls Strukturverbesserungen erreicht werden.

Mit der Anbindung des Mindestbetrages an die Lohngruppe 3 ist die Tarifkommission ein gut Stück hinter ihrem ursprünglichen Vorschlag zurückgeblieben, den Mindestbetrag an die Facharbeiterlohngruppe 6 anzubinden,

lich am meisten angehoben wurden durch zwei Abschlüsse mit Mindestbeträgen 1976 und 1977, sind diese Lohngruppen effektiv überhaupt nicht besser weggekommen als die übrigen Lohngruppen.

Im wesentlichen waren es die Conti-Kapitalisten, die rund 75% der niedersächsischen Kautschukarbeiter ausbeuten, die die Zulagen zunächst gezahlt haben und dann rabiat gekürzt bzw. gestrichen haben. Teile der Dreischichtarbeiter auf der Conti haben seit 1975 eine effektive Lohnsteigerung von nicht mehr als 4% aufzuweisen. Eine 20 Pf-Zulage pro Stunde für alle wurde

auf die nötigen Minuten kommen können. Das gleiche wurde praktisch durch die Einführung des sogenannten Pufferlohnes erreicht, der zwar als Ziel den Monatslohn für Arbeiterinnen haben soll, aber mit der Senkung der Akkordobergrenze um 5 bis 10% begann.

Viele Gründe sprechen also dafür, daß die IG Chemie bei den Verhandlungen einen Abschluß verlangt, der über dem der Metallindustrie oder der chemischen Industrie liegt. Einen weiteren Grund liefert der Conti-Konzern selber, wo Vorstandsvorsitzender Hahn sich gegenüber der Presse noch

Kautschukindustrie: Große Einbußen beim Effektivlohn in den letzten Jahren

r.gef. Die ersten Tarifverhandlungen in der Kautschukindustrie Niedersachsen finden am 24. Juni statt. Die IG Chemie fordert 9,8% und die Anhebung der Erhöhung der Lohngruppen 1 und 2 auf die Erhöhung der Lohngruppe 3, was bei 9,8% einem Mindestbetrag von 140 DM entsprechen würde. Für die Gehaltsgruppen 1 und 2 sollen ebenfalls Strukturverbesserungen erreicht werden.

Mit der Anbindung des Mindestbetrages an die Lohngruppe 3 ist die Tarifkommission ein gut Stück hinter ihrem ursprünglichen Vorschlag zurückgeblieben, den Mindestbetrag an die Facharbeiterlohngruppe 6 anzubinden, was für alle Lohngruppen einem Festbetrag gleichkäme.

Gegen eine weitere Forderung, nämlich die Absicherung der übertariflichen Leistungen, werden die Kapitalisten auf stur stellen... Hierbei ist es so, daß viele von den übertariflichen Leistungen, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre den Kapitalisten abgetrotzt wurden, seit 1975 immer mehr zusammengestrichen wurden. Stieg der Tariflohn von 1975 bis 1979 bei den Lohngruppen zwischen 28,8 und 30,2%, so stiegen die Effektivlöhne in dem gleichen Zeitraum bei den Männern um durchschnittlich 24,5% und bei den Frauen um durchschnittlich 23,8%. Trotzdem die beiden unteren Lohngruppen, wo fast ausschließlich Frauen arbeiten, tarif-

lich am meisten angehoben wurden durch zwei Abschlüsse mit Mindestbeträgen 1976 und 1977, sind diese Lohngruppen effektiv überhaupt nicht besser weggekommen als die übrigen Lohngruppen.

Im wesentlichen waren es die Conti-Kapitalisten, die rund 75% der niedersächsischen Kautschukarbeiter ausbeuten, die die Zulagen zunächst gezahlt haben und dann rabiat gekürzt bzw. gestrichen haben. Teile der Dreischichtarbeiter auf der Conti haben seit 1975 eine effektive Lohnsteigerung von nicht mehr als 4% aufzuweisen. Eine 20 Pf-Zulage pro Stunde für alle wurde gestrichen bzw. in einen Teil der vermögenswirksamen Leistung umgewandelt. Was sich ebenfalls als direkte Lohnsenkung ausgewirkt hat, ist die erhebliche Kürzung der Akkordvorgabezeiten, die in den Jahren 74/75 einsetzte, so daß viele Arbeiter nicht mehr

auf die nötigen Minuten kommen können. Das gleiche wurde praktisch durch die Einführung des sogenannten Pufferlohnes erreicht, der zwar als Ziel den Monatslohn für Arbeiterinnen haben soll, aber mit der Senkung der Akkordobergrenze um 5 bis 10% begann.

Viele Gründe sprechen also dafür, daß die IG Chemie bei den Verhandlungen einen Abschluß verlangt, der über dem der Metallindustrie oder der chemischen Industrie liegt. Einen weiteren Grund liefert der Conti-Konzern selber, wo Vorstandsvorsitzender Hahn sich gegenüber der Presse noch nicht einmal getraut, die hohen Umsatzzuwachsraten im ersten Halbjahr 1980 zu nennen, weil sie angeblich über das ganze Jahr gesehen ein verzerrtes Bild abgeben würden. Den Aktionären jedenfalls versicherte Hahn eine nicht zu knappe Dividende.

Lohngruppe	*Tarif-grundlohn	Erhöhung 75–79	**Lohnklasse mit Anteil an gesamt	Effektivlohn	Erhöhung 75–79
Lohngruppe I	1336 DM	30,2%	W 3 (20,5%)	1904 DM	24,7%
Lohngruppe II	1386 DM	29,6%	W 2 (4,3%)	1792 DM	19,6%
Lohngruppe III	1432 DM	29,0%	W 1 (0,2%)	2221 DM	32,5%
Lohngruppe IV	1525 DM	28,8%	M 3 (1,8%)	1865 DM	35,7%
Lohngruppe V	1615 DM	28,9%	M 2 (39,6%)	2363 DM	25,2%
Lohngruppe VI	1750 DM	28,9%	M 1 (33,6%)	2569 DM	24,3%

* Angabe der Löhne = Stundenlohn x 173 Stunden;
**nach Statistische Berichte Niedersachsen; W = Arbeiterinnen, M = Arbeiter; Gruppe 3 = ungelernte Arbeiter; Gruppe 2 = angelernte Arbeiter; Gruppe 1 = Facharbeiter.

b.ped.Kiel. **Sofortabschiebungs-, Kasernierungs- und Zwangsarbeitspläne für Asylbewerber sind nur die Fortführung der am 1.1.80 eingeführten gesetzlichen Angriffe auf das Asylrecht.** 117 neue Anerkennungsausschüsse und 17 neue Kammern bei den Verwaltungsgerichten wurden eingerichtet. Erwartete Beschleunigung pro Verfahren: zwei Jahre. Derzeit wird noch rabiater gesiebt: *Ohne Anhörung* hat z.B. der neue Hamburger Ausschuß die Anträge der türkischen Arbeiter K.A. und Y.L. *formularmäßig* nach *5 Monaten* abgelehnt, obwohl auf beide nachweislich Mordanschläge durch Banden der Regierung Demirel verübt wurden. Folge dieser Praxis sind bereits ca. 90 Klageverfahren bei der neuzuständigen XIII. Kammer des Verwaltungsgerichts Schleswig, die in der Regel bei eingeschränkter Berufungsmöglichkeit den Endpunkt des gesamten Asylverfahrens bilden werden. Seit Januar 1980 haben ferner die neuhinzugekommenen 320 Asylbewerber in Kiel *nur noch auf das Stadtgebiet beschränkte ,,Duldungen''* bekommen, während bis dahin schon im Antragsverfahren neue Paßpapiere und Aufenthaltserlaubnisse erkämpft werden konnten. Zügig ist damit bereits für die Hälfte der insgesamt 600 Bewerber in Kiel die Internierung vorbereitet. Mangelhafte Deutschkurse an zwei Abenden pro Woche für zwei bis drei Monate, Drohungen mit Sozialhilfeentzug bei Weiterstudium sind heute schon Mittel, z.T. hochqualifizierte Asylbewerber wie z.B. einen Ingenieur aus Bangladesch zur Annahme billigster Hilfsarbeit auf HDW zu *zwingen*.

b.sal.Heide. **Rund 150 Leute demonstrierten am 12.6. gegen die öffentliche Vereidigung in Heide.** Vorausgegangen war, daß sich zunächst Jugendliche aus dem Jugendzentrum gegen diese Vereidigung zusammengeschlossen hatten und eine Aktion durchführen wollten. Als sie sich mit anderen Organisationen und Einzelpersonen treffen wollten, führte die Stadt sofort eine Hausdurchsuchung im Jugendzentrum durch. Da jegliche politische Betätigung im JZ verboten ist, hofften die Vertreter der Stadt, Anhaltspunkte für die Vorbereitung der geplanten Aktion zu finden, um die Kollegen und Jugendlichen des JZ unter Druck zu setzen. Gelungen ist ihnen das nicht. – Die Aktionseinheitsgespräche fanden am Dienstag mit Vertretern zweier Bürgerinitiativen, den Jusos, der ,,Volksfront'' und des KBW, sowie mit vielen Einzelpersonen (etwa 80 Teilnehmer) statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Man einigte sich darauf, Transparente unter den Forderungen ,,Keine öffentliche Vereidigung'' und ,,Keine Waffenerprobungen in der Meldorfer Bucht'' mitzutragen. – Nach der Demonstration wurde Stoltenbergs Rede mit Pfiffen und Parolen angegriffen. Er hat Heimatverbundenheit propagiert, und ,,daß die Bundeswehr fest in unserem Volk verankert ist''. Daß er sich dessen überhaupt nicht sicher ist, zeigte die Polizei, die den Demonstranten in einer Kette gegenüberstand.

b.ulr. **Erneut hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der kommunalen Krankenhäuser Schleswig-Holsteins gegen das Krankenhausfi-**

Interschutz Messe in Hannover: Höhere Effektivität mit weniger Personal

r.kll. Auf ca. 66510 qm fand in Hannover die Interschutz Messe 1980 statt. 17 Nationen hatten Aussteller auf diese Messe entsandt. Sie gehört zu den größten dieser Art. Löschfahrzeuge, Pumpen, Schutzanzüge, Atemmasken und Rettungsgerät älterer und neuerer Bauart waren auf der Messe ausgestellt. Firmen wie Magirus-Deutz, Mercedes-Benz, Metz, Liegler und verschiedene andere stellten auf dem Freigelände überwiegend Lösch- und Rettungsfahrzeuge aus. Bei den Löschfahrzeugen waren solche mit festmontierter Spritze in der Überzahl. Diese Art wird hauptsächlich von Flughafenfeuerwehren benutzt, für die anderen Feuerwehren sind die Investitionskosten hauptsächlich wegen der begrenzten Einsatzmöglichkeiten dieser Fahrzeuge hoch.

Einen großen Raum nahmen außerdem Fahrzeuge mit Gelenkmastbühne ein. Hierbei handelt es sich um Fahrzeuge, die im wesentlichen die herkömmlichen Leiterwagen ablösen sollen, von ihnen ist ein sichereres Arbeiten möglich, die mühselige Kletterei entfällt, die Korbhöhe bei einigen Typen lag über 30 m. Ausgerüstet sind die meisten Feuerwehren jedoch mit den herkömmlichen Leiterfahrzeugen, bei denen die Unfallgefahr wesentlich höher liegt. Groß war auch das Angebot bei Strahlenschutzanzügen, Atemschutzmasken und Rettungsgerät, das für Verkehrsunfälle notwendig ist. Die Ursache hierfür liegt im wesentlichen Ursache hierfür liegt im wesentlichen in der Ausweitung der Aufgaben der Feuerwehr auf den Sektoren „Technische Hilfeleistungen und Notfalleinsätze". Bei der Hannoverschen Berufsfeuerwehr stieg die Zahl der Notfalleinsätze im Zeitraum 1910 bis 1979 von rund 2000 auf rund 25800, die Zahl der technischen Hilfeleistungen von rund 1200 auf 4900, die der Brände von 1500 auf 2400. Zu den technischen Hilfeleistungen zählen unter anderem die Ölbeseitigung, Taucheinsätze, Strahlenschutz und Beseitigung von Wasserschäden.

Der Bereich der Flughafenfeuerwehr nimmt auf der Messe ebenfalls großen Raum ein. Hier sind es im wesentlichen sogenannte Löschraketen, die gefüllt mit Löschmitteln auf Flugplätzen über brennende Flugzeuge geschossen werden, dort explodieren und das Löschmittel abladen. Als praktisches Beispiel dient hier die Bundeswehr: „Raketenwerfer der Bundeswehr. Eine ausgereifte Technik, die auch bei Löschraketensystemen angewandt werden könnte." Mit solchen Raktenwerfern auf zivilen Flugplätzen lassen sich dann nicht nur Löschraketen abschießen.

Gleich zu Beginn der Interschutz-Messe nahmen mehr als 1000 Feuerwehrleute an einer Demonstration der ÖTV in Hannover teil. Über den gesamten Zeitraum hatte die ÖTV einen Informationsstand auf der Messe. In zahlreichen Flugblättern, Plakaten und Broschüren informierte sie über die Lage und die Forderungen der Feuerwehrleute. Wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung zwischen Feuerwehrleuten und Dienstherren, um den es auch auf der Demonstration ging, ist das WIBERA-Gutachten, das auf dem Deutschen Städtetag in Auftrag gegeben wurde. Die hauptsächlichen, von der ÖTV charakterisierten Rationalisierungsvorschläge dieses Gutachtens sind folgende: 1. Reduzierung der Löschzugbesatzungen; 2. Wegfall der Fahrzeugführer; 3. Änderung der Einsatztaktik; 4. Verringerung des Personals zur Nachtzeit; 5. Änderung des Aufgabenkatalogs; 6. verstärkter Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr. Hier nur zu den wesentlichen Punkten: Die WIBERA hält eine Löschzugstärke von 12 Einsatzstärken statt bisher 20 für angemessen: „.... für die Dimensionierung des taktischen Löschzuges scheiden auch jene Einsätze als nicht maßgebend aus, bei denen Menschen aus lebensbedrohenden Gefahren zu befreien sind." Es soll sich angeblich nur bei 2,5% aller Brände um solche handeln, bei denen Menschen gerettet werden müssen. Allein für den Einsatz werden müssen. Allein für den Einsatz eines Sprungtuches werden 16 Mann benötigt. Bei der Verringerung des Personals zur Nachtzeit schlägt die WIBERA Dienstplanmodelle vor, die Verringerungen zwischen 14,5% und 50% ermöglichen sollen.

Die ÖTV hält dem entgegen: nächtliche Brandeinsätze erfordern gegenüber Einsätzen zur Tageszeit sogar einen erhöhten Personalbedarf, dafür spricht unter anderem, daß der Anteil der Einsätze mit Personenrettung nachts wesentlich höher liegt als am Tage. 41% aller Großbrände sind nachts zu verzeichnen. Die physiologische Leistungsfähigkeit der Einsatzkräfte ist nachts geringer als am Tage. In Hannover hat das WIBERA-Gutachten schon seine Anwendung gefunden, die Dienstpläne der Hannoverschen Berufsfeuerwehr sind so umgestellt worden, daß bei gleicher Personalstärke aus ehemals 3 Schichten 4 Schichten gemacht worden sind, häufigere Überstunden sind die Folge. Die Löschzüge fahren in Hannover schon mit 12 statt 20 Einsatzkräften.



Plakat der ÖTV an ihrem Stand auf der Interschutz Messe in Hannover

Nöllings Steuervorschlag im Bundesrat abgelehnt

Wirkung der Steuerpakete auf die Steuern der Beschäftigten im Hamburger Hafen

b.eve. Am 13.6. hat der Bundesrat wegen des Steuerpakets der Bundesregierung den Vermittlungsausschuß angerufen. Ob das Steuerpaket noch vor den Bundestagswahlen verabschiedet wird, ist damit ungewiß. Der Vorschlag von Hamburgs Finanzsenator Nölling im Bundesrat auf Kürzung des Steuerpakets von 17,5 auf 12 Mrd.DM wurde abgelehnt. Da die Länder ⅔ der Kosten für das Steuerpaket tragen sollten, war Nöllings Vorschlag, die Steuererleichterungen auf 2 Jahre zu verteilen, die Erhöhung des Kindergrundfreibetrages auf 3-4 Mrd. zu beschränken und stattdessen den Weihnachtsfreibetrag von 400 auf 600 DM zu erhöhen. Ergebnis dieses Vorschlags wäre gewesen, die ohnehin schon spärlichen Steuerersparnisse der Lohnabhängigen noch weiter zu schmälern. Denn 200 DM mehr Weihnachtsfreibetrag hätten die Minderung der Steuerersparnis nicht aufgehoben.

Wir haben in der Tabelle aufgeführt, wie hoch die Steuerersparnis nach den vorliegenden Steuerpaketen für einige Beschäftigte des Hamburger Hafens sein würden. Man kann feststellen, daß die Steuerpakete sich nicht wesentlich unterscheiden. Die höchste Differenz zwischen SPD/FDP und CDU/CSU liegt bei 22,20 DM. In den meisten Fällen liegt die Steuerersparnis bei der CDU etwas niedriger. Nicht, daß 5, 10 oder 20 DM kein Geld sind. Aber eine ausreichende Senkung der Besteuerung des Lohns ist durch keinen Vorschlag gewährleistet. Beim SPD Vorschlag hat der Technische Angestellte in der Steuerklasse III, 2 Kinder, die höchste Steuerersparnis, bei der CDU der Lademeister, Steuerklasse I, ohne Kind. Erreicht wird dieses Ergebnis vor allem durch die Änderung der Steuerfreibeträge und nur zum geringsten Teil durch die Erhöhung des Steuergrundfreibetrages bei der SPD/FDP von 3690 DM auf 4212 und bei der CDU auf 4200 DM.

Würde der Grundfreibetrag, wie von vielen Gewerkschaftsorganen gefordert, auf 25% vom Durchschnittslohn, also auf 7410 DM im Jahr 1980 erhöht, gäbe es für jeden Lohnsteuerpflichtigen eine Steuerersparnis von 68,20 DM im Monat. Das wäre für jeden eine spürbare Steuererleichterung. Der Staat würde 17,75 Mrd. DM weniger an Steuern einnehmen, also genausoviel „Kosten" haben, wie bei den vorliegenden Steuerpaketen.

Steueränderungen für einige Hafenlöhne

	St.kl./ Kinder	Monats-Brutto 1)	Steuern 1980	Steuerersparnis bei: Steuervorschlag 1981 SPD/FDP	CDU/CSU 2)	Erh.d.Gr.frei.betr. 3)
Tallymann	I/0	2954,00	617,50	59,20	37,00	68,20
Lademeister	I/0	3939,20	1050,10	63,40	60,20	68,20
Decksmann	II/2	2682,16	383,70	-27,80*	-27,80*	68,20
Kaiarbeiter	III/0	2436,30	267,10	5,70	12,10	68,20
Kaiarbeiter	III/1	1982,29	175,80	43,80	28,20	68,20
Vize	III/1	2798,14	334,30	34,90	33,30	68,20
Facharbeiter	III/1	3891,00	563,10	46,50	52,60	68,20
Tech.Ang.	III/2	3723,75	517,80	74,50	58,30	68,20
Stauer	IV/2	2470,65	411,10	60,10	56,10	68,20

1) Effektiver zu versteuernder Bruttolohn incl. Mehrschichten
2) Beim CDU/CSU-Vorschlag wurde die Erhöhung des Kindergeldes um 15 DM pro Kind zum Vergleich mit in die Steuersenkung eingerechnet
3) Steuerersparnis bei Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn
*) Bei Steuerklasse II soll der Freibetrag von 3000 DM wegfallen, daher die Steuererhöhung.

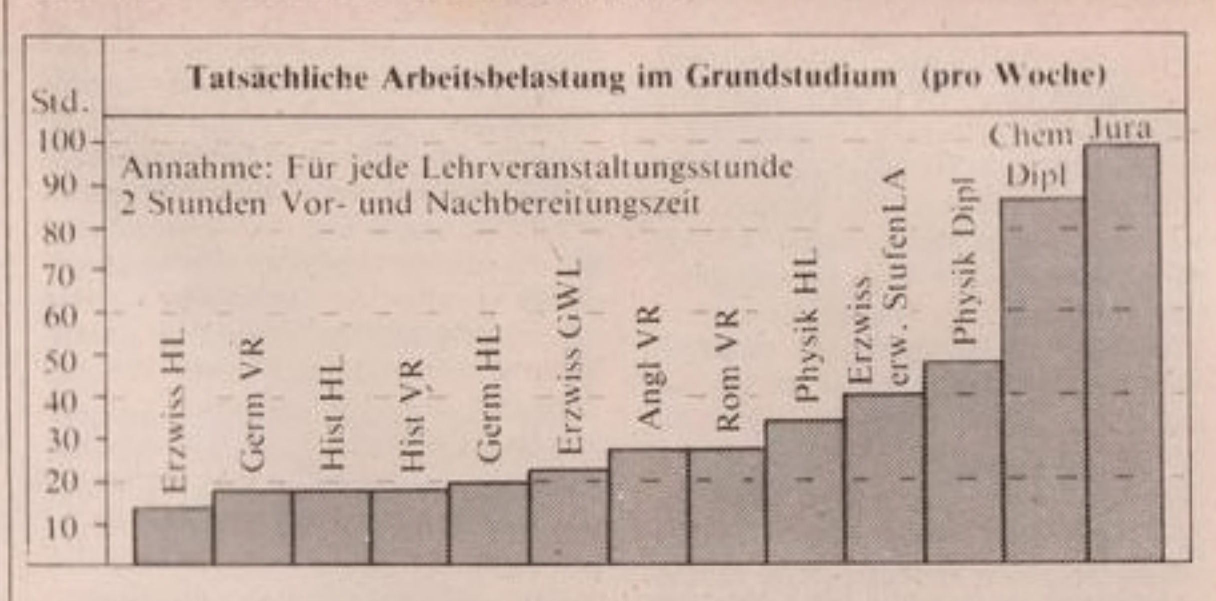
Schwierige Lage in den Studentenparlamentswahlen

Schwierige Lage in den Studentenparlamentswahlen an den Hamburger Hochschulen

b.wal. Am 23.6. beginnen an der Hamburger Universität und den Fachhochschulen die Studentenparlamentswahlen. Die Lage an den Hochschulen ist gekennzeichnet durch unablässige Kampftätigkeit an den einzelnen Fachbereichen. Die Medizinstudenten des 2. und 3. Semesters bereiten den Boykott der schikanösen Biologieklausur vor. In den Lehrstudiengängen steht der Kampf gegen die Einführung von Zwischenprüfungen und gegen das obligatorische Kleine Latinum im Mittelpunkt. Für den Fachbereich Chemie hat die IG Chemie einen Studienplanentwurf veröffentlicht, der eine sinnvollere Gliederung des Studiums und eine Beschränkung der Arbeitszeit vorsieht; für diesen Entwurf treten die Studenten ein. An der Hochschule für Wirtschaft und Politik haben die Studenten gegen das 6. BAFöG-Änderungsgesetz gestreikt. Alle diese Kämpfe münden schließlich in den Forderungen nach ausreichendem Ausbildungsentgelt, nach Beschränkung der Arbeitszeit und nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten.

Die Arbeitszeit der meisten Studenten ist nur mit Überarbeit zu kennzeichnen, und zu schaffen ist das Pensum nur durch Einbeziehung der Semesterferien. 55% der Studenten bekommen gar kein Ausbildungsentgelt und nicht einmal 5% den Höchstsatz von 620 DM. Politische Rechte haben sie keine. Nichts liegt näher, als daß die Studenten auf einem einheitlichen gewerkschaftlichen Kampfprogramm zu den Wahlen kandidieren, ähnlich den Betriebsratswahlen – und wegen der Klassenspaltung in der Studentenschaft gegen die Organisation der Reaktion. Stattdessen kandidieren: 2 sozialdemokratische Verbände, die DKP-Studenten, die FDP-Studenten, die Grünen, die KB/Nord-Studenten, die KHG (KBW-Studentenorganisation), zwei CDU-Verbände.

In den SP-Wahlen müssen die Kämpfe an den Fachbereichen unterstützt werden. Anders als durch erfolgreiche Führung dieser Kämpfe kann eine Vereinheitlichung auf Durchsetzung der notwendigen Forderungen auf der nächsten Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften nicht zustande gebracht werden.



Bei der Arbeitszeitberechnung für Studenten im Grundstudium (1.-4. Semester) sind wir ausgegangen von den in den Studienplänen festgelegten Pflichtveranstaltungen und davon, daß für je eine Vorlesungsstunde 2 Stunden Vor- und Nachbereitung nötig sind. 2,5 Stunden werden den Lehrkörpermitgliedern behördlicherseits dafür anerkannt – und diese sollen sich in dem Fach schließlich auskennen – was aber nach Arbeitszeituntersuchungen bei den meisten nicht ausreicht. Bei den ersten 10 der von links nach rechts aufgeführten Fächer muß beachtet werden, daß sie nur im Verbund mit 2 weiteren Fächern studiert werden können.

---

nanzierungsgesetz ausgesprochen: „Unter der Priorität der Kostendämpfung haben sich die Arbeitsbedingungen für das gesamte Personal in den Häusern von Jahr zu Jahr verschlechtert." Sie fordern das Sozialministerium auf zu verhandeln, um bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu erreichen.

b.sts. **372 Fortbildungskurse für Lehrer läßt Kultusminister Remmers im Schulhalbjahr 1980/81 anbieten.** Jeder siebte der knapp 70000 hauptamtlichen bzw. -beruflichen Lehrkräfte in Niedersachsen soll daran teilnehmen können. Die inhaltlichen Schwerpunkte spiegeln die Absichten der CDU-Politik wider. 29 der Kurse, knapp 8% des gesamten Angebots, sollen vor allem die Lehrer „unterstützen, die ohne entsprechende Ausbildung Religionsunterricht bzw. Alternativ-Unterricht erteilen". Für die Lehrer an berufsbildenden Schulen wird das Fortbildungsangebot im Bereich von Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr konzentriert. Der Themenkomplex „Arbeit-Wirtschaft-Technik" ist mit 26 Angeboten vertreten. Die meisten Kurse gibt es für Lehrkräfte an Gymnasien (158), die wenigsten für Grundschule und Elementarbereich (88). Gegenüber dem Vorjahr ist die Zunahme der Kurse für Gesamtschul- (von 6 auf 96), Orientierungsstufen- (7 auf 101) und Sonderschullehrer (8 auf 92) am größten.

r.mst. **Der im Hamburger Giftmüllskandal Stoltzenberg eingesetzte Untersuchungsausschuß hat seinen Bericht vorgelegt.** Eine im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes rechtswidrige Herstellung von chemischen Kampfstoffen lag nicht vor, da die hergestellten Mengen angeblich nicht ausreichen, um von Kriegswaffen zu sprechen. Andererseits konnte der Ausschuß die Herkunft von acht hochgiftigen Tabungranaten nicht ermitteln. Anfangs wird festgestellt, daß die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr reibungslos verlief, die Ergebnisse machen es deutlich. Kriminell handelten allein die Inhaber der Chemiefirma, während die ungenügende Überwachung mit Hinweis auf die Eigenverantwortlichkeit des freien Unternehmertums, entschuldigt wird. Es ist dem Untersuchungsausschuß unerklärbar, daß die Verstöße nicht bemerkt worden sind. Wirksam könnten auch nur Betriebsräte und die Gewerkschaften die Kontrolle ausüben.

Veranstaltungskalender

17. Juni – Wie sich die Bourgeoisie die „Wiedervereinigung" denkt. Aber nicht die „Einheit der Nation", sondern die Beseitigung der Vorherrschaft der Supermächte ist notwendig, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen.

Hamb.-Wilhelmsburg, 17.6.80, 9 Uhr, Gaststätte „Bachmann und Griep", Veringstraße/ Ecke Neuhöfer Straße

Bezirk Holstein, 17.6.80, 10 Uhr, Eutin, Gasthaus am See

Husum, 17.6.80, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Arbeitskreis HBV

Hamburg, 22.6.80, 10 Uhr, Eimsbütteler Krug
Kiel, 22.6.80, 10 Uhr, Gaststätte Ellerbeker Kegelbahnen, Ostring

Arbeitskreis Studenten

Hamburg, 22.6.80, 16 Uhr, Eimsbütteler Krug
Kiel, 22.6.80, 10 Uhr, Gaststätte Ellerbeker Kegelbahnen, Ostring

Arbeitskreis Jugend

Hamburg, 29.6.80, 10 Uhr, Eimsbütteler Krug

Die Arbeitskreise behandeln folgendes Thema: Einführung in die Steuerberechnung, Rechenmethoden, die der Lohnsteuertabelle von 1980 zugrunde liegen; Berechnung der Steuerforderung „Erhöhung des allgemeinen Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes"

Demonstration gegen die Kriegsschiffe und die Kriegspropaganda bei der Kieler Woche

Kiel, 22.6.80, 10 Uhr, Haltestelle der Linie 8, Reventlou-Allee/Kiellinie. Dazu ruft auf die Aktionseinheit gegen die Kriegspropaganda bei der Kieler Woche.

Aktion gegen die Eröffnung der Kieler Woche durch Carstens

Kiel, 21.6.80, 18 Uhr, Rathausplatz. Dazu ruft auf die Aktionseinheit gegen die Kriegspropaganda bei der Kieler Woche.

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6.

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Sportkurs
Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung/Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Zeichenkurs

Hamburg, 20.6.80, 18 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a

Betriebsvereinbarung über Erhöhung der Betriebsrente bei KEPA Flensburg durchgesetzt

b.dam. Das Kaufhaus KEPA, bis jetzt ein Teil des Karstadtkonzerns, ist jetzt an den Kaufhof verkauft worden. Mit dem Auswechseln der Kapitalisten haben die Beschäftigten schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht, als Karstadt vor etwa zwei Jahren KEPA übernahm. Die Karstadtbetriebsleitung führte damals Zeitverträge für einen Teil der Belegschaft ein, die z.B. für Kollegen aus dem Imbiß oder im Lager für ein halbes Jahr befristet sind und innerhalb der zwei Jahre längst nicht alle verlängert worden sind. Zum anderen wurde durch Kassenzusammenlegung in der unteren Etage rationalisiert.

Gleich, als der Verkauf öffentlich war, ist um die Übernahme aller Beschäftigten debattiert worden. Der Betriebsrat hat erreicht, daß die vollständige Übernahme der Belegschaft von der Kaufhofbetriebsleitung schriftlich zugesichert wurde. Gleichzeitig hat die Belegschaft den Wechsel der Kapitalisten genutzt, um eine höhere Auszahlung der Betriebsrente durchzusetzen. Die Karstadtbetriebsrente wurde erst nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit gezahlt, die neue schon ab 15 Jahre. Die allgemeine Kaufhofrente war bis jetzt gestaffelt nach 5-Jahressprüngen der Betriebszugehörigkeit, die neue Betriebsvereinbarung legt fest, daß ab jetzt jährlich gestaffelt wird, also im 16.,17.,18., und 19.Jahr mehr gezahlt wird als im 15.Jahr. Gezahlt wird nicht nach Prozenten vom Lohn oder Gehalt, sondern ein konstanter Betrag, gekoppelt an die Betriebszugehörigkeit.

Die Durchsetzung der Forderung nach Übernahme aller war ein erster Schritt, der schon einiges bedeutet. Die Belegschaft ist dennoch in der nächsten Zeit auf der Hut dort, wo es um Veränderungen geht. Die Kaufhofkapitalisten werden versuchen, bei der Umrüstung des Warenlagers und der Abteilungen einige Stellen einzusparen. Die Lebensmittelabteilung soll ab Übernahme geschlossen werden. Durch Austeilen von Fragebögen, die die Belegschaft über ihre Tätigkeit ausfüllen mußte, will sich die neue Betriebsleitung eine effizientere Planung ausdenken. Die Zeitverträge, die von den Kaufhofkapitalisten übernommen wurden, machen es ihnen leichter, die Belegschaft zu reduzieren. Die Abschaffung der Zeitverträge durch Betriebsvereinbarung wäre ein Schritt, der die Übernahme längerfristig geltend macht.

Drei Nachtwachen = einen Tag Lohn
Arbeitsbedingungen in der Saison in Nordfriesland

b.mee. Die Unterschiede der Arbeitslosigkeit zwischen Sommer und Winter sind im Kreis Nordfriesland besonders krass, was man der Tabelle über die offiziellen Arbeitslosenzahlen entnehmen kann.

Dienststelle Arbeitsamt 30.12.79 31.3.80 31.6.80

Dienststelle Arbeitsamt	30.12.79	31.3.80	31.6.80
Tönning	10,3%	8,3%	3,8%
Westerland	9,0%	6,5%	1,6%
Wyk/Föhr	6,1%	4,6%	0,7%

Das heißt, daß einem großen Teil der Arbeiter nur übrig bleibt, in der Saison in den Fremdenverkehrszentren zu arbeiten. Die Saisonarbeiter werden z.T. von außerhalb über die Arbeitsämter oder über Zeitungen in die Fremdenverkehrsorte Nordfrieslands wie Westerland, Wyk auf Föhr und St.Peter-Ording geholt. Sie bekommen Arbeitsverträge von Anfang Mai bis Anfang September. Sie werden meistens individuell ausgehandelt. Der Organisationsgrad in den Gewerkschaften ist gering. Die Kapitalisten versuchen oft, die Saisonarbeiter spaltend auf die Belegschaft einzusetzen, die das ganze Jahr arbeitet, um erkämpfte Arbeitsbedingungen wie ein geregelter Normalarbeitstag, Überstundenzuschlag u.a. außer Kraft zu setzen. Denn die Saisonarbeiter sind darauf angewiesen, in diesen 4 bis 5 Monaten soviel Geld zu verdienen, daß es für den Rest des Jahres reicht. Zudem bemißt sich das Arbeitslosengeld, falls sie überhaupt welches bekommen, nach diesem Verdienst. Arbeitszeiten von 12 Stunden und länger in der Saison sind keine Seltenheit. Die Läden in den Fremdenverkehrsorten sind bis 21 Uhr geöffnet, die meisten Verkäufer erhalten keinen Überstundenzuschlag.

Beim Verband Privater Kinderheime in St.Peter-Ording müssen gelernte Kinderpflegerinnen für 600 bis 800 DM netto monatlich arbeiten. Die Arbeitszeit geht von 8 bis 19.30 Uhr, sowie zwei Nächte in der Woche Nachtwache. Für Nachtwache wird kein Nachtzuschlag, sondern Überstundenzuschlag gezahlt. Drei Nächte werden wie
che. Für Nachtwache wird kein Nachtzuschlag, sondern Überstundenzuschlag gezahlt. Drei Nächte werden wie
ein Arbeitstag bezahlt. Meist wird von den Fremdenverkehrskapitalisten die Unterbringung in Löchern gleich nebenan angeboten, um die Arbeitskraft jederzeit verfügbar zu haben. Klos werden mit bis zu 10 Kollegen geteilt in dem Kinderheim. Die Hälfte der Kinderpflegerinnen wird im Herbst entlassen.

Der höhere Lohn in den Sommermonaten kommt nur durch besonders intensive Arbeit oder einen immens verlängerten Arbeitstag zustande. So verdient ein Kellner in St.Peter durch Umsatzakkord und Trinkgelder bis zu 3000 DM netto mtl. Ein Fährarbeiter bei der Wyker Dampfschiffahrtsgesellschaft kommt laut Zeitvertrag bis Oktober auf 2000 DM monatlich garantiert, bei über 60 Stunden die Woche.

Um die Saison voll auszunutzen, fehlen der ,,weißen Industrie'' zur Zeit 200 Arbeitskräfte auf Föhr, günstige Bedingungen, jetzt die Lohnforderungen betrieblich durchzusetzen und sich teuerer zu verkaufen. Zeitungsausträger in Wyk auf Föhr haben z.B. 11 DM Stundenlohn durchgesetzt. Dennoch ist so etwas nicht abgesichert und kann bei Abnahme der Nachfrage schnell wieder gesenkt werden. Notwendig ist die Kontrolle solcher Betriebe und ihrer Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften, die die Belegschaften gegen die Aushöhlungen von Tarifrechten unterstützen muß.

Wirkung der Vorweganhebung 1970 auf den Metalltarif in Hamburg und Schleswig-Holstein

b.hat. Das erklärte Ziel der IG Metall in der Tarifbewegung 1970 war, zum einen die regionalen Unterschiede in den Tarifen zu beseitigen, wie auch die erhebliche Kluft zwischen Effektivlöhnen und Tariflöhnen zu verringern. Dieses Ziel konnte im wesentlichen erreicht werden. In den Tarifgebieten des Nordverbundes konnte ein einheitlicher Ecklohn tariflich gesichert werden. Er lag nach der Vorweganhebung und der Tariferhöhung am 1.10.70 bei 504 Pf. Nur in Schleswig-Holstein lag er bei 495 Pf. Es wurde aber gleichzeitig vereinbart, daß vor der nächsten Tariflohnerhöhung, dieser Betrag an den Hamburger Tarif angehoben wird. Damit wurde ein Unterschied von 5% auf den Ecklohn beseitigt.

Wir haben in den nebenstehenden Schaubildern einmal den Effektivlohn der Arbeiter in ihrer Verteilung dargestellt. Dieses für Hamburg und Schleswig-Holstein für die Jahre 1970 und 1971. Der Erhebungsmonat war April. Also einmal vor dem Abschluß und der Vorweganhebung und einmal danach. Da wir in den Schaubildern jetzt nicht die vollkommene Angleichung von Schleswig-Holstein an Hamburg darstellen können, ist das gesamte Niveau noch niedriger. Man kann bei der Hamburger Lohnverteilung aber ein gewisses Hochschieben der unteren Lohnklassen erkennen. Das Schaubild täuscht leicht, denn der Berg, der sich links in der Hamburger Lohnverteilung herausgebildet hat, liegt daran, daß in der Elektroindustrie in dem Erfassungsmonat Kurzarbeit gemacht wurde. Die Vorweganhebung war aber im wesentlichen eine Angleichung und die Veränderung der Struktur wurde erreicht in anderen Jahren durch Veränderung des Lohngruppenschlüssels.

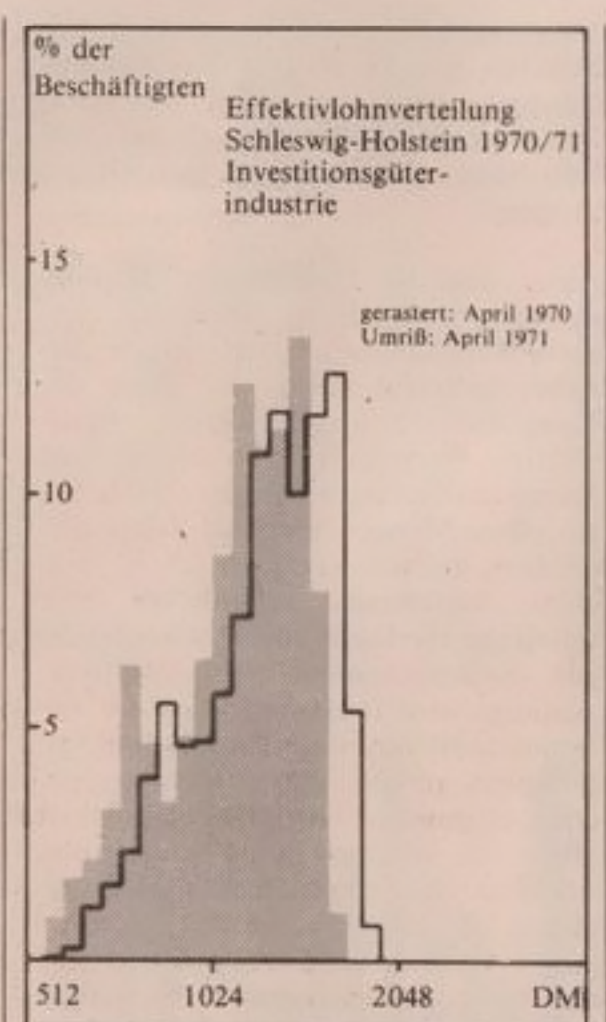
Zu den Zielen der IG Metall 1970 zitieren wir Brenner und Loderer:
,,... Außerdem konnten in fast allen Tarifverträgen Strukturverbesserungen durchgeführt werden, von denen besonders jüngere Arbeiter, Angestellte und Frauen betroffen sind ...''
(Otto Brenner, Metall 23/70
,,Einmal gelang es, die Effektivlöhne, bzw. -gehälter anzuheben, zum anderen kamen wir in der Absicherung übertariflicher Einkommensbestandteile einen weiteren Schritt voran. Die Resultate in den einzelnen Bezirken sind nicht nur an den nominalen Prozenten zu messen.''
(Loderer, Metall 24/70)

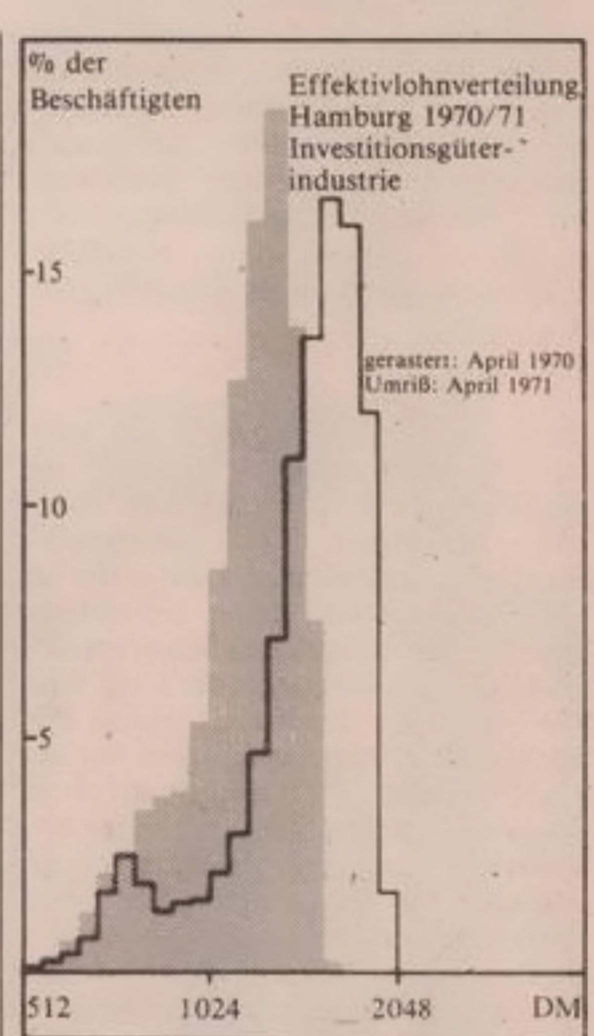
Vorweganhebung Schleswig-Holstein

Der Ecklohn betrug 404 Pf., die Vorweganhebung betrug 46 Pf., also auf 450 Pf. Die Tariferhöhung betrug 10%, dadurch stieg der Ecklohn auf 495 Pf. Gleichzeitig wurde 1970 vereinbart, daß der Ecklohn vor der nächsten Tariferhöhung auf das Niveau von Hamburg, 504 Pf. vorwegangehoben wird. K/T 1 bis 3 wurde um 15 DM, K/T 4 bis 6 um 25 DM angehoben. Die Tarifgruppe K/T 3 wurde dann noch um 75 DM erhöht.

Vorweganhebung Hamburg

Der Ecklohn vor der Erhöhung vom 1.10.70 betrug 413 Pf. Die Vorweganhebung betrug 37 Pf. auf den Ecklohn. Das waren die 9%, die seit 1965 als Leistungszulage gezahlt wurden. Auf die 450 Pf. wurde dann der Tarif um 12% auf 504 Pf. erhöht. Die Gehaltsgruppen K/T1 bis 3 wurden um jeweils 15 DM vorweg angehoben. Die allgemeine Tariferhöhung betrug dann bei K/T3 86 DM bzw. 12,1%.





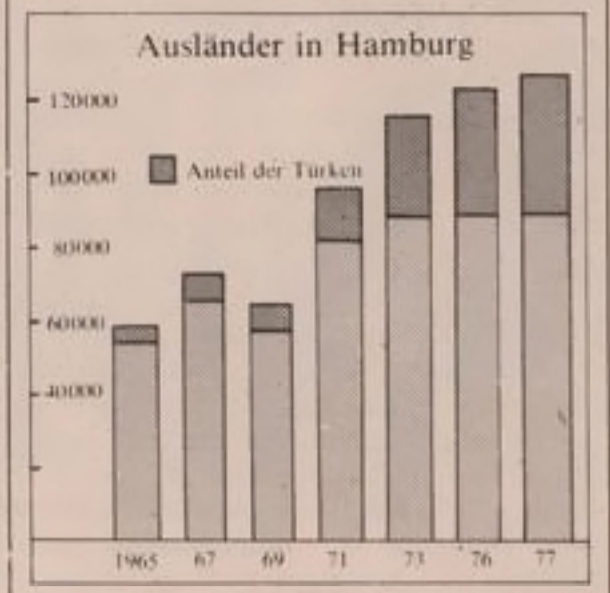
Die Schaubilder zeigen die Effektivlohnverteilung der Arbeiter, Männer und Frauen in der Investitionsgüterindustrie, in der erfaßt sind: Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Schiffbau, Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik und Stahlverformung. (Quelle: Stat.Landesamt HH)

Kampf gegen die ,,Grauen Wölfe''
Die Arbeitereinheit in der Gewerkschaft herstellen

b.res. Am 31. Mai führten 150 ,,Graue Wölfe'' in Hamburg eine Propagandaaktion durch mit dem Tenor ,,Tod dem Kommunismus''. Gegen die Demonstration von 200 ,,Grauen Wölfen'' am 7. Juni wurde in Altona eine Gegendemonstration durchgeführt. Im ganzen Bundesgebiet verüben türkische Faschisten Anschläge auf türkische Gewerkschaftsfunktionäre.

Die ,,Grauen Wölfe'' sind die Jugendorganisation und der bewaffnete Arm der ,,Nationalen Aktionspartei'' MHP in der Türkei. Programmatische Ziele der MHP sind nach außen die Wiederherstellung des Osmanischen Reiches ,,vom Bosporus bis China'', nach innen die Volksgemeinschaft und Herrschaft der türkischen Rasse über die nationalen Minderheiten, statt Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und gegen die einheimischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Enteignete Bauern und Arbeitslose werden mit Geld und dem Versprechen nach Land und Arbeit gekauft und von den Feudalen gegen die revolutionären Kämpfe der türkischen Arbeiter, Bauern und Studenten eingesetzt. Die Faschisten nützen direkt dem imperialistischen Interesse an der Unterwerfung der Türkei.

In Westdeutschland findet die faschistische Propaganda eine Grundlage darin, daß die ausländischen Arbeiter der Ausbeutung, der Ausplünderung und der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat am schärfsten unterworfen sind, und in der Arbeitslosigkeit und völlig unzureichenden Schulbildung der ausländischen Jugendlichen. Von 1965 bis 1977 wurden 67000 Ausländer nach Hamburg geholt, fast alle aus den ,,Anwerbeländern'' Tür-
chen. Von 1965 bis 1977 wurden 67000 Ausländer nach Hamburg geholt, fast alle aus den ,,Anwerbeländern'' Tür-
kei, Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien, Italien. Der Anteil der Türken erhöhte sich von 7,4% auf 29,1%.



Die Altersverteilung bei den Ausländern entspricht dem Zweck, für den sie die Kapitalisten hergeholt haben: sie in der Fabrik am intensivsten auszubeuten. 64,5% befinden sich im besten arbeitsfähigen Alter von 15 bis 45 (Gesamtbevölkerung: 41,8%), nur 2,5% (18,7%) sind über 65 Jahre alt. Entsprechend liegt der Anteil der Erwerbstätigen bei den Ausländern in Hamburg bei 50%, bei der Gesamtbevölkerung nur bei 40%. Bei einem Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von 7,8% stellen sie 15,2% der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe. Darunter 15,5% in der Metallverarbeitung, 31,8% in Gummi-Asbest-Kunststoff-Industrie und 38,7% in der Eisen- und Stahlerzeugung (1979).

In allen Branchen sind die ausländischen Arbeiter in den unteren Lohngruppen eingestuft – nur in den seltensten Fällen können sie eine Facharbeiterausbildung machen – und sind
gruppen eingestuft – nur in den seltensten Fällen können sie eine Facharbeiterausbildung machen – und sind
gezwungen, als Hilfsarbeiter in Schicht und Akkord zu arbeiten.

Die Politik der Gewerkschaften für die Anhebung der unteren Löhne bildet die Grundlage für den Kampf gegen die Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit. In der Herstellung der Aktionseinheit in der Gewerkschaft werden die Spaltungen in der Arbeiterklasse überwunden und wird auch der faschistischen Propaganda der Boden entzogen. Der Organisierungsgrad der Ausländer in den Gewerkschaften ist hoch. Über 1000, vorwiegend Türken, haben sich an der 1. Mai-Demonstration des DGB beteiligt.

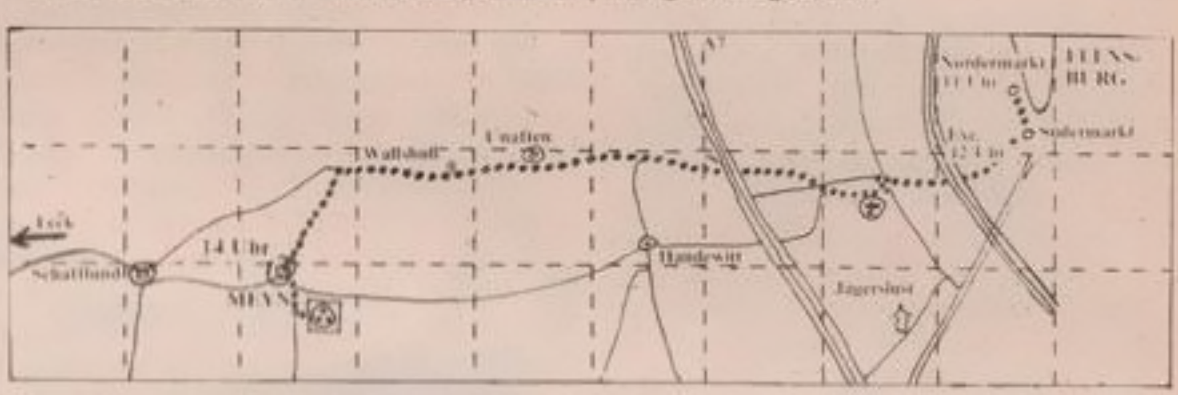


Forderungen an den Senat nach Verbot der türkischen Faschistenorganisationen können die besondere Unterdrückung der Ausländer nicht aufheben. Der Senat betreibt die ,,Integration'' der Ausländer, d.h. die widerspruchslose Einordnung in die Profitproduktion. Mit Verbotsforderungen stützt man nur den Senat in seiner Bespitzelung, vor allem der fortschrittlichen und revolutionären Ausländer.
stützt man nur den Senat in seiner Bespitzelung, vor allem der fortschrittlichen und revolutionären Ausländer.

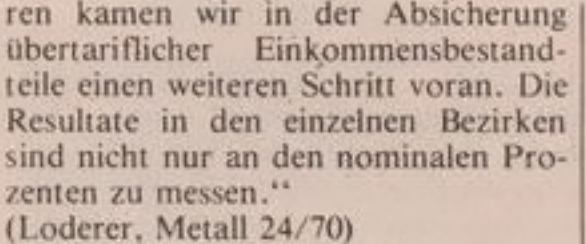
Gegen Atomwaffen und fremde Truppen am 21. Juni nach Meyn

b.how. Das Flensburger Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitungen ruft am 21.6. zu einer Fahrraddemonstration nach Meyn gegen die dort lagernden USA-Atomsprengköpfe auf. In Leck, Kreis Nordfriesland, sollen USA-Truppen stationiert werden, dort soll für den ,,Big Lift'', mit dem die USA im Kriegsfall ihre Truppen verstärken, einer von mehreren neuen Endpunkten sein (bisher war Endpunkt Frankfurt). Die in Flensburg-Weiche stationierten Teile des 294. USA-Artillerie*regiments* sind u.a. neben dem Druckausüben auf Dänemark (das keine fremden Truppen und Atomwaffenlager duldet) zusammen mit dem RakArtBtl 650 ,,günstig'' für die Sicherung des Marinehauptquartiers (Glücksburg-Meierwik) und des Befehlsbunkers des TerrKdos S-H / BRD-Anteil der NATO-Landstreitkräfte Jütland-SH (unter dem *Sanitäts*gebäude der Kaserne in Weiche). Beide Einheiten benutzen als Trägerwaffe für konventionelle und atomare Sprengköpfe die Lance-Rakete, Reichweite *112 km*.

Der Bundestagswahlkampf kann gut genutzt werden, diese Verhältnisse anzugreifen. Egon Bahr, Bundestagsabgeordneter von Flensburg: Was er im Kanzleramt gewußt hätte, wüßte er jetzt nicht mehr, USA-Truppen würden nicht in Schleswig-Holstein stationiert sein und außerdem sei es gut, wenn die BRD nicht ihre Souveränität ausüben könne. Ein Theaterstück des Aktionsbündnisses, das die Rivalität der beiden imperialistischen Machtblöcke während einer Besichtigung von Politikerprominenz in Leck schildert, wird zur Mobilisierung zur Demonstration und zur Verbreitung der Forderungen eingesetzt.



Die Demonstration wird durch folgende Forderungen zusammengefaßt:
Keine Atomwaffen in Meyn, Leck und auch nicht anderswo!
Abzug aller fremden Truppen aus der BRD!
Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen!
BRD raus aus der NATO!
Weiter heißt es in dem Flugblatt des Aktionsbündnisses: ,,Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wollen wir mit Euch am 21.6. nach Meyn fahren. Wir treffen uns um 11 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Nördermarkt und fahren dann über die Exe (12 Uhr) und die B 199 nach Meyn, wo gegen 14 Uhr eine weitere Kundgebung stattfindet und ein Theaterstück aufgeführt wird, und dann weiter zum US-Atomsprengköpfe-Depot.''



Klose erhält Beifall von den Kapitalisten

Halbzeitzwischenbilanz des Hamburger Senats

b.sul. ,,Oberstes Ziel der Hamburger Wirtschaftspolitik, das sagen die ,Leitlinien 75' klipp und klar, ist die Sicherung eines quantitativ ausreichenden und qualitativ hochwertigen Arbeitsplatzangebotes ...'' (Kern, Wirtschaftssenator, 1975). Dies sollte erreicht werden über umfassende Förderung der Kapitalisten. Der 1978 neu gewählte Senat hat diese Politik fortgesetzt, Klose zieht am 12.6.80 Zwischenbilanz.

Auf das 4 - 6 fache haben die Zuwendungen, die direkt aus der Steuerkasse getätigt und öffentlich im Haushaltsplan des Wirtschaftssenators ausgewiesen sind, zugenommen: 1976 38,35 Mio DM; 1979 154,73 Mio DM. Zusätzlich wurden Gewerbeflächen bereitgestellt, umfangreiche Straßenbauten für die Infrastruktur des industriellen Verkehrs vorgenommen, der Hafen ausgebaut, die Elbe vertieft, die Räumung Moorburgs ist vorbereitet, um den Kapitalisten weiter Platz zu machen. Für die "Zukunft" hat der Hamburger Senat noch 24 Mio DM in die Schiffswerften gesteckt und die Flugzeugwerft MBB mit zusätzlichen Bauflächen und 3 Mio DM jährlichem Zuschuß ausgestattet. Es ist die "Zukunft" mit Fregatten und Großraum-Mannschaftstransportern.

Klose wehrt ab: "Gute Ausbildung ist Zukunftskapital" (12.6.80, wie folgende Zitate). Aber die Ausgaben für die Volks- und Realschulen stagnieren (Siehe Schaubild).

,,Gegenüber 1977 gab es 1980 in Hamburg nach Schätzung von Experten 10000 Arbeitsplätze mehr" - dem Schaubild ist aber zu entnehmen, daß die Arbeitsplätze noch erheblich unter dem Niveau von 1975 liegen. Die Zahl der monatlich gestellten Anträge auf Arbeitslosenhilfe steigt ununterbrochen von 1112 (Männer) und 332 (Frauen) im Jahr 1975 auf 1852 und 670 im Januar 1980.

Was die Qualität der Arbeitsplätze betrifft, kann man den Vergleich der Effektivlohnverteilung von 1979 mit 1974, gleichgesetzt über den jeweiligen Durchschnittslohn im Geldausdruck von 1979 hinzuziehen. Eine gewisse Verbesserung hat stattgefunden, insofern die Lohnklassen um 1 500 näher an die Masse der Beschäftigten herangerückt sind. Aber gleichzeitig sind Lohnklassen ganz unten in der Lohnskala dazugekommen und offensichtlich sind am oberen Ende der Lohnskala relativ mehr Antreiber beschäftigt und insgesamt hat sich die Masse der Beschäftigten eher nach unten versetzt.

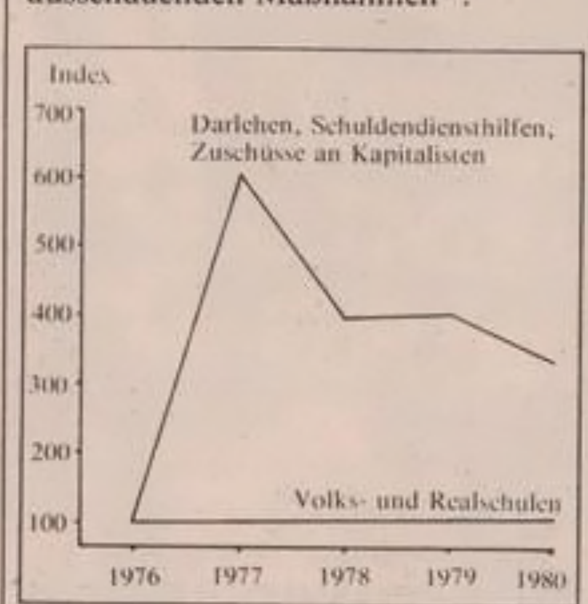
Bei der Untersuchung der Altersstruktur kann man nur sehen, daß im Jahre 1979 mehr Arbeiter über 65 noch für die Kapitalisten arbeiten mußten – wohl weil ihre Rente zu niedrig ist. Die relative Zunahme der jungen Arbeiter muß weiter untersucht werden.

Der Zugang an Arbeitssuchenden ist immer noch hoch. Von 164000 im Jahr 1975 hat er sich auf 121082 im Jahr 1979 gesenkt, was immer noch heißt, daß 16% der Beschäftigten in Hamburg im Jahr über den Arbeitsmarkt ausgewechselt werden.

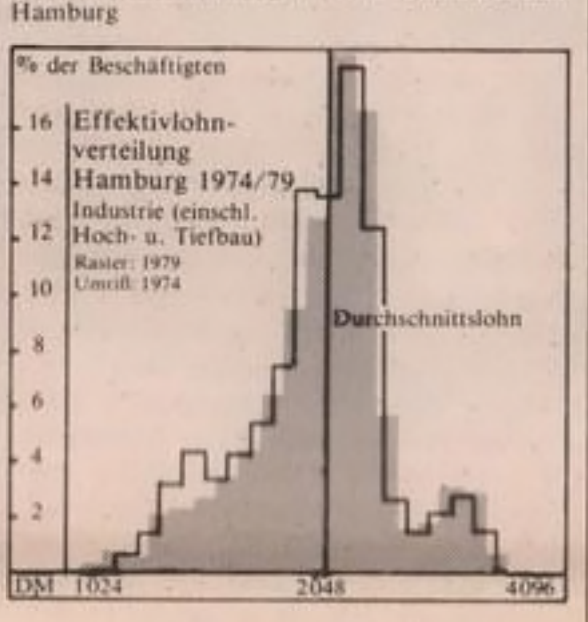
Es gibt keinen Anhaltspunkt, daß sich die Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats für die Arbeiter ,,bewährt'' habe, wie Klose behauptet. Die Kapitalisten kassieren, die Staatsschulden steigen und die Steuerschraube wird strammer. Beifall erhält Klose auf der Mitgliederversammlung des Hamburger Industrieverbandes in der letzten Woche, wo verlangt wurde, das industriepolitische Klima noch zu verbessern, durch noch ,,mehr Mut zu vorausschauenden Maßnahmen''.



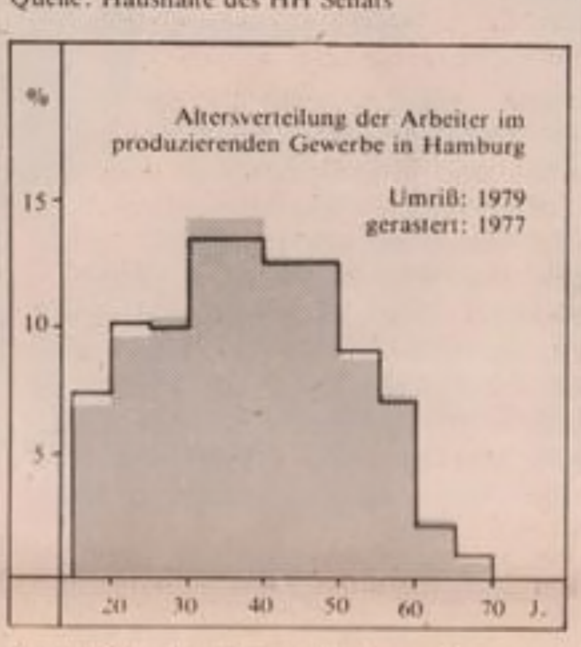
Quelle: Arbeitsmarktlageberichte vom Arbeitsamt Hamburg



Quelle: Haushalte des HH Senats



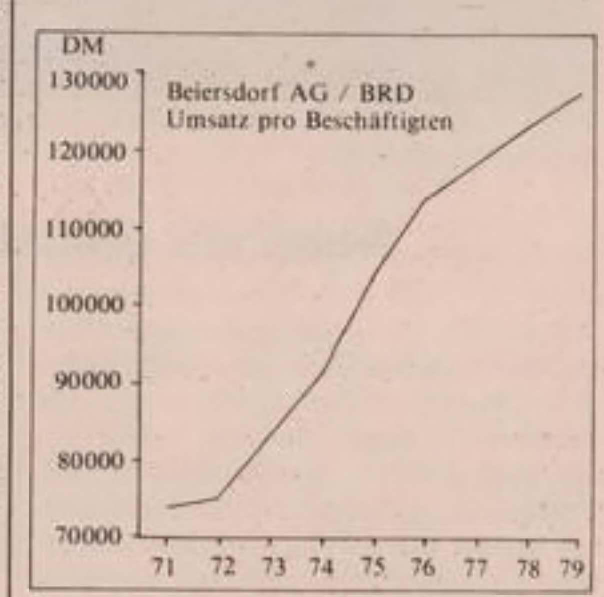
Quelle: Stat. Landesamt Hamburg, Arbeitszeiten und Arbeitsverdienste



Quelle: Stat. Landesamt Hamburg, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter gelingt Beiersdorf große Expansion

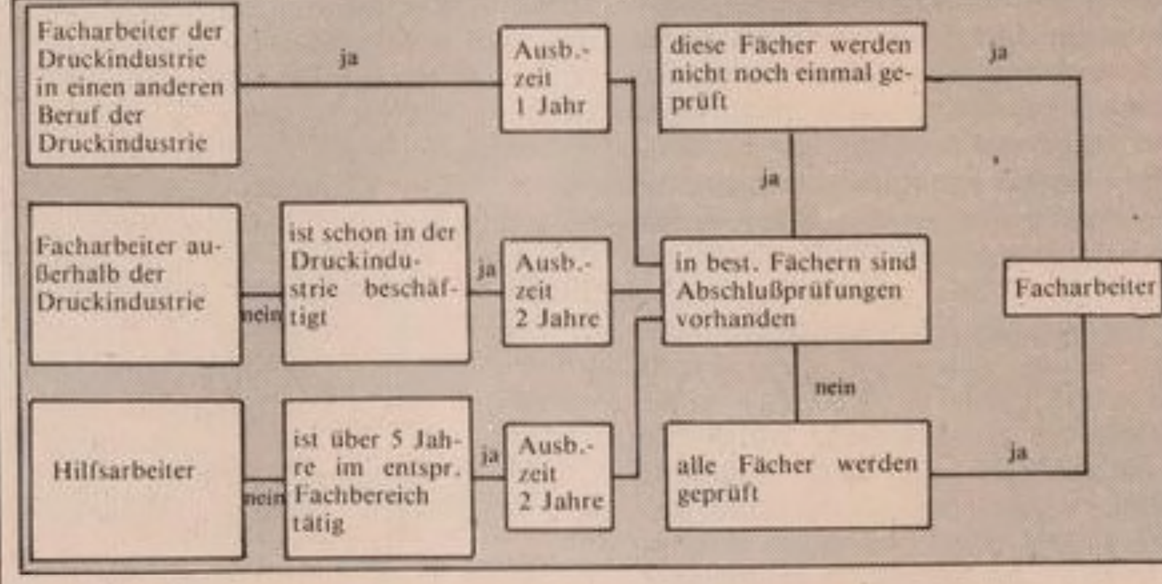
b.ekj. Die Beiersdorf AG produziert kosmetische Artikel, Krankenhausbedarfsartikel und technische Klebebänder. Das Grundkapital stieg von 1965-1980 um 274% auf 144 Mio. DM. Der Umsatz stieg von 65-79 im Inland um 314%; weltweit von 65-78 um 412% auf 1414,2 Mio. DM. Die Beschäftigtenzahlen stiegen im Inland von 65-79 um 131% auf 5370. Die Produktion entwickelte sich seit 69 wie folgt: 69: Kapitalerhöhung der Tochtergesellschaft in Schweden, Australien und Argentinien. Erwerb einer Firma in Kanada und in der Schweiz. 70: Vertriebsgesellschaft Norwegen wird ausgebaut. BDF De Kolumbia wird gegründet. Tochtergesellschaft in Guatemala. 71: In Ägypten, Brasilien, Irak, Kenia, Taiwan, Ungarn und Norwegen wird mit Lizenzfertigung begonnen. Tochter in Japan. Verkaufsbüro in den USA. 72: Die Zahl der ausländischen Lizenznehmer ist auf 40 gewachsen. Firma Heise, Tokio, wird mit 50% eingekauft. Umsatzsteigerung in Übersee 47,7%. Guatemala-Tochter wird zu 100% übernommen. Erhöhung der Beteiligung an der Frankreich-Tochter auf 96%. Gründung einer Tochter in Brasilien. 76: Ausbau der Marktposition in Chile, Brasilien und Kolumbien. Ankauf einer japanischen Vertriebsgesellschaft. Tochter in der Schweiz. 78: Tochter in Indonesien. Kapitalbeteiligung an thailändischem Lizenznehmer. Neueinführung einiger neuer Marken in Australien und Mosambique. Im Inland ist Beiersdorf Großaktionär der Allianz Versicherung mit 25% und bei Tschibo mit 25%. Beteiligung bei den Chemischen Werken Offenburg zu 100%, bei der Bacillolfabrik Dr.Bode & Co zu 50%.



Betriebsvereinbarung soll die Herabqualifizierung von Fach- zu Hilfsarbeitern verhindern

b.hej. ,,Facharbeitermangel'' ist seit einiger Zeit das Schlagwort der Druckkapitalisten. Dieser selbstverschuldete ,,Mangel'', seit 1960 ist die Zahl der Ausbildungsplätze von 16422 auf 9620 1978 in der Druckindustrie zurückgegangen, wird bei jedem Versuch, Hilfsarbeiter auf Facharbeiterplätze zu setzen und dabei den Lohn zu drücken, angeführt.

Bei Bauer-Druck fehlen vor allem Schriftsetzer für den Fotosatz und die Montage. Aber auch Fotografie und Retusche ist unterbesetzt. Fallen dann noch zusätzlich Arbeitsstunden durch Krankheit oder durch Feiertage aus, müssen sofort Überstunden gemacht werden. Seit Beginn des Jahres wird fast regelmäßig sonnabends gearbeitet. Im Verbund mit den Überstunden läuft gleichzeitig der Versuch der Geschäftsleitung, fachfremde Arbeiter
schäftsleitung, fachfremde Arbeiter
oder Hilfskräfte auf Facharbeiterplätze zu setzen. Als Entgegenkommen sollen dann diese Kollegen zum Ecklohn eingestellt werden. Ein Versuch, den Lohn zu senken, ist es aber allemal, denn kein Facharbeiter fängt zum reinen Tariflohn an. Der Betriebsrat hat solchen Einstellungen nicht zugestimmt und einen Vorschlag über eine Betriebsvereinbarung über verkürzte Erst- und Zweitausbildung zur Behebung des Facharbeitermangels gemacht. Seit Monaten zögert die Geschäftsleitung einen Abschluß darüber hinaus. Der Entwurf der Betriebsvereinbarung sieht vor, daß Facharbeiter der Druckindustrie, Facharbeiter aus anderen Branchen und Beschäftigte ohne Berufsabschluß eine Ausbildung zum Facharbeiter in der Druckindustrie machen. Die Ausbildungszeit soll 1 bis 2 Jahre betragen. Fächer, in denen bereits früher eine Abschlußprüfung stattgefunden hat, werden angerechnet. Eine nicht bestandene Abschlußprüfung kann zweimal wiederholt werden. Bei mindestens ausreichender Leistung in einem Prüfungsteil braucht dieser Teil nicht wiederholt zu
braucht dieser Teil nicht wiederholt zu
werden, wenn die Prüfung innerhalb von zwei Jahren wiederholt wird. Für die Dauer der Ausbildung wird das vereinbarte Arbeitsentgelt in voller Höhe weiterbezahlt. Die Kosten der Ausbildung sowie Prüfungskosten trägt der Ausbildende voll.



Landeszentralbank: Verbindung zwischen Finanz-, Industriekapital und Hamburger Senat

b.hos. Über die Landeszentralbank der Freien und Hansestadt Hamburg (LZB) sichern sich die Finanzkapitalisten direkten Einfluß auf Geldumlauf, Kreditvergabe und öffentliche Staatsfinanzen. §9 Bundesbankgesetz: ,,(1) Bei jeder LZB besteht ein Beirat, der mit dem Präsidenten der LZB über Fragen der Währungs- und Kreditpolitik ... berät. (2) Der Beirat besteht aus höchstens 10 Mitgliedern, die besondere Kenntnisse auf dem Gebiet des Kreditwesens haben sollen ... (3) Die Mitglieder werden ... durch den Präsidenten der Bundesbank auf die Dauer von drei Jahren berufen.''

Derzeitige Mitglieder des Beirates: *Dr. Budczies, Blohm & Voss; Dr. Fahning, Hamburgische Landesbank; Helbig, Handwerkskammer; Luckey, Vereins- und Westbank; Lund, Fa. Hugo Lund; Dr. A. Münchmeyer, Bankier; Dr. Schulz-Bischof, Bank für Gemeinwirtschaft; Jan Sierks, DGB; Dr. Stracke, Bankhaus Warburg-Brinckmann, Wirtz und Co.; Strücker, Norddeutsche Volksbanken.*

§20 Bundesbankgesetz: Geschäfte mit öffentlichen Verwaltungen: (1) Die Deutsche Bundesbank darf mit öffentlichen Verwaltungen folgende Geschäfte betreiben: ... den Ländern kurzfristige Kredite in Form von Buch- und Schatzwechselkrediten (Kassenkrediten) gewähren. Die Höchstgrenze der Kassenkredite ... beträgt bei ... den Hansestädten Bremen und Hamburg ... als Berechnungsgrundlage einen Betrag von 80 DM je Einwohner.'' Das sind für Hamburg 140 Mio DM.

Zu Jahresbeginn 1979 betrugen die Schulden der Freien und Hansestadt Hamburg 8,5 Mrd. DM. 85% der Finanzmittel hat sich der Senat vom Kreditmarkt über Banken und Sparkassen beschafft. Über die Landeszentralbank können die Finanzkapitalisten auf Kreditrahmen und Konditionen Einfluß nehmen. Im Verwaltungsrat der Hamburger Sparkassen sind die Kapitalisten über ihre Handelskammervertreter auch repräsentiert. Im Verwaltungsrat der Hamburgischen Landesbank sind bedeutende Kapitalisten persönlich vertreten: *BP, Beiersdorf, HDW, Maizena, Albingia, Reederei Essberger, Reemtsma und Fa. Alfred C. Töpfer, Reeder und Getreidehandel.*

7 Sportvereine in einer Schulsporthalle Holstein/Kiel erhält dagegen ein ganzes Stadion gratis

b.mes. ,,Sport an den Grenzen der Leistungsfähigkeit'' lautet das Motto der Kieler Woche 1980. Es umschreibt ziemlich genau, worin das Interesse der Bourgeoisie am Sport besteht: in Höchstleistungen, die für chauvinistische Propaganda taugen und für Experimente über die höchste Leistung, die man in der Ausbeutung aus dem Arbeiter pressen kann.

Dem Kreissportverband Kiel e.V. gehören 149 Sport- und Freizeitverbände an. Seit 1973 hat sich die Mitgliedzahl um 14000 auf 59872 erhöht. Die neuen Mitglieder drücken zum Teil den Willen der Volksmassen, insbesondere der Arbeiterklasse aus, den Sport als Reproduktionsmittel zu nutzen. Die Vereine konzentrieren sich im wesentlichen dort, wo die allgemeinen Reproduktionsbedingungen eng sind, wo der Arbeiteranteil an der Wohnbevölkerung überdurchschnittlich ist: Gaarden-Ost (HDW): TuS Gaarden mit 2131 Mitgliedern; Pries-Friedrichsort (MaK): SV Friedrichsort mit 2029 Mitgliedern; Mettenhof: Tus Hasseldieksdamm-Mettenhof mit 2800 Mitgliedern. Jeder vierte Einwohner von Kiel ist in einem Sportverein. Die Vereine müssen dafür entsprechende Hallen, Übungsräume und Sportplätze zur Verfügung haben. Dabei sind die meisten aber auf die Stadt angewiesen. Wie eng die tatsächlichen Verhältnisse sind, zeigt die Hallenbelegung (1973, Erscheinungsjahr des letzten Sportstättenplans) an der Uwe-Jens-Lornsen-Schule mit 7, Fröbel-Schule mit 6 und Jahn-Schule mit 5 Vereinen.

Der TuS Gaarden muß 1980 48000 DM für Raum und Platzkosten ausgeben. Zwar wird die Masse der Vereinseinnahmen durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht, aber ohne Zuschüsse der Stadt Kiel und des Landessportverbandes kommen die Vereine nicht aus. Dabei handelt es sich in der Regel um Gelder für Übungsleiter und Sportlehrer. Beim TuS Gaarden sind das gerade 6100 DM, und zwar ⅓ der Kosten für einen Sportlehrer. Meistens trainieren diese die Spitzenmannschaften der Vereine oder die 1. Jugendmannschaften. Der Leistungssport wird also durchaus gefördert. Als weiteres Beispiel dafür: Die ,,Kieler Sportvereinigung Holstein'' erhielt von der Stadt 1974-76 645000 DM für die ,,Erhaltung des Freizeitwertes'' des Holstein-Stadions, was also im wesentlichen der Bundesliga-Mannschaft zugute gekommen ist. Andererseits müssen die Vereine einen zähen Kampf um die Zuschüsse der Stadt führen. So z.B. der TuS Hasseldieksdamm-Mettenhof, der endlich im Februar 1980 das neue Vereinsheim beziehen konnte. Allein dies kostete mehr als 1 Mio. DM, mehr als ein Viertel davon wurde durch den Verein und die Mitglieder aufgebracht. Die Höhe der Zuschüsse der Stadt Kiel von 445000 DM wird mit der hohen Mitgliederzahl erklärt. Dadurch ist aber auch schon der Hinweis gegeben, daß kleinere Vereine bei der Vergabe der Mittel in die Röhre gucken. Sie müssen sich dem staatlichen Verteilungsmechanismus bei der Nutzung der Anlagen unterwerfen. Trotz des Baus von weiteren Anlagen ergibt sich für die Vereine das Problem, daß die Kosten für die Benutzung der Anlagen und Geräte bis zu einem Drittel ihres Haushalts ausmachen.

Sportunterricht in Schleswig-Holstein: wenig und schlecht

b.stb. Getreu den Interessen der Bourgeoisie läßt die Landesregierung den Schulsport brachliegen. Pflicht sind in den Klassen 1-8 ganze 2 Stunden pro Woche bzw. drei Stunden in den Klassen 9 und 10. Aber selbst davon fallen ca. 10% aus, und häufig wird der Sportunterricht vertretungsweise von anderen Fachlehrern erteilt. Zudem hapert es an der Ausstattung der Schulsportstätten und an deren Anzahl. Da werden z.T. mehrere Klassen zusammengelegt, weil eine Halle von mehreren Schulen benutzt werden muß und zudem noch von Vereinen. Der Mangel an Geräten schränkt die Ausbildung noch weiter ein. Das ist so vor allem an den Grund-, Haupt- und Realschulen. Uneffektiv ist der Sportunterricht auch dadurch, daß die Sportstunden laut Erlaß der Landesregierung nur als Einzelstunden gegeben werden dürfen.

Für ihre körperliche Ertüchtigung und sportliche Ausbildung müssen die Jugendlichen und ihre Eltern selber sorgen. Tatsächlich fällt der Sportunterricht gegenüber dem Sport, der betrieben wird, gar nicht ins Gewicht. Wer da etwas lernen will, muß schon in Vereine gehen, d.h. extra Zeit und Geld aufbringen. Vollends enthüllt wird das ausschließliche Interesse der Bourgeoisie an der Ausbeutung der Jugend an den Berufsschulen mit Teilzeitunterricht. Dort findet die eine Stunde Sportunterricht, die es geben soll, schlicht nicht statt – angeblich fehlt es an Lehrern. Ausnahmen gibt es eventuell, wenn Blockunterricht stattfindet. Wenn also die Jugendlichen den sportlichen Ausgleich wegen der Ausbeutung im Betrieb dringend brauchen, wird er in der Schule gestrichen. Und in der Oberstufe der Gymnasien gibt es drei Stunden Sport pro Woche nur, wenn man dies als Grundkurs wählt. Gegen diese Zustände fordert der Verband der Berufsschullehrer zwei Stunden Sportunterricht pro Woche, die GEW fordert 6 Stunden pro Woche für alle Schüler. Will man sie aber durchsetzen oder nur das jetzige Minimum kontrollieren, ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaften und Betriebsräte das Recht nehmen, die Ausbildung zu kontrollieren und ihre Forderungen durchzusetzen.



2000 Wolfsburger Schüler empfangen Remmers mit ihren Forderungen gegen die Schulgesetznovelle

Neues aus dem Hause Remmers

r.wom. Die christlich-reaktionäre Suppe, die die niedersächsische CDU zubereitet, hat inzwischen bundesweit einen Namen. Ob Ernst Albrechts – vorläufig gestoppte – Rundfunkpläne, die Privatisierungspläne der Bankierstochter Breuel, deren Auftritte Assoziationen an einen Geldcomputer wecken, oder Kultusminister Remmers schulpolitische Vorstellungen – jedesmal handelt es sich um Vorstöße gegen die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften. Der liberale Anstrich und der Schlag gegen die von der SPD ausgeweitete Staatsbürokratie soll die Gewinnung der Schichten der Selbstständigen und besser verdienender Lohnabhängiger sichern.

Remmers, der auch den Streit mit anderen CDU/CSU-Kultusministern nicht scheut, hat ein großes Geschick entwickelt, den sozialdemokratischen Bildungsreformschmus empfindlich zu treffen und die Mißstände im Schulwesen konservativ zu erklären und zu behandeln. Die „erlaßfreie Schule" ist sein neuester Vorstoß:

„Wir kommen aus dem Dilemma der Regelungsflut nur heraus, wenn der einzelnen Schule einschließlich ihres örtlichen Umfeldes eine erlaßfreie Selbstständigkeit – innerhalb einiger weniger Rahmenbedingungen – wiedergegeben und auch zugemutet wird... Alles, was auf der Ebene der Schule und ihres Trägers entschieden werden kann, muß in der erlaßfreien Schule auch dort konsequent entschieden und verantwortet werden. Ich denke weiter bei der erlaßfreien Schule daran, die einzelne Schule aus ihrer verschulten Isolation herauszuholen und sie in ihr konkretes Umfeld einzubinden. Dies könnte auf der Ebene des Schulträgers – oder in größeren Städten unterhalb dieser Ebene – in Form von Schulvereinen geschehen. Ein solcher Schulverein könnte die am Ort befindlichen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen sowie interessierte und kompetente Personen zusammenführen, um die Schulen des Ortes zu fördern und das, was an den Schulen geschieht, auch mitzutragen und mitzuverantworten."

Das Kalkül von Remmers dürfte folgendermaßen sein: Er setzt auf die Rührigkeit der christlichen Reaktionäre und der Kirchen und auf das Interesse der örtlichen Verbände der Kapitalisten. Beides wird schon dafür sorgen, die Schulen fester in den Griff der Reaktion zu bekommen, wobei die Staatsaufsicht aus der Schußlinie bleibt. Ohne Einspruchsrechte von Eltern- und Schülervertretern und das Inspektionsrecht von Betriebsräten und Gewerkschaften über das Schulwesen, und solange das Schulwesen nicht gesetzlich in den Händen der Kommunen ist, wird mit der zunächst fortschrittlich klingenden „erlaßfreien Schule" nur der Einfluß der Interessenverbände der Reaktion im Zusammenspiel mit der staatlichen Schulaufsicht vergrößert.

Seine Kritik am Zustand der Hauptschule setzt daran an, daß die sozialdemokratisch inspirierte Ausrichtung des Schulwesens auf die Auslese das Bildungsergebnis verschlechtert hat, denn die besten Auslesemethoden sind nicht die besten Ausbildungsmethoden.

„Die Hauptschule muß sich viel stärker daran orientieren, Schule für die Kinder zu sein, deren Bildungsweg die Hauptschule ist, die nicht per se schlechter, sondern anders begabt sind als Gymnasiasten, und die deswegen auch anders lernen müssen... Auch die Hauptschule hat ihre eigene Leistungsqualität, und zwar eine andere als das Gymnasium, aber nicht lediglich das geringere Quantum an Leistung. Wenn wir Bildung vordergründig instrumentalisieren, kommen wir zu einer ganz schlimmen Gleichmacherei, weil die Instrumente immer die gleichen sind und die Verschiedenartigkeit der Menschen damit gar nicht mehr erfaßt wird. Daher sage ich, daß wir Leistung neu begründen müssen, sonst bleibt die Glaubwürdigkeit des gegliederten Schulwesens auf der Strecke..."

Geschickt wird das Problem verdreht, indem zwar der Ausleseetaumel in Frage gestellt wird, aber gleichzeitig prinzipiell die Frage aufgeworfen wird, ob die Hauptschüler wegen ihrer „anderen Begabung und Leistungsqualität" überhaupt für höhere Bildungsabschlüsse geeignet sind. Die „Glaubwürdigkeit des gegliederten Schulwesens", durch die Auslesewillkür der imperialistischen Bildungsreform unterhöhlt, soll dadurch aufpoliert werden, daß die angeblich natürlichen Unterschiede hinsichtlich Begabung und Leistung unterschiedliche Schultypen rechtfertigen. In der „Potenzierung der Mittel" sieht Remmers ausdrücklich nicht den Weg zur Lösung schulischer Probleme. Aber nicht eine neue reaktionäre pädagogische Philosophie kann das Bildungsergebnis der Hauptschulen verbessern, sondern Ganztagsschule und eine solche finanzielle Ausstattung wie für das Gymnasium z.B.. Dann werden sich Remmers „andere Begabungen" leicht in Luft auflösen.

Warnstreik bei der Taufe der Fregatte gegen Fusion und Werftstillegung

r.dem. Bei der Taufe der zweiten Fregatte vom Typ F-122 auf den Namen „Niedersachsen" auf der AG-Weser, demonstrierten die Werftarbeiter gegen die geplante Fusion mit der Bremer Vulkan Werft. Bei der Taufzeremonie wurde mit Transparenten gegen Teilstillegung, Fusion und die damit verbundenen Massenentlassungen demonstriert. Der Druck der Werftarbeiter bewirkte eine Veränderung der Taufzeremonie. Als erster Redner erhielt jetzt der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß das Wort. Er wies darauf hin, daß seit 1975 die Belegschaft der AG-Weser um 2200 Beschäftigte abgebaut wurde. Während dieser 2 Jahre wurde kurzgearbeitet. Auf den Charakter der Fregatte eingehend, hob er am Schluß seiner Rede hervor, daß „die Friedenspolitik Helmut Schmidts verhindern (möge), daß sie jemals in eine kriegerische Auseinandersetzung gerät". Ministerpräsident Albrecht betonte in seiner Rede die traditionsreiche Beziehung Niedersachsens mit der Bundesmarine und schloß mit den Worten: „Möge sie den Namen ‚Niedersachsen' in alle Welt tragen, und Zeugnis dafür geben, daß wir entschlossen sind, den Frieden und die Freiheit zu wahren." Die Zerstörer „Lütjens" und „Hessen" zeigen gerade im Indischen Ozean, daß sie entschlossen sind, den „Frieden" und die „Freiheit" des westdeutschen Geldsacks zu verteidigen.

Am Donnerstag streikten 2500 Werftarbeiter und zogen vor das Hauptverwaltungsgebäude, wo zur Zeit die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat tagten. Der künftige Vorstandsvorsitzende mußte vor den Werftarbeitern erklären, daß die geplanten 4 Tanker auf der Werft gebaut würden und die Beschäftigung damit bis in die zweite Hälfte 1981 gewährleistet sei. In der Verhandlung des Jahresabschlusses 1979 des Krupp-Konzerns wird die AG-Weser als „Klotz am Bein" des Konzerns verhandelt.

14 Millionen sind aus dem Werfthilfeprogramm im letzten Jahr an die Werft gegangen. Zuwenig sagt Vorstandsvorsitzender Petri, weil Subventionen nur vorübergehend gewährt würden, bleibe die „Notwendigkeit für Fusionen und andere Lösungen bestehen". Unter anderen Lösungen versteht Krupp: „Wir sind schon im Bereich einer Teilstillegung." (Petri) Auf der Kundgebung entlarvte der Betriebsratsvorsitzende diese Taktik: „Ein Sanierungskonzept, das auf die Einstellung von Neubauten und die Aufrechterhaltung eines Reparaturbetriebs hinauslaufe, werde von der Belegschaft nicht akzeptiert." Der I. Bevollmächtigte der IG-Metall Bremen unterstützte dies.





Kontroversen um „öffentlichen Gesundheitsdienst"?

SPD-Gesetzentwurf im Landtag Niedersachsen in die Ausschüsse verwiesen

r.hob. Am 7.5. 1980 hat der niedersächsische Landtag einen Gesetzentwurf der SPD-Opposition über den „öffentlichen Gesundheitsdienst" in die Ausschüsse des Landtages verwiesen. Die CDU-Regierung ist gegen den Entwurf. Mit „öffentlichem Gesundheitsdienst" sind in der Hauptsache die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte gemeint. Daneben gibt es noch Medizinaluntersuchungsämter und Chemische Untersuchungsämter.

Die Gründe der SPD für den Gesetzentwurf sind im wesentlichem: „Erstens. Der jetzt noch gültige alte Gesetzestext und die drei Verordnungen sollen zusammenhängend in einem Gesetz dargestellt werden. Zweitens. Die Aufgabenbeschreibungen sollen so vorgenommen werden, daß sie sich an den wichtigsten Erfordernissen heutiger gesellschaftlicher Aufgaben orientieren. Drittens. Wir wollen ehrlich zugeben, daß wir mit diesem Gesetz auch die letzten Reste alter NS-Normen der Geschichte anheimgeben wollen" (Dr. Riege, SPD, am 7.5. im Landtag). Vor allem legt die SPD wert auf: „Der öffentliche Gesundheitsdienst hat die gesundheitsrelevanten Einflüsse der Umwelt auf die Gesundheit zu ermitteln und Epidemologie (Seuchenlehre und Erforschung ihrer Gesetzmäßigkeiten) als Beurteilung von Gesundheit und Krankheit unter gesellschaftlichen Aspekten zu betreiben, d.h. seinen Beitrag zur Klärung der ursächlichen Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen, Krankheitsgeschehen und Gefährdungen der Gesundheit zu leisten..."

Hier kommt die SPD Bestrebungen unter Ärzten entgegen, wie z.B. in der Bestandsaufnahme „Krebsforschung in der Bundesrepublik 1979" der Deutschen Forschungsgemeinschaft, „es wird heute angenommen, daß schädigende Umweltfaktoren in einem hohen Maße an der Entstehung menschlicher Tumore ursächlich beteiligt sind...". In dieser Bestandsaufnahme wird z.B. in einer Totalerhebung zur Sterblichkeit in der BASF AG festgestellt: „Die Krebs-Todesursachen nehmen mit zunehmender Beschäftigungsdauer in der BASF AG zu." Solche und ähnliche Forschungen, wie sie ja bereits in der Umgebung bestimmter Bleihütten oder Chemiewerke gemacht worden sind, sind zu unterstützen. Hier liegt auch im wesentlichen die Änderung des bisherigen Gesetzes über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3.7.1934 und dazu ergangener Vorschriften. Das kann man sicher nicht kritisieren, wenn das unter „Gesundheitsvorsorge" verstanden wird. Die SPD sieht das aber anders: sie will stärkeren staatlichen Eingriff in die Gesundheitsvorsorge über die Gesundheitsämter, die für alles zuständig sein sollen, was nicht in Krankenhäusern und Sozialstationen abgewickelt werden kann. Die Gesundheitsämter sollen u.a. Hygieneüberwachung, genetische- und Familienberatung, Geburtenplanung durchführen, „...In der Praxis kann Beratung bei der Familienplanung mit der Beratung gemäß § 218b StGB kombiniert werden...".

Die Landesregierung will alles beim alten lassen. Das CDU-nahe „Niedersächsische Ärzteblatt" Nr. 11 vom 5.6.1980 greift die Kritik der CDU auf:

„...mit diesem öffentlichen Gesundheitsdienst will die SPD eine Supersozialstation". Wobei sich dieses „super" sicher auf die Kosten, die das Gesetz bringen wird und für die kein Finanzierungsvorschlag von der SPD gemacht wird, bezieht. Sozialminister Schnipkoweit will denn auch den Ausbau der Sozialstationen zügig vorantreiben – vieles mit ehrenamtlichen Helfern und niedrig bezahlten Leuten. So kontrovers, wie es das Niedersächsische Ärzteblatt feststellt, sind die Vorstellungen von CDU und SPD nicht, so könnte der SPD-Abgeordnete Dr. Riege aus Celle auf die Finanzierung angesprochen, nur ausweichende Antworten geben. Schnipkoweit will die alten Bestimmungen von 1934 in Kraft lassen. Sein Konzept, das der CDU, ist, die Gesundheitsversorgung über kirchliche Einrichtungen, Gemeindehelfer (jetzt Sozialstationen) abzuwickeln – was auch billiger ist und ihren ideologischen Interessen besser entspricht. Die SPD ist gezwungen, auf bestimmte Kritiken an umweltbedingten Krankheiten und deren ständiger Überwachen und deren ständiger Überwachung und Kontrolle zu reagieren.

Die Vorlage des Gesetzentwurfes und die Beratungen im Landtag sind Reaktion auf die vorhandenen Widersprüche der Volksmassen zum bestehenden Gesundheitswesen und der Gesundheitsversorgung. In der Landtagsdebatte ist angeklungen, daß das Gesetz in dieser Legislaturperiode, und die geht noch bis 1982, nicht mehr verabschiedet werden wird.

Ehrenberg für Kosteneinsparung durch Zivildienstleistende

r.mah. Das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) hat das Rundschreiben 3/80 aufgehoben, nachdem sich u.a. Senator Grolle dafür beim zuständigen Minister Ehrenberg einsetzte. In dem Rundschreiben verlangt das BAZ von den Dienststellen, für jeden im Kranken- und Behindertentransport eingesetzten Zivildienstleistenden „zur Beaufsichtigung der zu befördernden Kinder... eine geeignete Aufsichtsperson" zu stellen. Andernfalls müsse die Dienststelle anstelle des BAZ bei Unfällen haften, außer wenn „es auch beim Einsatz einer Begleitperson zu einem Unfall gekommen wäre". Bewirkt würde eine Abwälzung von Kosten auf die betroffenen Dienststellen. DRK, Caritas, Malteser Hilfsdienst und Arbeiter-Samariter-Bund hatten in Hamburg deshalb die Rücknahme des Erlasses gefordert, denn „die Einstellung von hauptamtlichen Begleitern kostet ... viel Geld. Fachleute rechnen mit Mehrkosten zwischen 1 und 1,5 Millionen Mark im Jahr" (Hamburger Abendblatt, 31.3.). 45 der über 100 Wagen für den Transport von täglich um die 2000 Kinder werden z.Z. von Zivildienstleistenden gefahren. Die Verbände wollen billige Arbeitskräfte, die zuständige Schulbehörde unterstützt ihre Forderung, weil Hamburg Mehrkosten nicht bezahlen könne. (lt. Regierungsdirektor Koops)

Kieler Woche: Aktionseinheit gegen Kriegspropaganda

r.brb. Gegen die Präsenz von Kriegsschiffen und die Kriegspropaganda bei der Kieler Woche hat in Kiel am 10.6.80 eine Aktionseinheit einen Aufruf und Aktionen beschlossen. Der Aufruf wendet sich gegen die wachsende Kriegsgefahr von Seiten der beiden Supermächte und die Maßnahmen der BRD in diesem Rahmen. Unter den Forderungen: Sofortiger Abzug aller fremden Truppen aus fremden Territorien! Sofortiger Abzug der Besatzungstruppen aus der BRD! Aufhebung des Beschlusses, Mittelstreckenraketen in der BRD zu stationieren! Keine westdeutschen Zerstörer im Indischen Ozean! BRD raus aus der NATO! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt! Keine Präsenz von Kriegsschiffen und keine Kriegspropaganda während der Kieler Woche! soll Carstens bei der Eröffnung der Kieler Woche am 21.6. entgegengetreten werden und am 22.6., wenn die Kriegsschiffe besichtigt werden können, eine Demonstration durchgeführt werden. Die Aktionseinheit besteht aus vier Fachschaften bzw. Fachschaftsgruppen, der Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht", der Kreisschülervertretung Kiel, KBW, KPD/ML, KSB, Rote Garde, Volksfront. Wichtig wird es jetzt sein, auch Gewerkschaften für die Unterstützung des Aufrufs und der Aktionen zu gewinnen.

Reservisten gegen Kriegsvorbereitungen

r.hob. Ca. 50 Reservisten und Kriegsdienstverweigerer zogen letzten Samstag in einem Demonstrationszug aus der Innenstadt zum Wehrbereichskommando II Hannover (Bild). Einige Reservisten gaben dort ihren Wehrpaß zurück. In einer öffentlichen Erklärung hielten sie u.a. fest: „... daß wir uns dem stetigen Aufbau des Militärapparates und der immer offener betriebenen Vorbereitung eines Krieges nicht länger mehr passiv zur Verfügung stellen ... In der BRD werden Anzahl, Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Reservisten verstärkt. Bis 1985 sollen drei neue Reservistenbrigaden aufgestellt werden... Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, da sie darauf abzielen, daß sich jeder mit seiner ganzen Person identifizieren soll mit dem militärischen Gewaltapparat...."



„Essen auf Rädern" – teuer aber schlecht

r.scm. „Weit mehr als vom Einsatz finanzieller Mittel hänge der Erfolg der Sozialpolitik von der eigenverantwortlichen Mitwirkung der Bürger, von der selbstlosen Mithilfe der freien Wohlfahrtsverbände und der Kirchen ab.". So Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit vor Jahresfrist. In dem Mahlzeitendienst des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) wurden in Niedersachsen 1979 über 1 Mio. Essen ausgegeben. Ein Lieferant ist die Mensa Braunschweig, deren schlechte Essensqualität eine wesentliche Triebkraft für den Mensaboykott 76/77 war. Ein anderer Lieferant, „Hoffmann-Menü", bietet eine Auswahl von 143 Normal- und Schonkostgerichten in einem Prospekt von 1977 an mit durchschnittlich: Fleischeinwaage (dazu zählt auch Fisch und Hack) 110 g, Protein 34 g, Fett 34 g, Kohlehydrate 73 g, Nährwert 795 kcal (= 3330 kJ). Das durchschnittliche Hoffmann-Menü ist also kein Festessen, doch längst nicht das, was es bei „Essen auf Rädern" gibt. 1979 gab der DPWV im Schnitt gerade 3,07 DM für den Ankauf einer Normal- und Schonkostmahlzeit aus, der Einkaufspreis des durchschnittlichen Hoffmann-Menüs lag schon 1977 bei 3,62. Die alten Leute mußten im Schnitt 5,09 zahlen, für Diäten 5,32. Das Sozialamt gibt nur auf Einzelantrag Sozialhilfeempfängern einen Zuschuß.

„Lieber wäre ich Bauer als alles andere...“

Entwicklung der Nebenerwerbslandwirtschaft – Prozeß fortschreitender Ruinierung

r.pee. Mit rund 40% wird der Anteil der nebenerwerblichen Landwirte an den Landwirten gesamt beziffert. Hinzurechnen muß man in gewisser Weise noch die 15,3% Zuerwerbsbetriebe unter 20 ha Land, die ihre Einkommen mit mehr als der Hälfte aus der Landwirtschaft erarbeiten. Das sind im Bundesdurchschnitt runde 55% aller landwirtschaftlichen Betriebe. Im Landkreis Gifhorn ergibt sich folgendes Bild: 63% der landwirtschaftlichen Betriebe sind Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe (0,5 bis 20 ha Land). Die Tendenz dieser Betriebe ist abnehmend, die der Betriebe zwischen 50 und 100 ha. leicht zunehmend, was einen Anhaltspunkt für die fortschreitende Ruinierung der kleinen Bauern, selbst auf dem Nebenerwerbssektor, bedeutet. 13,12 ha im Durchschnitt – was im Bundesdurchschnitt viel ist – beträgt die Größe der Nebenerwerbsbetriebe. Davon sind 29% Pachtland. Unumwunden gibt der Agrarbericht der Bundesregierung und dessen Landwirtschaftsministerium zu, daß Nebenerwerbslandwirte und die Zuerwerbslandwirte (bis zu 20 ha Land) ausschließlich aus Gründen der „Rentabilität“ ihre Höfe nicht mehr voll bewirtschaften und in die Industrie gehen.

Die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion hat indes mehrere Gründe: 1. Der Ruinierungsprozeß verläuft über Verschuldung, die durch verstärkten Einsatz von Arbeitskraft aufzuhalten versucht wird. Er verläuft langsam, aber stetig und 2. bedeutet die Landwirtschaft einen gewissen Rückhalt für Rückschläge als „bäuerlicher“ Industriearbeiter. 3. Ein gewisser Ausgleich in der Reproduktion durch Ernährung mit selbst erzeugten Produkten. Auf keinen Fall ist es so, daß die Reproduktion durch einfach mehr Geld, durch die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, ausgeglichen werden kann. Die Verausgabung an Arbeitskraft zu dem, was als „Einkommen“ rauskommt, steht in keinem positiven Verhältnis. Zwar ist die Arbeitsleistung in Stunden, die der Nebenerwerbsbauer arbeitet von 1975/76 2255 Std. auf 2142 Std. 1977/78 gesunken, die gestiegenen Fahrzeiten um 1 Std. auf 4,3 Std. seit 1975/76 nicht mitgerechnet. Andersherum sind die Arbeitszeiten der Ehefrau und der Familie von 2266 Std. pro Jahr auf 2934 Std. im Zeitraum von 1975/76 bis 1977/78 gestiegen.

Insgesamt 3499 Arbeitsstunden pro Jahr muß der Nebenerwerbsbauer samt Familie arbeiten, um ein Gesamteinkommen 1977/78 von 31796 DM zu erreichen. Davon sind 6145 DM landwirtschaftliches Einkommen, wofür die Familie 1792 Arbeitsstunden, was einen Stundenlohn von 3,43 DM ausmacht, aufwenden muß. Die Entwicklung der Einkommen aus der Nebenerwerbslandwirtschaft in Niedersachsen stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Fam.arb. std.	Einkommen aus Landw.	pro Std. in DM
75/76	1664	9256	5,56
76/77	1620	9814	6,06
77/78	1792	6145	3,43

(Quelle Agrarbericht)

Das Einkommen der Nebenerwerbshöfe ist von 1976/77 zu 1977/78 um 3669 DM gefallen, die Betriebsmittel von 1976 auf 1977 um 5,5% und im Jahr darauf nochmals um 0,1% gestiegen. Die Erzeugerpreise sind im gleichen Zeitraum um 5,5% gefallen. Die „Einnahmen“ der Nebenerwerbslandwirte im niedersächsischen Durchschnitt aus der Arbeit in der Industrie betrugen 1977/78 rund 25000 DM im Jahr. Für einen Nebenerwerbslandwirt aus dem Raum Gifhorn, der bei VW arbeitet, ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld, im Schnitt zwischen 30000 und 32000, wobei man davon ausgehen kann, daß der überwiegende Teil der Nebenerwerbslandwirte in der Produktion und im Akkord arbeiten. Von 140 befragten, bilanzführenden landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben im Agrarbericht 1979 gaben 57 eine Tätigkeit als Hilfsarbeiter, 16 eine als Facharbeiter, 32 als Angestellte und 6 als Beamte an. Im Stundenlohn ausgedrückt beträgt das Familieneinkommen eines Nebenerwerbslandwirts bei VW 10,33 im Gegensatz zum niedersächsischen Durchschnitt von 9,08 DM. In einem Bericht der Zeitung „Das Landvolk“ vom 1.6.80 wird berichtet, daß einige hundert Nebenerwerbsbauern im Raume Gifhorn bei VW arbeiten. Im Bericht werden VW-Arbeiter zitiert, die nebenbei Höfe von 10 ha bis 32 ha Land bewirtschaften. „Ich wäre lieber Bauer als alles andere“ erklärt ein Landwirt, der als Bierfahrer arbeitet und 25 ha bewirtschaftet.

Zahl der Landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen in der BRD

Größenklasse von... bis unter... ha LF	1968	1977	1978	1978 gegen 1977
	Zahl der Betriebe (1000)			
1 bis 10	738,3	453,2	442,5	-2,4%
10 bis 20	286,0	199,4	194,1	-2,7%
20 bis 30	96,1	105,9	105,0	-0,9%
30 bis 50	47,8	72,0	73,0	1,4%
50 und mehr	17,5	28,3	29,2	-3,%
insgesamt	1185,6	858,7	843,6	-1,8%

Diese Politik der Ruinierung der kleinen und mittleren Landwirte wird durch die Bundes- und Landesregierung mit Hilfe der EG-Marktordnung, niedriger Erzeugerpreise und durch Strukturmaßnahmen zielstrebig und planvoll im Sinne der EG betrieben.

Fünf-Tage-Woche für die Beschäftigten der Brotindustrie in Nordrhein-Westfalen



z.brb. Für die Beschäftigten der Brot- und Backwarenindustrie in Nordrhein-Westfalen wird ab 1.11.80 die Fünf-Tage-Woche gültig. Diese Beschränkung der Arbeitszeit konnte die NGG in der dritten Verhandlung durchsetzen, zu deren Beginn ca. 150 Beschäftigte für die Forderung demonstrierten. Vereinbart wurde, daß alternativ Samstag oder Montag arbeitsfrei ist. Bereits im Dezember hatten die Brotkapitalisten im Tarifbezirk Hamburg/Schleswig-Holstein etwa gleichen Festlegungen zum 1.1.80 zustimmen müssen. In Hessen führen die Beschäftigten ebenfalls Aktionen für die Fünf-Tage-Woche durch, wie am 1. Mai in Offenbach (Bild). Als weiteren Schritt zur Beschränkung des Arbeitstages erklärte der NGG-Bundesvorsitzende Döding: „Nacht- und Schichtarbeit muß auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden.“

NGG-Mitglieder und Betriebsgrößenstruktur

z.jüd. Im Organisationsbereich der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten ist die besonders hohe Anzahl von Kleinst-Betrieben ein Grund für den niedrigen Organisationsgrad. Die Einsicht in die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses besteht häufig nicht unmittelbar: „Erschwerend wirkt, daß meist kein Betriebsrat existiert oder nicht gebildet werden kann, keine Betriebsversammlungen stattfinden und die Beschäftigten in einer oft engen gefühlsmäßigen Beziehung zum Inhaber des Betriebes stehen, mit dem sie direkt zusammenarbeiten.“ Ganz deutlich ist bei der Aufschlüsselung nach Betriebsgrößen, daß der Organisationsgrad mit der Anzahl der Beschäftigten steil ansteigt. Im Bereich des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes stellt sich das Verhältnis 1970 folgendermaßen dar (nach Berechnungen des NGG-Hauptvorstandes, der darauf hinweist, daß aktuellere Zahlen nicht vorliegen): Bei 96395 Kapitalisten waren 848912 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, von denen 23,8% Mitglieder der NGG waren; berechnet nach Unternehmen ab 10 Beschäftigten sind es aber 30,4% und bei 50 und mehr Beschäftigten sogar 40,8%. Bei letzteren Berechnungen werden Gewerkschaftsmitglieder in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten (in denen 22% aller arbeiten) nicht berücksichtigt, da es sich nur um sehr wenige handelt.

Investitions-Stopp dänischer Bauern zeigt Auswirkungen

z.bag. Aus Protest gegen die wachsende Zinsenlast bei Banken und landwirtschaftlichen - Handelskonzernen und anläßlich der Erhebung einer neuen Bodensteuer durch die Regierung hat der dänische Bauernverband Ende letzten Jahres einen Investitionsstopp beschlossen. Jetzt machen sich die Auswirkungen in einem teilweise drastischen Rückgang der Verkäufe von Landmaschinen und des Baus von Stallanlagen bemerkbar. Die Statistik der größten Kreditvereinigung der Provinz Jütland z.B. weist für das erste Quartal dieses Jahres einen Rückgang der Kredite für Stallbauten um die Hälfte gegenüber dem Vorjahr aus. Ein Vertreter der Firma Osco teilte uns mit, daß in diesem Jahr nur 22 Futtersilos gegenüber 60 im selben Zeitraum des letzten Jahres verkauft werden konnten. So ein Futtersilo kostet 40 bis 50000 D-Mark und die Firma hat diesen Umsatzrückgang nicht verkraftet. – Auf der Delegiertenkonferenz des Kreisbauernverbandes Westburg hat jetzt ein Vertreter dazu aufgefordert, ähnliche Maßnahmen auch in Norddeutschland zu ergreifen und nach der Heuernte zusammen mit den dänischen Bauern im Grenzbereich Demonstrationen durchzuführen. – Der Haken bei der Sache ist nur: Mit Investitionen werden die kleinen und mittleren Bauern im Kapitalismus durch die Banken ruiniert, ohne Investitionen durch die Konkurrenz.

„Sollen die Arbeiter die Forderungen der Bauern unterstützen?“

Debatte im Gewerkschaftsorgan „Der Säemann“ über die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise

z.mak. In „Der Säemann“, dem Organ der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, wird die Auseinandersetzung geführt, ob es richtig ist, daß die Gewerkschaften den Kampf der Bauern für die Erhöhung der Erzeugerpreise unterstützen oder nicht. (Der Säemann Nr. 3 und 5/80, die Zitate sind aus diesen beiden Ausgaben.) Dies ist sehr günstig, denn es ist bisher nur selten, daß innerhalb der Gewerkschaften diese Frage besprochen wird. Im folgenden einige Standpunkte der beiden Autoren. Begonnen wurde die Debatte von G. Horzetzky, der in seinem Artikel „Der Bauernverband und sein Theaterdonner“ gegen die Forderung nach Erhöhung der Erzeugerpreise Stellung genommen hat. Horzetzky ist der Auffassung, daß es den Bauern gar nicht so schlecht geht. Er fragt, nachdem er feststellt, daß 1978/79 „ca. 14000 DM/Betrieb für Neuanschaffungen“ ausgegeben wurden, ob diese Investitionen überhaupt sinnvoll sind. Denn, „eine Sozialisierung von einzelbetrieblichen Verlusten – zum Beispiel wegen gestiegener Energiekosten und dem berühmten zweiten Schlepper – ist dem Steuerzahler beileibe nicht zuzumuten“. Daraus und weil Bauern auch Lohnarbeiter beschäftigen, zieht Horzetzky den Schluß, die Forderungen der Bauern nicht zu unterstützen.

Dagegen schreibt W. Neuling in dem Artikel „Ist die Forderung der Bauern nach Erhöhung der Erzeugerpreise ein ‚Theaterdonner‘?“: „Auch wenn es in diesem Artikel nicht ausdrücklich gesagt wird, steht hinter dieser Ablehnung dieser Forderungen in den Gewerkschaften häufig die Ansicht, steigende Erzeugerpreise würden die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben und wären somit nicht im Interesse der Arbeitnehmer.“ Neuling ist für die Unterstützung der Forderung, denn „die Verteuerung der Lebensmittel für die Arbeiter ist nie ein Problem zwischen Arbeitern und Bauern gewesen, man soll es nicht dazu machen. Das Anliegen der Bauern, gegenüber der EG, der Regierung und den Nahrungsmittelkonzernen eine Erhöhung der Erzeugerpreise durchzusetzen, ist genauso berechtigt, wie die Forderungen und Aktionen der Gewerkschaften, in der Tarifauseinandersetzung (für) höhere Löhne ... Neuling führt weiter aus, daß es falsch ist, von *den* Bauern zu reden, denn: „Deutlich treten die Unterschiede in der Produktivität der Betriebe aus dem Verhältnis des Anteils der Betriebe und des Anteils am Betriebseinkommen hervor ... (und) daß die Beschäftigung von Lohnabhängigen erst in größerem Umfang in der Kategorie über 55 ha einsetzt.“ Weiter schreibt er, daß es gerade die kleinen und mittleren Bauern sind, „die sich dadurch auszeichnen, daß sie und ihre Familien ohne Beschäftigung von Lohnabhängigen den Hof bewirtschaften und ein Anrecht darauf haben, daß sich ihre Einkommen in ähnlicher Weise entwickeln wie die derjenigen, die auch nur vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben.“

Wie dringlich die Durchsetzung und Unterstützung dieser Forderung ist, zeigt ein Vergleich der Entwicklung der Erzeugerpreise gegenüber den Lebenshaltungskosten. Die Erzeugerpreise stiegen 1960 – 1976 pro Jahr:

Getreide	0,99%
Kartoffeln	6,88%
Zuckerrüben	0,78%
Schweinefleisch	2,38%
Rindfleisch	3,68%
Milch	3,59%

Die offizielle Preissteigerungsrate für Lebensmittel im gleichen Zeitraum betrug jährlich 3,76%. Die Preise für landwirtschaftlichen Betriebsmittel stiegen schneller als die Erzeugerpreise. Die Auswirkungen zeigt ein Vergleich, wieviel kg Phosphatdünger im jeweiligen Jahr dem Wert von 100 kg Weizen entsprachen:

1971	52 kg
1972	50 kg
1973	49 kg
1974	42 kg
1975	31 kg
1976	35 kg
1977	35 kg

Neuling schreibt dazu: „Die großen Betriebe können diese Entwicklung auf Grund höherer Produktivität durch Maschineneinsatz und Lohnarbeiter ausgleichen, die kleinen Betriebe können das nicht.“

Die EG-Außenminister haben jetzt beschlossen, die Erzeugerpreise um 5% zu erhöhen. Der Ausschuß der Bauernverbände der Europäischen Gemeinschaft, COPA, hat 7,9% gefordert.

Jeder Versuch von seiten der Bourgeoisie, einen Keil zwischen Arbeiter und Bauern zu treiben, setzt daran an, daß der Bauer zwar auch Arbeiter, aber gleichzeitig auch Besitzer von Produktionsmitteln und Grund und Boden ist. Das Eigentum an Grund und Boden befähigt den Grundbesitzer, Rente einzuziehen. Für den kleinen und mittleren Bauern trifft das nicht zu. Längst hat er hohe Hypotheken auf sein Land nehmen müssen und ist in großer Schuldknechtschaft bei den Banken und Agrarkapitalisten. Die Rente, die aus seinem Grundeigentum gezogen wird, hat sich in Hypothekenzins verwandelt und wird von den Geldverleihern angeeignet. Die kleinen Bauern leben sowieso nur von ihrer eigenen Arbeit, aber auch die meisten mittleren Bauern, auch wenn sie Lohnabhängige anstellen, leben vor allem von ihrer eigenen Arbeit, und mindestens der größte Teil der Mehrarbeit der Landarbeiter wird hier von Banken und Handelsmonopolen, die den Bauern im Nacken sitzen, angeeignet. Von Ausbeutung leben die Agrarkapitalisten. Tatsächlich ist es gerade das Eigentum, das den Bauern Abhängigkeit sowohl vom Finanzkapital als auch vom Großgrundbesitzer bringt, weil es die Entfaltung seiner Produktivkraft hemmt. Die Vorteile der Großproduktion kommen dem kleinen Bauern nicht zugute, da er gezwungen ist, auf seinem kleinen Feld zu schaffen. Er ist nur der Form nach Besitzer von Produktionsmitteln und Grund und Boden und die Vorteile, die kapitalistisches Eigentum seinem Besitzer bietet, sind ihm fremd.



14000 Bauern aus der BRD protestieren am 24.3. in der Essener Gruga-Halle gegen die Preisvorschläge der EG-Kommission

Mexiko: Anhaltende Landbesetzungen,

z.rua. Mit Macheten und Maschinengewehren griffen Großgrundbesitzer und ihre Garden am 31.5. Landarbeiter und kleine Bauern an, die die Kaffeeplantage Bolanchan bei Yayalon im südlichsten mexikanischen Bundesstaat Chiapas besetzt hielten. 46 wurden getötet, mehr als 70 verwundet. Seit Anfang Mai hatten ca. 50000 Landarbeiter und kleine Bauern unter Führung der Nationalen Landarbeiterunion UNTA in 18 Bundesstaaten mehr als 150000 ha Land besetzt und von der Regierung die Anerkennung ihrer Besitzrechte und die Weiterführung der Agrarreform verlangt. Für Ende Mai plante die UNTA eine Konferenz in Yayalon, um die Landarbeiter und kleinen Bauern der Region zu organisieren und zu beraten, wie ihr Recht auf Land durchgesetzt werde kann. 15000 Teilnehmer wurden erwartet. Die Großgrundbesitzer versuchen mit offenem Terror, die Landreform zu verhindern. Drei Tage vor dem Massaker brachten sie vier Beamte des Landwirtschaftsministeriums um, die auf dem Weg waren, Großgrundbesitz zu konfiszieren. Gegen den Terror der Großgrundbesitzer schließen sich die Landarbeiter und kleinen Bauern fester zusammen. Sie besetzten das Dorf Chacoel in der Nähe der Plantage Bolanchan und haben es verbarrikadiert. In den Bergen sammeln sich hunderte bewaffneter Bauern, um ihre Toten zu rächen.

Die Tariferhöhungen auf die Effektivlöhne umwälzen

z.gih. Die Tarifkommissionen der Bezirke Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben den Ergebnissen der Verhandlungen mit den Chemiekapitalisten zugestimmt. In Nordrhein: 7% mehr Lohn und Gehalt – zusätzlich erhalten die Lohngruppen IV, V und VI ab 1. November 6 Pfennig pro Stunde, die gegen außertarifliche Lohnbestandteile verrechnet werden können. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg: 7,1% mehr Lohn und Gehalt. Gegenüber dem Vorjahr (13 Monate) wurde eine Laufzeit der Tarifverträge von 12 Monaten vereinbart. In Nordrhein sind das Erhöhungen für die unterste Lohngruppe von 92 DM, in Hessen von 110 DM, in Rheinland-Pfalz von 111 DM und in Baden-Württemberg von 113 DM.

Die Kapitalisten haben den Abschluß mit gemischten Gefühlen beurteilt. Erstens haben sie sich befriedigt über die von der IG Chemie nicht erreichte Strukturverbesserung geäußert. Zweitens liegen ihnen die 7% bzw. 7,1% zu hoch, z.B. über dem Metallabschluß. Die Kapitalisten werden versuchen, 1. die Umwälzung der Tariflohnerhöhung auf die Effektivlöhne zu verhindern, was ihnen nach dem letzten Abschluß gelungen ist (s. Tabelle). Die IG Chemie und die Betriebsräte stehen jetzt vor der Aufgabe, in den Betrieben die Umwälzung der Tariflohnerhöhung auf die Effektivlöhne durchzusetzen. Bei den drei Konzernen konnten solche Vereinbarungen durchgesetzt werden.

2. Werden die Kapitalisten die Verhandlungen um den Entgelttarif auf Bundesebene, auf die sich die Tarifparteien geeinigt haben, einerseits hinauszögern wollen und andererseits die Anhebung der unteren Lohngruppen und der kaufmännischen Angestelltengehaltsgruppen auf jeden Fall verhindern wollen. Die entsprechenden Lohnrahmen- und Gehaltsrahmentarifverträge sind kündbar. Die IG Chemie kann die Veränderung der Lohn- und Gehaltsstruktur direkt weiterverfolgen, was den Verhandlungen der Betriebsräte um die Umwälzung der Tariflohnerhöhungen nutzen würde.

Effektivlöhne und -gehälter in der Chemischen Industrie 1977 – 1980 in DM

Zeit	Leistungsgruppen Arbeiter I	II	III	Alle	Leistungsgruppen Arbeiterinnen I	II	III	Alle	Gesamt
Nordrhein-Westfalen – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%									
Juli 76 - April 77	13,19	12,52	9,97	12,67	9,63	9,74	8,57	9,26	12,16
Juli 77 -	14,14	13,36	10,80	13,57	9,54	10,45	9,18	9,92	13,05
April 78	*7,2%*	**6,7%**	*8,3%*	*7,1%*	**–0,9%**	*7,3%*	*7,1%*	*7,1%*	*7,3%*
Juli 78 -	14,79	13,88	11,45	14,16	9,51	10,82	9,65	10,33	13,61
April 79	*4,6%*	**3,9%**	*6,0%*	*4,3%*	**–0,3%**	**3,5%**	*5,1%*	**4,1%**	*4,3%*
Juli 79 -	15,26	14,35	12,12	14,64	9,96	11,11	9,96	10,62	14,06
Jan. 80	**3,2%**	**3,4%**	*5,9%*	**3,4**	*4,7%*	**2,7%**	**3,2%**	**2,8%**	**3,3%**
Hessen – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%									
Juli 76 - April 77	13,68	12,49	10,26	12,97	11,34	9,98	9,13	9,66	12,22
Juli 77 -	14,57	13,30	10,84	13,84	11,38	10,77	9,79	10,39	13,06
April 78	**6,5%**	**6,5%**	**5,7%**	**6,7%**	**0,4%**	*7,9%*	*7,2%*	*7,6%*	**6,9%**
Juli 78 -	15,33	14,00	11,35	14,56	12,54	11,26	10,19	10,90	13,74
April 79	*5,2%*	*5,3%*	*4,7%*	*5,2%*	*10,2%*	*4,5%*	**4,1%**	*4,9%*	*5,2%*
Juli 79 -	15,69	14,34	11,72	14,91	13,07	11,58	10,49	11,24	14,09
Jan. 80	**2,3%**	**2,4%**	**3,3%**	**2,4%**	**4,2%**	**2,8%**	**2,9%**	**3,1%**	**2,5%**
Rheinland-Pfalz – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%									
Juli 76 - April 77	13,79	12,24	9,81	13,10	11,51	9,76	8,62	9,57	12,60
Juli 77 -	14,81	13,04	10,20	14,04	12,62	10,59	9,20	10,40	13,56
April 78	*7,4%*	**6,5%**	**4,0%**	*7,2%*	*9,6%*	*8,5%*	**6,7%**	*8,7%*	*7,6%*
Juli 78 -	15,56	13,84	10,78	14,83	13,09	11,06	9,62	10,89	14,32
April 79	*5,1%*	*6,1%*	*5,7%*	*5,6%*	**3,7%**	*4,4%*	*4,6%*	*4,7%*	*5,6%*
Juli 79 -	15,88	14,01	11,22	15,09	13,41	11,38	9,86	11,19	14,58
Jan. 80	**2,1%**	**1,2%**	**4,1%**	**1,8%**	**2,4%**	**2,9%**	**2,5%**	**2,8%**	**1,8%**

Zeit	Leistungsgruppen kaufmännische und technische Angestellte Männlich II	III	IV	V	Alle	Weiblich II	III	IV	V	Alle	Gesamt
Nordrhein-Westfalen – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%											
Juli 76 - April 77	3677	2848	2339	1777	2986	3357	2449	1834	1505	2211	2760
Juli 77 -	3932	3077	2515	1920	3236	3625	2643	1990	1632	2402	2982
April 78	*6,9%*	*8,0%*	*7,5%*	*8,0%*	*8,3%*	*8,0%*	*7,9%*	*8,5%*	*8,4%*	*8,6%*	*8,0%*
Juli 78 -	4134	3215	2614	2099	3376	3807	2783	2109	1744	2541	3141

Jan. 80 2,1% 1,2% 4,1% 1,8% 2,4% 2,9% 2,5% 2,8% 1,8%

Zeit	Leistungsgruppen kaufmännische und technische Angestellte Männlich II	III	IV	V	Alle	Weiblich II	III	IV	V	Alle	Gesamt
Nordrhein-Westfalen – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%											
Juli 76 - April 77	3677	2848	2339	1777	2986	3357	2449	1834	1505	2211	2760
Juli 77 -	3932	3077	2515	1920	3236	3625	2643	1990	1632	2402	2982
April 78	*6,9%*	*8,0%*	*7,5%*	*8,0%*	*8,3%*	*8,0%*	*7,9%*	*8,5%*	*8,4%*	*8,6%*	*8,0%*
Juli 78 -	4134	3215	2614	2099	3376	3807	2783	2109	1744	2541	3141
April 79	*5,1%*	*4,5%*	**3,9%**	*5,3%*	*4,3%*	*5,0%*	*5,3%*	*6,0%*	*6,9%*	*5,8%*	*5,3%*
Juli 79 -	4332	3356	2746	2212	3543	3979	2895	2188	1811	2647	3292
Jan. 80	*4,8%*	*4,4%*	*5,0%*	*5,4%*	*4,9%*	*4,5%*	**4,0%**	**3,7%**	**3,8%**	**4,2%**	*4,8%*
Hessen – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%											
Juli 76 - April 77	3724	2661	2076	1849	3028	3340	2290	1706	1429	2174	2745
Juli 77 -	3934	2857	2215	1962	3219	3535	2468	1844	1574	2337	2922
April 78	**5,6%**	*7,4%*	**6,7%**	**6,1%**	**6,3%**	**5,8%**	*7,8%*	*8,1%*	*10,1%*	*7,5%*	**6,4%**
Juli 78 -	4199	3028	2330	2097	3426	3756	2622	1963	1598	2482	3112
April 79	*6,7%*	*6,0%*	*5,2%*	*6,9%*	*6,4%*	*6,3%*	*6,2%*	*6,5%*	**1,5%**	*6,2%*	*6,5%*
Juli 79 -	4357	3128	2440	2072	3572	3885	2721	2027	1671	2579	3244
Jan. 80	**3,8%**	**3,3%**	*4,7%*	**–0,1%**	*4,3%*	**3,4%**	**3,8%**	**3,3%**	*4,6%*	**3,9%**	**4,2%**
Rheinland-Pfalz – Tariflohnerhöhung 1977: 7%, 1978: 4,3%, 1979: 4,3%											
Juli 76 - April 77	3846	2890	2479	1868	3191	3416	2342	1767	1524	2256	2950
Juli 77 -	4094	3130	2669	1981	3433	3682	2561	1927	1680	2462	3187
April 78	**6,4%**	*8,3%*	*7,7%*	**6,0%**	*7,6%*	*7,8%*	*9,4%*	*9,1%*	*10,2%*	*9,1%*	*8,0%*
Juli 78 -	4242	3284	2774	2027	3571	3840	2685	2029	1762	2584	3321
April 79	**3,6%**	*4,9%*	**3,9%**	**2,3%**	**4,0%**	*4,3%*	*4,8%*	*5,3%*	*4,9%*	*5,0%*	**4,2%**
Juli 79 -	4368	3389	2847	2089	3670	3965	2778	2103	1850	2672	3416
Jan. 80	**3,0%**	**3,2%**	**2,6%**	**3,1%**	**2,8%**	**3,3%**	**3,5%**	**3,6%**	*5,0%*	**3,4%**	**2,9%**

Kursiv: Effektivlohnerhöhung bezogen auf das Vorjahr in % – halbfett Effektivlohnerhöhung unter Tariflohnerhöhung

Preissteigerungen erreichen sechs Prozent

Preiserhöhung für Heizöl im Index unvollständig erfaßt / Tariflohn höher, real weniger als 1979

z.frb. Mittlerweile sind für rund 90% der Beschäftigten die diesjährigen Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen. Um die noch offenen wird hart gekämpft, wie um die Durchsetzung der Tariferhöhung auf den Effektivlohn auch. Die allermeisten Verträge sind auf 12 Monate abgeschlossen. Die Lohnerhöhungen in den bis Ende April abgeschlossenen Tarifen – für 10 Millionen Lohnabhängige von 16,5 Millionen – betrugen nach Angaben des Arbeitsministeriums knapp 6,7%. In den wichtigsten Bereichen liegen die Erhöhungen zwischen 6,3 und 6,8%, in einigen Handwerkszweigen erreichen sie 7% oder etwas mehr.

1979 belief sich die Steigerung der Tariflöhne und -gehälter nach denselben Angaben auf 4,5%. Nach Angaben des DGB erhöhten sich die Tariflohnsätze um 4,9%, die Tarifgehälter um 4,6%. Nominal war dies die geringste Erhöhung seit 1968. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme pro Lohnabhängigen stieg um 5,5%, netto um 5,8%. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte erhöhte sich im Durchschnitt des Jahres 1979 gegenüber 1978 um 4,1%, wobei die Preise gegen Jahresende 1979 schneller stiegen. Zieht man die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Preissteigerung von ca. 4% von der 5,8%-Erhöhung des Netto-Nominallohns ab, so blieb im Durchschnitt noch eine Erhöhung des wirklichen Lohns, d.h. der dem Arbeiter zur Verfügung gestellten Lebensmittel, von unter 2%.

Sowieso geht der hauptsächliche Druck auf die Reproduktion von der Produktion aus, von dem Zwang, pro Arbeitsstunde mehr Arbeit zu verausgaben, höheres Tempo, zusätzliche Tätigkeiten, höhere Konzentration, Arbeit rund um die Uhr, Akkord und Akkord rund um die Uhr. Lohnerhöhungen allein sind dagegen unzureichend, allgemeine Beschränkungen sind notwendig. Dieses Jahr aber wird, wenn sich nichts entscheidendes tut, auch die stoffliche Masse an Reproduktionsmitteln, in die sich der Durchschnittslohn tauscht, sinken. Die Wirtschaftsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrsgutachten für 1980 mit einer Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme pro Beschäftigten um 6,5%, netto 5,5%. Für die Nettolohn-und -gehaltssumme aller Lohnabhängigen geben sie

teln, in die sich der Durchschnittslohn tauscht, sinken. Die Wirtschaftsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrsgutachten für 1980 mit einer Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme pro Beschäftigten um 6,5%, netto 5,5%. Für die Nettolohn-und -gehaltssumme aller Lohnabhängigen geben sie

plus 6% (nach 7,7% für 1979) an.

Soeben hat das Statistische Bundesamt seine Preisberechnungen für Mai veröffentlicht. Danach stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber Mai 1979 um 6,0%. Der Preisindex für den 4-Personen-Haushalt mit höherem Einkommen stieg um 6,2%, für den 4-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen um 5,7% und für den 2-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern um 5,2%. Der Unterschied der Raten liegt vor allem daran, daß die Preise für Nahrungsmittel dank der brutalen Politik gegen die Bauern deutlich unter den anderen Preissteigerungen liegen, und diese unterdurchschnittlichen Preissteigerungen fallen umso mehr ins Gewicht, je niedriger das Einkommen.

Es spricht einiges dafür, daß die Preissteigerungen, die die Volksmassen gegenwärtig treffen, höher sind, als es der amtliche Index angibt, und daß dies vor allem bei den unteren Einkommen der Fall ist. Der amtliche Preisindex wird aus der Erhebung von 200000 Einzelpreisen für rund 780 Produkte in 118 Gemeinden der BRD monatlich ermittelt. Für den Gesamtindex, in dem also 200000 repräsentative Preisbewegungen zusammengefaßt sind, ist es entscheidend, mit welchem Gewicht die einzelnen Preise eingehen. Es muß eine bestimmte Struktur der Haushaltsausgaben zugrundegelegt werden. Dem gegenwärtigen Index liegen die Verhältnisse des Jahres 1976 zugrunde, zuvor galt 1970 als Basis. Im Oktober 1979 betrug die jährliche Preisrate auf Basis 1970 für alle Haushalte 5,7%, auf Basis 1976 5,3%. Es verbirgt sich dahinter eine Verschiebung im Warenkorb zu Waren mit geringeren Preissteigerungen. Seither wird eher das Gegenteil eingetreten sein. Denn, gewichtet man die unterdurchschnittlichen Preissteigerungen und die überdurchschnittlichen mit ihren Anteilen am Warenkorb 1976, so fallen die Preissteigerungen über dem Durchschnitt stärker ins Gewicht.

1970 bis 1976 stieg der Anteil der Warengruppe Elektrizität, Gas und Brennstoffe am Warenkorb von 4,4 auf 5,0% beim mittleren, von 7,5 auf 7,6% beim Rentnerhaushalt. Dies nicht, weil die verbrauchte Menge zugenommen hat, sondern weil die Preise für diese Produkte überdurchschnittlich stiegen und andere Ausgaben zugunsten dieser Ausgaben reduziert werden mußten. Die überdurchschnittliche Preissteigerung dieser Produktengruppe ging mit dem Anteil von 1970 in den Gesamtindex ein, obwohl ihr Anteil seither gestiegen war: Sie war also unterrepräsentiert.

Bei der Umstellung des Preisindex auf die Basis 1976 wurde dieser Fehler aufgewogen durch unterdurchschnittliche Preissteigerungen bei Waren, deren Anteil sich ebenfalls ausdehnte, so z.B. bei Unterhaltungselektronik.

Der Preisindex, dem die Verbrauchsstruktur von 1976 zugrunde liegt, wird seit Ende letzten Jahres veröffentlicht.

aufgewogen durch unterdurchschnittliche Preissteigerungen bei Waren, deren Anteil sich ebenfalls ausdehnte, so z.B. bei Unterhaltungselektronik.

Der Preisindex, dem die Verbrauchsstruktur von 1976 zugrunde liegt, wird seit Ende letzten Jahres veröffentlicht.

Im vergangenen Jahr sind die Preise für Heizöl und Kraftstoffe besonders stark gestiegen. In den Preisangaben des Statistischen Bundesamtes sind sie aber nur mit dem Anteil an den Ausgaben wie 1976 berücksichtigt.

Veränderungen, die einen solchen Fehler wie zwischen 1970 und 1976 ausgleichen, hat es von 1976 bis 1980, soweit dies an den Preisreihen festzustellen ist, nicht gegeben. Daher wird die tatsächliche Erhöhung des Preisniveaus höher sein als es der Index aussagt, und dies gerade bei niedrigen Einkommen, bei denen die Ausgaben für Brennstoffe einen hohen Anteil an den Ausgaben haben.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
April 1980 gegen April 1979

Gesamtindex	5,8
Nahrungs- u. Genußmittel	4,1
Kleidung, Schuhe	6,0
Wohnungsmiete	5,3
Elektrizität, Gas Brennstoffe	12,6
Waren u. Dienstlstngen f.d. Haushaltsführung	5,8
f. Bildung u. Unterhaltung	2,5
Pers. Ausstatt., sonst. Waren u. Dienstlstngen	6,8

Der Preisindex gibt ein Bild von der Preisentwicklung. Er gibt kein Bild von der Entwicklung der Reproduktionskosten. Und er gibt nur ein durchschnittliches Bild. So gibt er für Wohnungsmiete eine Steigerung von 5,3% an. Der Ring Deutscher Makler gibt in seinem Frühjahrspreisspiegel für Neubauwohnungen in Großstädten eine Mieterhöhung von 10% bei Erstbezug und von 6% bei Wohnungswechsel an. Kommen die Mieten in Bewegung, so schlägt dies gerade bei den niedrigsten Löhnen durch. Nur zweimal in der Geschichte der BRD ist der aus der amtlichen Statistik zu ermittelnde durchschnittliche Lohn real gesunken: 1967 und 1974. Das Auf und Ab ist geeignet, die Tendenz zur Verelendung zu verdecken. Aber die Basis für diesen Schein wird immer enger. 1967 und 1974 war noch eine relativ deutliche Erhöhung des Reallohns vorausgegangen, jetzt war dies 1978 und 1979 nur wenig der Fall. Soviel läßt sich schon aus diesen begrenzten Daten sehen.

net, die Tendenz zur Verelendung zu verdecken. Aber die Basis für diesen Schein wird immer enger. 1967 und 1974 war noch eine relativ deutliche Erhöhung des Reallohns vorausgegangen, jetzt war dies 1978 und 1979 nur wenig der Fall. Soviel läßt sich schon aus diesen begrenzten Daten sehen.

Preisindizes für die Lebenshaltung bestimmter Haushaltstypen
Anteile der Hauptgruppen an den Warenkörben 1970 und 1976

Hauptgruppe	4-Pers.-Haush. von Angest. und Beamten mit höh. Einkommen 1970 (‰)	1976 (‰)	4-Pers.-Arbeitneh.-haushalte mit mittl. Einkommen 1970 (‰)	1976 (‰)	2-Pers.-Haush. von Renten- und Sozialhilfeempf. 1970 (‰)	1976 (‰)
Lebenshaltung insg.	1000	1000	1000	1000	1000	1000
Nahrungs- und Genußmittel	267,15	228,54	368,35	302,66	438,14	388,12
Kleidung, Schuhe	99,75	90,81	102,11	86,01	70,16	62,80
Wohnungsmiete	131,07	138,46	145,64	149,44	199,46	222,85
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	35,35	42,51	43,94	49,90	75,26	76,36
Haushaltsführung	97,11	90,70	85,27	90,27	79,88	89,09
Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittl.	141,54	170,09	102,13	136,46	37,74	54,17
Körper- und Gesundheitspflege	61,06	56,07	33,87	28,41	35,03	34,95
Bildungs- und Unterhaltungszwecke	78,73	90,56	68,69	90,31	42,73	46,57
Pers. Ausstattung, sonst.	88,27	92,26	50,00	66,54	21,60	25,06

z.anb.Wien. **Vergangene Woche fand in Wien eine Besoldungsenquête statt, auf der Beamtenstaatssekretär Löschnak die Vorstellung der Regierung unterbreitete.** Bereits vor vier Wochen hatten die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Bahn – 70000 Beschäftigte; Post – 55000, Öffentlicher Dienst (Bund) – 289000 und Gemeindebedienstete – 135000) erklärt, daß sie die Anhebung der unteren Gehaltsklassen noch vor der für September an-



stehenden Lohnbewegung verhandeln wollen. – Worum es geht, zeigt die Bruttolohnverteilung der Beamten der Österreichischen . Bundesbahnen (Stand Januar 1980). Weit abgeschlagen vom Durchschnittslohn der Industrie markieren die unter 5000 S gezahlten Verwaltungsarbeiten den Niedriglohn. Noch geringfügig, etwa um 1000 S besser gezahlt werden die untersten Beamtengruppen „in handwerklicher Verwendung", solche also, deren Tätigkeit weitgehend der des industriellen Arbeiters entspricht. Der Facharbeiter erhält als Beamter im öffentlichen Dienst 8 – 9000 S, in der Industrie rund 1/3 mehr. Die obersten Gehälter etwa der Schulaufsicht betragen das Sechsfache (7000 DM und mehr). Im Mittelfeld wirken die Biennalsprünge (Lohnerhöhung bei jeweils 2 Dienstjahren) abstumpfend auf den Tarifkampf. – Der Regierungsvorschlag geht zwar ein auf die Forderung nach Zusammenfassung der Verwaltungsgruppen mit den handwerklichen Gehaltsgruppen – 170000 sind davon betroffen – und die Streichung der untersten 2 von 20 Lohnstufen, aber ohne Bezug zur Lohnhöhe. Es ist der Regierung gerade um verstärkte „innere Differenzierung" zu tun, mit dem Kalkül auf spalterische Wirkung, so wenn die Anhebung der untersten mit Abgruppierung der nächstfolgenden Gehaltsgruppe verkoppelt würde.

z.elf.London. **Der Vorstand des Royal College of Nursing, der größten Krankenschwesternvereinigung Großbritanniens, hat seinen Mitgliedern Ende vorletzter Woche empfohlen, eine Statutenänderung abzulehnen, die Streikaktionen als mögliche Kampfform an den Krankenhäusern beinhaltet.** Die Hauptversammlung des Royal College of Nursing hatte im letzten Monat die Durchführung einer Urabstimmung über diese Frage beschlossen. Für die Statutenänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der 165000 Mitglieder notwendig. Das Royal College of Nursing hatte sich in den letzten Jahren nicht an den Kampfaktionen in den Krankenhäusern beteiligt. Die Gewerkschaften und Vereinigungen, in denen die Krankenschwestern organisiert sind, beraten gegenwärtig über eine geeignete Antwort auf das Regierungsangebot von 14% Lohnerhöhung bei einer Inflationsrate von 21%. Der Verdienst einer voll ausgebildeten Krankenschwester liegt zwischen etwa 1200 und 2000 DM monatlich brutto.

z.rua. **Seit dem 2.6. streiken in der türkischen Hauptstadt Ankara 7500 Arbeiter und Angestellte des kommunalen Dienstes.** Sie fordern die sofortige Auszahlung rückständiger Löhne und Gehälter, Zuschläge und Sozialleistungen. 1979 lag der Reallohn um 39% unter dem Stand von 1970. 1980 wird mit einer Inflationsrate von 100% gerechnet. Auf Druck ihrer imperialistischen Gläubigerländer hat die Regierung seit Anfang des Jahres mehrfach die Preise erhöht; die Löhne wurden bisher nicht erhöht. Durch Vorenthaltung der ausstehenden Löhne wird die Reproduktionsbasis der Beschäftigten im kommunalen Dienst Ankaras noch weiter geschmälert. Um eine Ausweitung des Streiks zu verhindern – in Ankara türmen sich die Abfälle schon zu Bergen –, ersuchte der Bürgermeister die Zentralregierung um Bereitstellung der ausstehenden Lohngelder. Vergeblich. Jetzt soll städtisches Eigentum verkauft werden, um die Gelder aufzubringen.

z.gek. **Der „Koordinierende Generalrat der Arbeiter des Iran", worin sich die Arbeiterräte zahlreicher Betriebe des Landes zusammengeschlossen haben, hat auf seinem Kongreß am 31.5./1.6. eine Reihe von Forderungen zum neuen Arbeitsgesetz ausgearbeitet.** Die 400 Delegierten forderten insbesondere: die Angleichung der Mindestlöhne und Lohnzulagen, der Versicherungs- und Urlaubsregelungen an die der Angestellten; die Schaffung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, sowie einer staatlichen Arbeitsvermittlung; die staatliche Kontrolle der Verbraucherpreise; die Klärung des Eigentümerstatus der enteigneten Betriebe, Überprüfung der Geschäftskonten, und Anerkennung der Rechte der Arbeiterräte bei der Leitung der Betriebe. – Der Kongreß will Ende des Monats erneut zusammentreten, um festzustellen, ob eine Revision des dem Parlament vorliegenden Gesetzentwurfs entsprechend diesen Forderungen vorgenommen wurde.

z.elf. **Etwa 200 Arbeiter der Niederlassung Becanour der Firma Didier Refractories Corporation of Montreal haben ihren seit 12. Mai andauernden Streik beendet und einem Lohnabkommen für drei Jahre zugestimmt.** Rückwirkend ab dem 1. Januar erhalten die Arbeiter, die durch die Confédération des Syndicats Nationaux, die Vereinigung der Nationalen Gewerkschaften, vertreten sind, pro Jahr eine Lohnerhöhung von 10%. Weitere 10% kommen im dritten Jahr dazu, sollte dan

Tarifkalender: Warnstreiks der Redakteure für die 40-Stunden-Woche

z.gih. **Nahrung, Genuß, Gaststätten.** Lohn- und Gehaltserhöhungen in der *fischverarbeitenden Industrie Cuxhavens* ab 1.7.80. Der Tariflohn für „schwere Arbeiten" und Angestellte wurde um 6,7%, der für die Frauenlohngruppen („leichte Arbeit") um 6,9% erhöht. Somit steigt der Lohn für erstere von 8,53 DM auf 9,10 DM, für letztere von 6,44 DM auf 6,88 DM. Bei den Angestellten liegt das Mindestgehalt nach 2 Jahren in der Gruppe K3/T3 statt bisher 1922 DM jetzt bei 2051 DM. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt 1 Jahr. – Der Tarifvertrag für den *Fischgroßhandel in Hamburg* (Forderung 70 Pfg.) wurde zum 31.5. und für die *Krabbenschäler an der Nordseeküste* (allgemeine Erhöhung) zum 30.4. gekündigt.

Stahl. Auf der Vertrauensleutekonferenz der *Krupp Hüttenwerke Bochum* am 29.5. hat folgender Beschlußantrag vorgelegen: „... Die Tarifkommission wird beauftragt, den Tarifvertrag vom 15.11.75 über Sonderzahlung für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende zum 31.12.80 zu kündigen. Als Forderung stellen wir auf, den §2, Abs. 1 wie folgt zu ändern: ‚Der Arbeiter/Angestellte hat Anspruch darauf, daß die jährlichen betrieblichen Sonderzahlungen wie Jahresabschlußvergütung/Weihnachtsgeld 150 Prozent eines Monatseinkommens nicht unterschreiten.' "

Chemische Industrie. Am 10.6., dem 1. Verhandlungstag für die Lohntarife in der *Kautschukindustrie Bezirk Nordmark*, wurde abgeschlossen mit 6,9% mehr Lohn und Gehalt, gültig ab 1.7. Die Jahresprämie für die gewerblichen Arbeiter wird um 5% angehoben. Die Beschäftigten der *Kautschukindustrie Hessen* haben eine Forderung nach 9,5% mehr Lohn und Gehalt aufgestellt. Die erste Verhandlung am 3.6. ist ergebnislos auf den 23.6. vertagt worden.

Druck. Mit einem Warnstreik stärken die *Redakteure des „Weser Kurier" und der „Bremer Nachrichten"* die Verhandlungskommission der djv und dju für folgende Forderungen: Geregelte Arbeitszeit von höchstens 40 Stunden in der Woche. Fünf Tage Arbeit – Zwei Tage frei. Freizeitausgleich für Mehrarbeit. Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Bei der *„Westdeutschen Allgemeinen Zeitung"* in Essen haben die Redakteure am 12.6. ebenfalls einen Warnstreik durchgeführt.

Handel. Die Forderungen vom *Nahrungs- und Lebensmittel-Großhandel Bereich Niedersachsen* sind aufgestellt worden: 9,8%, bei Stundenlöhnen sind 1,04 DM pro Stunde auf 174 Stunden aufzurechnen. Ortsklasse I soll wegfallen. Die 1. Verhandlung war am 11.6. Die Kapitalisten haben für die Löhne eine Erhöhung von 3,5% angeboten, bei den Gehältern 7,7%, mindestens 120 DM. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.

ÖTV-Gewerkschaftstag – Kluncker: „... bestimmte Interessen nachdrücklicher vertreten"

z.cog. Am 9. Juni wurde der 9. Ordentliche Bundeskongreß der Gewerkschaft ÖTV in Berlin eröffnet. Bis Freitagabend hatten die Delegierten den Rechenschaftsbericht des Vorstandes, die Neuwahl des Vorstandes und verschiedene Anträge zur Gewerkschafts- und Tarifpolitik beraten und verabschiedet. In seinem Rechenschaftsbericht über die letzten 4 Jahre betonte ÖTV-Vorsitzender Kluncker die Grundsätze des Hauptvorstandes

öffentlichen Dienstes auch Verschlechterungen herausgekommen seien. ÖTV-Vorsitzender Kluncker sagte in seinem Schlußwort, daß die Tarifarbeit der ÖTV zugegebenermaßen „1980 nicht gerade sehr erfolgreich" gewesen sei.

Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand wiedergewählt, wobei Heinz Kluncker Stimmeneinbußen hinnehmen mußte. Bis Freitagabend hatte der Kongreß sich mit verschiedenen ge-

ÖTV-Gewerkschaftstag – Kluncker: „... bestimmte Interessen nachdrücklicher vertreten"

z.cog. Am 9. Juni wurde der 9. Ordentliche Bundeskongreß der Gewerkschaft ÖTV in Berlin eröffnet. Bis Freitagabend hatten die Delegierten den Rechenschaftsbericht des Vorstandes, die Neuwahl des Vorstandes und verschiedene Anträge zur Gewerkschafts- und Tarifpolitik beraten und verabschiedet. In seinem Rechenschaftsbericht über die letzten 4 Jahre betonte ÖTV-Vorsitzender Kluncker die Grundsätze des Hauptvorstandes zur Einschränkung der Schichtarbeit. Zu den vergangenen Tarifabschlüssen sagte er, daß die Gewerkschaft das „Machbare gemacht" hat. Ein möglicherweise verlorener Arbeitskampf wäre schlimmer gewesen als ein nur teilweise befriedigendes Tarifergebnis. Er griff das verabschiedete Haushaltsstrukturgesetz an, mit dem „die öffentlichen Arbeitgeber ein Kesseltreiben gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes" betrieben.

In der anschließenden Diskussion wurde der letzte Tarifabschluß der ÖTV von verschiedenen Delegierten heftig angegriffen, insbesondere bezüglich der unteren Lohngruppen. Zu diesem Punkt gab es über 50 Wortmeldungen, die fast ausschließlich den niedrigen Abschluß für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen kritisierten. Diese Diskussion wurde auch am Freitag bei der Debatte der Anträge zur Tarifpolitik weitergeführt. Es wurde kritisiert, daß bei den Manteltarifverhandlungen zur Angleichung der allgemeinen Arbeitsbedingungen der Angestellten des öffentlichen Dienstes auch Verschlechterungen herausgekommen seien. ÖTV-Vorsitzender Kluncker sagte in seinem Schlußwort, daß die Tarifarbeit der ÖTV zugegebenermaßen „1980 nicht gerade sehr erfolgreich" gewesen sei.

Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand wiedergewählt, wobei Heinz Kluncker Stimmeneinbußen hinnehmen mußte. Bis Freitagabend hatte der Kongreß sich mit verschiedenen gewerkschaftspolitischen Anträgen befaßt (Zustimmung zum DGB-Grundsatzprogramm, „Extremistenbeschluß", für „bedingte Zustimmung zur Kernenergie"), aber auch mit tarifpolitischen Anträgen.

Beschlossen wurde die Einrichtung einer eigenen Abteilung Kirche beim Hauptvorstand, die sich auf Kreis-, Bezirks- und Bundesebene untergliedern soll. Das Ziel ist die bessere Organisierung der Beschäftigten bei kirchlichen Betrieben. Es sollen so bessere Bedingungen für den Kampf um gewerkschaftliche und tarifliche Rechte geschaffen werden. Von den ca. 600000 Beschäftigten bei Religionsgemeinschaften sind ca. 50000 in der ÖTV, wobei sich die Mitgliedschaft in den letzten vier Jahren vervierfacht hat.

Angesprochen auf die Kritik meinte Heinz Kluncker: „Wir werden ... gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber verstärkt klarmachen, daß wir bestimmte Interessen nachdrücklicher vertreten müssen."

Alters- und Krankenversicherung in Japan

Unsichere und niedrige Zahlungen / Sprudelnde Kapitalquellen

z.wos. Seit einiger Zeit wird sowohl unter den Kapitalisten als auch in der Gewerkschaftsbewegung heftig über eine Heraufsetzung der Dienstaltersgrenze, zu der man aus Firma oder Behörde ausscheidet, diskutiert. Eine Umfrage des Arbeitsministeriums hat 1979 ergeben, daß 77% aller Unternehmen diese Grenze festgesetzt hatten, davon 41% auf 55 Jahre und 36% auf 60 Jahre. Für den öffentlichen Dienst gilt derzeit ebenfalls die Grenze von 55 Jahren. (Die Empfänger von „Wohlfahrtsrenten", die von keiner der beiden Altersversicherungen erfaßt werden, können diese erst ab 60 beziehen.) Kapitalistenverbände wie auch Behörden kommen unter Druck, denn sie können die Rentenkassen nicht mehr wie in früheren Zeiten plündern. Immer rascher nimmt die Zahl der über 55jährigen zu: 1955 waren es 6,4%, 1965 7,5%, 1975 8%, und 1985 sollen es 9,1% werden. Dementsprechend steigen mit der Zahl der Rentenempfänger die Ausgaben der Kassen.

Während der Hochkonjunktur des japanischen Kapitalismus 1955–1965, mit Wachstumsraten von durchschnittlich 11%, die die westlichen Imperialisten vor Neid erblassen ließen, wurden in mächtigen Schüben frische Arbeitskräfte vom Land in die Fabriken geholt. Bald herrschte sogar ein Mangel an jungen Arbeitskräften. Eine rasante Steigerung der Produktivität führte notwendig zu schnellem Verschleiß der Arbeitskraft. Mit 55 Jahren aus dem Betrieb auszuscheiden und zum „alten Eisen" geworfen zu werden – das mußten die japanischen Arbeiter im Arbeitsvertrag unterschreiben. Das Interesse der Kapitalisten war es, die Facharbeiter und Ingenieure solange wie möglich an ihr Unternehmen zu binden. Das „System der lebenslangen Beschäftigung" endete dann mit 55. Die Großunternehmen hatten die finanzielle Basis, um mit relativ hohen einmaligen Rentenzahlungen, zwei jährlichen Bonuszahlungen, betrieblicher Krankenversicherung und diversen Einrichtungen wie Firmenwohnungen sich die bestausbeutbaren Arbeiter auszusuchen. Je länger der Arbeiter bei diesem Unternehmen beschäftigt, umso höher die einmalige Auszahlung, mit der er seinen Lebensabend bestreiten muß. Das Ganze wurde als „Wohlwollen" des Unternehmers kaschiert, auf das die in Japan auf Betriebsebene organisierten Gewerkschaften keinen Einfluß hatten. Vor der Niederlage des japanischen Imperialismus 1945 sollten diese damit aus den Betrieben herausgehalten werden.

Die miserable staatliche Altersversorgung wurde und wird von der Kapitalistenklasse genutzt, die Beschäftigten an den jeweiligen Betrieb zu ketten. Denn was blüht einem mit 55 gefeuerten Arbeiter oder Angestellten? Er kann heute mit knapp 1000 DM monatlich für sich und seine Ehefrau sehen, wie er auskommt. Auf die staatliche Rente hat der Arbeiter keinen Anspruch, wenn er vorher in die betriebliche Rentenkasse eingezahlt und dann eine Auszahlung bei Ausscheiden aus der Firma erhalten hat. Wenn die einmalige Zahlung aufgebraucht ist, kann er höchstens Wohlfahrtsrente beantragen. Die staatliche Rentenversicherung mit ihren Bestandteilen, nämlich Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenrente für Arbeiter in Privatunternehmen (für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Öffentlichen Dienst gibt es jeweils eigene „Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung") wurde von der Bourgeoisie als Kriegswirtschaftsmaßnahme 1942 eingeführt, mit der Bestimmung, daß der Arbeiter 28 Jahre lang eingezahlt haben muß, ehe er die volle Rente sieht. Durch das Arbeiterwohlfahrts-Rentenversicherungsgesetz von 1954 wurde bestimmt, daß hiervon alle Arbeiter in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten betroffen sind. Aber Anfang 1970 erhielten von 21,2 Mio. versicherten Arbeitern erst knapp 0,5 Mio. Altersrenten, 93000 Invalidenrenten und 0,42 Mio. Hinterbliebenenrente. Diese Zahl ist bis 1980 nur geringfügig gestiegen. Demgemäß sammeln sich ungeheure Summen in den staatlichen Kassen an. Nehmen wir die Altersrente: 1970 gingen hierfür 6,2% vom Lohn ab, je zu Hälfte vom Kapitalist und vom Arbeiter gezahlt. Wegen der bis dahin vorherrschenden Altersstruktur mit ihrem hohen Anteil an jüngeren Arbeitskräften, sowie unter Nutzung der Betriebsversicherungen, machte der Staat z.B. 1969 780 Mrd. Yen Einnahmen, davon rund 553 Mrd. aus Beiträgen. Ausgegeben hat er für Rentenzahlungen aber nur 109 Mrd. Der Rest wanderte in einen Reservefonds.

Von Anfang an hat sich die staatliche Versicherung in Konkurrenz zur betrieblichen der großen Monopole entwickelt, die sich ihrerseits diese wahren Springquellen der Kapitalbildung nicht entgehen lassen wollten. (Kleine und mittlere Betriebe haben dagegen keine Betriebskassen.) Bei 10% des Monatslohn sind es aufgrund der *relativ* hohen Löhne in den Großunternehmen nicht nur erheblich höhere Beitragszahlungen, sondern die Auszahlungen halten sich auch in Grenzen, da die Risiken „günstig" sind. Die einmalige Auszahlung bei Ausscheiden aus dem Betrieb wird einseitig von den Kapitalisten in ihrer Höhe bestimmt, und die Krankenversicherung andererseits bezieht sich nur auf die Beschäftigten des eigenen Betriebes. Bis 55 stehen diese im „besten Alter". Nachher, wenn sie draußen sind und aufgrund zunehmenden Alters medizinische Versorgung z.B. chronischer Krankheiten noch dringender wird, sehen sie nichts mehr von dieser „Krankenversicherung". Im Fall der Betriebskassen sind die Kapitalisten außerdem von der Zahlung des sogenannten Arbeitgeberanteils befreit, der im Fall der öffentlichen Renten- und Krankenversicherung anfallen würde. – Der Gewerkschaftsverband SOHYO hat sich gegen die Heraufsetzung der Rentenalters ausgesprochen, weil er die Begründung („finanzielle Überlegungen") nicht akzeptiert.

notwendig zu schnellem Verschleiß der Arbeitskraft. Mit 55 Jahren aus dem Betrieb auszuscheiden und zum „alten Eisen" geworfen zu werden – das mußten die japanischen Arbeiter im Arbeitsvertrag unterschreiben. Das Interesse der Kapitalisten war es, die Facharbeiter und Ingenieure solange wie möglich an ihr Unternehmen zu binden. Das „System der lebenslangen Beschäftigung" endete dann mit 55. Die Großunternehmen hatten die finanzielle Basis, um mit relativ hohen einmaligen Rentenzahlungen, zwei jährlichen Bonuszahlungen, betrieblicher Krankenversicherung und diver-

weils eigene „Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung") wurde von der Bourgeoisie als Kriegswirtschaftsmaßnahme 1942 eingeführt, mit der Bestimmung, daß der Arbeiter 28 Jahre lang eingezahlt haben muß, ehe er die volle Rente sieht. Durch das Arbeiterwohlfahrts-Rentenversicherungsgesetz von 1954 wurde bestimmt, daß hiervon alle Arbeiter in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten betroffen sind. Aber Anfang 1970 erhielten von 21,2 Mio. versicherten Arbeitern erst knapp 0,5 Mio. Altersrenten, 93000 Invalidenrenten und 0,42 Mio. Hinterbliebenenrente. Diese Zahl ist bis 1980

ter". Nachher, wenn sie draußen sind und aufgrund zunehmenden Alters medizinische Versorgung z.B. chronischer Krankheiten noch dringender wird, sehen sie nichts mehr von dieser „Krankenversicherung". Im Fall der Betriebskassen sind die Kapitalisten außerdem von der Zahlung des sogenannten Arbeitgeberanteils befreit, der im Fall der öffentlichen Renten- und Krankenversicherung anfallen würde. – Der Gewerkschaftsverband SOHYO hat sich gegen die Heraufsetzung der Rentenalters ausgesprochen, weil er die Begründung („finanzielle Überlegungen") nicht akzeptiert.







Links: Eisenbahnerjugend. *Rechts:* 270 000 in Osaka. Transparent: „Entwickeln und stärken wir die organisierte Arbeiterbewegung! Zerschlagen wir die Ausbeutungs- und Ausplünderungsoffensive der Monopole!"

die Inflationsrate 9% übersteigen. Die Arbeiter haben sich damit einen Abschluß knapp über der gegenwärtigen Inflationsrate erkämpft, die der liberale Finanzminister MacEachan im April auf 9,3% bezifferte. Die Firma Didier Refractories Corporation produziert hitzebeständige Baubestandteile und ist zu 60% im Besitz der westdeutschen Kapitalisten Didier-Werke AG, zu 40% der Regierung von Quebec über die Société de Développement Industriel du Quebec (Gesellschaft für industrielle Entwicklung Quebec).

z.mat.Sydney. **Nach vierwöchigem Streik haben die australischen Journalisten eine 6%-Prämie für die Bedienung von Bildschirmgeräten durchgesetzt.** Das entspricht 12,10 bis 24,90 Dollar pro Woche, 6,10 bis 10,90 Dollar für Volontäre. Der Streik war am 12.5. durch eine Prämienfestsetzung der Lohnkommission von 5 Dollar ausgelöst worden. Die Bemühungen der Journalisten, Streikunterstützung zu organisieren, waren dadurch erschwert, daß ihr Verband 1976 das Recht auf Bildschirmbedienung gegen die Setzergewerkschaft vor Gericht erzwungen hatte. Nur in Sydney erklärten Vertrauensleute, daß frühere falsche Maßnahmen sie nicht vom gewerkschaftlichen Prinzip der Streikunterstützung abhalten werden. Fast alle Zeitungen konnten während des ganzen Streiks erscheinen.

z.anb. **In einer Urabstimmung haben die Mitglieder der schweizerischen Gewerkschaft Druck und Papier den Ende März ausgehandelten Gesamtarbeitsvertrag mehrheitlich abgelehnt.** 55% der abgegebenen Stimmen (68,2% der Stimmberechtigten) verlangen Neuverhandlungen über den dem westdeutschen Manteltarif vergleichbaren GAV. Seit 1.5. herrscht somit vertragsloser Zustand. In den 8 Wochen seit Abschluß des GAV hat es in der im Januar neugegründeten Gewerkschaft Druck und Papier eine heftige Debatte über die Verhandlungsführung gegeben. Einerseits konnten zwar wichtige Bestandteile des Forderungspakets (siehe KVZ 15/80) wie z.B. 4 Wochen Urlaub, Gültigkeit des Tarifs für alle Arbeiter, durchgesetzt werden, andererseits endete aber die Hauptkontroverse, Maßnahmen gegen die mit der Einführung neuer Technik verbundene Abgruppierung der Facharbeiter sowie auf dieser Grundlage Ausweitung von Nacht-, Schicht- und Bildschirmarbeit, mit einem Kompromiß, der die Kapitalisten lediglich zur Information der Belegschaftsvertretung verpflichtete. Sollten die Kapitalisten die jetzt notwendige sechste Verhandlungsrunde ablehnen, wird in einer weiteren Urabstimmung über Streik entschieden. Das, so lautet die Kritik der Mitglieder, hätte man den Kapitalisten schon im März deutlich machen müssen. Der im letzten Herbst gebildete Kampffonds und die Gründung der Gewerkschaft hätten die Kampfbedingungen entscheidend verbessert.

z.inl.Paris. **Über 10000 Arbeiter und Angestellte in 16 Fabriken des Rhône-Poulenc-Konzerns stehen im Streik, sieben Fabriken sind besetzt.** Rhône-Poulenc ist Frankreichs größter Chemiekonzern mit 25,4 Mrd. FF Umsatz; im Textilbereich steht er auf Platz 5 mit 2,4 Mrd. und 12000 Lohnabhängigen, das sind 11% der Gesamtbelegschaft. Vor zehn Jahren waren es noch über 20000. Jetzt sollen wieder drei Textilbetriebe geschlossen werden, darunter Vaulx-en-Velin mit 510 Beschäftigten, die synthetische Industriegarne für Sicherheitsgurte produzieren. Zusammen mit dem Kampf gegen die Stillegungen wird der Lohnkampf geführt. Die Anfang Juni begonnenen Streiks haben die Kapitalisten zu Verhandlungen gezwungen, aber noch sind sie ziemlich dreist: Auf 3000 FF (1290 DM) wollen sie die Mindestlöhne anheben – im Dezember 1981. Mit Kündigungsprämien und Krediten für den Aufbau einer „selbständigen Handwerkerexistenz" wollen sie den Widerstand gegen die Entlassungen entschärfen und spalten.

z.bag **Wie schon im letzten Jahr führt der dänische Gewerkschaftsbund auch in diesem Sommer Aktionen durch, um für die zahlreichen Schüler und Studenten, die während der Ferien arbeiten, tarifliche Bezahlung und die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen durchzusetzen.** Der Mindestlohn für alle über 18 Jahre beträgt zur Zeit 35,75 Kronen pro Stunde (rund zwölf D-Mark). Für Beschäftigte unter 18 Jahren ist der tariflich gesicherte Lohn nach Branchen unterschiedlich, an Tankstellen z.B. 32, im Gaststättengewerbe 28,25 und in Bäckereien und Verkaufsläden 19 Kronen. Auch bei Sommerjobs müssen Kranken- und Urlaubsgeld gezahlt werden. Der Gewerkschaftsbund wird während der Ferien 13 sogenannte Job-Patrouillen aussenden, die Arbeitsplätze inzpizieren sollen. Im letzten Jahr haben diese Patrouillen über 1000 Übertretungen festgestellt und Maßnahmen dagegen eingeleitet, vor allem im Gaststättengewerbe.

z.anb. **Zwischen 6. und 9. Mai haben Streikaktionen in den beiden größten Automobilwerken ⅔ der sowjetischen Fahrzeugproduktion lahmgelegt.** Nach Meldung der „Financial Times" vom 6. Juni streikten schon am 6.5. die Fahrer der Werksbusse im Lada-Werk in Togliatti gegen die Erhöhung des Fahrsolls bei unverändertem Lohn. Bereits im vergangenen Oktober war es zu Warnstreiks der Busfahrer gekommen. Obwohl der Großteil der 170000 Arbeiter mit dem Auto zur Arbeit kommt – ebenso wie der überdurchschnittliche Lohn von 300 Rubel ein Sonderfall in diesem sojwetischen „Renommierbetrieb" – stand am 6.5. die gesamte Produktion. Das Autowerk Gorki (200000 Arbeiter) wurde am 8. und 9. Mai bestreikt wegen unzureichender Versorgung mit Milch und Fleisch. Durch 2000 handgeschriebene Flugblätter wurde die Belegschaft für die Kampfaktion zusammengeschlossen. Trotz Verhaftung von 4 Streikführern setzten sich die Arbeiter nach 2 Tagen durch: die Behörden mußten zusätzliche Fleisch- und Milchlieferungen aus dem staatlichen Fonds zusichern.

vds-Studentenfestival: Kein Fortschritt für die Studentenbewegung

z.tob. „Wir haben dieses Festival gemacht, damit sich die Studentenbewegung in ihrer ganzen Vielfalt darstellen kann.“ So beschrieb VDS-Vorstandssprecher Hahn (Juso) das Ziel des zentralen Studentenfestivals der vds am 7./8.6. Eine Demonstration und Kundgebung mit 9000 Teilnehmern und ein Musikfestival mit etwa der doppelten Teilnehmerzahl fand statt. Wer wegen der Musik gekommen war, konnte für 10 DM in etwa auf seine Kosten kommen. Wer zentrale Vereinheitlichung von Forderungen und Aktionen der Studentenbewegung erwartet hatte, nicht. Solche Aktivitäten fanden weniger spektakulär am Rande des Festivals statt, als sich Fachschaften und Fachtagungen trafen und ein bundesweites Vorgehen an ihren Fachbereichen berieten. Obwohl verschiedene interessante Stände z.B. gegen die Germanistenprozesse in Heidelberg oder für Ausbildungs- und Tarifvertrag in Praxissemestern aufgestellt waren, gingen diese Initiativen im allgemeinen Trubel eher unter und wurden von DKP bzw. MSB-Ständen überlagert, wie auch von revisionistischen ausländischen Minderheiten, die z.B. die Befreiung Afghanistans durch die friedliebende Sowjetunion propagierten. Andere Kräfte waren – schon durch den Aufruf zum Festival abgeschreckt – vielfach nicht erschienen.

Diese Lage erlaubte Hahn später auf der Diskussion „Studentenbewegung – wie weiter?“ zu sagen: „Die Studentenbewegung ist tot, sie stinkt nur noch nicht.“ Er empfahl mehr Arbeit am Fachbereich, während der MSB für „Massenaktionen“ eintrat, ohne die nichts zu erreichen sei. Während Hahn nun die Studenten „als Teil der linken Bewegung“ titulierte, verlangten MSB und SHB mehr „gewerkschaftliche Orientierung“, was allerdings schwer wäre, weil die Arbeiterbewegung in desolatem Zustand sei. Niemand bezog sich tatsächlich auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter- und Studentenbewegung nach der Anerkennung von Streik- und Koalitionsrecht und vertraglichen Regelungen über Bezahlung der Arbeitskraft und Schranken ihrer Vernutzung durch Kapitalist und Ausbildungsherr. Stattdessen wollen die vds-Vorstandsfraktionen den Wunsch der Studentenbewegung nach Einheit in diesen Punkten unterdrücken und die vds zu einem revisionistisch gefärbten Anhängsel der Politik der Bundesregierung machen. Ohne Frieden und Entspannung läuft nichts – das war der Tenor der Hahnschen Kundgebungsrede. „Im wohlverstandenen nationalen Interesse, gerade als Deutscher“ müsse man dafür sein. Seine Kritik an der Regierungspolitik war vor allem, daß sie sich einseitig an einer Supermacht orientiert. Man dürfe nicht „die sozialistischen Länder totrüsten.“ Schon auf der vds-MV hatten die Jusos Verständnis für das „sicherheitspolitische Interesse der UdSSR“ geäußert, die „nicht Expansion wolle, sondern (in Afghanistan) nur ihr strategisches Vorfeld sichert.“

Selbstverwaltete Jugendhäuser in Zürich! Arbeiterjugend stellt Stadtrat ein Ultimatum

z.anb. Eine Woche vor dem Referendum am 8.6. über 60 Mio. Franken aus Lohngeldern für Renovierung und Ausbau der Zürcher Oper kam es zu heftigen Kämpfen der Arbeiterjugend gegen die Staatsmacht. Nächtelange Straßenschlachten von bis zu 2000 Jugendlichen, der Großteil unter 18 Jahre alt, Barrikaden gegen mit Tränengas, Chemical Mace und Gummigeschossen bewaffnete Polizeitruppen, zerschlagene Fensterscheiben in Boutiquen, Banken, Restaurants – ganze Straßenzüge der Innenstadt entlang – haben die Staatsmacht in beträchtliche Aufregung versetzt.



verwaltete Jugendhäuser. Damals noch unter der Führung der Studentenbewegung, hat sich inzwischen der Charakter der Bewegung deutlich geändert. Massive Verschärfung der staatlichen Unterdrückung, der Einsatz von Streetworkers, Sozialarbeitern für die „Gassenarbeit“, Ausweitung der Heimerziehung und Kasernierung der Arbeiterjugend, die, aus dem Familienverband der bäuerlichen Reproduktionsgemeinschaft gerissen, als Lehrlinge in hunderten Kleinbetrieben um Zürich ausgebeutet werden, die seit 1977 vom Stadtrat trotz Volksabstimmung ignorierte Forderung nach Umbau alter leerstehender Fabrikhallen in Jugendzentren, all das fand anläßlich der Feiern des bourgeoisen Kulturbetriebs eine militante Antwort.

Seit zwei Wochen reißen die Aktionen nicht mehr ab; nach Betriebs- und Schulschluß erreichen sie ihren Höhe-

Selbstverwaltete Jugendhäuser in Zürich! Arbeiterjugend stellt Stadtrat ein Ultimatum

z.anb. Eine Woche vor dem Referendum am 8.6. über 60 Mio. Franken aus Lohngeldern für Renovierung und Ausbau der Zürcher Oper kam es zu heftigen Kämpfen der Arbeiterjugend gegen die Staatsmacht. Nächtelange Straßenschlachten von bis zu 2000 Jugendlichen, der Großteil unter 18 Jahre alt, Barrikaden gegen mit Tränengas, Chemical Mace und Gummigeschossen bewaffnete Polizeitruppen, zerschlagene Fensterscheiben in Boutiquen, Banken, Restaurants – ganze Straßenzüge der Innenstadt entlang – haben die Staatsmacht in beträchtliche Aufregung versetzt.



Seit Ende der sechziger Jahre kämpft die Zürcher Jugend für selbst-

verwaltete Jugendhäuser. Damals noch unter der Führung der Studentenbewegung, hat sich inzwischen der Charakter der Bewegung deutlich geändert. Massive Verschärfung der staatlichen Unterdrückung, der Einsatz von Streetworkers, Sozialarbeitern für die „Gassenarbeit“, Ausweitung der Heimerziehung und Kasernierung der Arbeiterjugend, die, aus dem Familienverband der bäuerlichen Reproduktionsgemeinschaft gerissen, als Lehrlinge in hunderten Kleinbetrieben um Zürich ausgebeutet werden, die seit 1977 vom Stadtrat trotz Volksabstimmung ignorierte Forderung nach Umbau alter leerstehender Fabrikhallen in Jugendzentren, all das fand anläßlich der Feiern des bourgeoisen Kulturbetriebs eine militante Antwort.

Seit zwei Wochen reißen die Aktionen nicht mehr ab; nach Betriebs- und Schulschluß erreichen sie ihren Höhe-punkt. In der „Roten Fabrik“, einer leerstehenden Fabrikhalle, versammeln sich die Jugendlichen trotz Verbot des Stadtrats und stellen diesem am 11.6. ihr Ultimatum: vor der Vollversammlung der im Aktionskomitee zusammengeschlossenen 30 Jugendgruppen soll er die Finanzmittel für die Instandsetzung dreier Fabrikhallen und die Anerkennung der Selbstverwaltung zusichern. Spaltungsangebote an einzelne Jugendgruppen hat die Vollversammlung abgewiesen.

Versorgung mit warmen Mittagessen auf Staatskosten

r.sbe. 5946 von insgesamt 13516 Schülern, das sind 44%, die in Braunschweig eine berufsbildende Schule besuchen, kommen von auswärts. Die Herkunftskreise sind: 1529 aus Wolfenbüttel, 957 aus Salzgitter, 903 aus Peine, 450 aus Gifhorn, 249 aus Wolfsburg, 978 aus Helmstedt, 475 aus Goslar und 405 aus sonstigen Kreisen. 5073 dieser 5946 Auswärtigen besuchen eine Teilzeitschule, 873 eine Vollzeitschule. (Schulentwicklungsplan 78 Braunschweig). Die Stundenzahl beträgt 6 bis 8 Stunden, mit An- und Abfahrt sind etliche Fahrschüler 12 und mehr Stunden unterwegs. Aber 12 Stunden unterwegs sein, ist „zumutbar“. An der Berufsbildenden Schule I müssen Schüler, die den Unterricht vorzeitig verlassen wollen, um den Zug noch zu erreichen, einen Antrag stellen, wo sie nachweisen müssen, daß sie sonst bis zu 12 Stunden unterwegs sind, ansonsten dürfen sie nicht früher gehen. Sind 12 Stunden Abwesenheit von zu Hause zumutbar, so interessiert es keinen von der Schulbürokratie, wovon die Schüler während dieser Zeit leben. An einigen Berufsschulen gibt es in Braunschweig Kantinen, wo aber kein warmes Mittagessen verkauft wird. An der Berufsbildenden Schule I hat es lange Auseinandersetzungen um eine Kantine gegeben, sie ist jetzt seit einigen Jahren eingerichtet, wird jedoch privat betrieben. Bei Errichtung konnte erreicht werden, daß eine Vereinbarung geschlossen wurde, die einen Kantinenausschuß mit je einem Vertreter des Kantinenpächters, der Schulleitung, der Lehrer und der Schülervertretung und dem Hausmeister vorsieht. Der Kantinenausschuß muß jeder Preiserhöhung in der Kantine zustimmen. Dennoch sind die Preise saftig, und der Kantinenpächter erscheint nicht auf den Sitzungen. Belegte Brötchen kosten dort z.B. -,90 DM, Cola oder Brause 1,- DM. Da man kein Mittagessen erhalten kann, gehen viele Schüler zu Mac Donald o.ä. An der Berufsbildenden Schule II ist die Lage ähnlich. Dort haben die Schüler vor 2 Jahren die Kantine eine Woche boykottiert und geringe Preissenkungen durchsetzen können. Sie haben daraufhin die Forderung an die Stadt erhoben, die Lebensmittel der Kantine zu bezuschussen. Seit die Schule fertiggestellt ist, gibt es eine volleingerichtete Küche und einen Speisesaal. Der Speisesaal wird zum Arbeitenschreiben benutzt, die Küche war noch nicht einmal in Betrieb.

Von „Duckmäusern“

... und einer Propaganda-Masche / Die Jugend drängt auf Zusammenschluß

z.düj. Es wundert eigentlich nicht, daß gerade die Energie-Konzerne besonders eifrig in Jugendpolitik machen. Während BP Franz Beckenbauer für den HSV einkauft, um ihn als Idol der Jugend aufzubauen (man wird sehen, ob das klappt, oder sie sich das gleich noch anders überlegen), setzt die Deutsche Shell schon seit Jahren ein ganzes „Jugendwerk“ ein. Im März hat in ihrem Auftrag das Institut für Jugendforschung eine Studie veröffentlicht über „Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979“. Ende Mai baute darauf ein Kongreß auf unter dem Titel „Jugend zwischen Anpassung und Ausstieg“ (vgl. Handelsblatt vom 10.6.80). Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit war neben Politikern, Professoren und einigen Jugendlichen geladen – der Chef aller Arbeitsämter und Berufsberatungen ist ja der Schuljugend aus der Schwemme an Propagandamaterial für die Abschlußklassen und anbiedernde Anzeigen in allen Jugendzeitschriften bestens bekannt.

Diese Studie bildet seit etwa ¼ Jahr den Hintergrund für eine wahre Propagandaschwemme in allen bürgerlichen Presseorganen, ungefähr nach dem Muster: „Unsere Jugend – Eine Generation von Duckmäusern“. Worauf stützt sich diese Propaganda? In der Repräsentativuntersuchung des Instituts, das 1235 Jugendliche zwischen 17 und 29 Jahren über ihre Vorurteile z.B. zu den Gründen der Arbeitslosigkeit, zur wirtschaftlichen Lage, Berufswunsch, Aufstiegsmöglichkeiten, ob jeder Unternehmer werden könne usw. befragt hat, wird eben auch folgende Frage gestellt: „Hier unterhalten sich zwei über freie Meinungsäußerung, wem würden Sie eher zustimmen: ‚Ich finde, daß man ruhig in der Schule und im Beruf sagen kann, was man denkt, ohne dadurch gleich Nachteile zu haben‘ – oder: ‚Ich finde, daß es nicht günstig ist, in Schule und Beruf zu sagen, was man denkt, weil man dadurch Nachteile haben kann‘.“ 43% der Befragten gaben die letztere Antwort – also eine „Generation von Duckmäusern“! So jedenfalls Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkmagazine.

Die Taktik ist offenbar die: nur häufig genug wiederholt, wird schon etwas von dem Unsinn hängenbleiben – eine allzu häufig angewandte Masche, weswegen man dann die Bourgeoisie oft fälschlicherweise für blöd hält. Tatsächlich ergibt die Auswertung dieser Frage ja nichts, außer daß hinter beiden Antworten das Bewußtsein von Unterdrückung der freien Meinungsäußerung stehen kann.

Die Schuljugend glauben machen, ein großer Teil von ihnen seien Duckmäuser, ist angesichts der weitest verbreiteten Rebellion und der steigenden gewerkschaftlichen Organisierung der Jugend (die ja im übrigen auch die Bewegung gegen die Kernkraftwerke wesentlich trägt) die eine hintergründige Absicht dieser Propaganda. Die andere ist die, die Jugend zu mobilisieren für die imperialistischen Interessen. Da hapert es: Zwar gelingt der Bourgeoisie immer wieder, breiten Widerstand zu neutralisieren in den verschiedenen Protestbewegungen gegen nur einzelne Erscheinungen: „Hier äußert sich eine weitreichende zivilisationskritische Grundhaltung, keimt der Gedanke, der etablierten Gesellschaft Lebewohl zu sagen.“ Aber schon Orientierungsmuster, die ausgegeben werden, sind kurzlebig und nur teilweise erfolgreich: „Begriffe aus der Tagespolitik, die 1973 eine Rolle spielten, heute aber kaum mehr im Gespräch sind, wie etwa ‚Qualität des Lebens‘ (W. Brandt) ... wurden nicht wieder nachgefragt.“ (Zitate aus der Studie des IfJ) Nicht erfolgversprechend für die westdeutsche Bourgeoisie sind alle (und wohlweislich wenige) Versuche, Westdeutschland als das Vaterland der Jugend darzustellen. Jüngster Beweis sind die Versuche, die Bundeswehr per öffentlicher Vereidigung zu präsentieren, was dann nur unter Einsatz schwerbewaffneter Polizeikräfte möglich war und das bürgerliche Lager reichlich in Aufregung versetzte.

In der Schul-, Jugend- und Gewerkschaftsbewegung gibt es tatsächlich immer mehr versprechende Ansätze und Aktivitäten, die einen langandauernden, kraftvollen Zusammenschluß ermöglichen, werden sie nur weiter vereinheitlicht und konsequent geführt. Man darf sich von dem Duckmäuser-Gerede nicht zu sehr beeindrucken lassen.

Die Durchsicht nur der letzten vier Wochen von unserem Nachrichtendienst Ausbildung, Schulen, Schüler, der sicher bisher nur einen Teil der tatsächlichen Bewegung widerspiegelt, ergibt eine Stützung des oben gesagten: zwölfmal wird berichtet von Kämpfen der Jugendlichen um demokratische Rechte; 16mal geht es um die Ausstattung von Schulen und die Versorgung mit Nahrung; 9 Meldungen berichten von Kämpfen gegen die Notenunterdrückung, von 5 Jugendzentren wird über die Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat berichtet und zweimal von der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend. Immer deutlicher treten dabei auch die Probleme der Versorgung mit ausreichenden und nahrhaften Lebensmitteln in den Vordergrund – das erleichtert den Zusammenschluß der Jugendlichen an den unterschiedlichen Schularten und die Verbindung mit den Gewerkschaften. Im Nachdruck unten auf dieser Seite geben wir einen Ausschnitt dieser Meldungen wieder. Zusammen mit diesen Meldungen, die die bürgerliche Presse immer unterdrückt, ergibt sich schon eher ein klares Bild über die wirkliche Bewegungsform.



zur wirtschaftlichen Lage, Berufswunsch, Aufstiegsmöglichkeiten, ob jeder Unternehmer werden könne usw.

immer wieder, breiten Widerstand zu neutralisieren in den verschiedenen Protestbewegungen gegen nur einzelne

sächlichen Bewegung widerspiegelt, ergibt eine Stützung des oben gesagten: zwölfmal wird berichtet von Kämpfen der Jugendlichen um demokratische Rechte; 16mal geht es um die Ausstattung von Schulen und die Versorgung mit Nahrung; 9 Meldungen berichten von Kämpfen gegen die Notenunterdrückung, von 5 Jugendzentren wird über die Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat berichtet und zweimal von der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend. Immer deutlicher treten dabei auch die Probleme der Versorgung mit ausreichenden und nahrhaften Lebensmitteln in den Vordergrund – das erleichtert den Zusammenschluß der Jugendlichen an den unterschiedlichen Schularten und die Verbindung mit den Gewerkschaften. Im Nachdruck unten auf dieser Seite geben wir einen Ausschnitt dieser Meldungen wieder. Zusammen mit diesen Meldungen, die die bürgerliche Presse immer unterdrückt, ergibt sich schon eher ein klares Bild über die wirkliche Bewegungsform.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Die Spezialnachrichtendienste erscheinen wöchentlich – Bezug siehe Seite 3

n. Heilbronn, 20.5.80. Am 5. und 6. Mai führten 95 von 97 Abiturienten der reformierten Oberstufe am Justinus-Kerner-Gymnasium in Heilbronn trotz starkem Leistungs- und Notendruck 2 Wochen vor dem mündlichen Abitur vor dem Lehrerzimmer einen Sitzstreik durch, der sich gegen die Methoden eines Lehrers bei der Notengebung richtete. Dieser Lehrer wollte seinen Abiturienten im Französischgrundkurs für die mündliche Leistung keinen von 15 möglichen Punkten geben. Inzwischen hat der betreffende Lehrer den fehlenden Punkt „aus humanitären Gründen“ gegeben.

n. Heilbronn, 20.5.80. In knapp 3 Wochen haben Schüler von 6 Gymnasien in Heilbronn über 1000 Unterschriften für demokratische Rechte an den Schulen gesammelt. In der Unterschriftensammlung wird gefordert: Streichung aller Artikel aus dem Schulgesetz, die demokratische Rechte einschränken; Verwirklichung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Forderungen werden an den Landtag gerichtet. Auf einem Treffen der Schüler am 20.5.80 wurde beschlossen, sich an die GEW und an die Heilbronner Landtagsabgeordneten zu wenden und sie zur Unterstützung des Kampfes aufzufordern. Weiterhin sind Informationsstände in der Stadt geplant, ein Faltblatt für die Schüler, eine Presseerklärung an die „Heilbronner Stimme“, nach dem Abschluß der Unterschriftensammlung die Bildung einer Delegation an den Landtag, um die Abgeordneten direkt zur Erfüllung der Forderung aufzufordern.

n. Öhringen, 4.6.80. Der Gemeinderat hat ein Gebäude bestimmt, in dem ein Jugendzentrum eingerichtet werden soll. Bei der Abstimmung gab es nur eine Enthaltung. Damit wurde nach jahrelangem Kampf die Forderung der Jugendlichen halbwegs erfüllt. Die Stellungnahmen von Bürgermeister Fahrenbruch und den meisten Gemeinderäten liefen aber darauf hinaus, daß man sich eine Schließung des Jugendzentrums vorbehält, falls unerwünschte Dinge passieren. Nur Stadtrat Polzer unterstützte das Jugendzentrum für Selbstverwaltung. Die Stadt wird einen Sozialarbeiter für das Jugendzentrum einstellen. Die Kosten für diesen und für den Gebäudeausbau wird der Kreis teilweise mittragen.

n. Hamburg, 9.6.80. Am Gymnasium Krausestraße hatte der Schülerrat einstimmig beschlossen, auf der 1. Mai-Demonstration der Gewerkschaft ein Transparent mit der Forderung „Erhöhung des BAföG – Erhöhung der Freibeträge!“ zu tragen. Das Transparent fand auf der Demonstration bei vielen Schülern große Unterstützung. Gleichzeitig hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der u.a. einen Fragebogen ausgearbeitet hat. Darin soll untersucht werden, wer und in welcher Höhe BAföG bekommt. Weiterhin Fragen über die Essensbedingungen der Schüler und die soziale Herkunft der Eltern. Diese Untersuchungen dienen als gute Grundlage für die Forderung nach kostenloser Verpflegung durch den Staat und Erhöhung des BAföG.

n. Bremen, 12.6.80. Heute hat eine Aktion der Schülervertretung am BBZ Block Elektrotechnik gegen die Zustände in der Kantine stattgefunden. In den beiden großen Pausen am Vormittag zogen Schüler mit einem Transparent in die Kantine und verlasen eine Resolution, die an den Senator und an den Kantinenpächter geschickt wurde. Die Forderungen waren: „Der Pächter soll die Preise für die meistgekauften Waren herabsetzen! Für ein preiswertes, warmes Mittagessen! Kantine in Senatsregie, Einspruchsrecht der Schülervertretungen! Umgestaltung und Renovierung der Kantine!“

n. Aachen, 5.6.80. Beschluß der DGB-Kreisjugenddelegiertenkonferenz vom 31.5.80. Wir begrüßen die Bestrebungen, die Hauptschule Pretzstraße in eine Ganztagsschule umzuwandeln, wenn folgende Dinge geachtet werden: – Es müssen genügend Unterrichts-, Aufenthaltsräume und Essensäle zur Verfügung gestellt werden. – Ein warmes Mittagessen soll kostenlos verteilt werden. – Der Arbeitstag der Schüler muß feste Grenzen haben, sämtliche Schulaufgaben müssen in der Schule erledigt werden. – Den Eltern, Schülern und Lehrern dürfen durch die Umwandlung in eine Ganztagsschule keine Kosten aufgebürdet werden. Wir fordern den Kreisvorstand und vor allem die Gewerkschafter im Stadtrat und in den Ausschüssen auf, sich dafür einzusetzen.

n. Münster, 18.5.80. Eine Klasse der Handelsschule Unterstufe gilt als extrem disziplinlos. Im Laufe des Schuljahres wurden 2 Schüler gefeuert. Ein Lehrer, der schreibtechnischen Unterricht gibt, kommt nur noch mit Trillerpfeife zum Unterricht. Da sich die Disziplin der Schüler noch nicht gebessert hat, wird ständig mit weiteren Rausschmissen gedroht. Die SV will jetzt in einer Verfügungsstunde in dieser Klasse mit den Schülern über die Schikanen der Lehrer reden und beraten, was man dagegen machen kann.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist nötig
Nützliche Beschlüsse der Zivildienstpflichtigen

z.gkr. Noch im Juni soll voraussichtlich das ,,Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz" im Bundestag verabschiedet werden. Nach dem federführenden Sozialausschuß haben inzwischen auch der Innenausschuß und der Verteidigungsausschuß des Bundestags jeweils mit Mehrheit dem von SPD/FDP eingebrachten Gesetzentwurf zugestimmt. In den wichtigsten Punkten besteht Einigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien. Die Zuständigkeit wird auf die Ebene der Länder und besonders der Regierungspräsidenten verlagert. Die Zentralisierung in der Hand des Staates ist so gesichert. In der Begründung heißt es: ,,Auf die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf die Verbände der Beschäftigungsstellen kann damit verzichtet werden." Die Zentralisierung der Verwaltung soll über das Bundesamt für den Zivildienst, beim Arbeitsministerium angegliedert, erfolgen. Einher geht damit die Ausdehnung des Einsatzbereiches der Zivildienstpflichtigen über den ,,sozialen" Bereich hinaus. Und schließlich besteht Einigkeit unter den Bourgeoispolitikern über die Ausdehnung der Kasernierung der Zivildienstpflichtigen.

Die Differenzen sind demgegenüber gering: Soll der Prüfungsausschuß die Möglichkeit haben, ohne mündliche Anhörung, alleine auf Grund der inzwischen praktisch obligatorischen schriftlichen Begründung des Antrages zu entscheiden, wie es die SPD/FDP vorschlägt, oder soll die mündliche Anhörung auf jeden Fall erfolgen? Von tatsächlicher Erleichterung ist gar nicht mehr die Rede. Auf jeden Fall soll nach aller Vorstellung die Prüfungskammer und damit die Widerspruchsinstanz wegfallen, ,,die höhere Qualifikation der Ausschüsse ermöglicht es". Lautstark spielt sich die Regierungskoalition als Freund der Zivildienstpflichtigen auf und will es bei 16 Monaten Dauer belassen gegenüber der Opposition, die 18 Monate aus Gründen der ,,Wehrgerechtigkeit" fordert. Aber im Gesetzentwurf der Regierungsparteien heißt es schon: ,,Der Zivildienst dauert 16 Monate. Ist die Dauer der durchschnittlichen, tatsächlichen Inanspruchnahme wehrdienstleistender Wehrpflichtiger durch Wehrübungen länger als ein Monat, jedoch nicht länger als zwei Monate, so dauert der Zivildienst 17 Monate. Ist die Dauer ... länger als zwei Monate, so dauert der Zivildienst 18 Monate." Nach der neuen Reservistenkonzeption macht ein Viertel der Wehrpflichtigen Wehrübungen von durchschnittlich 48 Tagen. Der Rest macht keine. Wie hoch ist die ,,durchschnittliche, tatsächliche Inanspruchnahme"? Auf jeden Fall kann das Verteidigungsministerium durch Erlaß Entsprechendes regeln.

Es erstaunt: Diese unterschiedlichen Auffassungen der bürgerlichen Parteien sollen der Grund für die lange Erörterung in den Ausschüssen sein? Wohl kaum. Vielmehr: Der Widerstand gegen die Schnüffelei beim Anerkennungsverfahren, gegen Kasernierung, gegen den Ausbau zum Arbeitsdienst verlangt nach Abwiegelung und Spaltung. Der erste Schritt war mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das ,,Postkartenverfahren" gemacht. Und welcher SPD-Politiker, zur Rede gestellt, beruft sich nicht darauf? Die Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen hat am 17./18.5. ihre Bundesdelegiertenkonferenz abgehalten. Den einzelnen Gruppen werden u.a. folgende Forderungen vorgeschlagen: ,,2. Rechtliche Gleichstellung mit den Arbeitern und Angestellten! ... Vertretung durch den Betriebs- und Personalrat! Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht! ... 7. Völlige Abschaffung der Gewissensprüfung! Jederzeitiges Verweigerungsrecht durch einfache Willenserklärung!" Im März wurden Aktionstage durchgeführt und jetzt als letztes Mittel gegen den Gesetzentwurf Streik festgesetzt. Große Teile der Gewerkschaftsjugend haben sich gegen die Prüfungsverfahren ausgesprochen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer rasch: 1974 waren es 34150 oder 8,7% eines Musterungsjahrganges. Nachdem die Zahl 1977 auf 69959 geschnellt war, da kurze Zeit das neue Gesetz galt, liegt sie 1979 bei 45515, entsprechend etwa 11% eines Musterungsjahrganges, und im 1. Quartal 1980 bei 21287.

All dies zeigt, daß die Jugend nicht bereit ist, sich in die imperialistische Armee pressen zu lassen, und daß die Jugend das Recht auf Kriegsdienstverweigerung braucht. Dabei ist es schwieriger geworden, im Kampf gegen den Gesetzentwurf die Einheit herzustellen. Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den Supermächten besonders durch den Einmarsch der Sozialimperialisten in Afghanistan erleichtert der Bourgeoisie jede Spaltung, solange Hoffnungen über die Friedfertigkeit irgendeiner imperialistischen Macht eine Rolle im Kampf gegen den Gesetzentwurf spielen. Da ist es schon günstig, daß die Selbstorganisation der Zivildienstpflichtigen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz gleichzeitig Forderungen erhebt, die dem Kampf gegen den gegenwärtig drohenden Krieg nutzen: ,,Wir fordern 1. Einen demokratischen Friedensvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die uneingeschränkte Souveränität beider deutscher Staaten und den Abzug der Besatzertruppen aus BRD und DDR beinhaltet! 2. BRD raus aus der NATO! 3. Auflösung der Militärblöcke! 4. Abzug aller fremden Truppen aus Europa!"

,,Gefechtsfeld Mitteleuropa" und das ,,geistige Vermächtnis Guderians"

r.hoh. Nachdem die sozialliberale Koalition zunächst im Weißbuch 1970 beteuert hatte, daß ,,von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen" dürfe und sie ,,keine Weltmachtpolitik" betreiben wolle, nachdem darüberhinaus Leber seinerzeit anläßlich der Waffenschau ,,Bundeswehr '77" hinzugefügt hatte, daß sie ,,unsere *Un*fähigkeit zur Offensive" offenlege (Wehrtechnik 11/77) – ließ der Führungsstab der Streitkräfte in der ,Information für die Truppe' (4/80) einerseits erklären, daß Europa ,,aufs engste mit der westlichen Führungsmacht ... USA zusammenhängt – dies wird uns zu Zeiten eindringlich, vielleicht auch schmerzlich demonstriert". Und im Hinblick auf die 25jährige NATO-Mitgliedschaft versichert er andererseits, daß die BRD ,,europäischer ,Normalstaat' geworden" sei und sich jenes ,,Teils der deutschen Geschichte entledigt" habe, ,,der die Deutschen immer im *Spannungsgeflecht zwischen ,Weltmacht und Niedergang'* sah."

Bei derlei Selbstbescheidung konnte man leicht folgende Feststellung übersehen: ,,Von den 15 Partnern (der NATO) sind drei ehemalige Weltmächte, von den zwei (!) ihre *Weltgeltung* am Endes des 2. Weltkrieges verloren haben." Denn immerhin beteuerte zur gleichen Zeit der stellvertretende Kommandeur des 3. Korps, Generalmajor Dr. Gerber, daß ,,zumindest die Korps der Bundeswehr von der Gliederung nach dem Muster eines *Expeditionskorps* zu einer Gliederung einer umfassenderen Landesverteidigung zu gehen haben" (Europäische Wehrkunde 5/80).

Soviel Einsichtiges von seiten des BRD-Imperialismus mochte verwirren; demgegenüber kann das Buch ,Gefechtsfeld Mitteleuropa – Gefahr der Übertechnisierung von Streitkräften' (April 80) durchaus einiges zur Klärung beitragen. Verfasser ist Brigadegeneral Dr. Uhle-Wettler, derzeit Kommandeur der Heeres-Eliteeeinheit, der Panzerlehrbrigade 9 (Munster/Lüneburger Heide). Der Kern seines Beitrags zu der aktuellen diesbezüglichen Debatte ist folgender: in einseitiger Fortentwicklung des ,,geistigen Vermächtnis Guderians" sei von den ersten strategischen Planungen im Kloster Himmerod (Oktober 1950) bis heute *ein Heer* entwickelt worden, *das – hochmechanisiert – ,,am besten zu weitreichenden Angriffsoperationen in offenem Gelände geeignet"* sei und das *,,die Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet"* vortragen sollte. Zwar sei, wie er versichert, die strategische Absicht der Einverleibung der DDR fallengelassen worden, aber die taktisch-operativen Führungsgrundsätze und die Bewaffnung entsprächen nach wie vor offensiven Zwecken.

Das will er keineswegs ändern: ,,Das Kernproblem ist die *Optimierung* des Heeres *nur auf die eine Hälfte* des deutschen Geländes." Was das ,,Gefechtsfeld Mitteleuropa" anbelangt, so meint er damit jenes überwiegend ,,panzergünstige" Gelände nördlich der Linie Münster-Hannover-Westberlin; für dieses Gelände will er die westdeutsche Panzerwaffe (,,es sind wohl die besten Brigaden, die unter den mechanisierten Truppen der Welt zu finden sind") unbedingt beibehalten. Für die übrige Zone des ,,Gefechtsfelds Mitteleuropa", die (ihm zufolge) überwiegend aus Industrie- bzw. Siedlungsgebieten sowie Waldgebieten besteht, propagiert er die Aufstellung einer ,,leichten Infanterie" – in Ergänzung zur Panzertruppe. Sie soll zur ,,Brandbekämpfung" (sprich: Niederschlagung des inneren Wiederstands gegen die o.a. Expansionsabsichten) und zum Orts-, Stadt- und Waldkampf befähigt sein.

Doch an diesem Punkt vermeldet die ,,Hannoversche Allgemeine" (30.5.80) einige Skepsis des Führungsstabs der Streitkräfte, ob nämlich ,,das Reservoir an Wehrpflichtigen genügend geeignete Einzelkämpfertypen" für diese ,,leichte Infanterie" hergibt; die *Wehrpflichtigen* seien doch ,,voll damit beschäftigt, zu überleben, zum Kämpfen bleibt da keine Kraft mehr."

Mobilmachung der Reservisten – Fernziel Reserve-Großverbände

z.hev. Nachdem der Verteidigungsausschuß des Bundestages die neue Reservistenkonzeption des Verteidigungsministeriums am 23.5. ,,einstimmig zur Kenntnis genommen" hat – der Bundestag hat kein Recht, darüber abzustimmen –, wird der Erlaß jetzt umgesetzt. Bereits 1980 werden die Wehrübungsplätze um 1000 auf 5000 aufgestockt. Damit können dann 25% der 150000 Wehrpflichtigen zu Wehrübungen eingezogen werden, die Zahl der Mobilmachungsübungen steigt um 50% gegenüber dem Vorjahr.

Drei Kategorien von Reservisten gibt es: 1. die Verfügungsbereitschaft aus den Wehrpflichtigen, die im Anschluß an ihren Wehrdienst noch 12 Monate jederzeit eingezogen werden können, die jede Änderung ihres ständigen Aufenthalts oder ihrer Anschrift ,,unverzüglich" der Einheit, in der sie zuletzt Soldat waren, mitteilen müssen; 2. die Alarmreserve, bestehend aus denjenigen Reservisten, die die Bundeswehr auf Kriegsstärke bringen sollen, das sind rund 700000 Mann; und 3. die Personalreserve, zu der alle zählen, die nicht unter 1. und 2. fallen, aber noch der Wehrüberwachung unterliegen, das sind noch einmal eine Million Mann. Zur Zeit gibt es über 2 Millionen ausgebildete Reservisten.

Die ,,neue Konzeption" läuft darauf hinaus, dieses Potential besser zu nutzen. In seinen Zielen folgt sie dem ,,Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO", das am 30./31. Mai 1978 von den Staats- und Regierungschefs auf der NATO-Gipfelkonferenz in Washington für ,,die Bündnisstreitkräfte" verabschiedet worden war. Punkt eins dieses Programms die ,,Bereitstellung der Streitkräfte", Punkt drei die ,,Reservistenmobilmachung".

Der Anfang, den das Verteidigungsministerium jetzt gemacht hat, nimmt sich noch recht bescheiden gegen das aus, was es noch in petto hat und auf dessen Verwirklichung die CDU besonders schnell und umfassend drängt. Fernziel ist die Aufstellung von ,,Reservegroßverbänden", die erst in der Lage wären, wirklich *alle* Reservisten auszuheben und im Kriegsfall bereitzustellen. Derzeit fehlen dazu noch die Voraussetzungen wie ein genügend großer Kaderstamm, genügend Waffen und Munition und eine völlige Neuorganisierung des Wehrerfassungssystems. Die politischen Probleme dabei sind auch noch nicht gelöst. Da eine so umfassende Mobilmachung einer Kriegserklärung gleichkommt, sucht das Verteidigungsministerium nach einem Weg einer möglichst unauffälligen Mobilisierung aller Reserven, der auch billig und effektiv sein soll. Der Weg vom Aufenthaltsort zur Einheit soll kurz sein, die Soldaten sollten diese Einheit kennen, damit sie sich schneller einfügen und die Einheit sofort einsatzfähig ist. Geplant ist z.B., daß die Wehrpflichtigen noch vor ihrer Entlassung für einige Zeit in ihre spätere Mob-Einheit versetzt werden. Bei der Aufstellung von Reservegroßverbänden liegt das Hauptproblem in der Bereitstellung von Kadern (Unteroffiziere, Offiziere und Fachpersonal), die erstens gleichmäßig verteilt werden und zweitens ständig gut ausgebildet sein müssen. Die ideologische Vorbereitung übernimmt der Reservistenverband.

Für die Wehrpflichtigen und die Reservisten kündigen sich neue einschneidende Eingriffe in ihre Rechte an. Noch reichen die gegenwärtigen Knebelungen des Wehrpflichtgesetzes aus, aber für die Einberufung zu Wehrübungen sollen die Befreiungsbestimmungen neu gefaßt werden: Widerspruch gegen die Einberufung zur Übung muß schon gegen die Einplanung erhoben werden. ,,In Zukunft werden alle eingeplanten Reservisten mindestens einmal während ihrer Beorderung zu Wehrübungen herangezogen werden können", so die Antwort des Staatssekretärs v. Bülow auf eine Anfrage am 21.3.80.

Die westdeutschen Imperialisten lassen die Luftwaffe umrüsten

Größere Feuerkraft, umfassende Verwendbarkeit und Transportverbesserungen für eine flexible Kriegsführung

z.bew. Eine Gesamtsumme von 50 Mrd. DM will die westdeutsche Bourgeoisie mit ihrem Langzeitprogramm darauf verwenden, die Bundeswehr umzurüsten. Mehr als ein Drittel wird davon auf die Umrüstung der Luftwaffe entfallen, wovon allein die Anschaffung des neuen Kampfflugzeuges MRCA Tornado (nach jetzigen Preisen) 12 Mrd. DM verschlingen wird.

Mit ca. 480 Einsatzkampfflugzeugen steht die westdeutsche Luftwaffe nach Angaben des Londoner Instituts für Strategische Studien (IISS) 1979/80 gleichauf mit der französischen und knapp hinter der britischen Luftwaffe (ca. 540 Einsatzkampfflugzeuge). Der Vorsprung, den die westdeutschen Imperialisten bei den taktischen Luftstreitkräften (Luftoperationen im eigenen und im angrenzenden Luftraum) vor den anderen westeuropäischen Imperialisten haben, wird durch das Verbot des Besitzes von strategischen Flugzeugen und -körpern (Langstreckenkampfbomber, Fernaufklärer und Interkontinentalraketen) bedeutend eingeschränkt. Zudem untersteht die westdeutsche Luftwaffe, anders als die Marine und das Heer, auch in Friedenszeiten vollständig dem NATO-Oberkommando.

Die Schwerpunkte der gegenwärtig stattfindenden Umrüstung der Luftwaffe liegen auf der Verstärkung der Feuerkraft, der umfassenden Verwendbarkeit der einzelnen Flugzeugtypen für eine flexible Kriegsführung und der Verbesserung des Material- und Truppentransportes. Kernstück ist die Ausrüstung der Luftwaffe (und der Marine) mit dem neuen Mehrzweckkampfflugzeug *MRCA Tornado*. Zwischen 1982 und 1988 soll die Ablösung des alten Jagdbombers F – 104G Starfighter durch das gemeinsam von Großbritannien, Westdeutschland und Italien entwickelte und gebaute Mehrzweckkampfflugzeug Tornado vollzogen sein. Gegenüber dem Starfighter, einem Schönwetterflugzeug, ist die Tornado ein Allwetterflugzeug, das aufgrund seiner elektronischen Ausrüstung Tag und Nacht einsatzbereit ist. Die Tornado hat in der Normalausführung einen Aktionsradius von 1400 km (die britische Variante von 4000 km). Vervielfacht gegenüber dem Starfighter ist die Feuerkraft, die vor allem auf Flächenziele wie Panzeransammlungen, Truppenkonzentrationen und Flugplätze ausgerichtet ist. Die neue Mehrzweckwaffe MW1, mit der sie u.a. ausgerüstet ist, kann bei einem einzigen Einsatz 4000 Sprengkörper zum Abwurf bringen.

Seit Anfang 1980 werden die leichten Kampf- und Übungsflugzeuge Fiat G-91 durch den *Alpha-Jet* abgelöst. Der Alpha-Jet ist eine westdeutsch-französische Koproduktion. Die Umstellung soll bis 1982 durch die Inbetriebnahme von 175 Alpha-Jets vollzogen sein. Als leichter Jagdbomber wird der Alpha-Jet zur Luftnahunterstützung der Bodentruppen und als Übungsflugzeug eingesetzt. Er ist an Feuerkraft und Schnelligkeit der G-91 überlegen und als wendiger und robuster Jäger kann er mehr als fünf Einsätze am Tag fliegen. Eine erhebliche Kampfkraftsteigerung wird auch durch die Umrüstung der *Phantoms* erreicht. Der Jagdbomber F-4F Phantom wird mit elektronisch gesteuerten Waffen und neuem Radar ausgerüstet, das Aufklärungsflugzeug RF-4E Phantom durch die Ausstattung mit Waffen auch als konventioneller Jagdbomber einsatzfähig gemacht. Die Umstellung auf ein neues Transportflugzeug, das die *Transall* ablöst, wird erst in den 90er Jahren stattfinden. (Die Transall braucht etwa die sechsfache Flugzeit wie eine moderne Passagiermaschine vom Typ DC-10). Bei den gegenwärtigen Vorplanungen für einen Transallnachfolger können sich die westdeutschen Imperialisten dabei auf die erfolgreiche Konstruktion des Airbusses (Mittelstreckenpassagierflugzeug mit 200 – 300 Plätzen, westdeutsch-französisch-spanische Gemeinschaftsproduktion) stützen, der so konstruiert ist, das er innerhalb von 24 Stunden zu einem Transportflugzeug umgebaut werden kann. Bei den Transporthubschraubern wird die Umrüstung vom *UH-1D* auf einen von Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien gemeinsam entwickelten mittleren Transporthubschrauber bis Ende der 80er Jahre abgeschlossen sein.

Die gegenwärtige militärische Umrüstung der Luftwaffe ist gleichzeitig gekennzeichnet von Fortschritten, die direkte Abhängigkeit von der US-Rüstungsindustrie zu lockern (100 DO 28 und 7 HBS 220 sind reine westdeutsche Rüstungsprodukte), die allerdings nur in Einbindung mit den anderen westeuropäischen Imperialisten vonstatten gehen droht.

Bewaffnung der westdeutschen Luftwaffe

	1970	1979/80
Jagdbomber/Kampfflugzeuge		
Kampfflugzeug F – 104G Starfighter	511	294*
Kampf- u. Übungsflugzeug TF – 104G Starfighter	119	93
Jagdbomber F – 4F Phantom II	0	168
Jagd- u. Übungsflugzeug F – 4E Phantom II	0	10
Aufklärungsflugzeug RF – 4E Phantom II	0	82
Elektronikkampfflugzeug HBF 320	–	7
Jäger/leichte Kampf- u. Übungsflugzeuge		
leichtes Kampfflugzeug FIAT G – 91R	310	158**
leichtes Kampf- u. Übungsflugzeug FIAT G – 91T	40	50**
Übungsflugzeuge T – 37, T38	90	76
leichter Jagdbomber Alpha-Jet	0	32
leichtes Kampf- u. Übungsflugzeug Alpha-Jet	0	20
Transport- und Verbindungsflugzeuge		
Transportflugzeug Transall C – 160	32	89
Transportflugzeug Noratlas	179	5
sonstige Transportflugzeuge	19	14***
Verbindungsflugzeug D – 27	130	30
leichtes Transport- u. Verbindungsflugz. D – 28	0	100

Bewaffnung der Luftstreitkräfte (nur Luftwaffe) 1979

	USA	SU	BRD	GB	F
Bomber	570	650	0	77	50
Tankflugzeuge	770	110	0	16	11
Kampfflugzeuge	2300	2290	565	300	470
Jäger/Aufklärer	980	790	297	94	46
Transportflugzeuge	1140	1430	203	84	157
Übungsflugzeuge	2230	1100	126	430	400
Hubschrauber	440	3460	131	90	85
Soldaten (i. Tsd.)	563	475	110	87	103

Die Aufstellung basiert auf den Untersuchungen der Fachzeitschrift ,,interavia" 1/80 und des International Institute for Strategic Studies (London), wo es z.T. erhebliche Unterschiede gibt. Zudem ist die Zuordnung nach Flugtypen von Land zu Land unterschiedlich und ist die Zuordnung nach Armeegattungen verschieden (die USA verfügen z.B. über bedeutend mehr Hubschrauber als die SU, diese sind aber der Armee angegliedert). Für Westdeutschland wurden die Zahlen der linken Tabelle übernommen, die erheblich über denen des IISS liegen. Aus diesen Gründen gibt die Tabelle nur Annäherungswerte an. – Linke Tabelle: – unbekannt; * Umrüstung ab 1982 auf MRCA Tornado; ** Umrüstung auf Alpha-Jet; *** Flugbereitschaft des Ministeriums. – Quellen: 1970: Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1971/72 und Obermann, Emil: Verteidigung, Stuttgart 1970; 1979/80: IISS: The Military Balance 1979/80, in: aerospace international Dec. 1979, interavia 1 und 4/80.

El Salvador: Festigung der Volkseinheit Wütende Angriffe der Konterrevolution

z.hot. Durch handstreichartige Besetzung der sechs wichtigsten Radiostationen haben bewaffnete Einheiten der Revolutionären Demokratischen Front (FDR) den Generalstreik für den 15.6. ausgerufen. Dieser Generalstreik würde eine Vielzahl von Streikbewegungen in El Salvador zusammenfassen. Ein Teil des Öffentlichen Dienstes, der Ärzte und Lehrer streikt gegen den Terror der faschistischen Banden, die Argraringenieure streiken zur Unterstützung des Kampfs der landlosen Bauern für eine wirkliche Bodenreform. Die Kompradoren werden nervös. Nach einem Putschversuch wurde der Geheimdienst- und Terroristenchef Roberto d'Aubuisson verhaftet, nach Meutereidrohungen aus dem Offizierscorps wieder frei gelassen werden.

Die FDR war Anfang Mai gegründet worden als Erweiterung bereits bestehender Dachorganisationen der Opposition. Sie umfaßt 21 Organisationen, politische Parteien bis hin zum linken Flügel der Christdemokraten, Gewerkschaften, und einen Kleinunternehmerverband. Der Vorsitzende der FDR, Cordoba, stammt selbst aus den berüchtigten „14 Familien" und ist ehemaliger Minister. Er erklärte, der Kampf werde geführt, um das volksfeindliche Regime zu stürzen, den Terror der Großgrundbesitzerbanden zu beenden, die Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu brechen, und um eine Volksregierung zu bilden, die die Unabhängigkeit des Landes, demokratische und soziale Rechte garantiert.

Besorgt meldet die „Neue Zürcher", daß „mehr Leute als je zuvor heute in El Salvador bereit (sind), lieber in einem Aufstand zu sterben, als unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterzuleben". Bei Aktionen der Guerilla in Atiquizada, 65 km westlich der Hauptstadt, kamen eben acht Polizisten, beim Angriff auf eine Fahrzeugkolonne der Armee 65 km nordöstlich der Hauptstadt drei Soldaten ums Leben.


Terror der Banden der Großgrundbesitzer, um die Volkserhebung im Blut zu ersticken.

Vertreter des Dalai Lama besuchten die Volksrepublik China – Sozialimperialistische Intrigen

z.inr.Beijing. Am 3. Mai 1980 kam eine 5köpfige Delegation von Vertretern des Dalai Lama, des ehemaligen religiösen und politischen Oberhauptes Tibets, in Beijing an. Während ihres China-Aufenthalts besuchten die Delegationsmitglieder Tibet und andere von Tibetern bewohnte Gebiete. Mitte 1978 hatte Panchen Erdeni, ehemaliges zweites Oberhaupt Tibets und jetziger Vizevorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, den Dalai Lama und alle im Exil lebenden Tibeter aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren. Im Auf-

Vertreter des Dalai Lama besuchten die Volksrepublik China – Sozialimperialistische Intrigen

z.inr.Beijing. Am 3. Mai 1980 kam eine 5köpfige Delegation von Vertretern des Dalai Lama, des ehemaligen religiösen und politischen Oberhauptes Tibets, in Beijing an. Während ihres China-Aufenthalts besuchten die Delegationsmitglieder Tibet und andere von Tibetern bewohnte Gebiete. Mitte 1978 hatte Panchen Erdeni, ehemaliges zweites Oberhaupt Tibets und jetziger Vizevorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, den Dalai Lama und alle im Exil lebenden Tibeter aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren. Im Auf-

ruf des tibetischen Volkskongresses vom 31.12.1978 heißt es: „Wir hoffen, daß der Dalai Lama und andere tibetanische Landsleute, die zur Zeit im Ausland leben, ernsthaft darüber nachdenken, Illusionen ablegen, die Dinge sehen, wie sie wirklich sind, ihr Verhalten ändern und zurückkommen, um gemeinsam mit uns unsere geliebte Heimat Tibet und unser geliebtes Vaterland, die VR China, aufzubauen." Der Dalai Lama lebt in Nord-Indien, seit er nach der Niederschlagung der Revolte von 1969, in der die tibetische Oberschicht gegen das Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets aus dem Jahre 1951 rebellierte, geflohen war. In den letzten Jahren wurden die Teilnehmer der Revolte begnadigt und entlassen und erhielten die vollen Bürgerrechte zurück. – Auf die Einladung Panchen Erdenis hin hatte der Dalai Lama erklärt, wenn das Ergebnis der Reise seiner Vertreter positiv ausfalle, werde er sich dafür einsetzen, „die tibetanische Frage endgültig ad acta zu legen".

Die Sowjetunion versucht nun, die Vorbereitungen für die Rückkehr des Dalai Lama zu stören. Kürzlich betonte L.V. Scherbakow, Vertreter des Sowjetischen Rates für Religionsfragen, bei einem Besuch in Neu Delhi, sein

Teilnehmer der Revolte begnadigt und entlassen und erhielten die vollen Bürgerrechte zurück. – Auf die Einladung Panchen Erdenis hin hatte der Dalai Lama erklärt, wenn das Ergebnis der Reise seiner Vertreter positiv ausfalle, werde er sich dafür einsetzen, „die tibetanische Frage endgültig ad acta zu legen".

Die Sowjetunion versucht nun, die Vorbereitungen für die Rückkehr des Dalai Lama zu stören. Kürzlich betonte L.V. Scherbakow, Vertreter des Sowjetischen Rates für Religionsfragen, bei einem Besuch in Neu Delhi, sein

Land werde den tibetischen Buddhisten in ihrem Kampf für Gerechtigkeit helfen, wie es jeder Nation helfe, die für Unabhängigkeit kämpft.

Die tibetanische Regierung hat das Eigentum der ins Exil gegangenen Tibeter verwahrt. Leicht verderbliche Waren wurden in Bargeld umgerechnet, das auf einer Bank deponiert ist, damit die Eigentümer bei ihrer Rückkehr darüber verfügen können.

Vor kurzem hat die Regierung der VR China weitreichende Reformen für Tibet angekündigt, die seine selbständige wirtschaftliche und politische Entwicklung sichern sollen. Darüber werden wir gesondert berichten.

Weiter gespannte Lage in Zimbabwe. Siedlerarmee intakt. Kapitalisten müssen Löhne erhöhen

z.mif. Bis Ende des Jahres strebt die Regierung von Zimbabwe die Bildung einer einheitlichen nationalen Armee an. Bisher ist die Siedlerarmee intakt, die Bildung gemeinsamer Verbände aus den Befreiungsstreitkräften und schwarzen Soldaten der Siedlerarmee erst in kleinen Ansätzen erfolgt. Für die technische und militärische Ausbildung der Befreiungsstreitkräfte hat Präsident Mugabe die britische Regierung um Entsendung von 150 britischen Ausbildern gebeten. Die Smith-Partei hat im Parlament beantragt, die Siedlerarmee auf dem Land einzusetzen, zur militärischen Unterwerfung der schwarzen Bauern und Landarbeiter, die Land und höhere Löhne fordern. Aus entgegengesetzten Gründen geht die Regierung daran, mehrere tausend Soldaten auf dem Land einzusetzen: durch die „Operation Seed (Soldaten für die wirtschaftliche Entwicklung)" will die Regierung Kämpfer der Befreiungsarmee, die noch nicht in die neue nationale Armee integriert werden können, mit der Produktion befassen und so gleichzeitig die Ernährung der Massen, die durch den Bankrott des Siedlerregimes seit langem gefährdet ist, sichern helfen.

Die Arbeiterbewegung entwickelt ihre Kraft gegen die Imperialisten und ihre Agenten. Sie hat in einer breiten Streikbewegung höhere Löhne erreicht. Die Regierung erhöhte die Mindestlöhne auf 70 Dollar in der Industrie und 30 Dollar in Haus- und Landwirtschaft. Der Arbeitsminister Kangai hat sich auf vielen Belegschaftsversammlungen für Wiederaufnahme der Arbeit und Regelung der Streitfragen mit den Kapitalisten über gewählte Arbeitervertreter eingesetzt. Den Kapitalisten hat er dringend empfohlen, die Löhne für Arbeiter, die mehr als 70 Dollar verdienen, entsprechend zu erhöhen. Die Gewerkschaft der Schneider und Textilarbeiter hat eine Erhöhung der untersten Lohngruppen von 14,10 Dollar auf 17,25 Dollar pro Woche durchgesetzt, also im Monat knapp 75 Dollar. Die Gewerkschaft der städtischen Beschäftigten von Salisbury hat ein Angebot von 17,5% zurückgewiesen und für die unteren Lohngruppen 50% mehr verlangt. Die 17,5% hätten für die Masse der Schwarzen 12 Dollar, für die weißen Beschäftigten 40 bis 90 Dollar im Monat Lohnerhöhung bedeutet.


Rex Nhongo, Kommandeur der ZANLA, mit Kommandeuren der Kolonialarmee

Der EG-Agrarkompromiß ist mehr als brüchig

Französische Bourgeois sichern mit Marktordnungen die Expansion / Das Beispiel Weizen

z.pel.Paris. Am 30.5. hatten sich die in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen imperialistischen Bourgeoisien nach monatelangem Gezerre auf einen Modus geeinigt, der es ihnen erlauben soll, die bestehenden tiefen Widersprüche in der EG-Agrarpolitik weiterhin im Rahmen des Gemeinsamen Marktes auszutragen. Die Regelung beinhaltet im einzelnen: Großbritannien zahlt 1980 und 1981 nurmehr ein Drittel der vorgesehenen Beiträge in den EG-Haushalt, von den erlassenen 5,6 Mrd. DM werden allein 2,6 Mrd. von der BRD und ca. 1,8 Mrd. von Frankreich übernommen. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise werden um 5% im Durchschnitt erhöht, die von den Bauern zu zahlende Milchsteuer wird von 0,5% auf 2% angehoben. Für Lammfleisch soll, wie schon bei 90% der Produkte geschehen, eine Marktordnung entwickelt werden, die den Kilogrammpreis auf 2,9 ERE (Europäische Währungseinheit), etwa 7 DM festlegt, wobei den französischen Züchtern die Differenz zum gegenwärtigen inländischen Marktpreis erstattet wird, der englische Erzeugerpreis angehoben und bei Export nach Frankreich um eine Steuer aufgestockt wird. Zur Verhinderung von Billigimporten, v.a. aus Neuseeland, schließen alle EG-Staaten mit den Drittländern Selbstbeschränkungsabkommen ab. Dies sind die wichtigsten Maßnahmen.

Während große Teile der französischen Bourgeoisie von „Verzicht" sprachen, zeigte sich die Regierung eher zufrieden. Staatspräsident Giscard d'Estaing gab sich kampffreudig. Die Entwicklung einer machtvollen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft habe weiter Priorität, die Grundprinzipien der ‚Gemeinsamen Agrarpolitik', Einheit der Märkte und Präferenzsystem, seien unantastbar; und da „gewisse Mitglieder" von einem Teil ihrer Pflichten entbunden werden wollten, müsse die zweite EG-Erweiterung zunächst aufgeschoben werden.

...Die britische Zahlungsverweigerung
sten Maßnahmen.

Während große Teile der französischen Bourgeoisie von „Verzicht" sprachen, zeigte sich die Regierung eher zufrieden. Staatspräsident Giscard d'Estaing gab sich kampffreudig. Die Entwicklung einer machtvollen und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft habe weiter Priorität, die Grundprinzipien der ‚Gemeinsamen Agrarpolitik', Einheit der Märkte und Präferenzsystem, seien unantastbar; und da „gewisse Mitglieder" von einem Teil ihrer Pflichten entbunden werden wollten, müsse die zweite EG-Erweiterung zunächst aufgeschoben werden.

Die britische Zahlungsverweigerung sollte die „Gemeinsame Agrarpolitik" beseitigen helfen. Jetzt ist diese sogar auf Lammfleisch und in Ansätzen auf Fischfang ausgeweitet worden. Auch hier werden also künftig die billigeren Importe aus Drittländern durch Schutzzölle auf EG-Preisniveau angehoben, der „abgeschöpfte" Betrag in den landwirtschaftlichen Garantiefonds der EG eingezahlt, aus dem wiederum Exporteuren in Drittländer die Summen zugeschoben werden, die es ihnen ermöglichen, ihre Preise auf Weltmarktniveau zu senken. Großbritannien, dessen landwirtschaftliche Endproduktion nur knapp 40% der französischen erreicht und dessen Selbstversorgungsgrad bei Getreide 60%, bei Fleisch und Gemüse knapp 70% und bei Zucker 27% beträgt, versorgt sich zu 65% in Ländern außerhalb der EG, hauptsächlich seinen ehemaligen Kolonien. Das System der EG-Marktordnungen läßt den Großteil der über die Billigimporte realisierten Extraprofite vor den Augen des britischen Finanzkapitals in der EG-Kasse verschwinden. Die Reduzierung der Haushaltsbeiträge schafft zwar zwischenzeitlich Erleichterung, ändert jedoch nichts am Kern des Problems.

Die französischen Imperialisten hingegen haben allen Grund, mit der Vereinbarung von Brüssel die „Gemeinsame Agrarpolitik" zu verteidigen. „Einheit der Märkte und Präferenzsystem", deren Unantastbarkeit Giscard am 5.6. drohend beschwor, haben ihnen zum Beispiel allein im Jahre 1978 und nur im Weizenexport 3,03 Mrd. DM an Erstattungen für Exporte in Drittländer zu Weltmarktpreisen eingebracht. Da lassen sich auch die 1,8 Mrd. Mehrbeitrag verschmerzen. Frankreich ist 1979 mit knapp 20 Mio. t Weizen sechstgrößter Weizenproduzent der Welt und hält in der EG 42%. Der Selbstversorgungsgrad liegt mit 176% zwar besonders hoch, übertrifft jedoch auch bei den anderen Getreidearten, bei Zucker, Wein, Käse, Butter und den meisten Fleischsorten die 100% erheblich. 42% des Weizens geht in den Export, und zwar zum überwiegenden Teil auf den europäischen Markt. Großbritannien mit 1,7 Mio. t und Italien mit 1,3 Mio. t standen 1977 an der Spitze der Importeure.

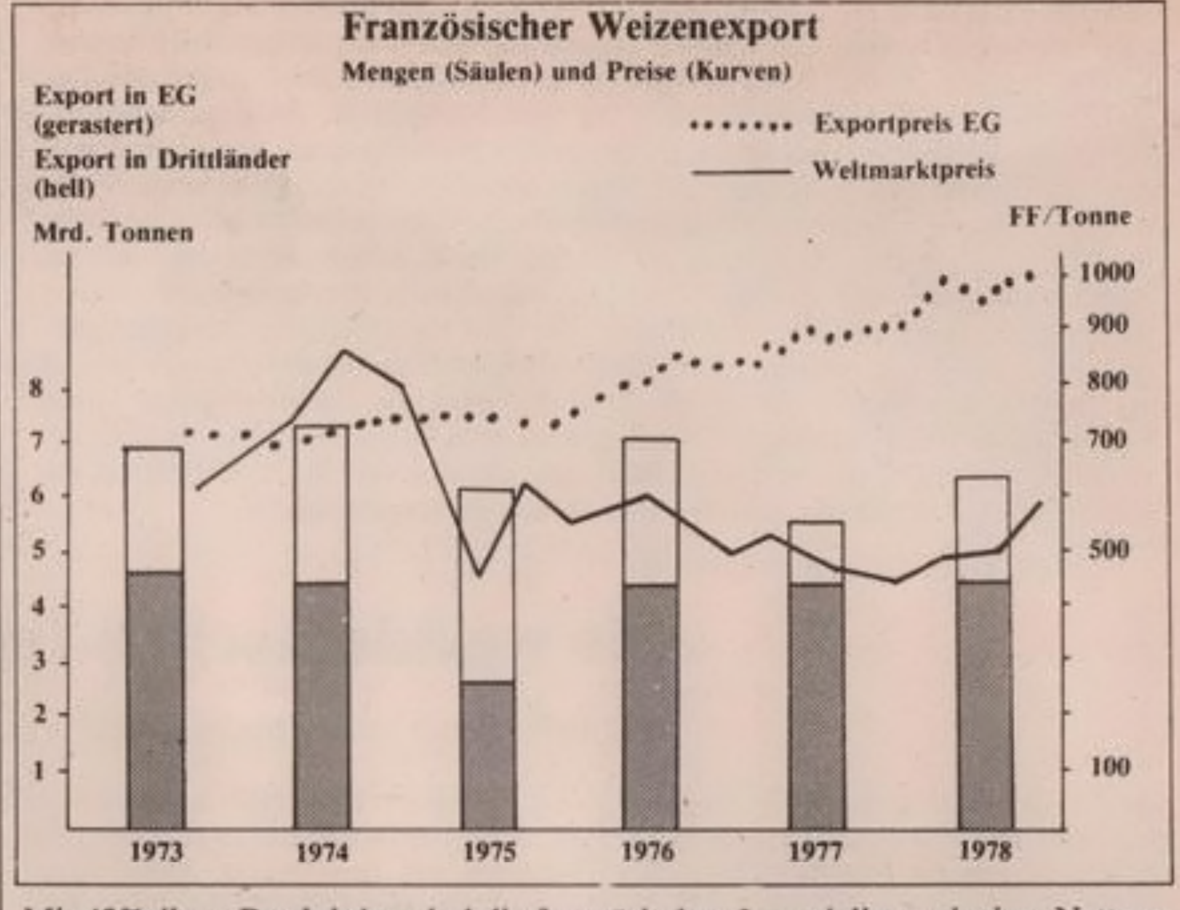
Schon zur Zeit der EG-Gründung verfügte der französische Imperialismus über eine Reihe von Trümpfen in der Konkurrenz. Die für den Getreideanbau genutzte landwirtschaftliche Erntefläche übertraf mit 8,9 Mio. ha die der Konkurrenten BRD und Großbritannien um 0,9 Mio. ha. Bei Weizen betrug das Verhältnis 4,2 zu 2,0 Mio. ha. Die Weizen*produktion* lag bei 144% dieser beiden Konkurrenten. Den EG-Markt beherrschte er damit jedoch keineswegs. Die Produktivität war zu niedrig, der Ertrag von 2350 kg/ha unterschritt den in der BRD erzielten um 900 kg und erlaubte keine Exportproduktion in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen. Erst mit der Einführung der Marktordnung für Weizen 1967 bieten sich ihm die Bedingungen, die „Partner" niederzukonkurrieren. Durch starke Außenzölle gegen die lästige

anbau genutzte landwirtschaftliche Erntefläche übertraf mit 8,9 Mio. ha die der Konkurrenten BRD und Großbritannien um 0,9 Mio. ha. Bei Weizen betrug das Verhältnis 4,2 zu 2,0 Mio. ha. Die Weizenproduktion lag bei 144% dieser beiden Konkurrenten. Den EG-Markt beherrschte er damit jedoch keineswegs. Die Produktivität war zu niedrig, der Ertrag von 2350 kg/ha unterschritt den in der BRD erzielten um 900 kg und erlaubte keine Exportproduktion in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen. Erst mit der Einführung der Marktordnung für Weizen 1967 bieten sich ihm die Bedingungen, die „Partner" niederzukonkurrieren. Durch starke Außenzölle gegen die lästige

Weltmarktkonkurrenz geschützt und bei garantierten Preisen kann er die Produktion entwickeln und zur Eroberung des einheitlichen EG-Marktes antreten. Bei gleichbleibender Erntefläche wird die Produktion bis 1978 von 9,8 auf 19 Mio. t gesteigert, der Hektarertrag erreicht mit 5100 kg fast die Spitzenergebnisse der Niederlande, und der Exportanteil der Produktion kann von 14% auf über 40% getrieben werden.

Um knapp 9 Mrd. Francs übertreffen die Weizenexporte 1979 die Importe und sind entscheidender Bestandteil des Handelsbilanzplus' von über 10 Mrd., das die französische Bourgeoisie in diesem Jahr im Agrarhandel innerhalb der EG erzielen konnte. Die Masse der Getreidebauern hat davon nicht viel gesehen. Die guten Ernten der letzten zwei Jahre haben es der Bourgeoisie im Gegenteil ermöglicht, die den Bauern gezahlten Preise mit 900 FF/t weit unter den Richtpreis von 1191 FF zu drücken und damit die Einkommensverluste, die im Schnitt der letzten sechs Jahre 2,4% betragen, weiter zu beschleunigen. Wenn Giscard jetzt gedroht hat, den EG-Beitritt Spaniens und Portugals zu verschieben, dann sicherlich nicht, weil damit tausende französischer v.a. Gemüsebauern durch den wachsenden Preisdruck vernichtet würden. Das Problem für die französischen Bourgeois ist, daß Spanien gegenwärtig zwar 58% seiner Exporte, jedoch nur 10% seiner Agrarimporte mit der EG abwickelt. 1977 hat Spanien z.B. für 480 Mio. ERE Getreide eingeführt; kein Gramm davon kam aus der EG. Es steht also zu erwarten, daß die spanische Bourgeoisie ähnlich wie die britische versuchen wird, sich billiger aus Drittländern zu versorgen und die EG-Marktordnungen zu kippen. Giscard hingegen will den EG-Beitritt an die bedingungslose Unterstützung der Marktordnungspolitik binden. Die Widersprüche zwischen den EG-Imperialisten müssen bald umso heftiger aufbrechen.

durch den wachsenden Preisdruck vernichtet würden. Das Problem für die französischen Bourgeois ist, daß Spanien gegenwärtig zwar 58% seiner Exporte, jedoch nur 10% seiner Agrarimporte mit der EG abwickelt. 1977 hat Spanien z.B. für 480 Mio. ERE Getreide eingeführt; kein Gramm davon kam aus der EG. Es steht also zu erwarten, daß die spanische Bourgeoisie ähnlich wie die britische versuchen wird, sich billiger aus Drittländern zu versorgen und die EG-Marktordnungen zu kippen. Giscard hingegen will den EG-Beitritt an die bedingungslose Unterstützung der Marktordnungspolitik binden. Die Widersprüche zwischen den EG-Imperialisten müssen bald umso heftiger aufbrechen.



Mit 42% ihrer Produktion sind die französischen Imperialisten einziger Nettoexporteur der EG. Zölle heben Importe aus Drittländern auf EG-Preisniveau.

Ergebnisse der Parlaments- und Gemeinderatswahlen in Ungarn

z.krk. Absolutes Alkoholverbot von 12 Uhr mittags am 7.6. bis zum 9.6. sollte für Nüchternheit bei der ungarischen wahlberechtigten Bevölkerung sorgen anläßlich der Wahlen der Parlamentsabgeordneten und der örtlichen Räte. Über die Wahlen zu berichten, hielt die westdeutsche Presse nicht für notwendig. So uninteressant war es doch nicht: 3% der Wahlberechtigten, 234352 Menschen haben *nicht abgestimmt*. Dazu gehört in Ungarn schon Mut, denn alle, die zur Wahl nicht erscheinen, werden namentlich erfaßt. Weiter haben 114808 Menschen *ungültig* gestimmt, und 0,7% der Wähler, 52238 Wahlteilnehmer haben *gegen* die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt. Insgesamt haben 401398 Wahlberechtigte ihre Ablehnung den Kandidaten gegenüber zum Ausdruck gebracht. Viel mehr konnten sie auch nicht machen: denn obwohl seit den letzten, vor 5 Jahren erfolgten Wahlen die Aufstellung von mehreren Kandidaten möglich ist, können es eben nur Kandidaten der Nationalen Front sein. Die Koalitionsfreiheit ist nicht Teil der ungarischen Verfassung. Unterschätzen soll man diese Möglichkeit trotzdem nicht. Sie zwang vor allem die Kandidaten der örtlichen Räte, sich viel stärker mit den örtlichen Mißständen und Kritiken der Bevölkerung auseinanderzusetzen, als zuvor üblich war. Nach dem 12. Parteitag der USAP im März dieses Jahres wollte die Bourgeoisie eine ausdrückliche Bestätigung ihrer eingeschlagenen Linie der weiteren formellen Restauration des Kapitalismus erhalten. Eine beachtliche Zahl von Wählern hat dies verweigert.

CSSR: Haftbedingungen für politische Gefangene verschärft

z.anb. Gegen drei im Lager Hermanice bei Ostrava inhaftierte führende Mitglieder der „Charta 77" sind letzte Woche die Haftbedingungen verschärft worden – der Schriftsteller Vaclav Havel, im Herbst wegen „Wühltätigkeit" zu 4½ Jahren Lagerhaft verurteilt, darf kein Papier und Schreibgerät mehr bei sich haben und keine Lebensmittelpakete annehmen. Einerseits verschärfte Unterdrückung, andererseits teilweises Einlenken – das ist die Taktik der revisionistischen Staatsmacht, um die ohne klares politisches Programm in Einzelprotesten opponierende liberale Intelligenz zu zermürben. Teile des Führungskaders der KPTsch sind gegen den harten Kurs, sie sind es auch, die zur Lösung der prekären Wirtschaftslage gern Experten aus der Zeit vor 1968 rehabilitiert sähen.

Giscard-Regierung schließt gewaltsam Gewerkschaftsradios

z.inl.Paris. Am Morgen des 4.6. stürmte Bereitschaftspolizei das Bürgermeisteramt von Auby und beschlagnahmte das dort von der Gewerkschaft CGT eingerichtete „Radio Quinquin". Die 80 m hohe Antenne wurde demontiert. Am Abend desselben Tages verwüstete die Polizei in Nancy das Gewerkschaftshaus, in dem der Sender „Lorraine Coeur d'Acier" arbeitete. Neun Gewerkschafter wurden verhaftet, am 12.6. mußten sie auf Druck der Massen vorläufig freigelassen werden. Bei „Radio La Fleur" in Amiens kam der Staatsapparat zu spät, das Material konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. – Vor allem in den

Lohngruppen, Lohnformen in der Sowjetunion

Lohn- und Reproduktionsverhältnisse der sowjetischen Arbeiterklasse (IV)

z.krk. Der Durchschnittslohn für alle Arbeiter in der SU betrug 1978 160 Rb, für die Industriearbeiter 176 Rb. Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn beträgt 70 Rb. In der ersten Folge dieser Untersuchung haben wir bereits darauf hingewiesen, daß es einen beachtlichen Unterschied gibt zwischen den Löhnen der Frauen und der Männer; daß die Wirtschaftszweige mit hoher Frauenbeschäftigung insgesamt einen niedrigeren Durchschnittslohn aufweisen; und daß die Frauen in ihrer Mehrheit in den niedrigen Lohngruppen eingestuft sind. Es ist ein wahrhaft buntes, von zahlreichen, kaum übersehbaren Faktoren bestimmtes Gebilde, was sich hinter der Angabe „Durchschnittslohn" in der Sowjetunion verbirgt.

Für die Mehrheit der sowjetischen Arbeiter gilt eine sechsstufige Lohntabelle, wobei die Stufen je nach Branche verschieden sind. 1972 wurden 74% der Arbeiter nach diesem, vom Staatlichen Komitee des Ministerrates für Arbeit und Löhne sowie dem Zentralrat der Gewerkschaften ausgearbeiteten Lohntabellen entlohnt. In der Schwarzmetallurgie gibt es noch zwei höhere Lohngruppen, die besonders schwere Arbeitsbedingungen berücksichtigen. Angestellte werden nach

Durchschnittslöhne in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft (in Rubel)

	1940	1970	1978
Volksw.insges.	33,1	122,0	160
Industriearb.	34,1	130,6	176,0
Verkehr	34,8	136,7	191,0
Bauwirtsch.	36,3	149,9	191,0
Handel	25,0	95,1	125,0
Dienstl.	26,1	94,5	123,5
Gesundh.w.	25,5	92,0	115,5
Verwaltg.	39,0	123,2	144,0

Quelle: Narodnaja Chozjaistwo SSSR, 1978

zwei Gehaltstabellen entlohnt, die eine gilt für Angestellte in der Schwerindustrie, in der Bauwirtschaft und im Transportwesen, die andere für Angestellte in der Leichtindustrie und der Landwirtschaft. Sonderreglungen gelten für hochqualifiziertes Fachpersonal ab mittlerer Spezialausbildung und leitende Angestellte. Nach unten hin existiert eine besonders entrechtete Gruppe von Arbeitern, die nicht nach Tarif bezahlt werden, das sind Lehrlinge und „jüngeres, untergeordnetes Dienstpersonal". 1969 waren das 6% aller Arbeiter und Angestellten.

Die Lohnhöhe ist zuerstmal sehr stark nach Branchen differenziert.

Wie man den Angaben der obigen Tabelle entnehmen kann, sind die Unterschiede im Verlauf der Jahre immer größer geworden. Noch größer sind die Unterschiede wenn die Lohngruppen innerhalb der einzelnen Branchen berücksichtigt werden. Es war die beabsichtigte Politik der neuen Bourgeoisie ab ihrer Machtübernahme, die Intensivierung der Arbeit über eine starke Lohndifferenzierung durchzusetzen.

Nach Angaben des 1976 erschienenen Buches „Arbeit und Arbeitslohn in der UdSSR" betragen die Mindestlöhne in der Schwerindustrie zwischen 46 und 76 Rb, im Bauwesen 56 Rb und in der Leicht- und Lebensmittelindustrie 45–51 Rb. Obwohl der gesetzliche Mindestlohn 70 Rb betragen soll, liegen fast alle Mindestlöhne darunter. Erklären kann man sich das nur so, daß es offensichtlich kaum einen Menschen gibt, der den Tarif allein als Lohn ausgezahlt bekommt. 1965, nach der letzten großen Reform des Tarifsystems, betrug der Anteil des Tariflohns am Effektivlohn bei den Stücklöhnern der Schwarzmetallurgie 75%, bei den Zeitlöhnern 88%, in der chemischen Industrie 73 bzw. 85%.

Die Höhe des ausgezahlten Lohnes in den verschiedenen Lohngruppen wird so bestimmt: zentral wird der Basissatz, die Lohngruppe 1, festgelegt, alsdann werden Koeffizienten für die weiteren Lohngruppen bestimmt, mit denen der Basissatz multipliziert werden muß:

Lohngruppenkoeffizienten in der Maschinenbauindustrie

Lg 1	2	3	4	5	6
1,00	1,09	1,20	1,33	1,50	1,71

Die Mehrheit der sowjetischen Arbeiter ist in den Lohngruppen 2, 3 und 4 eingestuft, wobei eine langsame Bewegung nach oben zu beobachten ist: die Belegung der Lohngruppe 1 nimmt etwas stärker ab, die Belegung von 2 nimmt etwas langsamer ebenfalls ab. Lohngruppe 3 ist etwa gleichbleibend, 4 und 5 steigen an, die Lohngruppe 6 etwas schwächer ebenfalls.

Wie wird eine Lohngruppe bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Lohngruppe festgelegt? „In Abhängigkeit von der Kompliziertheit des Arbeitsgebietes, Grad der präzisen und sauberen Bearbeitung des Gegenstandes, Schwierigkeit und Zahl der bedienten Instrumente, Charakter ihrer Arbeitsweise, Vorhandensein oder Fehlen von Leitungsfunktionen über andere Arbeiter, Selbständigkeit und Verantwortung im Arbeitsprozess, Qualität des hergestellten Produkts, dessen Zusammensetzung, Vielseitigkeit und Wiederholung der Operationen, usw." Wie diese Bestimmung zeigt, haben die Betriebe einen ziemlich großen Spielraum in der Einstufung: haben die Lohnfonds des Betriebes (wegen Zugehörigkeit zu einer nicht geförderten Branche oder niedriger Planerfüllung) Ebbe, so werden die Arbeiter eher in untere Lohngruppen eingestuft. Häufiger klagen die Betriebsleiter über die entgegengesetzte Erscheinung: da Mangel an qualifizierten Facharbeitern herrscht, ist die Konkurrenz unter den Betrieben für Arbeitskräfte scharf, daher sei es garnicht möglich, die unteren Lohngruppen zu füllen, oder man sei selbst bei Einstufung in niedrige Gruppen gezwungen, weit über den vorgeschriebenen Lohn zu zahlen, da sonst die Arbeiter dem Betrieb wegliefen. Die Entwicklung der SU zur sozialimperialistischen Supermacht machte mit der Rüstung zusammen die besondere Förderung des Maschinenbaus und der Schwerindustrie notwendig. Dies schuf eine günstige Lage für die dort einsatzfähigen Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt – *eine* Erklärung für die verschiedene Lohnentwicklung in den einzelnen Branchen.

Die wichtigste Lohnform, nach der die sowjetischen Arbeiter bezahlt werden, ist der Stücklohn, der Akkord. Hier hat man die interessante Erscheinung, daß seit der Reform von 1965 der Anteil des reinen Stücklohns laut Statistik abnimmt und der sog. „Prämienzeitlohn" zunimmt: der Anteil der Stücklöhner sank von 77,2% auf 60,5%, der der Zeitlöhner stieg dagegen von 22,8 auf 39,5%. Nicht etwa, daß die Bourgeoisie auf die Vorteile des Akkordlohns verzichten würde. Der „Prämienzeitlohn" sieht z.B. im Automobilwerk an der Wolga so aus: „Alle Arbeiter erhielten genormte Aufgaben, für deren Erfüllung sie eine zusätzliche Entlohnung in der Höhe von 40% des Tarifsatzes erhalten ... Bei Erfüllung der genormten Aufgaben erfolgt die Entlohnung nach erhöhten Tarifsätzen, bei Nichterfüllung nach gesunkenen."

Murmansk, Sibirien und im Fernen Osten bis zu 50%. Keine Gebietszulage wird gezahlt in den zentralen, südlichen und westlichen Gebieten des europäischen Teils der SU. Die Jahresendprämie entspricht etwa dem 13. Monatsgehalt und wird nach Betriebszugehörigkeit gestaffelt. Gezahlt werden meist 2 bis 3 Wochenlöhne.

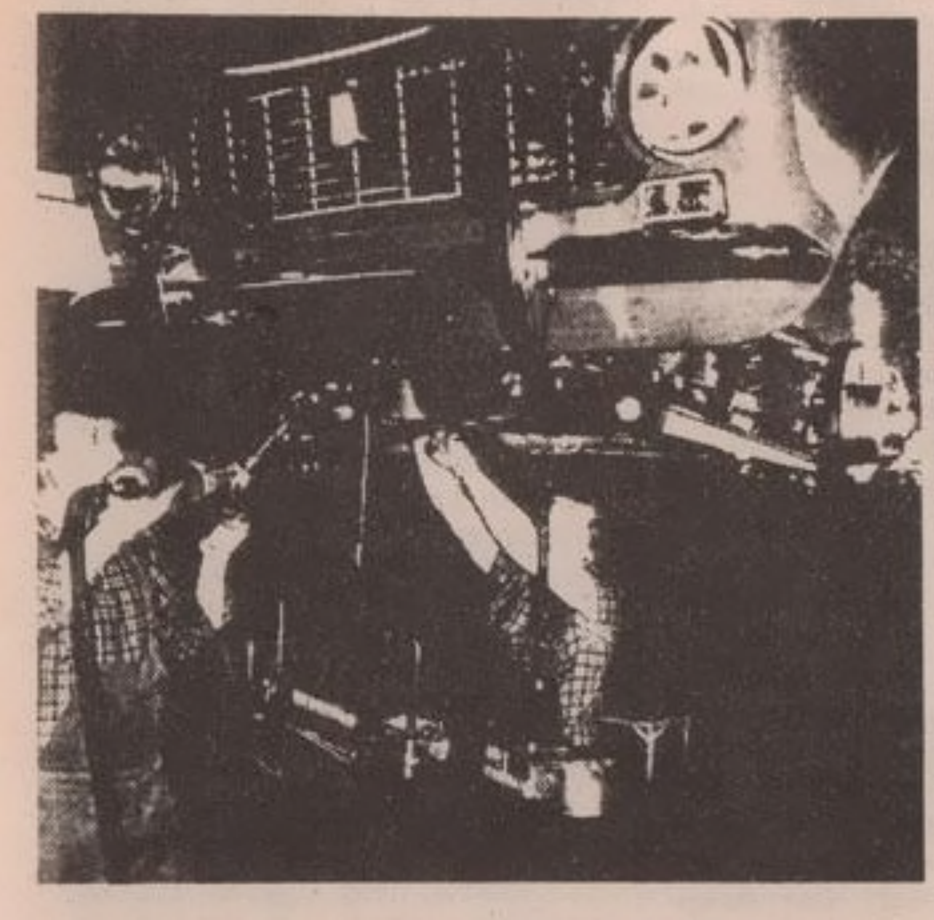
Die Vielzahl der einzelbetrieblichen Formen des Akkordlohns, die zig verschiedenen Prämien bieten des sowjetischen Arbeitern unter den Bedingun-

Belegung der einzelnen Lohngruppen (in %)

Gesamte Industrie						
Jahr	1	2	3	4	5	6
1962	14,3	23,4	29,1	18,7	10,3	3,2
1972	7,7	20,4	28,4	22,5	15,3	5,7
Maschinenbau						
1962	22,5	28,9	24,2	15,4	7,3	1,7
1972	10,3	25,5	26,1	19,8	13,8	4,5

Auf den Tariflohn werden noch eine fast unübersehbare Zahl von Prämien und Zulagen gezahlt. Zusätzliche Zahlungen aus den Lohnfonds (wie oben), Zahlungen aus den Prämienfonds, einmalige Prämien, Jahresendprämie, Gebietszuschläge, Erschwerniszulage, usw. Die Gebietszulage kann den Lohn bis zu 70% erhöhen, wenn der Arbeiter im hohen Norden beschäftigt ist, in

gen des Mangels an qualifizierten Facharbeitern eine verhältnismäßig große Möglichkeit zur individuellen Verbesserung ihrer Lage über den Wechsel des Arbeitsplatzes. Um diesen Zustand aufzuheben, ist die sowjetische Bourgeoisie bemüht, die Rolle des Tarifs zu stärken. Gleichzeitig enthält der Tarif selbst immer mehr Elemente des Prämienlohns.





Montageband der Wolga-Automobilwerke / Schwere Hilfsarbeiten werden von Frauen in unteren Lohngruppen verrichtet

„Nach der Regenzeit wird die Lage noch besser sein für uns und noch schlechter für den Feind"

z.mam. Der Generalstab der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea hat zusätzliche Festlegungen für den Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Aggressoren während der Regenzeit getroffen.

In der Einschätzung der Lage des Feindes in der Zeit von Ende April bis Ende Mai (Beginn der Regenzeit) wird festgehalten: „1. Die vietnamesischen Soldaten sind in ständiger Unruhe und Unsicherheit, 2. ihre Positionen sind eingekreist und werden belagert, 3. ihre Transport- und Kommunikationswege werden laufend angegriffen und unterbrochen. Die vietnamesischen Truppen wagen sich kaum noch aus ihren Stellungen heraus, um Angriffe durchzuführen; sie sind darangegagen, durch Verminung, Umzäunung und Grabenziehen ihre Lager vor den Angriffen der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der Guerilla-Einheiten zu schützen. Durch die Unterbrechung der Kommunikationswege bekommen sie den Mangel an Lebensmitteln hart zu spüren, hauptsächlich in den abgelegenen Ortschaften sind sie gezwungen, sich mit Wurzeln und wildwachsenden Pflanzen zu ernähren. Es wurden bereits Fälle von Hungertoten gemeldet. Damit hat ihre Schlagkraft noch weiter abgenommen, dazu kommt, daß ebenfalls der Nachschub an Munition und Ersatztruppen schwieriger geworden ist als während der Trockenzeit."

Da es seit Mitte Mai ständig regnet, können sich hauptsächlich in den Wald- und Berggebieten Krankheiten wie Sumpffieber und Typhus schnell ausbreiten und schwächen die Aggressionstruppen erheblich. Damit nimmt auch die Moral der vietnamesischen Truppen weiter ab, die Zahl der Desertationen einzelner Soldaten und ganzer Einheiten hat mittlerweile Bataillonsstärke erreicht.

Für die Dauer der Regenzeit wurder von der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea als die drei wichtigsten Aufgaben des Guerilla Kampfes genannt: „a) Die Kommunikationswege des Feindes unterbrecher (Brücken sprengen, Straßen und Wege sperren, überall Fallen stellen und die traditionellen Waffen einsetzen); b den Einsatz traditioneller Waffen zu intensivieren und diese Systeme weiterzuentwickeln – die tradionellen Waffen müssen als wichtigste strategische Waffe angesehen und eingesetzt werden; c) alle strategisch wichtigen Orte müssen vermint werden (rund um die feindlichen Stellungen und Kommunikationswege), hauptsächlich mit Geräten und Material aus eigener Herstellung."

„Die Kämpfer der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea und der Guerilla-Einheiten müssen sich in den entfernten Ortschaften und in den Wald- und Berggebieten zu kleinen Gruppen organisieren, sie müssen die Umgebung ihres Lagers genau kennen und sich gut einprägen, um Überfälle auf die feindlichen Truppen gut vorbereiten und sich schnell zurückziehen zu können. Die Schlagkraft jeder einzelnen Kampfgruppe erhöht sich, wenn sie nach den Prinzipien: Wendigkeit, Verschwiegenheit, hohe Mobilität und Scharfsinnigkeit vorgeht."

Während der Regenzeit soll die schwere Artillerie zum Einsatz kommen, um die Aggressionstruppen, die sich in ihren Lagern verschanzt haben, durch häufige unerwartete Bombardierungen weiter zu demoralisieren und in einen Zustand ständiger Unsicherheit zu versetzen und gleichzeitig so viele zu vernichten wie nur möglich, unter dem größtmöglichen Schutz der eigenen Kräfte. „So wird die Schlagkraft ... gestärkt und wir können uns vornehmen, 50000 feindliche Soldaten im Verlauf der Regenzeit 1980 zu vernichten."

Kämpfen der Stahlarbeiter gegen Betriebsstillegungen im letzten Jahr sind zahlreiche Gewerkschaftsradios entstanden. Teilweise sendeten sie, wie „Radio Quinquin", schon über ein Jahr für die Regionen im Norden Frankreichs. Jetzt versucht die Giscard-Regierung, das Rundfunkmonopol des Staates mit Gewalt durchzusetzen. Die Präsidentschaftswahlen 1981 rücken näher, und die CGT ist in der Lage, mit mehreren Dutzend Sendern die Verständigung der Arbeiterbewegung auf ihre eigenen Ziele zu erleichtern. Neben der nackten Unterdrückung beginnt die Bourgeoisie mit dem Aufbau von Regionalsendern; der erste wurde, nicht zufällig, im Norden eröffnet.

Britisches Unterhaus lehnt Streichung des „Sus"-Law ab

z.elf.London. Mit 283 gegen 228 Stimmen hat das britische Unterhaus einen Antrag auf sofortige Streichung des „Sus"-Law vorerst abgelehnt. Das Gesetz ist Teil des „Vagrancy Act" aus dem Jahre 1824 (Gesetz gegen das Vagabundentum). Massenhafte Zerstörung der ländlichen Haus- und Kleinindustrie durch das Kapital trieb damals die Arbeiter in die Städte, wo sie häufig ohne Obdach und Arbeit blieben. Das „Sus"-Law ermöglicht es der Polizei, von der Straße weg Personen festzunehmen „wegen des Verdachtes des Herumstreunens mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen". Die britische Polizei hat sich vor allem bei den jungen Arbeitern und Arbeitslosen, viele darunter Schwarze, in London und den Industriegroßstädten Manchester und Liverpool durch die Anwendung dieses Gesetzes verhaßt gemacht. Im April hat sie dies in Straßenkämpfen in Bristol sehr deutlich zu spüren bekommen. Aufgrund der breiten Bewegung zur Abschaffung des Gesetzes konnte sich das Unterhaus der Debatte über dieses Gesetz nicht mehr entziehen. Teile der bürgerlichen Parteien versuchen nun, das Gesetz als verstaubtes Überbleibsel längst vergangener Zeiten hinzustellen. Ihr Ziel ist aber das genaue Gegenteil einer Entschärfung des Gesetzes: Schon seit längerem wird im Innenministerium die Einführung der bisher nicht geltenden Personalausweispflicht diskutiert. In diese Richtung gehen auch die Äußerungen Innenminister Whitelaws im Unterhaus: eine Streichung des Gesetzes führe zu einer „Lücke im Kriminalrecht", die erst durch ein „modernes Gesetz" geschlossen werden müsse.

Portugiesischer Revolutionsrat hebt Zigeunergesetz auf

z.mif. Der portugiesische Revolutionsrat hat am 20. Mai das „Gesetz über die polizeiwidrige Behandlung von Zigeunern" aus dem Jahre 1920 für verfassungswidrig erklärt, unter Berufung auf Paragraph 13 der Verfassung, der rassistische Diskriminierung untersagt. Das Gesetz machte es zur Aufgabe der portugiesischen Nationalgarde, „strenge Wachsamkeit über die Zigeunerbevölkerung zur Unterdrückung der von ihr gewohnheitsmäßig geübten Diebstahls walten zu lassen." Kraft Gesetz wurde jeder Roma, der eines Verbrechens beschuldigt wurde, in Untersuchungshaft geworfen. – Die ersten Roma kamen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nach Portugal. Die portugiesische Feudalklasse erließ erstmals 1526 ein Einwanderungsverbot für Roma. Teilweise haben die portugiesischen Kolonialherren Roma zwangsweise in die Kolonie Angola verschifft. Heute leben etwa 92000 Roma in Portugal, die meisten im Alentejo. „Versuche der Behörden, sie in die Gesellschaft zu integrieren durch Seßhaftmachung, Schulbesuch, Gesetzestreue ... scheinen wenig bewirkt zu haben", schreibt ein britischer Portugalforscher 1979. Die Roma kämpfen in vielen Ländern gegen die Unterdrückung ihrer Nation. Im März letzten Jahres hat der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die Romani-Union/-ROJ als beratendes Mitglied aufgenommen.

Arbeitserlaubnispflicht für Ausländer in Papua-Neuguinea

z.sta. Die Regierung Papua-Neuguineas hat Richtlinien erlassen, nach denen künftig alle Ausländer einer Arbeitserlaubnispflicht unterliegen. Damit setzt die neue Regierung mit Premierminister Julius Chan den Kurs der Regierung Somare fort, der seit 1975 – seit dem Beginn der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas – Premierminister war. Diese hatte im August 1979 begonnen, alle ausländischen Arbeiter auch diejenigen, die vor 1972 ins Lanc kamen, zu registrieren. Dieser Schrit sollte die Beschränkung der Einstel lung von Ausländern vorbereiten. Bi 1972 gab es überhaupt keine Regelun gen für die Beschäftigung von Auslän dern in Papua-Neuguinea. Das sei 1972 gültige Gesetz legt eine Reihe vor Berufen fest, in denen Ausländer nu mit ausdrücklicher Genehmigung de Wirtschaftsministeriums eingestell werden dürfen. In den Richtlinien, di Ende Juni in Kraft treten sollen, wirc für jedes Unternehmen und jede Insti tution eine bestimmte Anzahl von Po sitionen festgelegt, in denen Ausländ beschäftigt werden dürfen, was dar über hinaus geht, bedarf einer Arbeits erlaubnis. Gleichzeitig sollen die An strengungen für eine effektivere Aus bildung der Papua-Neuguineer von sei ten der Unternehmen und der Regie rung verstärkt werden. Die ausländi schen Arbeitskräfte stellen einen gro ßen Teil der Facharbeiter und leitende Angestelltenpositionen, in denen sie mindestens das 5–6fache eines durch schnittlichen Arbeiterlohnes verdie nen. 1977 waren 12% der Beschäftig ten im öffentlichen Dienst Ausländer.







Rund 60 Jahre nach der Gründung der ersten örtlichen Arbeiterunterstützungsvereine schließen sich 1906 in Mailand zahlreiche Einzelgewerkschaften und „Arbeitskammern", in denen vor allem das Landproletariat organisiert ist, zum Gewerkschaftsbund CGdL zusammen. Rund die Hälfte der Mitglieder sind Landarbeiter. – Hafenarbeiterstreik in Genua im April 1915. – 1920. Die CGdL verdoppelt in einem Jahr ihre Mitgliederzahl auf 1,7 Millionen. Im Sommer entwickelt sich aus einem Lohnkampf eine revolutionäre Massenstreikbewegung. Die Arbeiter besetzen die Fabriken und führen die Produktion weiter. Nach drei Wochen brechen die Reformisten die Fabrikbesetzungen ohne Ergebnis ab. Die Bourgeoisie geht mit dem Faschismus zur Gegenoffensive über.

Gewerkschaftseinheit ist nur auf dem Boden des Klassenkampfes möglich

z.ulg.Rom. In ihrer über hundertjährigen Geschichte hat die italienische Arbeiterbewegung nur vier Jahre lang über eine einheitliche Klassenorganisation verfügt. Die 1944 gegründete Einheitsgewerkschaft CGIL wurde bereits 1948 durch die bürgerlichen Parteien wieder gespalten.

Die ersten Gewerkschaften entstanden in Italien Mitte des 19. Jahrhunderts aus den „Vereinen für gegenseitige Unterstützung", denen vor allem, aber nicht nur Arbeiter angehörten. Während der nationalbürgerlichen Revolution von 1848 schließen die Turiner Druckarbeiter mit den örtlichen Druckkapitalisten einen später mehrfach erneuerten Tarifvertrag ab. Wiederum die Druckarbeiter gründen 1872 die erste gesamtstaatliche Einzelgewerkschaft. Kurz darauf entstehen die ersten „Widerstandsligen" der Landarbeiter. Bis weit über den 1. Weltkrieg hinaus stellt das Landproletariat den zahlenmäßig bedeutendsten und kämpferischsten Teil der Arbeiterklasse dar. Bis heute verfügt es über den weitaus höchsten Organisationsgrad. Zu Sammelzentren der meist nicht ständig bei einem Agrarier beschäftigten Landarbeiter entwickeln sich die seit 1891 zunächst zur Arbeitsvermittlung gegründeten und territorial organisierten Arbeitskammern

1906 gründen zahlreiche Einzelgewerkschaften und Arbeiterkammern den ersten italienischen Gewerkschaftsbund, die CGdL. Doch von Anfang an sind nicht alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem Bund angeschlossen. Ebenfalls 1906 beginnt die katholische Kirche mit dem Aufbau eigener Arbeiterverbände, die sich zunächst vor allem auf das ländliche Halbproletariat (Kleinpächter) stützen. 1912 spaltet sich zudem nach dem Fehlschlag eines von der reformistischen Führung der CGdL halbherzig betriebenen Generalstreiks gegen den Kolonialkrieg in Libyen etwa ein Viertel der Organisation unter anarchosyndikalistischer Führung ab und bildet einen eigenen Verband. 1918 schließen sich auch die katholischen Gewerkschaften zu einer Zentrale, der CIL, zusammen. Nach der Niederlage der revolutionären Massenstreikbewegung 1920 beginnt die Bourgeoisie ihre Gegenoffensive mit „Strafexpeditionen" der Faschisten gegen die ländlichen Arbeitskammern. Nachdem die Faschisten alle gewerkschaftlichen Rechte beseitigt haben, lösen sich die Gewerkschaftsbünde 1926/27 offiziell oder jedenfalls faktisch auf.

Noch während des Krieges vereinbaren im Juni 1944 kommunistische, sozialistische und christdemokratische Gewerkschafter mit dem „Pakt von Rom" die Gründung einer Einheitsgewerkschaft, der CGIL. Die leitenden Funktionen werden nach Parteiproporz besetzt, die Delegierten zu den Gewerkschaftstagen nach Listenwahl bestimmt. 1947 hat die CGIL bereits 5,8 Mio. Mitglieder. Bei den Delegiertenwahlen in diesem Jahr erhält die Liste der PCI 57%, die der PSI 23% und die der DC 13% der Stimmen. Der Rest entfällt auf kleinere Parteien. Gegründet durch eine Übereinkunft der Parteien der antifaschistischen Einheitsfront, ist die Existenz der CGIL gefährdet, sobald 1947 diese Einheitsfront endgültig zerbricht. Die Organisationsstruktur nach Fraktionen erschwert die Einigung der Arbeiter unterschiedlicher politischer Richtung über die gemeinsamen Klasseninteressen. Zudem betreibt die CGIL eine extrem zentralisierte Tarifpolitik: Bis 1954 werden die Tariflöhne für alle Branchen einheitlich festgelegt. Im Sommer 1948 verlassen zunächst die Christdemokraten – nach langer Vorbereitung durch US-Imperialisten und Vatikan – die CGIL, ein Jahr später auch die Sozialdemokraten und Republikaner. In der CGIL bleiben nur Kommunisten und Sozialisten. Die katholischen Gewerkschafter gründen 1950 die CISL, die laizistischen bürgerlichen Parteien die UIL. (Seit der gescheiterten Vereinigung von PSI und PSDI in den 60er Jahren stellt die PSI die stärkste Fraktion in der UIL.)

In den 50er Jahren versuchen die Kapitalisten, die CGIL, in der nach wie vor die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vereinigt ist, mit allen Mitteln zu schwächen. Tausende revolutionärer Arbeiter werden entlassen. CISL und UIL schließen separate Tarifverträge ab. Die Kapitalisten nutzen die Gewerkschaftsspaltung zu unentwegten Lohnsenkungen. Seit Beginn der 60er Jahre gehen zunächst die Metallarbeitergewerkschaften, anfangs gegen heftigen Widerstand der Leitungen von CISL und UIL, immer häufiger gemeinsam vor. Wachsende Teile der CISL, deren Funktionärskörper bis heute großenteils der DC angehört, entwickeln eine kämpferischere Politik.
tik.

Seit der revisionistischen Entartung der PCI stehen alle drei Gewerkschaftsbünde unter bürgerlicher Führung. Nur indem sich die Arbeiter in den Betrieben – selbständig gegenüber allen bürgerlichen Parteiströmungen – über ihre Forderungen einigen, kann die Gewerkschaftseinheit erkämpft werden. Mit der Streikbewegung 1968/69 werden diese Bedingungen zum Teil geschaffen. Die Arbeiter beginnen, unabhängig von der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Richtungsgewerkschaft Vertrauensleute zu wählen. Die so gebildeten Fabrikräte sollen die Grundlage einer neuen Einheitsgewerkschaft bilden. Die Gewerkschaftsführungen müssen die Fabrikräte als Grundorganisationen anerkennen und eine feste Aktionseinheit der drei Gewerkschaftsbünde bilden. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer können sich dem Druck auf Einheit zunächst nicht mehr mit dem Argument, eine Einheitsgewerkschaft würde durch die PCI majorisiert, entziehen. Im Februar 1971 beschließen die Generalräte der drei Bünde, bis März 1973 die Einheitsgewerkschaft zu gründen.

Aber die ursprüngliche Wucht der Streikbewegung, die nie zu einem einheitlichen Aktionsprogramm gelangt, läßt nach. Die kleineren Gewerkschaftsbünde setzen sich von den übernommenen Verpflichtungen wieder ab. Übrig bleibt eine lockere „Föderation" der Gewerkschaftsbünde mit paritätisch besetzten Organen. Die 1978, als alle in der Gewerkschaftsbewegung vertretenen bürgerlichen Parteien erstmals in einer Regierungsmehrheit vereinigt waren, beschlossene klassenversöhnlerische „EUR-Linie" hat inzwischen selbst die 1969 erkämpfte Aktionseinheit in Gefahr gebracht. Für diesen Mittwoch hat die Postgewerkschaft der CGIL – u.W. zum ersten Mal seit zehn Jahren – allein zu einem nationalen Streik aufrufen müssen.

Italien: Einheit im Lohnkampf ist grundlegend

Bürgerliche „EUR-Linie" setzt Ergebnisse jahrelanger Kämpfe aufs Spiel

z.ulg.Rom. Mehr als 7,2 Millionen Lohnabhängige waren 1979 in den drei italienischen Gewerkschaftsbünden CGIL, CISL und UIL organisiert. Hinzu kamen noch rund 1,5 Mio. Rentner, die in gesonderten Verbänden, aber im Rahmen der Gewerkschaftsbünde zusammengeschlossen sind. Fast genau jeder zweite beschäftigte Lohnabhängige gehört damit heute einer Gewerkschaft an, 1968 war es nicht einmal jeder dritte. Der gewaltige relative und absolute Anstieg der Mitgliederzahlen ist ein Ergebnis der großen Streikkämpfe, die die italienische Arbeiterklasse im vergangenen Jahrzehnt (vor allem bis 1975; seitdem stagniert auch der Organisationsgrad) geführt hat. Wie an der Streikstatistik abzulesen ist, lag nicht nur die Zahl der Streikstunden höher als früher. Es sind auch viel mehr Lohnabhängige in die wirtschaftlichen Kämpfe einbezogen worden.

Im Kampf gegen das wahre Elendsniveau, auf das die italienischen Imperialisten den Lohnstandard jahrzehntelang hatten drücken können, haben die Arbeiter einige Erfolge erzielt. Die effektiven Bruttolöhne der Industriearbeiter sind von 1970 bis 1979 – bereinigt um die offizielle Inflationsrate – um 40% gestiegen. Davon entfallen allein 34% auf die Jahre bis 1975. Im „heißen Herbst" 1969 setzten die Gewerkschaften die schrittweise Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden bis 1972 durch. Bis dahin lag sie durchweg bei 43 Stunden und mehr, in der Metallindustrie z.B. bei 44,5 Stunden. Und die gegenüber der 48-Stunden-Woche erkämpften Arbeitszeitverkürzungen standen großenteils in doppelter Hinsicht nur auf dem Papier: Oft wurde die Verkürzung der effektiven Normalarbeitszeit durch zusätzliche Urlaubstage „ersetzt", und, die Überstunden eingerechnet, wurde in vielen Betrieben regelmäßig über 50 Stunden in der Woche gearbeitet.

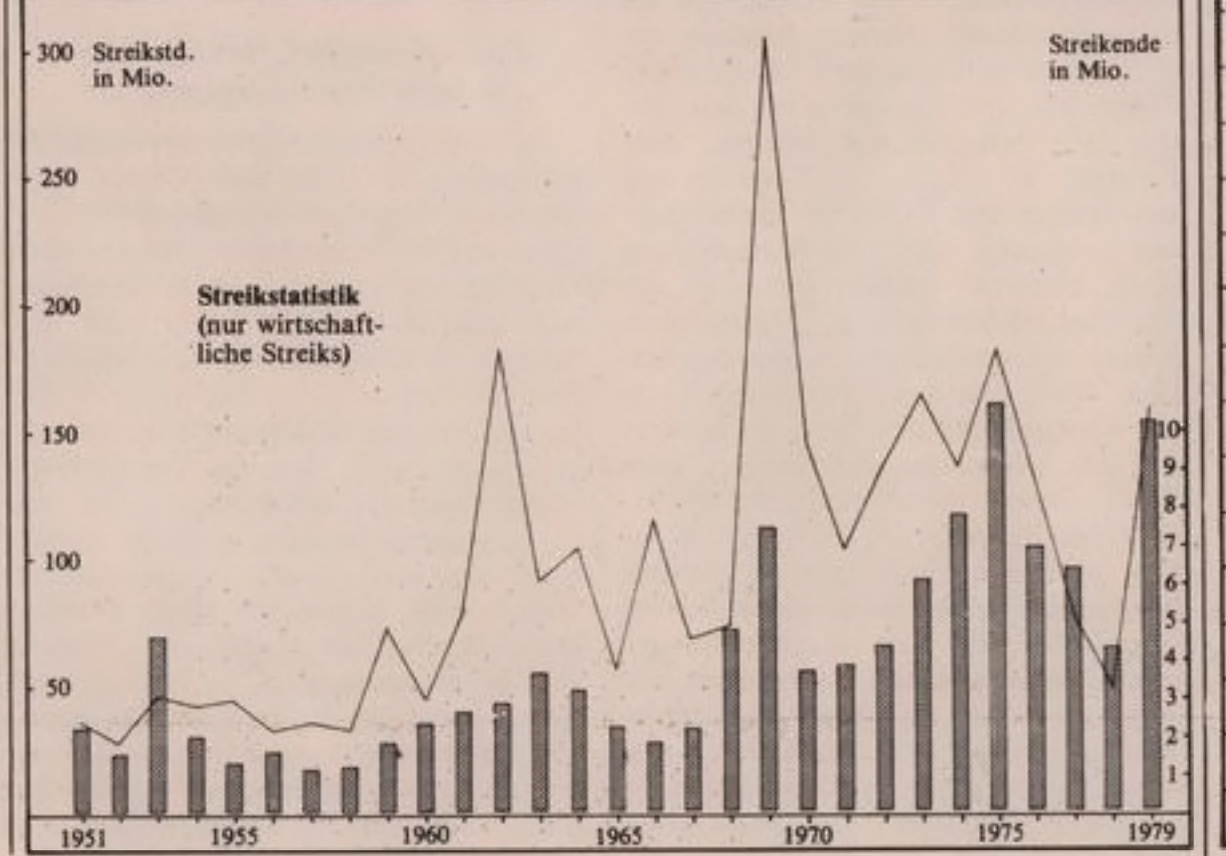
Die italienischen Arbeiter haben in erbitterten Streikkämpfen eine gewisse Annäherung an den westeuropäischen Durchschnittsstandard für Lohn und Arbeitszeit durchsetzen können. Die Kluft zwischen den elementarsten Reproduktionsbedürfnissen der Arbeitskraft und den tatsächlichen Reproduktionsbedingungen konnte nicht geschlossen werden. Im Gegenteil: der rasche Anstieg des Anteils der lohnabhängigen Frauen an der Arbeiterarmee und der gleichzeitige steile Rückgang der Geburtenziffern in den letzten Jahren sprechen eine deutliche Sprache.

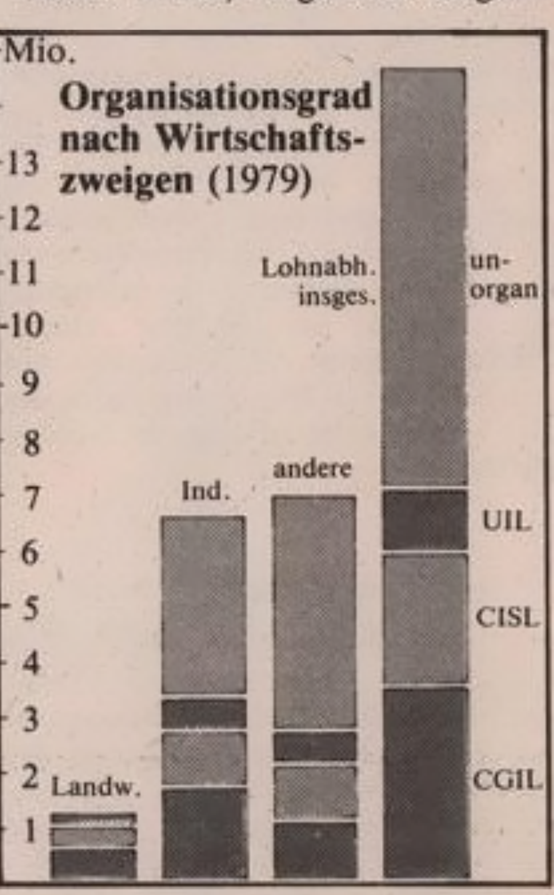
Neben den – gewöhnlich für drei Jahre geschlossenen – nationalen Tarifverträgen für die einzelnen Branchen gibt es in Italien zahllose betriebliche Zusatztarife, die zwischen den Fabrikräten (in etwa vergleichbar den westdeutschen Vertrauensleutekörpern) und den einzelnen Kapitalisten abgeschlossen werden. Darin werden nicht nur – oft sehr bis ins Einzelne – die Arbeitsbedingungen geregelt, sondern auch übertarifliche Lohnbestandteile festgelegt. Die früher geltende Friedenspflicht während der Laufzeit der einzelnen Tarife ist durch die Streikbewegung 1969 faktisch hinweggefegt worden. Vor allem in den großen und kampfstarken Betrieben haben die Arbeiter mit dem Mittel der Zusatztarife einige Schranken gegen die kapitalistische Rationalisierung errichten können, z.B. durch genaue Festlegung der Maschinenbesetzung, der Bandgeschwindigkeiten, Lärm- und Luftverschmutzungskontrollen, Extrapausen usw. Allgemeine, d.h. gesetzliche Arbeiterschutzbestimmungen kann das nicht ersetzen. Forderungen dazu, z.B. nach allseitiger Beschränkung des Arbeitstags, werden aber von den Gewerkschaften nicht erhoben. Das hat unter anderem dazu geführt, daß heute in der Metallindustrie der Anteil der Schichtarbeiter mit 27,4% höher ist als in allen anderen EG-Ländern. Daß die Kapitalisten stets und lauthals über die „Starrheit der Arbeitskraft" jammern, hat sie nicht gehindert, die Lohnstückkosten seit 1970 in der Industrie insgesamt um real 1,5%, im Fahrzeugbau um 6,3% und in der Chemieindustrie sogar um 26,2% zu senken.

Die Tariflöhne lagen in der Metallindustrie 1977 um 29% unter dem Durchschnitt der Effektivlöhne. Während in vielen Kleinbetrieben – ganz abgesehen von der „Schwarzarbeit" – oft kaum über Tarif gezahlt wird, ist die Lohndrift in den Großbetrieben oft noch weit größer. Das durchschnittliche Lohnniveau in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten lag 1974 nach Angaben des Arbeitsministeriums um 62% über dem in Kleinbetrieben mit weniger als 50 Lohnabhängigen. Die unten abgedruckte Lohnverteilung für die Metallindustrie zeigt, daß den Kapitalisten trotz betrieblicher Zusatztarife auch zum Lohn beträchtlicher Spielraum zur spalterischen Verteilung der Lohnsumme geblieben ist. Ebenso wie in den nationalen Tarifkämpfen hatten die Metallarbeitergewerkschaften auch auf Betriebsebene von 1969 bis 1976 fast ausschließlich Festgeldforderungen aufgestellt. Seit 1977 werden auch die Inflationszuschläge nach der „gleitenden Lohnskala" in Festgeldbeträgen für alle gleich bezahlt. Bereits bei der Hauptmasse der Arbeiter liegen die Effektivlöhne sichtbar weiter auseinander als im Tarif. Vor allem aber liegt effektiv zwischen den Arbeiter- und den Angestelltenlöhnen eine tiefe Kluft, die es tariflich nicht gibt. Die Anfang der 70er Jahre erkämpfte Eingruppierung von Arbeitern und Angestellten in ein einheitliches Lohngruppensystem ist damit praktisch zur Farce gemacht.

Zugleich ist aber der Zusammenschluß aller Arbeiter einer Branche im Kampf um den Lohn durch die Zersplitterung der Betriebstarife außerordentlich erschwert. In den nationalen Tarifauseinandersetzungen alle drei Jahre wird nur über einen ziemlich kleinen Teil der nominalen Lohnerhöhungen entschieden. In der Metallindustrie sind z.B. im letzten Jahr insgesamt (verteilt über die Laufzeit) 43000 Lire durchschnittlich gefordert und durchgesetzt worden. In den großen Autowerken sind jetzt betriebliche Lohnforderungen in etwa der gleichen Höhe aufgestellt. Aber: Allein im letzten Jahr stiegen die Inflationszuschläge um 66892 Lire. Bei gleichbleibender Teuerungsrate würden von der gesamten Nominallohnerhöhung während der Tariflaufzeit 1979–81 mehr als zwei Drittel auf die Inflationszuschläge entfallen. Bei heftiger Teuerung schrumpfen, weil die Inflationszuschläge ja Festgeldbeträge sind, die relativen Lohnunterschiede ziemlich zusammen. Die Gewerkschaftsführung hat das in den letzten Jahren zum Anlaß genommen, in den Tarifkämpfen das direkte Gegenteil von Festgeld zu fordern: für die oberen Lohngruppen auch prozentual mehr als für die unteren. Damit ist dann ungefähr alles nur Erdenkliche getan, um den Zusammenschluß der Arbeiter im dringend nötigen Kampf um den Tariflohn zu hindern und die Lohnforderung selbst gegenüber anderen, „qualitativen" Forderungen (einen Unterschied zwischen Mantel- und Lohntarifen gibt es in Italien nicht) in den Hintergrund zu drängen.

Macht nichts, mögen die bürgerli-











1. Mai 1948 in Rom. Die Gewerkschaftsführer der DC haben zur Nichtbeteiligung an den gewerkschaftlichen Maikundgebungen aufgerufen. Wenige Wochen später spalten die bürgerlichen Parteien die 1944 neugegründete Einheitsgewerkschaft CGIL. – Mit blutigem Terror versucht die Bourgeoisie, die von der CGIL geführten Kämpfe der Bauern und Landarbeiter niederzuschlagen. – ,,Geeint siegt man!" Metallarbeiterdemonstration im Tarifkampf 1969. Die Arbeitereinheit in den Betrieben, wo mit den Fabrikräten einheitliche Vertretungsorgane aufgebaut werden, ist die Grundlage für die Aktionseinheit der Gewerkschaftsbünde. Die geplante Vereinigung scheitert aber. – Demonstration beim Generalstreik am 16.1.80 gegen die Lohnsteuerplünderung.

chen Politiker, die sich in der Führung aller drei Gewerkschaftsbünde festgesetzt haben, sagen: ,,Das grundlegende Ziel, in das sich die spezifischen Forderungen der Gewerkschaft einordnen, ist, einen Prozeß einzuleiten, der mittelfristig zu Vollbeschäftigung führt." So hat es Anfang 1978 eine gemeinsame Delegiertenkonferenz der Gewerkschaftsbünde im EUR-Kongreßpalast in Rom beschlossen. Besonders originell ist die vergebliche Hoffnung, das Kapital werde auf Dauer alle verfügbare Arbeitskraft zwecks Ausbeutung aufkaufen und die Bedingungen dieses Verkaufs würden sich damit gleichsam von selbst verbessern, nun nicht. Die ,,Wende der EUR" besteht denn auch in mehr: in der *ausdrücklichen* Unterordnung der Politik der Gewerkschaften unter die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals. ,,Die Gewerkschaft", heißt es in dem dort verabschiedeten Dokument, einer Art Aktionsprogramm, ,,wird eine Linie voller Kohärenz zwischen ihren wirtschaftlichen und normativen Forderungen und der allgemeinen Strategie einschlagen, in deren Mittelpunkt die Entwicklung der Beschäftigung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Vereinheitlichung des Arbeitsmarkts, die Vertiefung der egalitären Linie stehen". Und weiter: ,,In bezug auf diese Zielsetzungen und Kohärenzen werden die Einzelgewerkschaften bei der Aufstellung ihrer jeweiligen Forderungsplattformen die Forderungen verantwortlich beschränken und die Tariflasten über die Laufzeit der jeweiligen Tarifverträge verteilen."

So sehr sich viele Gewerkschafter und auch ganze Belegschaften gegen diese Sorte ,,Lohnmäßigung" – zum Teil erfolgreich – zur Wehr setzen, die Forderung nach ,,Investitionen im Süden" selbst ist ziemlich populär. Große Streiks sind z.B. im Herbst 1973 in den großen Konzernbetrieben des Nordens durchgeführt worden, um die Kapitalisten zu veranlassen, 100000 neue Arbeitsplätze im Süden zu ,,schaffen".

Die Existenz einer riesigen industriellen Reservearmee im Süden lastet seit Jahrzehnten wie ein Bleigewicht auf den Kämpfen der italienischen Arbeiter. Von 1950 bis 1967 sind in Süditalien 950000 Landarbeiter und Bauern vom Land vertrieben worden. Im gleichen Zeitraum wanderten *je* 850000 süditalienische Arbeitskräfte in den Norden und ins Ausland ab. Insgesamt sind seit 1946 3,1 Millionen Italiener ins Ausland emigriert, die Rückwanderer bereits abgerechnet. Trotz alledem waren im März 1979 in Süditalien 921719 Arbeitslose gemeldet, 22,6% der Erwerbsbevölkerung, 56% aller Arbeitslosen des Landes. Ursprünglich vor allem aus gelegten Bauern gebildet, wird diese Reservearmee heute vor allem in den großen Städten stets von neuem durch Jugendliche aufgefüllt: 61% aller Arbeitslosen waren 1979 unter 24 Jahre alt.

1968/69 haben die Gewerkschaften die Abschaffung der bis dahin bestehenden regionalen Lohnzonen, nach denen ein sardischer oder sizilianischer Arbeiter für die gleiche Arbeit 20% weniger Tariflohn bekam als in Turin oder Mailand, durchgesetzt. An den Streiks dafür beteiligten sich auch die relativ am besten bezahlten Belegschaften der nördlichen Industriezentren. In den etwas größeren Betrieben sind, nach der amtlichen Effektivlohnstatistik zu urteilen, auch die tatsächlichen Lohnunterschiede zwischen den Regionen weitgehend beseitigt worden. Dafür haben die Kapitalisten aus den Arbeitslosen ein Riesenheer von ,,Schwarzarbeitern" rekrutiert, mit denen sie die erkämpften Mindestbedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft zu unterhöhlen suchen (vgl. nebenstehenden Artikel).

Zusammenschluß mit den proletarisierten Massen des Südens ist in der Tat ein dringendes Bedürfnis der italienischen Arbeiterbewegung, auch deshalb, weil die Reaktion sich dort eine Reserve der Konterrevolution zu schaffen sucht. Seit dem Kampf gegen die Lohnzonen, der auch von den breiten Volksmassen des Südens unterstützt wurde, haben die Gewerkschaften dabei Fortschritte gemacht. Zum ersten Mal konnten in Süditalien richtige Industriegewerkschaften aufgebaut werden. Die Mitgliederzahl der Metallarbeitergewerkschaft der CGIL stieg dort z.B. in zehn Jahren von 19000 auf 64000, die der Chemiearbeitergewerkschaft von 10000 auf 38000. Ein Großteil davon arbeitet in den wenigen Großbetrieben, die fast ausschließlich mit staatsmonopolistischem Kapital – ohne jeden Zusammenhang mit der Produktion der Region, vor allem der Landwirtschaft also – aus dem Boden gestampft worden sind. Das private Kapital zieht weiterhin vor, im Norden mit seinen besseren Verkehrsverbindungen und seiner industriell erfahrenen Arbeiterarmee höheren Profit zu machen. Daß die imperialistische Bourgeoisie ganze Landesteile verrotten läßt, ist ein Grund mehr, sie zu stürzen. Ein Grund, die Verwandlung von Lohn in Extramehrwert zu dulden, gar zu ,,fordern", ist es wirklich nicht.

Schwarzarbeit in Neapel

Vorherrschend Frauen- und Kinderarbeit / Lohn weit unter Tarif

z.ans.Rom. Eine Einzimmerwohnung zu ebener Erde, die einzige Öffnung ist die Tür zur engen, düsteren Gasse der neapolitanischen Altstadt hin. In diesem einzigen Raum wird geschlafen, gekocht, sich gewaschen, vor allem aber geschafft, ohne Feiertag, ohne Ferien. Die ganze Familie ist einbezogen, atmet tagtäglich den Materialstaub und die giftigen Dämpfe des Lederklebstoffs ein. Die Maschine beherrscht den Raum, Arbeitsmaterial ist überall verstreut. Ein anderes typisches Bild der den Volksmassen von Neapel massenweis aufgepreßten Schwarzarbeit: Eine ehemalige Garage, umgebaut zur ,,heimlichen Fabrik", ein einziger Ausgang, keine Fenster, nicht ausreichend fließend Wasser, kaum Licht, kaum Luft, kein Raum zum Essen – auf engstem Raum zusammengepreßt arbeiten 20 Arbeiter.

Unter diese elendsten Ausbeutungsbedingungen haben die neapolitanischen Schuh-, Leder- und Bekleidungskapitalisten verstärkt in den letzten Jahren einen wachsenden Teil der industriellen Reservearmee Neapels gezwungen. Nach Einschätzung der Textilarbeitergewerkschaft FULTA macht auf diesem Sektor der neben dem offiziellen Arbeitsmarkt existierende ,,untergetauchte" Schwarzarbeitsmarkt 35 – 40% des gesamten Arbeiterheeres aus. Rund 90% der Heimarbeiter, die einen wesentlichen Teil dieses ,,untergetauchten" Arbeitsmarktes ausmachen, sind Frauen im jungen und mittleren Alter. Beträchtlich ist die Anzahl der Minderjährigen. Nach einer Untersuchung von 1975 waren in zehn neapolitanischen Handschuhfabriken 61% der Arbeiter zwischen 13 – 17 Jahren alt.

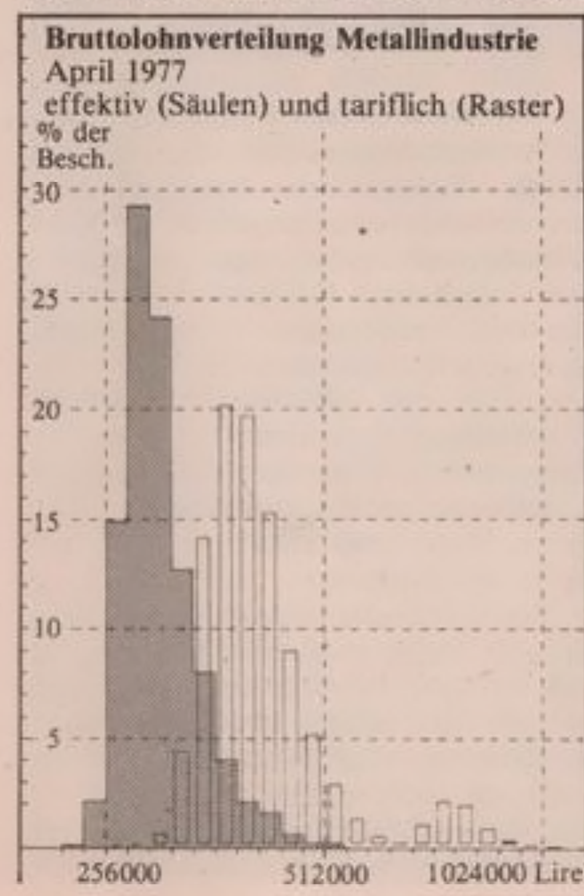
Die Kapitalisten nutzen die hohe Arbeitslosigkeit, um die Volksmassen diesen rechtlosen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen. Nach der genannten Untersuchung waren 5,4% der Männer von Heimarbeiterinnen Arbeitslose, 60,3% Lohnabhängige. 20,7% übten ,,verschiedene und unregelmäßige Arbeit" aus. Diese bewegt sich oft am Rande der Legalität, ist schierer Versuch, irgendwie zu überleben, so z.B. durch unerlaubte Wächterdienste auf freien Parkplätzen, durch das Sammeln und Verkaufen alter Pappkartons. Der Mangel an Schulen, Kindergärten und Gesundheitseinrichtungen zwingt die Frauen zur Arbeit im Haus, wo neben der Arbeit noch Kinder und alte und kranke Familienmitglieder versorgt werden können.

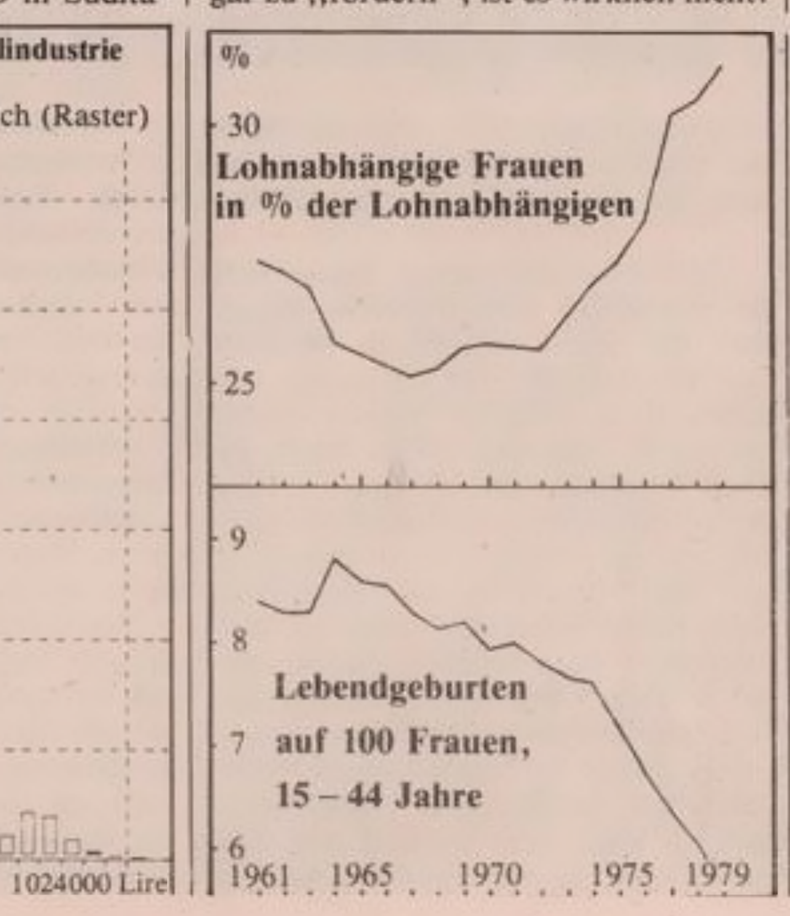
Den großen Lederwaren-, Schuh- und Bekleidungskapitalisten Neapels ist es in den letzten Jahren gelungen, bei gleichbleibender, teilweise gar sinkender Zahl von offiziell Beschäftigten die Produktion enorm zu steigern. So wurden z.B. 1976 von der Lederfabrik FIP von 100000 exportierten Taschen offiziell nur 1000 produziert. Erreicht wird das durch die Auslagerung eines Teils der Produktion aus dem sog. Mutterbetrieb in kleine und kleinste, oft völlig klandestine Betriebe, in denen die Gewerkschaften nicht präsent sind. Von diesen kleinen Betrieben wird wiederum ein Teil der Fertigung an Heimarbeiter delegiert, z.B. das Kleben von Taschen, das Herstellen von Absätzen, das Putzen und Verpacken, das Nähen von Nähten. Zur Verhinderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und zur Umgehung der Tarifbestimmungen bilden die großen Kapitalisten in der jüngsten Zeit verstärkt rechtlich getrennte Handelsgesellschaften. Damit unterlaufen sie die tariflich festgelegten Informationsrechte der Gewerkschaften über die Auslagerung von Produktionsabschnitten. Durch diese Handelsgesellschaften lassen die Kapitalisten die Arbeiten an die Kleinbetriebe übergeben. Der große Kapitalist bleibt in jedem Fall anonym. Die Beziehung zwischen Kleinstfabrik und Heimarbeiter stellt der sog. Mittelsmann her. Er liefert das Material, legt Arbeitsbedingungen, Stücklohn und Zeiten fest, holt das Produkt ab. Weiterbeschäftigung oder Kündigung hängen von seiner Willkür ab.

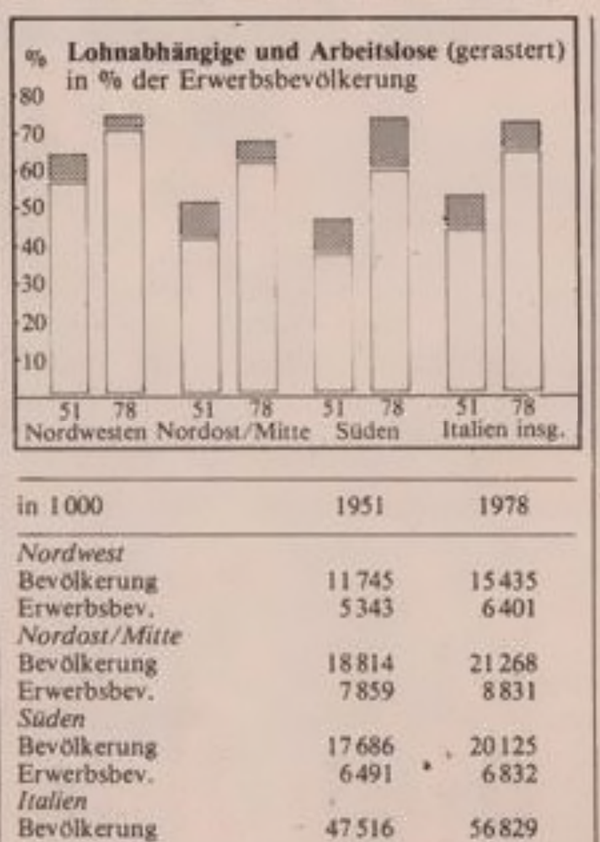
Nachdem sich die Kapitalisten durch die Ausdehnung der Schwarzarbeit einen großen Teil der Kosten für Sozialabgaben und Steuern vom Hals geschafft haben, zahlen sie den wenigen Männern in den klandestinen Fabriken ein wenig mehr als den Tariflohn, die Frauen erhalten, weniger hochkommt, Tariflohn, meistens weniger; die Kinder werden zu rund 60000 Lire (128 DM) im Monat ausgebeutet. Die Heimarbeiterinnen werden zu einem Stücklohn ausgepreßt, der weit unter den in den großen Fabriken gezahlten Sätzen liegt. 1975 wurde ein gesticktes Blümchen mit 1 Lire bezahlt, ein Dutzend Schuhsohlen mit 1000 Lire. Für 12 Handschuhe, die nur eine erfahrene Arbeiterin in sechs bis sieben Stunden nähen kann, erhielt sie 1000 Lire. Knapp 50% der Arbeiterinnen hatten bis zu 2000 Lire täglich, 20% bis zu 1000 Lire, 26,3% bis zu 3000 Lire, nur 4% bekamen bis zu 4000 Lire. Der durchschnittliche Effektivlohn der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie betrug 1975 täglich 8600 Lire und lag damit eh schon um rund ein Drittel niedriger als der entsprechende Lohn in der verarbeitenden Industrie insgesamt.

Für diesen Teil der Arbeiterklasse existiert keinerlei Recht auf Ferien und zeitliche Schranken des Arbeitstages. Die Mehrzahl schafft über acht Stunden, teilweise bis zu 16 Stunden am Tag. Jegliche Bestimmungen über Hygiene und Arbeitsplatzsicherheit werden von den Kapitalisten umgangen. So verbrannten 1976 drei Jungen im Alter von 14, 15 und 16 Jahren, weil die zwei einzigen Ausgänge der kleinen Fabrik Carmen Jeans so mit Maschinerie und Material verstopft waren, daß sie nicht herauskonnten. Die mangelnde Belüftung in den Fabriken und in den Häusern der Heimarbeiter hat die Zahl der an Polyneuropathie erkrankten Frauen und Kinder enorm in die Höhe getrieben. Die durch die Berührung mit dem Lederklebstoff oder auch nur durch das Einatmen der giftigen Dämpfe entstehende Krankheit zeigt sich zunächst in Schwäche- und Müdigkeitsgefühlen und führt dann nach und nach zur Lähmung der Gliedmaßen.

Für die Kapitalisten ist die Ausdehnung der Schwarzarbeit nicht nur ein profitliches Geschäft wegen des Lohndrucks und der Einsparungen an Kosten für Maschinen, Sozialabgaben, Steuern und Sicherheitsvorkehrungen. Sie ist vor allem Antwort auf die von der Arbeiterbewegung erkämpften Schranken gegen die Ausbeutung in den Betrieben und auf die Abschaffung der regionalen Lohnunterschiede. Die Zersplitterung des Arbeiterheeres soll die gesamte Arbeiterbewegung schwächen und Druck auf den Lohn ausüben. Die Textilarbeitergewerkschaft FULTA hat mit mehreren Streiks in den letzten Jahren Gesundheitsuntersuchungen und Arbeitsinspektionen gefordert. Durch den Aufbau von Zonenräten, in die die Vertrauensleutekörper eines bestimmten Gebietes Delegierte schicken, soll die Organisierung und die Unterstützung der zersplitterten Arbeiter in den Kleinstfabriken und der Heimarbeiter erleichtert werden.

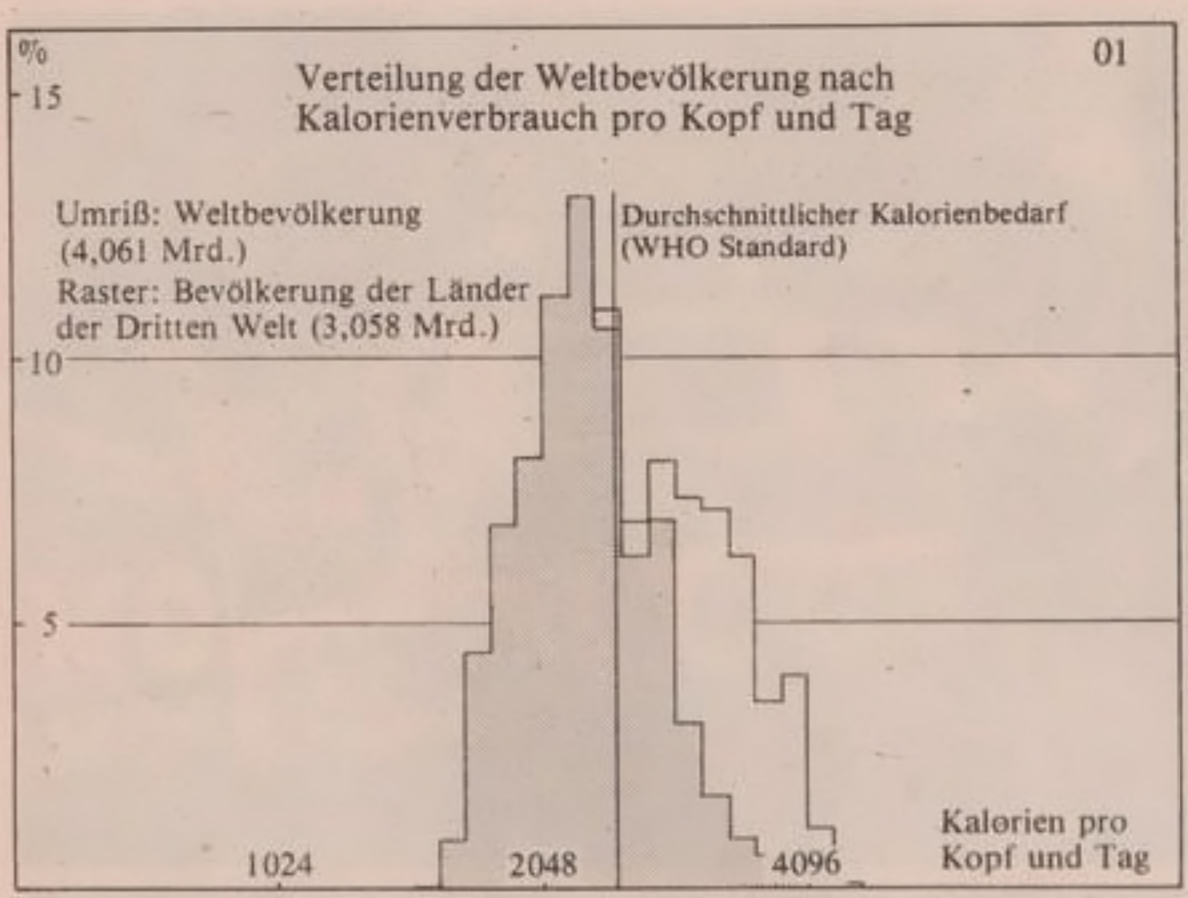


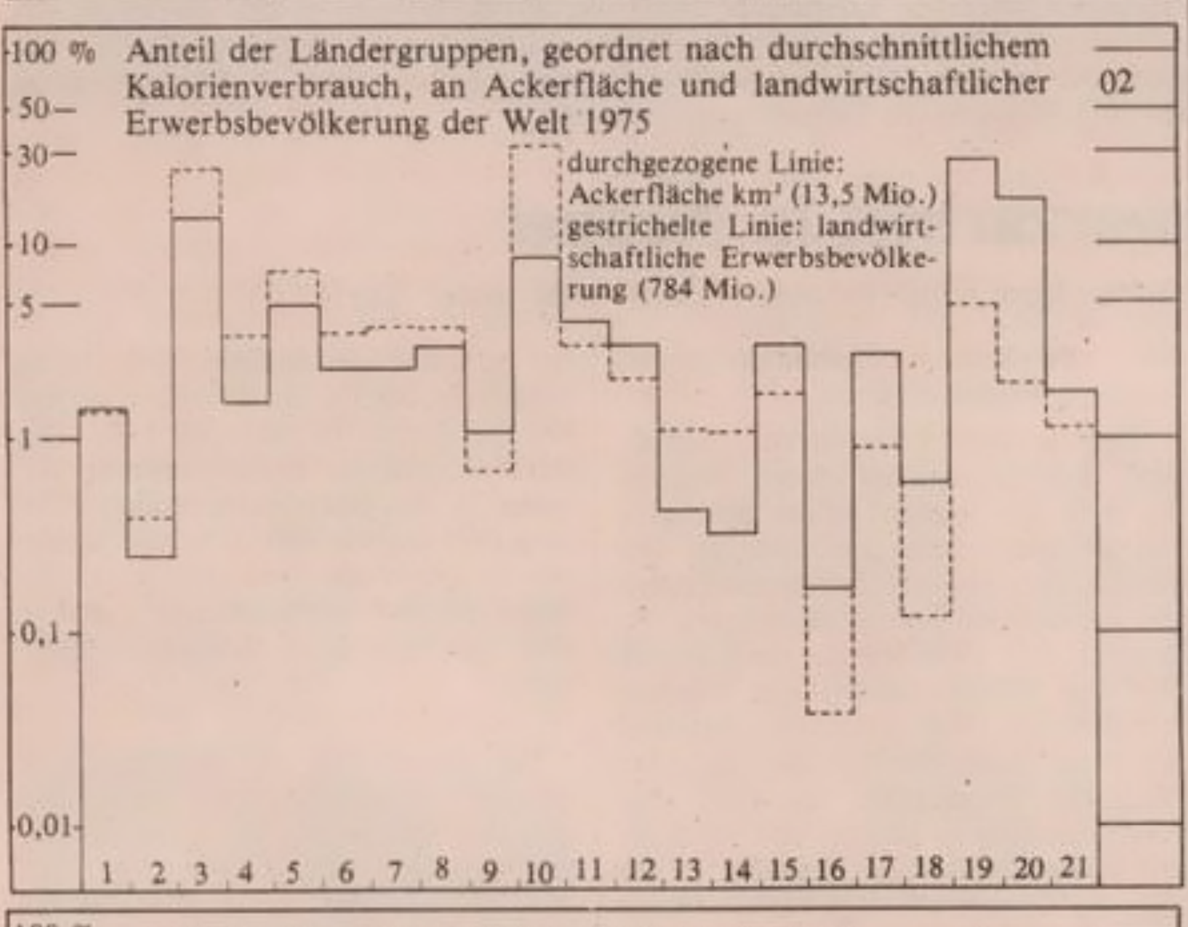


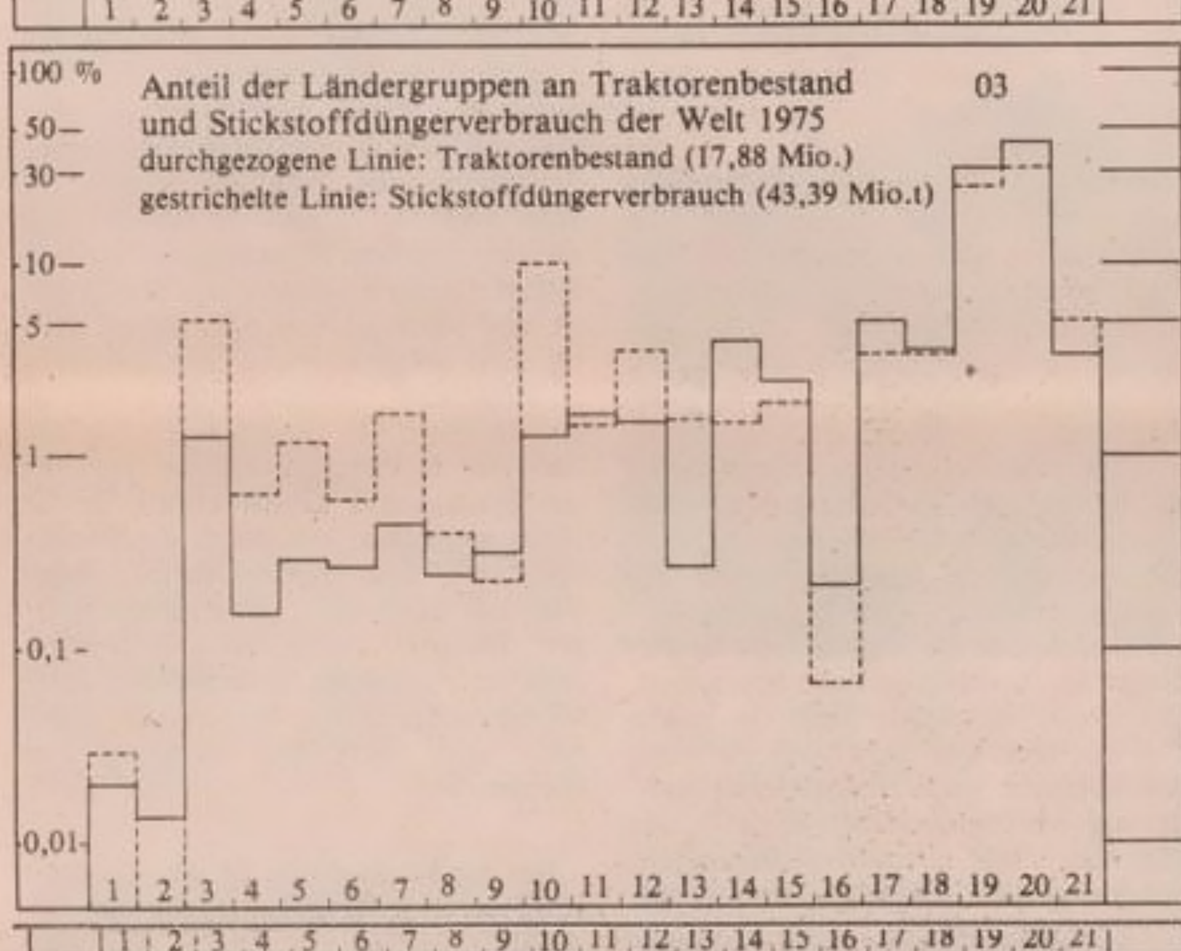


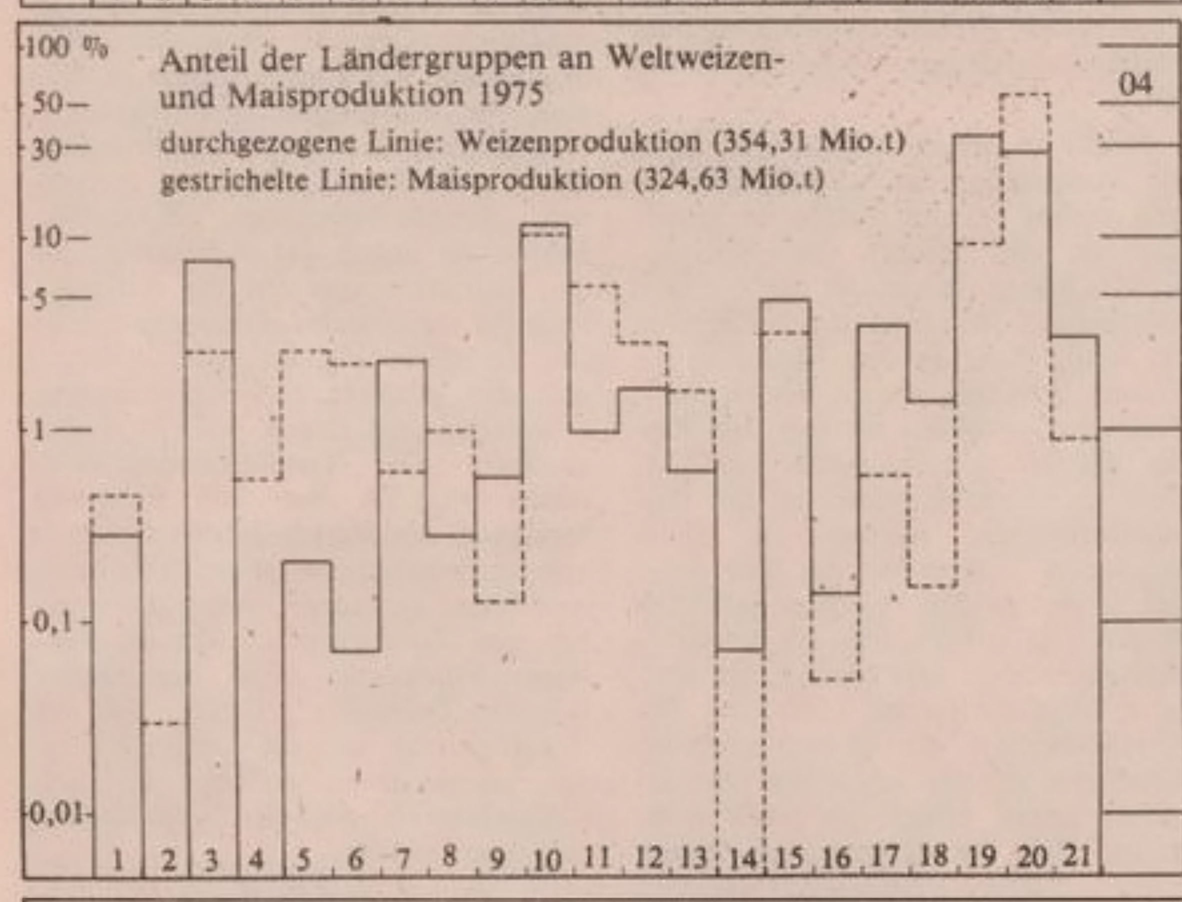
in 1000	1951	1978
Nordwest		
Bevölkerung	11745	15435
Erwerbsbev.	5343	6401
Nordost/Mitte		
Bevölkerung	18814	21268
Erwerbsbev.	7859	8831
Süden		
Bevölkerung	17686	20125
Erwerbsbev.	6491	6832
Italien		
Bevölkerung	47516	56829
Erwerbsbev.	19693	21730

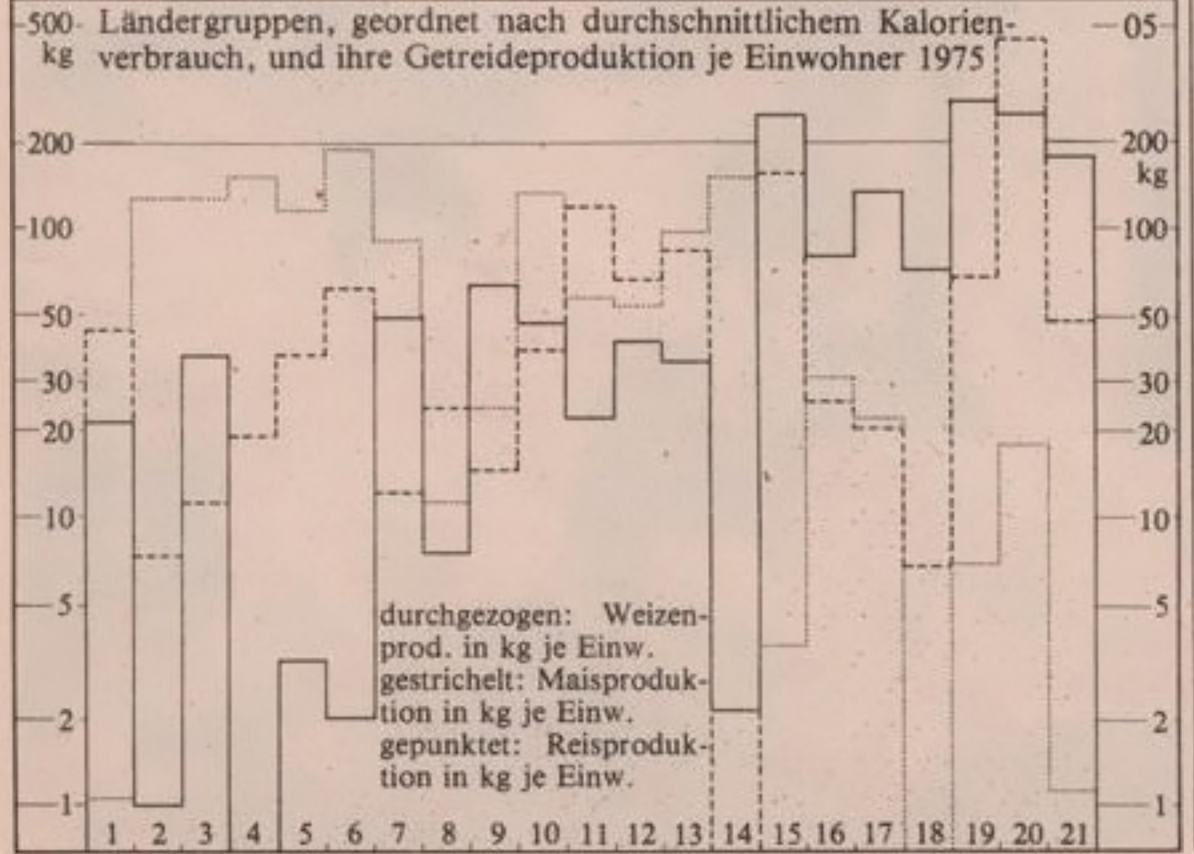












Der große Teil der Menschheit ist an der Entfaltung seiner produktiven Kraft gehindert

z.scc. Fast zwei Drittel der Weltbevölkerung sind, nimmt man den durchschnittlichen Kalorienverbrauch als Maßstab, unzureichend bis katastrophal unzureichend ernährt. Sieht man von Südafrika ab, wo die weißen Siedler gesund für drei leben und essen, erreicht kein schwarzafrikanisches Land, die meisten bei weitem nicht, den Standard von rund 2600 Kalorien pro Kopf und Tag, den die Weltgesundheitsorganisation für notwendig hält. Ebenso liegen die meisten asiatischen Länder erheblich und die meisten lateinamerikanischen Länder, vor allem die mit nur schwacher Siedlerbevölkerung, noch bis zu 20% unter diesem Minimum.

Die Bourgeoisideologen sind mit Erklärungen schnell bei der Hand. „Menschen sind Ratten, die einander fressen", griff kürzlich die „Frankfurter Allgemeine" auf ein altes afrikanisches Sprichwort zurück, um es nach der Methode „Haltet den Dieb" aktuell zu interpretieren: „Heute, da die Zahl der Erdbevölkerung alle fünf Tage um eine Million zunimmt, mag mancher, wenn er das bittere Bantu-Wort hört, ... an die Geschwindigkeit denken, mit der sich die Menschheit in weiten Teilen der Erde vermehrt, und sich die Folgen des anscheinend unaufhaltsamen Wachstums der Erdbevölkerung ausmalen."

Die „Überbevölkerung" also, die „Bevölkerungsexplosion" in den Ländern der Dritten Welt sei an ihrer Armut, die Massen in ihrer gedankenlosen Gleichgültigkeit am eigenen Elend schuld? Unbestritten wirft das rasche Bevölkerungswachstum für die Länder der Dritten Welt Probleme auf, aber andere Gründe sind es, die ein solches Wachstum überhaupt zum *Problem* werden lassen, und wieder andere, die die Imperialisten in Unruhe darüber versetzen.

Die Schaubilder zeigen es eindrucksvoll: Der große Teil der Menschheit ist an der Entfaltung seiner produktiven Kräfte gehindert. Meist müssen die Länder der Dritten Welt mehr als die Hälfte oder zwei Drittel der gesellschaftlichen Arbeit auf die grundlegende Produktion, die Produktion von Nahrungsmitteln, verwenden. Auf der Jagd nach Profit hat die Bourgeoisie die entlegensten Länder und Kontinente zuerst und vornehmlich in ihr landwirtschaftliches Produktionsfeld verwandelt, hat sie den Reichtum dieser Länder und Kontinente jahrzehnte-, jahrhundertelang zur Vermehrung ihres Reichtums abgeschleppt. Das ist die Hauptursache für den niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte in den Ländern der Dritten Welt, für die damit verbundenen Probleme, vor die sich die unterdrückten Völker auch nach der Erkämpfung ihrer nationalen Unabhängigkeit gestellt sehen.

Eine Handvoll imperialistischer Mächte monopolisiert die sachlichen Hilfsmittel der Produktion, auch der landwirtschaftlichen Produktion. Der Anteil der Länder der Dritten Welt beispielsweise am Traktorbestand und Düngemittelverbrauch ist so verschwindend gering, daß er überhaupt nur in logarithmischem Maßstab dargestellt werden kann. Ebenso und deshalb und trotz der gewaltigen auf die

Kapitalexport in Form der Entwicklungshilfe trägt weiter zum Ruin der Landwirtschaft bei

z.hef. Im Finanzjahr 1978/79 erhielt Indien 12,7 Milliarden Rupien (etwa 2,85 Milliarden DM) Entwicklungshilfe. Im gleichen Jahr mußte die indische Regierung 6,1 Milliarden Rupien Rückzahlungen und 2,95 Milliarden Rupien Zinszahlungen für frühere Entwicklungshilfekredite an die Imperialisten leisten. Rechnet man diese Summen gegeneinander auf, so bleiben Indien gerade 3,3 Milliarden Rupien oder 26% der „Entwicklungshilfe". In den letzten Jahren hat sich dieses Verhältnis zwischen Brutto- und Nettoentwicklungshilfe immer mehr verschlechtert. 1950 betrug es 86,5%, 1966 noch 60%, 1971 45% und jetzt 26%.

Drei Viertel der Entwicklungshilfezahlungen, die Indien seit der Unabhängigkeit erhalten hat, sind Auslandskredite – d.h. Indien muß Zinsen und Kreditabzahlung in Devisen leisten, meistens in Dollar oder Sterling. Ausnahmen sind die Kredite der Sozialimperialisten: Sie lassen sich vor allem direkt in Waren zurückzahlen, für die sie entsprechend niedrigere Preise durchzusetzen versuchen.

Obwohl Indien immer mehr zurückzahlen muß, wächst der Schuldenberg immer höher. 1970 hatte die indische Regierung nach Angaben der Weltbank 7,93 Milliarden Dollar Auslandsschulden, 1979 waren es 18,76 Milliar-
schulden, 1979 waren es 18,76 Milliar-
den (37,5 Milliarden DM) oder mehr als doppelt soviel. Das sind nur die Schulden des Staates, Kreditaufnahme indischer Firmen bei imperialistischen Banken ist nicht eingerechnet.

Die Kredite selbst bekommt Indien in den seltensten Fällen in Form von Bargeld zu sehen. Die Imperialisten binden sie an bestimmte Projekte und oft sogar an den Ankauf der Maschinen und Güter dafür in ihrem Land. Über die Auswahl der Projekte gibt es regelmäßig heftige Auseinandersetzungen zwischen Indien und den Imperialisten.

Denn die verfolgen mit den relativ zinsgünstigen Krediten alles andere als mildtätige Ziele. Die größten Kapitalanleger in Indien sind auch die größten Kreditgeber – die USA, Großbritannien, Westdeutschland. Kaum ein ausländischer Kapitalist in Indien, der nicht über die Schwierigkeiten mit der Stromversorgung für seine Fabrik geklagt hat. Abschaltungen und Schwankungen kommen oft vor. Selber ein Kraftwerk bauen zu lassen, wäre nur sehr langfristig profitabel, abgesehen davon, daß die indische Regierung es den Imperialisten nicht erlauben würde. Also geben sie Kredite und lassen Indien schließlich dafür zahlen. Kraftwerks- und Stromleitungsbauten sind Hauptposten im Weltbank-Budget für Indien. Und Siemens India Ltd. ist immer beteiligt. Industrielle Hilfsprogramme und wenige landwirtschaftliche Großprojekte, die der Masse der armen Bauern nichts nützen (sondern ihr Land, falls es bewässert werden sollte, nur noch begehrter macht für die Großgrundbesitzer) machen die Mehrzahl der übrigen Projekte aus.

Mit der Entwicklungshilfe lassen die Imperialisten Indien dafür zahlen, daß die Infrastruktur dort verbessert wird, wo sie sie brauchen. Sie machen die Regierung mit den Schulden von sich abhängig – 37,5 Milliarden DM Schulden, soviel wie die Exporteinnahmen von drei Jahren, bedeuten eine bestimmte Abhängigkeit. Und sie erreichen, daß Indien mehr und mehr Rohstoffe auf dem Weltmarkt anbieten
stoffe auf dem Weltmarkt anbieten
muß, um die erforderlichen Devisen für die Rückzahlung zu erhalten.

Indien importiert vor allem Öl, Maschinerie und Chemikalien, u.a. Kunstdünger. Es exportiert inzwischen auch leichte Maschinen und Fahrzeuge, aber die Grundlage sind Rohstoffe und Halbfabrikate: Jute ist Hauptexport, Tee, Leder, Zucker, Eisenerz, Baumwollprodukte folgen.

Die Kreditrückzahlungen wirken zweifach auf die Landwirtschaft: Erstens verstärken sie den Zwang zur Produktion von Exportprodukten. Denn die Kreditrückzahlungen allein machen schon mehr als 12% dessen aus, was Indien für seine Exporte bekommt. Die Regierung gibt diesen Druck auf die Bauern weiter, über Steuern, die in Geld gezahlt werden müssen, über festgelegte Ankaufspreise, die für Getreide noch niedriger sind als für andere Waren, über die Förderung der kapitalistischen Landwirtschaft auf dem Land enteigneter Bauern. All das wirkt sich günstig für die Produktion von Exporterzeugnissen wie Jute und Tee zulasten der Lebensmittelproduktion aus. Zweitens, die Regierung bezahlt ihre Schulden aus Steuereinnahmen. Ihre Hauptsteuerquelle ist nicht die Einkommenssteuer oder die Besteuerung der Profite, sondern die Besteuerung landwirtschaftlicher Produkte (55% der Steuern). Die Bauern erhalten also nicht einmal den Weltmarktpreis, der schon niedrig ge-
Weltmarktpreis, der schon niedrig ge-
nug ist. Sie werden gezwungen, den Imperialisten die Kredite mit Zinsen zurückzuzahlen.


Über die Weltbank finanzieren imperialistische Mächte dieses Kanalsystem.

Kamerun: Nach wie vor rauben die Imperialisten ein Großteil des landwirtschaftlichen Produkts

z.rül. Seit rund 100 Jahren, seit die europäischen Bourgeoisien Afrika in ihr Produktionsfeld für wenige, ausgesuchte landwirtschaftliche Produkte zu verwandeln begannen, produziert Kamerun Kakao. Heute ist es mit einer Produktion von 110000 t der fünftgrößte Kakaoproduzent der Welt. Rund zwei Drittel der jährlichen Ernte werden noch in Bohnenform exportiert, hauptsächlich nach Frankreich und Westdeutschland. Nach Kakao mit ca. einem Drittel ist Kaffee mit einem Viertel des Exportwertes zweitwichtigstes Exportprodukt. In der Liste der Kaffeeproduzenten liegt Kamerun mit einer Produktion von 90000 t an 14. Stelle. Weitere Landwirtschaftsprodukte, die überwiegend für den Export produziert werden – 40% aller Produkte sind für den Export bestimmt –, sind Baumwolle, Erdnüsse, Bananen, Kautschuk, Palmöl. 30% der Ackerbaufläche haben die Imperialisten auf diese Weise beschlagnahmt.

Mit Zwang und Gewalt hatten sich die ehemaligen Kolonialherren Kameruns die landwirtschaftliche Produktion unterworfen. Im westlichen Kamerun hatte zuerst die deutsche Kolonialmacht, nach dem ersten Weltkrieg dann im großen Stil die britische mit der gewaltsamen Vertreibung der Bauern und der Anlage großer Plantagen auf dem besten Boden begonnen. Noch heute besitzt die Cameroon Development Corp. (CDC), Nachfolger der britischen Plantagengesellschaften und nach wie vor zu 39% in unmittelbarem Besitz der Imperialisten, über 100000 ha, auf denen sie 17000 Landarbeiter ausbeuten. Im östlichen Teil des Landes, der nach dem 1. Weltkrieg an die französischen Kolonialisten gefallen war, hatten diese den Bauern durch Zwangsarbeit, betrügerischen Handel und vor allem durch die Einführung von Geldsteuern die Produktion von Kakao, Kaffee und Bananen für den französischen Markt aufgezwungen. Zwar konnten die Volksmassen Kameruns 1960/61 die staatliche Unabhängigkeit erkämpfen; doch die Imperialisten vermochten ihren ganzen Landbesitz und die in der Kolonialzeit geschaffenen Ausbeutungsverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Von den über zwei Millionen Bauern arbeiten heute etwa 300000 Bauern in der Kaffee-, 200000 in der Kakao- und weitere rund 200000 in der Baumwollproduktion. Auf Flecken von kaum mehr als einem Hektar produzieren sie für den imperialistischen Markt und nur sofern es ihre eigene Zeit und Kraft

Agrarproduktion verwandten Arbeit ihr Anteil an der Produktion von Grundnahrungsmitteln.

Ein Grund dafür und mithin für die schlechte Ernährungslage in fast allen Ländern der Dritten Welt ist neben der niedrigen Produktivität die Tatsache, daß die Imperialisten nach wie vor große Teile des landwirtschaftlichen Produkts an sich reißen. Teils, weil sie große Landflächen und Millionen Arbeitskräfte direkt in Beschlag genommen haben – in Zentralamerika z.B. wird die Hälfte des Landes, weitgehend im Besitz imperialistischer Plantagen, für Exportproduktion bebaut –, teils, weil die unterdrückten Völker die ihnen von den Imperialisten aufgeherrschte Arbeitsteilung nicht einfach abschütteln können und allein für den wachsenden Schuldendienst Landwirtschaftsprodukte exportieren müssen. So war Mali von 1966 bis 1972, also vor und noch während der großen Hungersnöte, gezwungen, seine Baumwollexporte um 400%, seine Erdnußexporte um 70% zu steigern, und selbst die Reisausfuhren erreichten Rekordhöhen!

Angesichts der imperialistischen Unterdrückung bedeutet für die Länder der Dritten Welt jeder Versuch, die Produktivkräfte zu entwickeln, die sachlichen Hilfsmittel der Produktion bereitzustellen und zu entwickeln, ohne radikale soziale Umwälzung fast zwangsläufig neue Abhängigkeit. Wollen sie die eigene Traktorenproduktion aufbauen oder Traktoren auf dem Weltmarkt kaufen, müssen sie in aller Regel neue Kredite bei den Imperialisten aufnehmen, sich neue, steigende Zinszahlungen aufbürden lassen. Mit dem, was 96 Entwicklungsländer allein 1977 an *Zinsen* wegzahlten, hätten sie Weizen in Höhe der sowjetischen Ernte oder Traktoren in der Größenordnung fast des gesamten französischen Bestandes (immerhin siebenmal so hoch wie der der VR China) kaufen können. Stattdessen sind es vor allem die Bauern, die in Gestalt rasant wachsender Steuerlasten gerade auf ihre Produkte die Tributzahlungen an die Imperialisten mit Überarbeit, nacktem Elend und weiterem Zurückfallen in der Entwicklung der Produktivität zahlen. Ungezählt sind die Bauernmassen, die alltäglich endgültig enteignet und in die Städte getrieben werden, was das Problem der Nahrungsmittelversorgung beständig verschärft und ein Grund dafür ist, daß die Länder der Dritten Welt stets mehr Nahrungsmittel von den Imperialisten einführen müssen. Wie zugleich die Existenz dieser schier unerschöpflichen industriellen Reservearmee eine wesentliche Bedingung für den imperialistischen Kapitalexport und die Ausbeutung wachsender Arbeiterheere zu den unerträglichsten Bedingungen ist.

Angesichts all dessen, der fortdauernden imperialistischen Ausplünderung, der Hemmung und Unterdrückung der produktiven Kräfte von Millionenmassen, der zwangsweise ungenutzten großen Ressourcen für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutet das zweifellos rasche Bevölkerungswachstum, an sich ein Segen, für die Länder der Dritten Welt zusätzliche Lasten. Die Imperialisten nehmen es zum Anlaß verstärkter Einmischung zwecks noch weitergehender Kontrolle über die Bedingungen der Produktion. In der „Analyse“ der kürzlich stattgefundenen Welternährungskonferenz erklärten westdeutsche Bourgeoispolitiker „verstärkte Kapitalhilfe“ bei „fachlichem Rat und Hilfen bei der Ausbildung“, verstärkten Kapitalexport also, zum Gebot der Stunde. Während sie sich gleichzeitig hartnäckig weigern, der gerechten Forderung der Dritten Welt nach bedingungsloser Zahlung von Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des Bruttosozialproduktes nachzukommen.

noch zuläßt, noch Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf. Die Imperialisten lassen die gesamte Kakao- und Baumwollproduktion direkt von ihren eigenen Händlern aufkaufen, sie kontrollieren Transport, Verarbeitung und Absatz der Produkte und diktieren auf diese Weise die Preise. Der Erlös reicht für die Bauern kaum aus, die Steuern zu zahlen, die ihrerseits als staatliche Zinstribute und Investitionsförderungen weitgehend wieder in den Taschen der Imperialisten landen. Um nicht zu verhungern, ist ein großer Teil der Bauern die halbe Zeit des Jahres gezwungen, sich als Wanderarbeiter auf den Plantagen und vor allem in den imperialistischen Fabriken an der Küste zu verdingen, während ihre Frauen und Kinder die landwirtschaftliche Produktion aufrechterhalten.

Die Imperialisten nutzten die fortbestehende Abhängigkeit des Landes gleichzeitig zur Ausweitung ihrer Plantagenwirtschaft. Von 1967 bis 1972 verleibten sie sich allein weitere 26000 ha für Ölpalmplantagen ein; 13000 ha davon kamen in den Besitz der CDC, 4000 ha in den Besitz eines rein britischen Konzerns. Der französische Konzern AFA beutet heute auf 8000 ha Gummiplantagen 4000 Lohnabhängige aus, Unilever verfügt über 25000 ha Ölpalm- und Kautschukplantagen, Cadbury besitzt eine große Kakaoplantage. Seit 1971 haben sich auch die US-Imperialisten in der Plantagenwirtschaft festgesetzt: Die Dole Pineapple Co. läßt auf 8000 ha Ananas anbauen.

Ergebnis: Die durch die Ausweitung der Plantagen gewaltsam von ihrem Land vertriebenen oder ruinierten Bauern strömen in die Küstengebiete und bilden dort die Reservearmee für die Fabriken der Imperialisten. Während die Produktion für den imperialistischen Weltmarkt ständig ausgeweitet wurde, ist Kamerun heute weniger denn je in der Lage, die Ernährung seiner Bevölkerung zu sichern. Seine Nahrungsmitteleinfuhren stiegen von 18 Mio. $ 1968 auf 45 Mio. $ 1976. Hunger und Unterernährung sind alltägliche Erfahrung der Volksmassen, ein Drittel der Kinder stirbt bereits im ersten Lebensjahr, und nur die Hälfte erreicht das 20. Lebensjahr.



1973 zahlten die Plantagenbesitzer den Arbeitern etwa 30 Pfennig/Stunde.



1973 zahlten die Plantagenbesitzer den Arbeitern etwa 30 Pfennig/Stunde.

rend die Produktion für den imperialistischen Weltmarkt ständig ausgeweitet wurde, ist Kamerun heute weniger denn je in der Lage, die Ernährung seiner Bevölkerung zu sichern. Seine Nahrungsmitteleinfuhren stiegen von 18 Mio. $ 1968 auf 45 Mio. $ 1976. Hunger und Unterernährung sind alltägliche Erfahrung der Volksmassen, ein Drittel der Kinder stirbt bereits im ersten Lebensjahr, und nur die Hälfte erreicht das 20. Lebensjahr.

Mexiko: Landarbeiter und Bauern bilden die Reservearmee für Hungerlöhne der Imperialisten

z.rül. 1 Mrd. DM will der VW-Konzern in den nächsten Jahren in den Bau eines Motorenwerks in Mexiko investieren. Schon jetzt beuten die VW-Kapitalisten über 10000 Lohnabhängige in Mexiko aus, zu Löhnen von umgerechnet 800 bis 900 DM im Monat. Nach Angaben mexikanischer Ingenieure, die zur Zeit in Salzgitter Filmstudien für das neue Motorenwerk durchführen, soll der westdeutsche Intensitätsgrad der Arbeit Ausgangspunkt für die Schweißauspressung in dem neuen Werk sein.

Die Imperialisten bezeichnen Mexiko gerne als „fortgeschrittenes Entwicklungsland“, das die „Schwelle zur eigenständigen industriellen Entwicklung“ „überschritten“ habe. Tatsächlich sind von den 18,826 Mio. „Erwerbstätigen“ des Landes (1977) immer noch 7 Mio. in der Landwirtschaft beschäftigt, die Hälfte davon als Landarbeiter, zumeist Tagelöhner. Von Großgrundbesitzern, darunter viele US-Konzerne, werden sie etwa 150 Tage im Jahr zu Tageslöhnen von 70 Pesos (6,33 DM) ausgebeutet. Den Rest des Jahres sind sie arbeitslos und stellen zusammen mit den etwa 3 Mio. kleinen Bauern eine gewaltige potentielle Reservearmee für die Imperialisten dar, die diese nutzen, um den Lohnstandard sämtlicher beschäftigten Arbeiter niedrig zu halten und gewaltige Extraprofite zu kassieren.

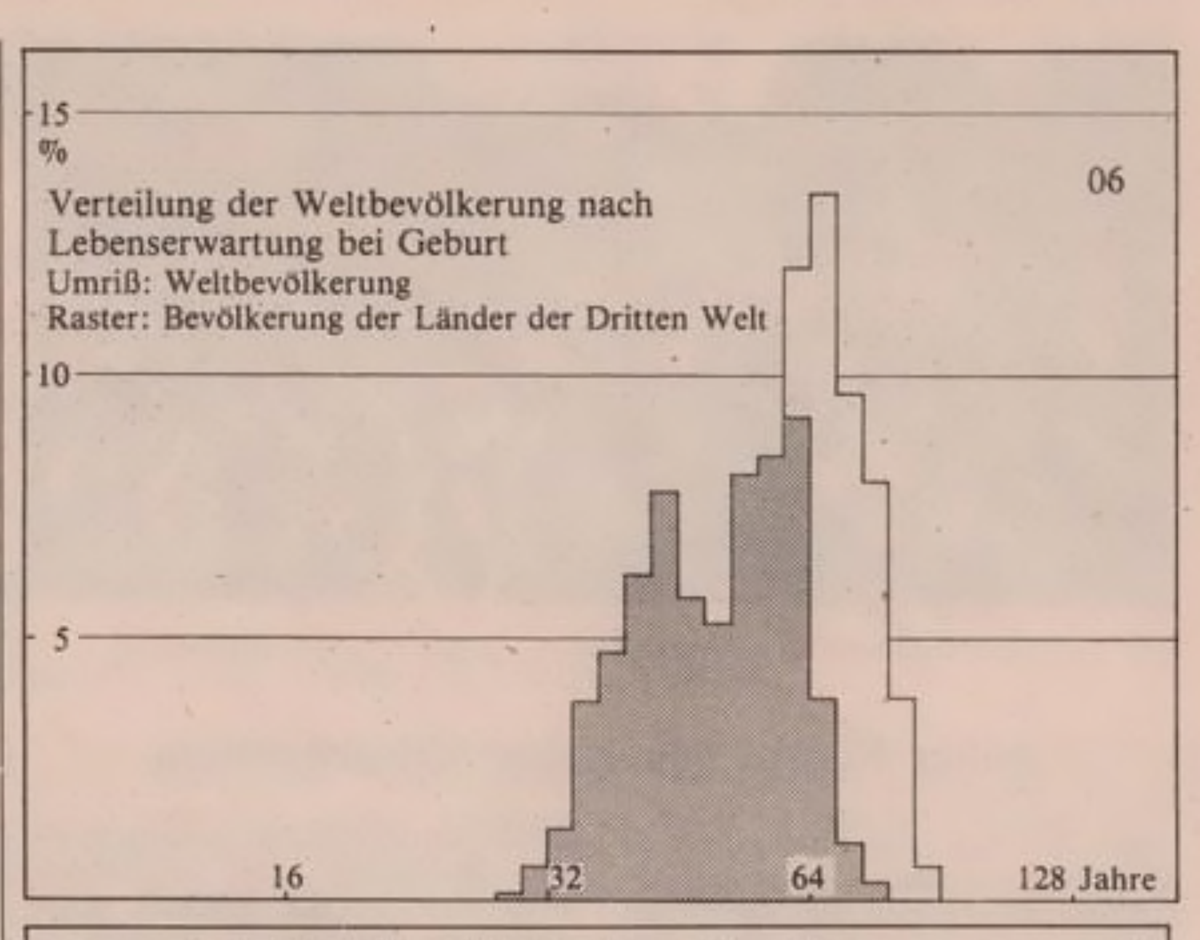
Gleichzeitig haben die Imperialisten dieses Heer von Landarbeitern und kleinen Bauern in den letzten Jahren millionenfach angezapft, um mit zuschüssiger Arbeitskraft zu versorgen. Inzwischen beuten sie in 4100 Werken mexikanische Lohnabhängige aus, verwandeln sie die Mehrheit der Bevölkerung in Lohnabhängige.

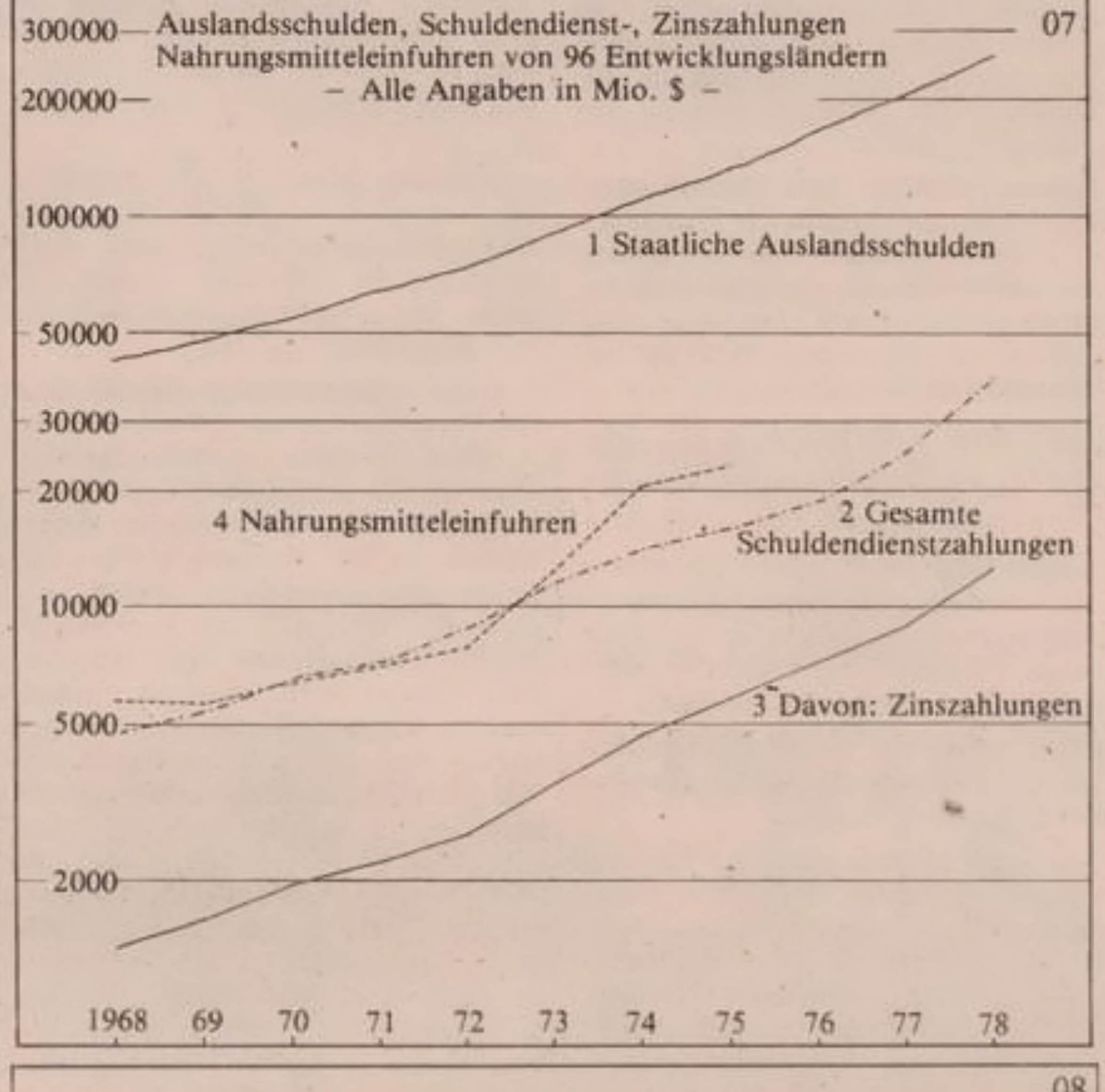
Von 1950 bis 1977 stieg die Bevölkerung Mexikos von 25,8 auf 66,5 Mio. Im gleichen Zeitraum blieb die Zahl der selbständigen Bauern bei etwa 3,5 Mio. Die Zahl der lohnabhängigen Landarbeiter dagegen stieg von 1,4 Mio. auf 3,5 Mio., die Zahl der Lohnabhängigen insgesamt von 3,8 Mio. auf 11,2 Mio. und die Zahl der Lohnabhängigen in der verarbeitenden Industrie sogar von 662000 auf 3,1 Mio.

Lediglich den Arbeitern in den großen Werken der Imperialisten gelang es, in jahrelangen erbitterten Kämpfen sich heute Löhne von 600 bis 800 DM zu erkämpfen. Hier sind auch die meisten Arbeiter in Gewerkschaften organisiert. In den kleinen Betrieben dagegen, die den Imperialisten als Zulieferer dienen oder in denen sie – etwa in der Textil-und Nahrungsmittelindustrie – selbst große Teile der Lohnabhängigen ausbeuten, zahlen die Kapitalisten oft noch nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn von inzwischen 1740 Pesos oder umgerechnet 160 DM. So betrug 1976 der *Durchschnittslohn* für die über 300000 Textilarbeiter ganze 257 DM im Monat, für die 300000 Lohnabhängigen in der Nahrungsmittelindustrie 3688 Pesos oder umgerechnet 337 DM, für 50, teilweise 60 Arbeitsstunden an sechs Tagen in der Woche. Lediglich ¼ der mexikanischen Bevölkerung ist sozialversichert. Das heißt, daß mehr als die Hälfte aller Lohnabhängigen bei Krankheit, Unfällen etc. sofort hungern müssen, wenn sie keine Verwandten finden, die ihnen helfen. Dienen die Arbeiter in den Kleinbetrieben den Kapitalisten als Lohndrücker gegen die Arbeiter in den großen Fabriken, so sind die neu in die Städte kommenden Arbeiter – allein nach Mexiko-City kommen jedes Jahr 400000 Bauern und Landarbeiter auf der Suche nach Arbeit – Lohndrücker gegen sämtliche beschäftigten Arbeiter. Ihre zurückgebliebenen Verwandten auf dem Land sind ihre einzige Versicherung im Alter, bei Krankheit oder Unfällen, die einzige Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Dadurch wird deren Ruin beschleunigt, so daß die Zufuhr frischer Arbeitskraft nicht abreißt. Umso bedeutender sind die Erfolge, die die mexikanischen Arbeiter gegen die Imperialisten in den letzten Jahren erzielt haben. So gelang es den Gewerkschaften, seit Anfang der 70er Jahre zum ersten Mal seit deren Einführung 1934 Erhöhungen der gesetzlichen Mindestlöhne durchzusetzen, die zumindest etwas über der jährlichen Inflationsrate lagen. 1974 waren 2,232 Mio. Lohnabhängige in Gewerkschaften organisiert.

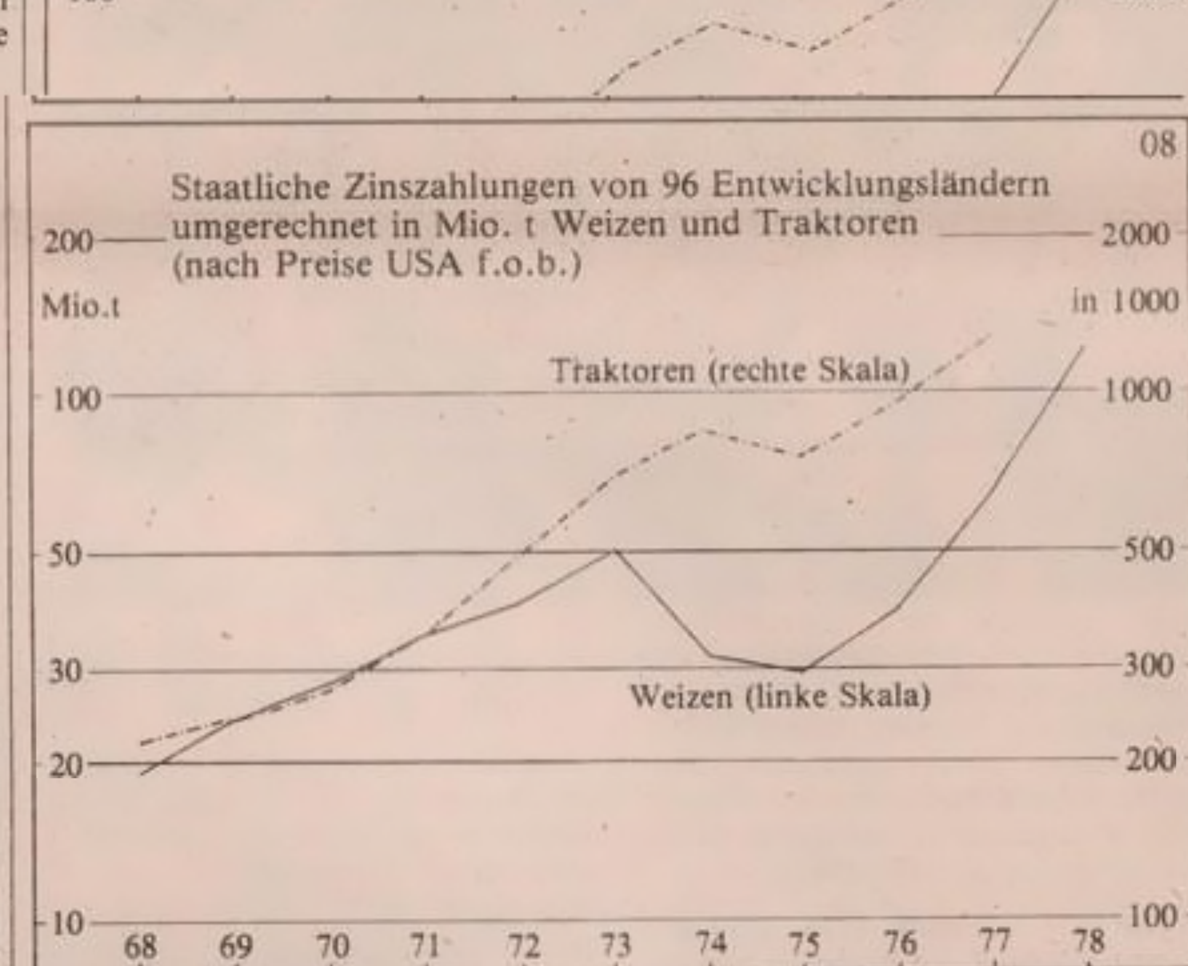


Streikende VW-Arbeiter in Brasilien. In Mexiko beutet VW 10000 Arbeiter aus.





08
Staatliche Zinszahlungen von 96 Entwicklungsländern umgerechnet in Mio. t Weizen und Traktoren (nach Preise USA f.o.b.)
200 Mio.t 2000 in 1000
Traktoren (rechte Skala)
100 1000



Für die Schaubilder 2, 3, 4 wurden Ländergruppen entsprechend dem durchschnittlichen Kalorienverbrauch pro Kopf und Tag gebildet (log. Maßstab).

(1) Tschad, Malediven, Äthiopien. (2) Kampuchea, Mauretanien, DR Yemen. (3) Guinea, Mozambique, Indien, Afghanistan, Bangladesh. (4) Laos, Macao, Obervolta, Ghana, Sambia, Vietnam, Togo, Antigua, Haiti, Sri Lanka. (5) Niger, Bhutan, Sao Tomé, Kenia, Angola, Jordanien, Nepal, Uganda, Botswana, Honduras, El Salvador, Grenada, Dominica, Tansania, Sierra Leone, Dominikanische Republik, Ecuador, Mali, Indonesien. (6) St. Kitts, Salomon Inseln, Somalia, Bolivien, Lesotho, Benin, Philippinen, Guatemala, AR Yemen, Komoren, Samoa, Thailand. (7) St. Lucia, Burma, Namibia, Senegal, Kongo, Sudan, Papua-Neuguinea, Zentralafrika, Neue Hebriden, Pakistan, Kolumbien, Burundi. (8) Ruanda, Swasiland, Gambia, Malawi, St. Vincent, Peru, Surinam, Nigeria, Bahamas, Irak, Zaire, Guinea Bissao, Kap Verde. (9) Algerien, Panama, Liberia, Gabun, Kamerun, Guyana. (10) VR China, Nicaragua, Saudi-Arabien, Costa Rica, Madagaskar, Fr. Guyana, Venezuela, Libanon, Belize, Mongolei. (11) Brasilien, Zimbabwe, Mauritius, Elfenbeinküste, Marokko, Fidji, Guadeloupe, Malaysia. (12) Syrien, Albanien, Martinique, Nied. Antillen, Kuba, Chile, Réunion, Tunesien, Jamaica, Mexiko, Neukaledonien, Korea Süd, Trinidad und Tobago. (13) Ägypten, DVR Korea, Bermudas, Fr. Polynesien, Hongkong, Paraguay. (14) Japan. (15) Türkei, Island, Südafrika, Libyen, Brunei. (16) Singapur, Zypern, Barbados, Uruguay, Malta. (17) Färöer Inseln, Norwegen, Finnland, Israel, Tonga, Schweden, Iran, Spanien. (18) Großbritannien, Niederlande. (19) Kanada, Argentinien, BRD, Rumänien, Schweiz, Australien, Portugal, Dänemark, Griechenland, UdSSR, Neuseeland. (20) CSSR, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Irland, USA, Österreich, Belgien/Luxemburg. (21) Bulgarien, DDR, Polen.

Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO braucht der männliche Arbeiter, um sich physisch reproduzieren zu können, durchschnittlich mindestens 3000 Kalorien pro Tag, der weibliche 2200. Geht man von einem durchschnittlichen Bedarf von 2600 Kalorien pro Tag aus, so ist er bei der Bevölkerung der ersten elf Ländergruppen – bei 64,4% der Weltbevölkerung – nicht gedeckt. Zur Illustration einige Angaben über den Nährwert von Grundnahrungsmitteln:

	Maß	Kal.	Protein (g)	Fett (g)	Kohleh.(g)	Vitamin A
Milch	1 Tasse	150	8	8	11	310
Steak	90 g	330	20	27	0	50
Mehl	1 Tasse	180	4	2	40	0
Reis	1 Tasse	180	4	...	40	0

Quellenangaben für die Schaubilder: s. KVZ Registerdienst 20/80, S. 16 ff; Weltbank: World Debt Tables; FAO, Agricultural Consumption Yearbook



Die Vulkan-Belegschaft im selbständigen Streik 1973: Streikabstimmung

Zäher Kampf gegen das Akkordsystem

r.hek. Mit gut 3700 Streiktagen seit 1975 steht der Kampf gegen das Akkordsystem – neben dem Kampf um die direkte Erhöhung des Lohnes – an zweiter Stelle der Auseinandersetzungen zwischen Betriebsführung und Belegschaft des Bremer Vulkan. Die wichtigsten Kämpfe:

Februar 1975: Betriebsratswahlen, Programm der Kranführer (Auszüge): ,,1. Als ersten Schritt zur Abschaffung des Akkordsystems: für jeden Akkordarbeiter und jeden Zeitlöhner eine Zulage von mindestens 35% auf den Ecklohn (Akkordsicherung)..."

April 1975: Acht Branchen unterstützen u.a. die Forderungen der Kranführer.

August 1976: Streik von 15 Schweißern

August 1976: Streik von 15 Schweißern der Kesselschmiede gegen Akkordkürzungen an Grundplatten für Dieselmotoren; Dauer: 5 Std. Ergebnis: Rücknahme der versuchten Kürzungen.

1976: Ablehnung des Programmlohns als Verschärfung des Akkordsystems durch den Betriebsrat.

November 1976: Streik gegen Akkordkürzungen und für mehr Lohn. Beteiligt gesamte Schweißerbranche. Dauer: 5 Std. Tagschicht; gesamte Nachtschicht. Forderungen: 250 DM für alle; Arbeiter der Fremdfirmen müssen in Vulkankolonnen eingegliedert werden, um ein Überbieten der Akkordvorgaben zu unterbinden. Ergebnis: zusätzliche Betriebsversammlung; Aufteilung der Fremdfirmen auf Vulkankolonnen; Sicherung des alten Akkordverdienstes.

Januar 1977: Streik der Drehereiarbeiter und des Werkzeugbaus gegen Akkordkürzungen an den 4 NC-gesteuerten Drehbänken. Beteiligt 300 Arbeiter. Ab Freitag Branchenversammlungen auf der gesamten Werft angekündigt. Forderung nach Festschreibung real ermittelter Akkordvorgaben. Ergebnis (Donnerstag abend): 1. Die alten Akkorde und ihre Berechnung bleiben unverändert auf der gesamten Werft; 2. Die Berechnung an den NC-Maschinen wird gesondert durchgeführt; die Sätze werden um 4% erhöht;

April 1977 (ebenfalls 1978, 1979 und 1980): Beschluß der Branchen und des Vertrauensleutekörpers unter anderem nach Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme zum 1. Mai.

April 1978: 2stündiger Streik aller Schlosser gegen Akkordvorgabekürzungen einer Arbeit. Ergebnis: 28%ige Absicherung der Vorgabe.

Oktober 1978: Streik der Vulkanbelegschaft gegen lebensgefährliche Arbeitsbedingungen auf der Werft, anläßlich des tödlichen Unfalls von zwei Gerüstbauern. Während des Demonstrationszugs durch Vegesack wird die Forderung nach sofortigem Verbot der Akkordarbeit in Sprechchören von 2000 Arbeitern ununterbrochen gerufen.

Mai 1979: Schiffbauerstreik gegen Akkordkürzungen, für Zahlung eines abgesicherten Durchschnittsakkordes für alle. Beteiligung: 450 Schiffbauer; Streikdauer: 2 Tage; Ergebnis: Keine schriftliche Absicherung; Zahlung der alten Akkordüberverdienste ohne Kürzung für die Dauer der durchzuführenden Arbeiten besonders an der Fregatte.

Insgesamt wurde in den Kämpfen das Kampfziel – Absicherung eines Akkordmindestverdienstes und Ausgleich für die Zeitlöhner – nicht erreicht. Die Absicherung wird aber immer dringender.

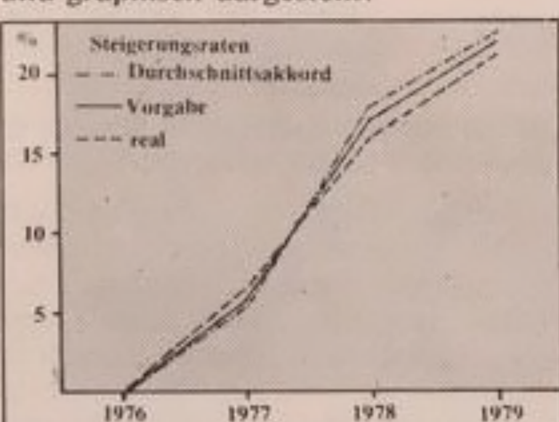
In der nachstehenden Tabelle sind die Vorgabezeiten für 10 ausgewählte Arbeiten in ihrer Entwicklung von 1976 bis 79 aufgeführt. Drei davon wurden in dieser Zeit gekürzt, sieben blieben in der Vorgabe gleich. Die

blieben in der Vorgabe gleich. Die Spalte ,,real" zeigt die tatsächlich aufgewandte Arbeitszeit von zwei Schiffbauern innerhalb von fünf Wochen. Der Akkord wird errechnet, indem man die Vorgabezeit durch die real geleistete Zeit teilt, und das Ganze mal 100 nimmt, wobei stillschweigend vorausgesetzt ist, daß sich beide Zeiten auf eine gleich große Arbeit beziehen, z.B. 770 Meter Schweißen. Beträgt die Vorgabezeit 770 Minuten, so ergibt sich nach obiger Rechnung ein Wert von 100%. Wird dieselbe Arbeit in 545 Minuten geschafft, und setzt man diese Zeit zu den 770 Metern ins Verhältnis, so hat man 1,41 Meter pro Minute geschafft. Dieser Wert mal 100 = 141%. Tatsächlich ist die Akkordangabe nicht Zeit geteilt durch Zeit, sondern Arbeitsmenge geteilt durch Zeit.

In der dritten Spalte der Tabelle sind die Zeiten für die bekannten Durchschnittsakkorde bezogen auf die jeweilige Vorgabezeit berechnet.

	Vor-gabe	real Std.	real Akk.	D.-Akkord Std.	D.-Akkord Akk.
76	770	545	141,3	544	141,5
77	725	510	142,2	513	141,5
78	640	460	139,1	450	142,0
79	610	435	140,2	429	142,1

Um diese Zahlen vergleichen zu können, haben wir die jährlichen Steigerungsraten errechnet, diese aufaddiert und graphisch dargestellt.



Die Steigerungsrate der Vorgabezeit in den untersuchten vier Jahren auf über 20% zeigt die teuflische Vorausplanung, wie die Vulkan-Kapitalisten die Arbeit intensiviert haben wollten. Der Kurvenverlauf für den Durchschnittsakkord spiegelt den ökonomischen Zwang auf Seiten der Arbeiter wieder, diese vorgegebene Intensität zu halten und sogar zur übersteigen.

Bremer Vulkan: Dividendenquell der Aktionäre

r.ped. 1805 wird in Bremen-Vegesack von dem Handwerker J. Lange eine neue Werft auf dem Gelände eines Schiffbauplatzes aus dem 17. Jahrhundert gegründet. Lange steigt in das Auswanderergeschäft nach Nordamerika ein, das 75% des Bremer Seeverkehrs ausmacht, mit der Produktion von Fracht- und Passagierseglern. Bereits 1816 verfügt seine Werft über Gießerei, Kesselschmiede und Maschinenbau, das erste Dampfschiff deutscher Werften wird gebaut. 1893 ist Lange am Ende, unter Leitung des Ing. Nawatzki wird die Aktiengesellschaft Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik gegründet. Vier Bremer Kaufleute geben das Kapital. Langes Werft wird für einen Spottpreis aufgekauft. Zwei Jahre später wird eine weitere Werft hinzugekauft, die direkt an der Weser liegt. Langes Schiffbau- und Maschinenbauanlagen werden auf diesem Platz neu aufgestellt und ausgebaut. 1895 verfügt der Bremer Vulkan über ein ausbaufähiges Areal am Tiefwasserstrom über fünf Hellinge, Gießerei, Kesselschmiede und Maschinenbau. 600 Arbeiter werden beschäftigt, den Aktionären kann bereits im ersten Jahr eine Dividende von 21% gezahlt werden.

Der Name Bremer Vulkan umreißt die Absicht seiner Gründung: der zu der Zeit führenden deutschen Werft, dem Stettiner Vulcan, die die großen Fracht- und Passagierdampfer der Bremer und Hamburger Reedereien baute, sollte der Markt abgegraben werden. Die Bremer Kaufleute, selber als Reeder aktiv, wirkten auf die Auftragsvergabe insbesondere des Norddeutschen Lloyds und später der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag). Eine Frachtschiffserie nach der anderen baut der Bremer Vulkan für diese. 1912 ist die Werft bereits größter Handelsschiffproduzent unter den deutschen Werften mit 24% des gesamten Neubaus. Die Belegschaft führt in dieser Zeit große Streiks und Demonstrationen um den Lohn und gegen den Krieg durch.

Während des I. Weltkrieges erst wird der Kriegsschiffbau aufgenommen mit dem U-Bootbau. 1916 übernimmt August Thyssen einen Großteil der Aktien des Bremer Vulkan, die nach dessen Tode an seinen zweiten Sohn Thyssen-Bornemisza fallen. Nach dem Weltkrieg sind es wieder die Aufträge des Lloyds und der Hapag, die das Handelsschiffbaugeschäft blühen lassen; in den Tankerbau wird eingestiegen. Zunehmend wird für den Export produziert: Die Exporte nach England, USA und skandinavischen Ländern machen 1935 50% und 1937 73% der Produktion aus. Über Lizenzverträge mit der MAN (Dieselmotoren) wird der Maschinenbau ausgebaut. In der Weltwirtschaftskrise und der Syndikatsgründung Deschimag, der die Werften Stettiner Vulcan und Tecklenborg zu Opfer fallen, kann der Bremer Vulkan seine Eigenständigkeit gegenüber den Stahlkonzernen behaupten. Im II. Weltkrieg erneuter U-Bootbau. Unversehrt kommen die Anlagen aus dem Krieg. Da Thyssen-Bornemisza als abgespaltener Zweig des Stahlkonzerns August Thyssen nicht zu den ,,Kriegsverbrechern" gezählt wird, fällt die Werft nicht unter die Demontage. Erneute Aufträge des Lloyds und der Hapag. Turbinenbau in Lizenz von BBC und Stal Laval. Ende der sechziger Jahre ist der Bremer Vulkan die führende Container Werft der Welt. Um 1970 wird die größte Investitionsphase durchgeführt, die Werft für den Großschiffbau (Halle, Baudock) umgerüstet. Einstieg ins Großtankergeschäft. Als dies endet, wird die Werft 1976 Generalunternehmer des Fregattenneubauprogramms der Bundesmarine, obgleich die Werft traditionell keine Kriegsschiffsschmiede ist.

Die Werft wird mit den staatlichen Geldern weiter ausgebaut (Maschinenbau, Hallendock). Bis 1914 betrug die Aktionärsdividende durchschnittlich 10%, in den Jahren 1924 bis 1943 6,5%, in den siebziger Jahren 40%. Das Fregattenprogramm bedeutet 2,5 Mrd. DM, der Profit lockt.

Der Thyssen-Bornemisza Konzern

r.waw. Die Bremer Vulkan Werft in Bremen-Nord ist zu 85% im Besitz von Thyssen-Bornemisza, die Bremer Vulkan-Rickmers Werft in Bremerhaven und Cooper-Vulkan Kompressoren GmbH in Düsseldorf zu je 38%.

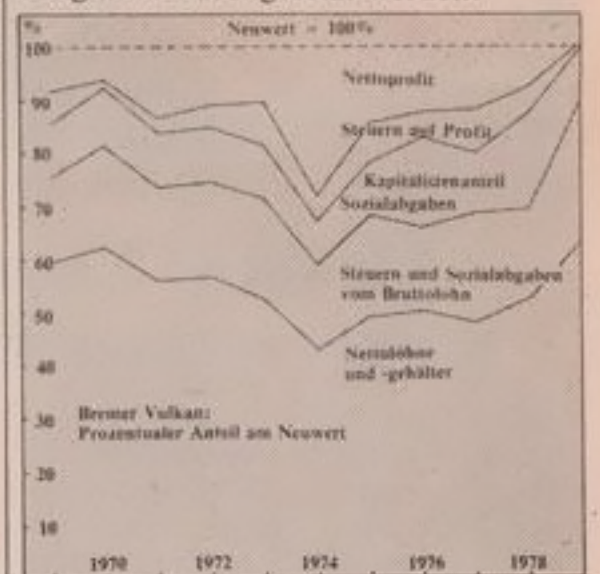
Thyssen-Bornemisza ist ein Konzern, der sich in den letzten Jahren stark vergrößert hat. Zu Beginn der siebziger Jahre hatte Thyssen-Bornemisza sein Kapital in den Niederlanden und in Westdeutschland angelegt. Der Konzern verfolgt die Strategie, das Kapital in möglichst verschiedenartigen Produktionsbereichen anzulegen, um so krisenhafte Entwicklungen in einzelnen Branchen möglichst ausgleichen zu können und, gestützt auf den gesamten Konzern, die Ausbeutung in dem jeweiligen Bereich zu steigern. 1973 drang Thyssen-Bornemisza erstmalig in den Kapitalmarkt der USA ein und erwarb 34% des Aktienkapitals der Indian Head Inc., ein Konzern, der eine ähnliche Strategie wie Thyssen-Bornemisza verfolgte, wie es im Geschäftsbericht dann so liest: ,,Indian Head Inc. ist ein stark diversifiziertes, in fünf Geschäftsbereiche gegliedertes Unternehmen mit 58 Fertigungsstätten und 15500 Beschäftigten, vornehmlich in den USA. Seine Geschäftspolitik war, ähnlich der von Thyssen-Bornemisza, auf Expansion durch ein ausgewogenes Konzept von internem Wachstum und Übernahme von Beteiligungen gerichtet." (S.6)

1974 steigerte Thyssen-Bornemisza seinen Anteil auf 90%. Mit dieser Übernahme änderte der Konzern seine Organisationsstruktur. Es wurden zwei Gesellschaften für den europäischen Markt und den der USA gebildet, die Thyssen-Bornemisza Europe nv mit Sitz in Amsterdam und die Indian Head Inc. mit Sitz in New York. Für die Koordinierung der beiden Gesellschaften wie für die Leitung des Konzerns wurde eine Dachgesellschaft, die Thyssen-Bornemisza nv mit Sitz in Willenstad, Niederländische Antillen, gegründet. 1976 wurde Indian Head mit 100% vollständig geschluckt.

Der Schiffbau ist mit einem Viertel am Gesamtumsatz einer der wichtigsten Geschäftsbereiche. 1974 waren es 22,8% und 1975 bereits 27,5%. Entsprechend diesem Anteil ist der Vorstandsvorsitzende der Bremer Vulkan Werft, Hans M. Huchzermeier, gleichzeitig Vizevorsitzender der Thyssen-Bornemisza Europe nv und dort Direktor für den Schiffbau.

r.ulw. **Im Schaubild** ist die Verteilung des Neuwerts, den die Arbeiter jährlich schaffen, aufgetragen. Von 1970 bis 1974 können die Kapitalisten ihren Anteil am Neuwert stufenweise ausdehnen. Dies gelingt ihnen vor allem über eine ungeheure Intensivierung der Arbeit. Der Widerstand der Arbeiter und Wirkungen der Überproduktionskrise beenden diese Entwicklung zunächst.

Erbittert versuchen die Kapitalisten, die sich abzeichnende Konjunktur zu nutzen, ihren Anteil möglichst schrankenlos auszudehnen. Eine wirksame Sicherung gegen die weitere Intensivierung muß durchgesetzt werden.



Allgemeine Daten Bremer Vulkan:

Arbeiter: 3213
Angestellte: 996
Auszubildende: 325
Umsatz 1979: ....256 Mio. DM

Hauptprodukte: Schiffbau, Schiffsreparatur, Schiffsmotoren, Kompressoren u.ä., Stahlbau.

Kapitaleigner: 85% Thyssen-Bornemisza nv, der Rest Streubesitz.

Thyssen-Bornemisza, Geschäftsbereiche: Schiffbau, Baumaterialien, Landwirtschaftsmaschinen, Umweltschutz, Energiewirtschaft und Massenguttumschlag/Rheinschiffahrt (Europa) – Behälter und Verpackungen, Metallerzeugnisse und Produkte für die Automobilindustrie, Spezialtextilien, Kunststoffprodukte für Versorgungs- und Kommunikationszwecke, Inform.technik (USA)

Beschäftigte: Indian Head – 15500; Europe nv – 19000: gesamt – 34500 (Stand 1977)

Umsatz: Europe nv – 2864 Mio. DM = 164. Stelle in der Liste der 500 größten Industrieunternehmen Europas 1977 (zum Vergleich: Oetker Gruppe, Bielefeld = 163. Listenplatz).

Thyssen-Bornemisza nv, Niederländische Antillen

Thyssen-Bornemisza Europe nv, Amsterdam

- **P. J. Zweegers en Zonen Landbouwmachinefabriek** (75%), Niederlande
- **Comptoir General pour l'Equipement Agricole et Industriel** (38%), *Paris*
- **Staalkat**, *Niederlande*
- **Boeke-Heesters**, *Niederlande*
- **Thyssengas GmbH** (44%), *Duisburg-Hamborn*
- **Nederlands Credietbank** (25%), *Amsterdam*
- **Frans Swarttouw** (58%), *Rotterdam*
- **Deutsch-Niederländische Schiffahrts- und Handelsgesellschaft mbH**, *Duisburg-Ruhrort*
- **Europese Waterweg-Transporten** (40%), *Rotterdam*
- **Gestankvaarmaatschappij ,Chemgas'** (50%), *Rotterdam*
- **Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik** (85%), *Bremen-Vegesack*
- **Cooper-Vulkan Kompressoren GmbH**, (38%), *Düsseldorf*
- **Bremer Vulkan-Rickmers Dock und Reparatur GmbH** (38%), *Bremerhaven*
- **HVO**, *Niederlande*

Indian Head Inc., New York

- **Carlon**, *Ohio*
- **Laurens Glass**, *South Carolina*
- **Madera Glass Company** (51%), *California*
- **Northwestern Glass**, *Washington*
- **Pierce Glass**, *Pennsylvania*
- **Tri-Wall Containers**, *New York*
- **Information Handling Services**, *Colorado*
- **Automotive Division**, *Michigan*
- **Commercial Vehicles Division**, *Indiana*
- **Metals Division**, *Michigan*
- **Peerless Pump**, *California*
- **Container leasing, Interpool Ltd.**, *Bahamas*